



Zeitschrift für Diskursforschung

Journal for Discourse Studies

Herausgegeben von Reiner Keller | Werner Schneider | Willy Viehöver

■ **Thomas Niehr / Eva Dickmeis / Bianka Trevisan / Eva-Maria Jakobs**

Neue Wege der linguistischen Diskursforschung

■ **Marlon Barbehön**

Städtische Europadiskurse und die Konstitution lokalpolitischer
Möglichkeitsräume: Das Beispiel Feinstaubpolitik in Frankfurt am Main

■ **Simon-Philipp Pfersdorf**

Die diskursive Konstruktion von Regulierungswissen am Beispiel
des gesellschaftlichen Umgangs mit Nanotechnologie

■ **Reiner Keller / Achim Landwehr / Wolf-Andreas Liebert /
Werner Schneider / Jürgen Spitzmüller / Willy Viehöver**

Diskurse untersuchen – ein Gespräch zwischen den Disziplinen (Teil 2)



Ingar Abels

Die Sorge um die Depression

Elemente einer Genealogie

Wirtschaft und Gesellschaft, Lebensführung im 21. Jahrhundert, 2015, 312 Seiten, broschiert, € 29,95 (44-3232)

Auch als **E-Book** erhältlich

Was bedeutet es, wenn soziale Institutionen und die Medien die Depression zur vorherrschenden Volkskrankheit westlicher Gesellschaften prognostizieren? Dieses Buch gibt eine Antwort.



Kommission Sozialpädagogik (Hrsg.)

Praktiken der Ein- und Ausschließung in der Sozialen Arbeit

2015, 316 Seiten, broschiert, € 34,95 (44-3255)

Auch als **E-Book** erhältlich

Armut, Ungleichheit, Diskriminierung und Benachteiligung sind seit jeher zentrale Themen der Sozialpädagogik. Sie verweisen auf Prozesse, an deren Entstehung und Bewältigung sozialpädagogische Institutionen konstitutiv beteiligt sind. Die damit verbundenen Praktiken stehen im Mittelpunkt



Brigitte Pyerin

Kreatives wissenschaftliches Schreiben

Tipps und Tricks gegen Schreibblockaden

4. Auflage 2014, 158 Seiten, broschiert, € 14,95

ISBN 978-3-7799-2935-2

Wissenschaftliches Schreiben ist keine Hexerei, jeder und jede kann es lernen. Es gibt eine Menge gutes Handwerkszeug, das Ihnen helfen kann, die einzelnen Arbeitsschritte und die typischen Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen. Dieses Buch enthält neben wichtigen Grundlagen Übungen und Techniken, die Sie darin unterstützen sollen, das wissenschaftliche Arbeiten systematisch, gelassen und kreativ anzugehen.

Inhaltsverzeichnis

Reiner Keller / Willy Viehöver / Werner Schneider

Editorial 110

Themenbeiträge

Thomas Niehr / Eva Dickmeis / Bianka Trevisan / Eva-Maria Jakobs

Neue Wege der linguistischen Diskursforschung 113

Marlon Barbehön

Städtische Europadiskurse und die Konstitution lokalpolitischer

Möglichkeitsräume: Das Beispiel Feinstaubpolitik in Frankfurt am Main 137

Simon-Philipp Pfersdorf

Die diskursive Konstruktion von Regulierungswissen am Beispiel

des gesellschaftlichen Umgangs mit Nanotechnologie 159

Reiner Keller / Achim Landwehr / Wolf-Andreas Liebert / Werner Schneider /

Jürgen Spitzmüller / Willy Viehöver

Diskurse untersuchen – ein Gespräch zwischen den Disziplinen (Teil 2) 183

Review

Annette Knaut

Rezension zu Michael Kauppert / Irene Leser (Hrsg.):

Hillarys Hand. Zur politischen Ikonographie der Gegenwart. 208

Berichte

Maya Halatcheva-Trapp / Wolf J. Schünemann

Die Diskursive Konstruktion von Wirklichkeit II –

Interdisziplinäre Perspektiven einer wissensoziologischen Diskursforschung 216

Editorial

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

nach einem an Diskursereignissen wahrhaft reichhaltigen Frühjahr und Sommer 2015 präsentieren wir Ihnen dieses Mal ein Heft mit ausschließlich deutschsprachigen Beiträgen. Dabei verdeutlichen die ersten drei Artikel recht eindrücklich das zentrale Anliegen der ZfD/JfD, das dann im anschließenden Rundgespräch noch einmal zum Ausdruck kommt: Für die Diskursforschung lohnt durchweg der Blick über die jeweiligen Grenzen der eigenen Disziplin. Dies zum einen deswegen, weil dadurch Hinweise auf methodisch-praktische Lösungen oder theoretische Reflexionen in Bezug auf Umsetzungen von Diskursperspektiven gewonnen werden, die aus dem disziplinär geprägten Blick nur schwerlich in den eigenen Wahrnehmungshorizont geraten. Und dies zum anderen auch dahin gehend, dass auf der Ebene der Inhalte der Gegenstand »Diskurse« aus einer Vielzahl von Disziplinen mit je unterschiedlichen Fragen behandelt wird, die sich im besten Sinne komplementär zueinander verhalten (können). Interessant wäre es in dieser Hinsicht, gegenstandsbezogene Forschungen mit unterschiedlichem Hintergrund zu versammeln – und damit auch den Weg für weitere interdisziplinäre Zusammenarbeiten auszubauen (wo sie denn sinnvoll erscheinen – keineswegs als Selbstzweck der Forschungsförderung).

Im ersten Beitrag stellen *Thomas Niehr, Eva Dickmeis, Bianka Trevisan und Eva-Maria Jakobs* eine neuartige Verbindung quantitativer und qualitativer Verfahren für die Analyse von Big Data in der linguistischen Diskursforschung vor. In diesem Ansatz kombinieren die AutorInnen Methoden der diskurslinguistischen Argumentationsanalyse mit Methoden des Linguistischen Text Mining mit dem Ziel, am Beispiel eines Diskurses über Infrastrukturmaßnahmen ein computergestütztes Verfahren für die semi-automatisierte Identifizierung und Analyse von Argumenten in großen Textkorpora zu entwickeln. Dabei werden sprachliche Mittel herausgearbeitet, die als Merkmale von Argumentationsmustern betrachtet werden und das Vorkommen von Argumenten und ihren Verwendungsweisen in Texten indizieren können.

Ausgehend von der Feststellung, dass die lokalpolitischen Rahmenbedingungen von Städten und Gemeinden in vielfältiger Weise vom Regieren im Mehrebenensystem der EU beeinflusst sind, befasst sich *Marlon Barbehön* im zweiten Beitrag mit der Frage, wie die europäische Integration in einer Stadt diskursiv konstruiert wird und welche Implikationen für den Umgang mit europapolitischen Anforderungen damit einhergehen. Barbehön rekonstruiert am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main die kollektiven Deutungsmuster, welche die sinnhafte Aneignung Europas im sozialräumlichen Kontext die-

ser Stadt organisieren. Zudem analysiert der Autor, wie das europapolitische Wissen der Stadt einen lokalpolitischen Möglichkeitsraum aufspannt, der die Umsetzung der EU-Feinstaubrichtlinie strukturiert.

Der folgende Beitrag von *Simon-Philipp Pfersdorf* plädiert für ein wissenssoziologisches Verständnis und eine entsprechende Analyse der gesellschaftlichen Regulierung von Wissenschaft und Technologie. Davon ausgehend betrachtet der Autor Wissenspolitik als eine Regulierungskonzeption, die auf einer Neukonfiguration von Wissen und Macht beruht. Am Beispiel des Umgangs mit Nanotechnologie zeigt Pfersdorf mithilfe einer Diskursanalyse auf, wie sich Sprecherrollen, Verantwortungszuschreibungen und Regelungsstrukturen im Diskurs um die Nanotechnologie phasenspezifisch verändern und inwiefern Dispositive einflussmächtig werden könnten. Mit dem Fokus auf die Veränderung der Macht-Wissensverhältnisse stellt dieser aus der Wissenspolitik abgeleitete Analyseansatz eine wissenssoziologische Alternative zu Studien dar, deren Fokus auf Steuerungsproblemen liegt.

Daran schließt der zweite Teil der in Ausgabe 1/2015 begonnenen interdisziplinären Gesprächs- bzw. Diskussionsrunde zum Themenkomplex Diskurs/Diskursforschung an. *Reiner Keller, Achim Landwehr, Wolf-Andreas Liebert, Werner Schneider, Jürgen Spitzmüller* und *Willy Viehöver* diskutieren die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Entwicklungen und Begrifflichkeiten der Diskursforschung in der Geschichtswissenschaft, der Soziologie und der Sprachwissenschaft sowie die sich daraus ergebenden forschungspraktischen Konsequenzen.

In einer ausführlichen Buchbesprechung widmet sich *Annette Knaut* dem von *Michael Kauppert* und *Irene Leser* herausgegebenen Buch *Hillarys Hand. Zur politischen Ikonographie der Gegenwart*. Das Buch schließt an die jüngsten Debatten um die Bedeutung visueller Phänomene an, die am Beispiel des Fotos, das unter dem Titel »*President Obama and Vice President Joe Biden, along with members of the national security, receive an update on the mission against Osama bin Laden in the Situation Room of the White House*« weltbekannt wurde, sowohl aus soziologischen als auch aus kunst- und kulturwissenschaftlichen Perspektiven aufgegriffen werden. Das vorliegende Heft endet mit einem von *Wolf J. Schünemann* und *Maya Halatcheva-Trapp* verfassten Bericht zur Tagung *Die Diskursive Konstruktion von Wirklichkeit II – Interdisziplinäre Perspektiven einer wissenssoziologischen Diskursforschung*, die am 26. Und 27. März 2015 an der Universität Augsburg stattfand.

Wie immer wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre.

Reiner Keller, Werner Schneider, Willy Viehöver

Anschriften:

Prof. Dr. Reiner Keller
Lehrstuhl für Soziologie
Universität Augsburg
Universitätsstraße 10
86159 Augsburg
reiner.keller@phil.uni-augsburg.de

Prof. Dr. Werner Schneider
Lehrstuhl für Soziologie/Sozialkunde
Universität Augsburg
Universitätsstraße 10
86159 Augsburg
werner.schneider@phil.uni-augsburg.de

Prof. Dr. Willy Viehöver
Professur für Gesundheitssoziologie
Universität Augsburg
Universitätsstraße 10
86159 Augsburg
wilhelm.viehoever@phil.uni-augsburg.de

Thomas Niehr / Eva Dickmeis / Bianka Trevisan / Eva-Maria Jakobs

Neue Wege der linguistischen Diskursforschung

Computerbasierte Verfahren der Argumentanalyse

Zusammenfassung: Der vorliegende Beitrag beschreibt und diskutiert eine neuartige Verbindung quantitativer und qualitativer Verfahren für die Analyse von Big Data in der linguistischen Diskursforschung. Der vorgestellte Ansatz kombiniert Methoden der diskurslinguistischen Argumentationsanalyse mit Methoden des Linguistischen Text Mining. Das Ziel der Methodenentwicklung ist ein computergestütztes Verfahren für die semi-automatisierte Identifizierung und Analyse von Argumenten in großen Textkorpora. Erprobt wird das Verfahren an einem Diskurs über Infrastrukturmaßnahmen. Im Beitrag werden sprachliche Mittel vorgestellt, die im Korpus gemeinsam auftreten und damit als Merkmale von Argumentmustern betrachtet werden können. Solche Argumentmuster können das Vorkommen von Argumenten und ihren Verwendungsweisen in Texten indizieren.

Schlagwörter: Linguistische Diskursanalyse, Argumentationsanalyse, Text Mining, Argumentation Mining, Argument

Abstract: The following paper presents and discusses an innovative approach for the automated detection and analysis of arguments in big data corpora. The approach links qualitative methods from discourse linguistics with quantitative text mining methods. The aim is to identify linguistic means that indicate the occurrence of an argument and its various production modes in large text corpora. The public discourse about the introduction of transport infrastructure is used as an application example. As a result, the paper presents various linguistic means found in the corpus that can be used as features of argument patterns.

Keywords: Discourse Linguistics, Argumentation Analysis, Text Mining, Argumentation Mining, Argument

1 Einleitung

Der Beitrag diskutiert am Beispiel eines Diskurses über Infrastrukturmaßnahmen das Potential der Verbindung qualitativer und quantitativer Vorgehensweisen für die Weiterentwicklung linguistisch orientierter Diskursanalysen. Der Ansatz nutzt diskurslinguistische Methoden der Argumentationsanalyse und kombiniert diese mit neuen Entwicklungen des »Argumentation Mining«. Der Fokus richtet sich auf computergestützte Verfahren der Identifizierung und Analyse von Argumenten. Im Folgenden werden zunächst Ansätze der linguistischen Diskursanalyse (Kapitel 2), zu Argumentation (Kapitel 3) und Verwendungsweisen von Argumenten (Kapitel 4) sowie Herausforderungen ihrer computergestützten Identifikation (Kapitel 5) dargestellt und diskutiert. Kapitel 6 bietet einen

Überblick zu neueren Ansätzen des Text und Argumentation Mining. In Kapitel 7 wird fallbeispielbasiert ein Ansatz zur Verbindung diskurslinguistischer und computergestützter Verfahren vorgestellt. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf offene Forschungsfragen (Kapitel 8).

2 Linguistische Diskursanalyse

In der linguistischen Diskursanalyse wird seit einiger Zeit eine Diskussion darüber geführt, inwieweit quantitative Methoden das Paradigma einer hermeneutisch ausgerichteten Diskursanalyse ablösen können oder – stärker noch – sollen (Bubenhof 2008, 2013; Scharloth/Eugster/Bubenhof 2013; Niehr 2015). Letzteres wird damit begründet, dass der Umgang mit »Big Data« und unüberschaubar großen Textkorpora andere Methoden verlange als die Einzelsichtung von Belegen und deren Interpretation mittels philologischer Analysen. Die Lösung wird in rein quantitativ orientierten Verfahren gesehen, da nur sie in der Lage seien, große Textmengen zu bearbeiten.

Das Ziel linguistischer Diskursanalysen besteht üblicherweise darin, anhand sprachlicher Muster Regelmäßigkeiten und typische Verteilungen festzustellen, um daraus auf Denkmuster, ihre Verbreitung und ihren Wandel zu schließen. Die in Diskursen erfolgende Argumentation bietet einen möglichen Zugang, um solche Denkmuster zu erforschen. Erste Ansätze zur systematischen Analyse von Argumentationen in öffentlichen Diskursen stammen von Wengeler (2003) und Niehr (2004). Am Beispiel der Argumentation pro und contra Einwanderung entwickeln sie ein methodisches Instrumentarium, das themenunabhängig für die Analyse diskursbasierter Argumentationen eingesetzt werden kann. Die Analysen gehen zwar quantifizierend vor, sie verstehen sich jedoch als hermeneutisch, da sie eine interpretierende Analyse aller im Textkorpus vorhandenen Belege voraussetzen. Basierend auf der interpretierenden Analyse werden Belege bzw. Textstellen kategorisiert und anschließend, aufgrund ihrer Frequenz als für den jeweiligen Diskurs typische Muster identifiziert. Der Fokus liegt eindeutig auf der linguistischen Interpretation von Belegen, die für die anschließende Kategorienbildung unerlässlich ist. Wengeler (2003, S. 297 ff.) ordnet nach diesem Verfahren Einzelbelege aufgrund von semantischen Kriterien Topoi zu; Niehr (2004, S. 129 ff.) nutzt pragmatische Kategorisierungskriterien, anhand derer er verschiedene Argument-Verwendungen unterscheidet und auf diese Weise die Umstrittenheit von Argumenten aufzeigt.

3 Argumentation

In einer der Rationalität verpflichteten Gemeinschaft müssen strittige Geltungsansprüche durch Argumente verteidigt bzw. die jeweiligen Opponenten durch Argumente überzeugt werden (Kopperschmidt 1989, S. 25 ff.; Apel 1999, S. 424 ff.; Habermas 1981, S. 37 ff.). In diesem Sinne ist Argumentieren eine komplexe sprachliche Handlung, mit der SprecherInnen/SchreiberInnen das Ziel verfolgen, einen in Zweifel gezogenen Geltungs-

anspruch zu verteidigen (Klein 1980, S. 19). Argumentation wird erst dann nötig, wenn Geltungsansprüche tatsächlich bestritten und mithin problematisch werden. Ähnlich fasst Kopperschmidt (2005, S. 59) Argumentation als »eine geregelte Abfolge (Sequenz) von Sprechhandlungen [...], die zusammen ein mehr oder weniger komplexes, kohärentes und intentionales Beziehungsnetz zwischen Aussagen bilden, das der methodischen Einlösung von problematisierten Geltungsansprüchen dient«. Das argumentative Verfahren besteht darin »durch Rede und Gegenrede bzw. durch Nachfragen und Angeben von Gründen« problematisierte Geltungsansprüche zu verteidigen (ebd., S. 75). Als Mittel der Argumentation werden üblicherweise Argumente herangezogen, die bezogen auf ihre Plausibilität und Relevanz bewertbar sind. Insofern lassen sich Argumente als sprachliche Äußerungen definieren, die die Funktion haben, in einer Argumentation Geltungsansprüche zu verteidigen.

Dass dieses komplexe sprachliche Verfahren nicht adäquat durch einen klassischen Syllogismus aus Oberprämisse, Unterprämisse und daraus folgender Konklusion modelliert werden kann, hat bereits Toulmin (1996\1958) gut begründet nachgewiesen. Er verweist zu Recht darauf, dass durch einen Syllogismus keine Erkenntniserweiterung stattfindet, da die Konklusion lediglich durch Umstellung bzw. Kombination der Prämissen entstehe: Akzeptiert man die Prämissen eines Syllogismus, so muss man gemäß den Regeln der formalen Logik auch seiner Konklusion zustimmen, da diese implizit in den Prämissen enthalten ist.

In realen Argumentationssituationen, d.h. bei »substantiellen« Argumentationen (Toulmin 1996, S. 112 f.), hilft die formale Logik nicht weiter, und zwar aus mehreren Gründen. Ihr Augenmerk ist auf die formale Gültigkeit von Schlüssen gerichtet, ohne deren Inhalte zu beachten. Im Zentrum der formalen Logik steht mithin die Art der Verknüpfung von Aussagen beliebigen Inhalts. Dass dies zu absurden Konsequenzen für die Argumentationsanalyse führt, zeigt beispielsweise die sogenannte materiale Implikation des Typs $p \rightarrow q$ (lies: wenn p, dann q). Dem Schluss kommt der Wahrheitswert »falsch« lediglich unter der Bedingung zu, dass p der Wahrheitswert »wahr« und q der Wahrheitswert »falsch« zugeschrieben wird. Alle anderen Kombinationen von »wahr« und »falsch« führen zu einem »wahren« Konditional. Ein Beispiel dafür ist der Satz *Wenn Frankreich in Australien liegt, ist die See süß* (Quine 1974, S. 39 ff.).

Der zweite Grund dafür, dass die formale Logik zur Analyse realer Argumentationen nicht geeignet ist, ist darin zu sehen, dass letztere meist durch einen hohen Grad an Implizitheit gekennzeichnet sind. Insbesondere die von Toulmin als »Schlussregel« bezeichnete Komponente, die den Übergang von Daten zur Konklusion gewährleisten soll (im klassischen Syllogismus die Oberprämisse), findet sich eher selten in realen Kommunikationssituationen (eine Ausnahme sind wissenschaftliche Texte). Gerade im öffentlichen Diskurs, der in den Massenmedien stattfindet, bleibt es häufig bei thesenartigen Behauptungen, die zunächst nicht weiter argumentativ gerechtfertigt werden (Niehr i.Vb. sowie die Beispiele in Niehr 2014, S. 107 ff.).

Mit Toulmin (1996, S. 148 ff.) lässt sich zusammenfassend feststellen, dass die Kriterien der formalen Logik nicht auf Argumentationen des täglichen Lebens anzuwenden sind. Hier gelten vielmehr die Standards der »Alltagslogik« (Kienpointner 1992), für die

als zentrales Kriterium das der Plausibilität angesetzt werden muss. Plausibilität aber ist nicht aufgrund formaler Merkmale beschreibbar, da Plausibilität eine inhaltlich bestimmte Kategorie ist. Als Bedeutungsparaphrase zu *plausibel* finden sich im Duden Universalwörterbuch (2011, S. 1348) die Adjektive *einleuchtend*, *verständlich*, *begreiflich*. Damit wird eine weitere Besonderheit dieser Kategorie deutlich: Ob ein Argument plausibel erscheint, kann immer nur diskursiv ermittelt werden und setzt die Ratifizierung durch die jeweiligen Kommunikationsbeteiligten voraus.

4 Verwendungsweisen von Argumenten

Wenn Argumentation dazu dient, strittige Geltungsansprüche zu rechtfertigen, liegt es nahe, Argumentation als eine geordnete Abfolge von Pro- und Contra-Argumenten aufzufassen. Betrachtet man reale Argumentationen des öffentlichen Diskurses, so zeigt sich, dass diese Auffassung zu korrigieren ist. Dies liegt einerseits an der bereits beschriebenen Implizitheit von Argumenten, die es nicht immer ermöglicht, im Text vorkommende sprachliche Äußerungen eindeutig als Pro- oder Contra-Argumente zu klassifizieren (Niehr 2004, S. 115 f., 129). Ein zweiter Grund ist, dass die an einer Argumentation Beteiligten häufig Argumente zitieren. Diese »uneigentliche« Verwendung von Argumenten lässt sich linguistisch als »Erwähnung« (im Gegensatz zum »Vollzug«) von Argumenten kategorisieren (Niehr i.Vb.); sie kann unterschiedlichen Zwecken dienen und mithin unterschiedliche argumentative Funktionen übernehmen.

Mit Niehr (2004, S. 130 ff.) lassen sich vier Verwendungsweisen von Argumenten unterscheiden. Argumente werden argumentativ, neutral zitierend, positiv zitierend oder negativ zitierend verwendet.

Die argumentative Verwendung ist die »eigentliche« Verwendung eines Arguments als Argument. Sie lässt sich auch als Vollzug bzw. Gebrauch eines Arguments beschreiben. Dies zeigt das folgende Beispiel:

(1) »Der Ausbau der Elektromobilität und der Bau der Campusbahn sind auch aus Umweltgesichtspunkten für unsere Stadt wichtig. Die Bahn kann in der ersten Ausbaustufe 1,6 Millionen Buskilometer ersetzen. Der Betrieb der Bahn wird dazu beitragen, die Feinstaubbelastung der Luft im Aachener Kessel zu senken.« (Aachener Nachrichten, 31.02.2013)

In Beispiel (1) wird als Argument für den Bau der Campusbahn angeführt, dass der Ausbau der Elektromobilität die Feinstaubbelastung in Aachen verringern werde. Die Verringerung der Feinstaubbelastung in Aachen wird mithin als Argument verwendet, um den Bau der Campusbahn argumentativ zu stützen.

Die Verwendungsweisen von Argumenten in den Beispielen (2) bis (4) unterscheiden sich insofern von der eigentlichen Verwendungsweise in Beispiel (1), als der/die Argumentierende ein Argument lediglich zitierend aufgreift (»erwähnt«), um es funktional für seine Argumentation zu nutzen.

In Beispiel (2) wird ein Argument neutral, d. h. ohne Bewertung zitiert. Neutrale Argument-Zitate sind u. a. charakteristisch für Nachrichtentexte, in denen die Argumentation einer Person oder Institution referiert wird. In Beispiel (2) wird das Argument des finanziellen Risikos, das für den Haushalt der Stadt mit dem Bau der Campusbahn entsteht, neutral zitiert:

(2) »Slawinski erläuterte sein Hauptargument, das Prestigeprojekt Campusbahn sei gefährlich, weil es den Stadthaushalt zusätzlich tief in die roten Zahlen treibe und drohte damit, dass zahlreiche freiwilligen [sic!] Leistungen in einem dann genehmigungsbedürftigen Nothaushalt nicht mehr gezahlt werden könnten.« (Aachener Nachrichten, 03.03.2013)

Die neutral zitierende Argument-Verwendung stellt Argumentationsanalysen, die sich an Oberflächenmerkmalen orientieren, vor besondere Herausforderungen. Denn das Zitieren von Argumenten schließt auch argumentative Verknüpfungen durch Konjunktionen ein. So kann an der Textoberfläche eine Argument-Verwendung signalisiert werden, wiewohl lediglich ein Argument zitiert wird.

Positiv zitierende Argument-Verwendungen werden üblicherweise realisiert, indem ein Argument zitiert und gleichzeitig positiv bewertet und damit bekräftigt wird (Beispiel 3). Die Bewertung signalisiert Zustimmung zu einer im Diskurs vertretenen Position oder wertet die eigene Argumentation implizit auf, indem sie als übereinstimmend mit einer anderen positiv bewerteten Argumentation dargestellt wird. Letzteres wird durch sogenannte Autoritätsargumente bewirkt, die ihre argumentative Kraft zu mehr oder minder großen Teilen aus der Berufung auf die Argumente von Autoritäten beziehen. In Beispiel (3) erfolgt dies durch positives Zitieren eines Arguments der Stadtkammerin:

(3) »Es kann nur eine Entscheidung geben: nämlich nein! Denn die Stadtkammerin als oberste Kassenhüterin von Aachen hat dieses Vorhaben für die Stadt als absolut nicht stemmbar erklärt. Jeder weiß doch, dass öffentliche Bauvorhaben zunächst minimal kalkuliert werden, um dann nach Genehmigung ins Uferlose zu steigen.« (Aachener Zeitung, 26.02.2013)

Negativ zitierende Argument-Verwendungen zeichnen sich dadurch aus, dass ein gegnerisches Argument zunächst zitiert und dann entkräftet oder widerlegt wird. Die Besonderheit dieser Art der Argument-Verwendung besteht darin, dass sie häufig wie eine neutrale Argument-Zitation aussieht und erst im weiteren Textverlauf deutlich wird, dass eine negative Bezugnahme auf das jeweilige Argument vorliegt. In Beispiel (4) wird das Argument der Finanzierbarkeit durch eine Campusbahn-Abgabe negativ zitiert:

(4) »Das tollkühnste Argument zum Thema Finanzierbarkeit, welches ich aus dem Munde eines Aachener Kommunalpolitikers vernahm, war, bald entfiere ja der Solidarbeitrag zur Einkommensteuer, und den könne man dann ja in Aachen als Campus-

bahn-Abgabe erheben. Ein überraschendes Verständnis von der Finanzverfassung unseres Staates, wenn nicht totale Ahnungslosigkeit.« (Webkommentar, Aachener Zeitung, 15.01.2013)

Für die Analyse von Alltagsargumentationen, beispielsweise im Kontext von Infrastrukturentscheidungen, dürfte insbesondere die positiv bzw. negativ zitierende Verwendung von Argumenten von Bedeutung sein. Das gehäufte positive Zitieren eines Arguments ist nicht nur Ausdruck seiner Verbreitung, sondern auch Indiz für seine Akzeptanz. Umgekehrt kann das häufige negative Zitieren eines Arguments als Hinweis auf seine Umstrittenheit gedeutet werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Argumentationsanalysen, die die in Diskursen vorkommenden Argumentationen adäquat analysieren wollen, verschiedene Verwendungsweisen von Argumenten berücksichtigen müssen. Niehr (2004) entwickelt dafür eine Vorgehensweise: Ziel der Diskursanalyse ist demnach zu rekonstruieren, mit welchen Argumenten in einem Diskurs für oder gegen einen strittigen Sachverhalt argumentiert wird. Hierzu werden in den Texten des Korpus konkret vorkommende, diskursrelevante Einzelargumente identifiziert. Die sprachlich sehr unterschiedlich realisierten Argumente werden auf ihren gemeinsamen inhaltlichen Kern untersucht und zu prototypisch formulierten Argumentklassen zusammengefasst. Die Diskursrelevanz eines Arguments wird quantitativ über seine Vorkommenshäufigkeit im Korpus bestimmt (Niehr 2004, S. 111 f.).

5 Herausforderungen der computergestützten Identifikation von Argumenten

Im Hinblick auf große Korpora wäre es sehr hilfreich, Argumente computergestützt identifizieren zu können. Ansätze, die dies leisten wollen, müssen sich verschiedenen Herausforderungen stellen. Eine Herausforderung besteht darin, dass – wie in Kapitel 3 erläutert – Argumente nicht anhand formaler Kriterien erfassbar sind, da es sich um funktionsbezogene Kategorien handelt (Kopperschmidt 1989, S. 94 ff.).

Eine zweite Herausforderung ergibt sich mit der Kontexteinbettung. Da *Argument* eine funktionale, kontextsensitive Kategorie ist, lassen sich Argumente immer nur in einem sprachlichen Kontext als Argumente identifizieren. Oder anders formuliert: Eine Äußerung ist nicht per se Argument, sondern kann lediglich in einem spezifischen sprachlichen Kontext eine argumentative Funktion übernehmen. So kann die Äußerung

(5) Die staatliche Förderung von Elektromobilität reduziert die Umweltbelastung.

als Argument dienen, wenn es darum geht, den Geltungsanspruch zu untermauern, dass die staatliche Förderung der Elektromobilität ein politisch sinnvolles Instrument ist. Als prototypisches Mittel der Argumentation gilt die kausale Verknüpfung, da mit ihr Gründe angegeben werden können. Dementsprechend lässt sich Beispiel (5) in ein ausformuliertes Argument (Beispiel 6) überführen, dem ein kausaler Schluss zugrunde liegt:

(6) *Die staatliche Förderung von Elektromobilität ist ein politisch sinnvolles Instrument, weil durch sie die verkehrsbedingte Umweltbelastung reduziert werden kann.*

Allerdings stellt es eine unzulässige Verkürzung dar, Argumentation auf die kausale Verknüpfung von Aussagen zu reduzieren (vgl. dazu Niehr i. Vb.). Dies ist insbesondere im Hinblick auf das Auffinden von Argumenten in Texten von Bedeutung: Die Vorstellung, eine gezielte Suche nach kausalen Konjunktionen wie *denn*, *da*, *weil* fördere sämtliche im Text enthaltenen Argumente zutage, wird der komplexen Sprachhandlung Argumentieren nicht gerecht, da auch zahlreiche andere logische Verknüpfungen von Äußerungen funktional als Argument eingesetzt werden können (z.B. finale oder konzessive). Zu denken ist dabei an Äußerungen wie (7) oder (8):

(7) *Wir sollten die staatliche Förderung von Elektromobilität verstärken, damit die verkehrsbedingte Umweltbelastung reduziert werden kann.*

(8) *Obwohl die staatliche Förderung von Elektromobilität eine zusätzliche finanzielle Belastung darstellt, sollten wir sie verstärken, damit die verkehrsbedingte Umweltbelastung reduziert werden kann.*

Die Vielfalt der sprachlichen Realisierungsvarianten für die Formulierung von Argumenten ist eine der zahlreichen Herausforderungen, die eine computergestützte Suche nach Argumenten bewältigen muss.

Eine weitere Schwierigkeit kommt hinzu, wenn man bedenkt, dass Argumentation kein Phänomen ist, das ausschließlich anhand von Oberflächenmerkmalen in Texten lokalisiert werden kann. Argumentation bedarf keineswegs – wie die Beispiele (6) bis (8) suggerieren – der Verknüpfung von Äußerungseinheiten durch Konjunktionen, die die Logik der Verknüpfung verdeutlichen. Dies zeigt der folgende Textausschnitt:

(9) »In den letzten Wochen ist in Aachen und Umgebung von einigen Leuten bezüglich der Wiedereinführung einer Stadtbahn viel Unruhe erzeugt worden. Man könnte meinen, die Welt geht unter, wenn die Stadtbahn kommt. Großbaustellen wie Berlin und Stuttgart 21 müssen dann herhalten, um diese Maßnahmen mit der Aachener Stadtbahn in Verbindung zu bringen. Dies ist doch völlig absurd. Da rechnen einige Leute aus, mit wie viel Euro jeder Einzelne von uns pro Jahr mehr belastet wird, wenn die Bahn kommt. Es wird aber nicht darüber nachgedacht, wie viel jeder von uns pro Jahr zahlen muss für die Milliarden Euro, die zur Stützung der Banken und nach Griechenland geflossen sind. Diese Gelder sind verloren. Wenn die Stadtbahn einmal fährt, kann sie uns keiner mehr wegnehmen und es ist eine gute Investition in die Zukunft.« (Leserbrief, Aachener Zeitung, 02.03.2013)

Bei Beispiel (9) besteht eine Leistung der Text-RezipientInnen darin, durch Inferenzziehung die Passagen des Textes zu erkennen, die die mit dem Text erhobenen Geltungsansprüche argumentativ absichern sollen. In realen Texten bzw. realen Argumentationen

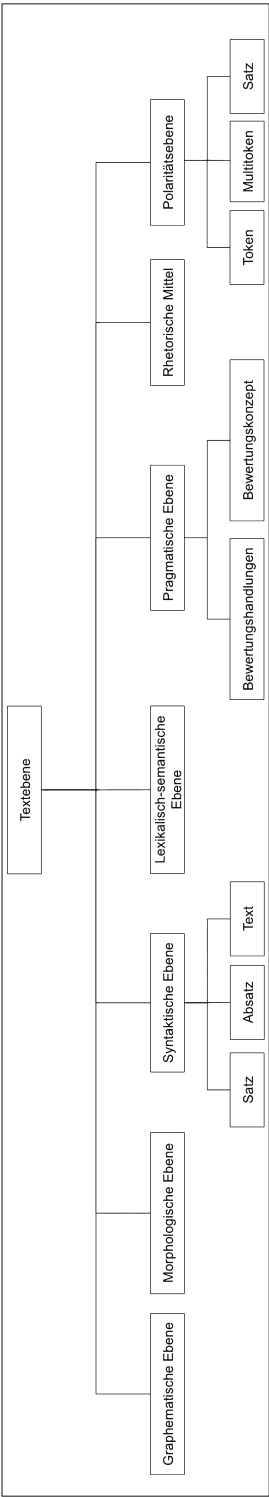


Abb. 1: Mehrebenen-Annotationsmodell von Trevisan (2014, S. 134)

bleibt vieles implizit, das auf gemeinsamem Weltwissen von SchreiberInnen/SprecherInnen und RezipientInnen beruht. Das als geteilt vorausgesetzte Weltwissen muss nicht immer wieder vollständig expliziert werden. Hohe Redundanz wäre sogar kontraproduktiv, da das Wiederholen nicht problematisierter Geltungsansprüche – die ständige Wiederholung allgemein akzeptierter Sachverhalte oder Bewertungen – zu Abwehrreaktionen der RezipientInnen führen kann.

So wird in den Beispielen (5) bis (8) stillschweigend vorausgesetzt, dass es sinnvoll und wünschenswert ist, die Umweltbelastung zu reduzieren. Dieser Geltungsanspruch ist in unserer Gesellschaft unumstritten und muss daher nicht ausformuliert werden. Dennoch ist er zweifelsohne impliziter Bestandteil der Argumentation.

Die Implizitheit von Begründungen erschwert das computergestützte Erkennen von Argumenten wesentlich. Wenn Äußerungen wie im Beispiel (9) keine oder nur rudimentäre Oberflächenmerkmale für Argumentationen enthalten und auf das gemeinsame Weltwissen von AutorInnen und RezipientInnen rekurrieren, stellt dies die computergestützte Argumentsuche vor ganz neue Herausforderungen.

6 Computergestützte Argumentanalyse

Disziplinen wie Informatik und Computerlinguistik bieten verschiedene Ansätze, die sich für die computergestützte Identifizierung von Argumenten nutzen lassen. Der hier beschriebene Ansatz präferiert Methoden des Linguistischen Text Mining, speziell des Argumentation Mining.

6.1 Text Mining

Text Mining ist eine Methodik, die aus der Informatik stammt. Sie wurde erstmals von Feldman und Dagan (1995) als *Knowledge Discovery in Textual Database (KDD)* eingeführt. Gegenstand der Methodik ist die (semi-)automatische Textanalyse schwach strukturierter Inhalte (E-Mails, Zeitungsartikel, Blogkommentare). Für

die Analyse großer Textkorpora werden Methoden des *Information Retrieval* (IR), der *Information Extraction* (IE) und des *Natural Language Processing* (NLP) genutzt (Mehler/Wolff 2005, S. 1–10; Trevisan/Jakobs 2015, S. 168). Ziele ihrer Anwendung sind u.a. das Identifizieren von Schlüsselthemen, Trends und Diskursverläufen.

Neuere Ansätze des Text Mining verbinden Ansätze der Informatik mit linguistischen Theorien (*Linguistisches Text Mining*). In Trevisan (2014) z.B. wird ein theoretisch-methodischer Ansatz für die computergestützte Analyse sprachlichen Bewertens in Blogkommentaren entwickelt, der textmusterspezifische Phänomene berücksichtigt. Kern des Ansatzes ist ein linguistisches Mehrebenen-Annotationsmodell, das Merkmale sprachlichen Bewertens auf verschiedenen linguistischen Ebenen erfasst und annotiert. Das Modell umfasst sechs textbezogene Annotationsebenen (graphematische, morphologische, lexikalisch-semantische, syntaktische, pragmatische Ebene; Polarität) und 114 Annotationskategorien (vgl. Abbildung 1).

Auf der *graphematischen Ebene* werden graphostilistische bzw. typographische Mittel annotiert, die Bewertungshandlungen und Polaritäten anzeigen (z.B. Emoticon, Anführungszeichen, Iteration). Auf der *morphologischen Ebene* werden Tags zur Auszeichnung von Flexion und Wortbildung vergeben (z.B. Abkürzung, Akronym, Netzjargon-Ausdrücke, Lexeme mit e-Tilgung). Auf der *syntaktischen Ebene* werden textstrukturbezogene Phänomene annotiert (Anfang und Ende eines Satzes, Absatzes oder Textes). Auf der *lexikalisch-semantischen Ebene* werden themenbezogene Lexeme annotiert, die u.a. für die Erstellung themenspezifischer Lexika verwendet werden.

Auf der *pragmatischen Ebene* werden Bewertungshandlungen und Komponenten des Bewertungskonzepts annotiert. Bewertungshandlungen sind Sprechakte wie LOBEN, IRONISIEREN oder BEHAUPTEN. Komponenten des Bewertens erfassen nach Sandig (1979, S. 139–140; Sandig 1991, S. 226–228), z.B. Bewertungssubjekt, Bewertungsgegenstand oder Bewertungsaspekt. Auf der Ebene *rhetorische Mittel* werden metaphorische Formeln annotiert (z.B. Metapher, Allegorie oder Oxymoron). Sandig (1991) zufolge dienen rhetorische Mittel u.a. als Ausdruck der Maßstabserfüllung. Auf der Ebene *Polarität* werden Bewertungsrichtung-anzeigende Token (Lexeme), Mehrworteinheiten (Phrasen) und Sätze annotiert.

6.2 Argumentation Mining

Ein junger Bereich des Text Mining ist der anspruchsvolle Versuch, Methoden des Natural Language Processing für Zwecke der Argumentanalyse zu nutzen (Trevisan/Jakobs 2015, S. 181). Dieser Bereich wird als *Argumentation Mining* bezeichnet. Argumentation Mining-Verfahren wurden bislang primär für englischsprachige Texte entwickelt, zum Teil finden sich auch Ansätze für deutsche Texte.

Die meisten Forschungsansätze des Argumentation Mining ermitteln Argumente bezogen auf ausgewählte Textsorten, wie z.B. Rechtsschrift (Mochales-Palau/Moens 2009; Bach et al. 2013; Ashley/Walker 2013; Wyner et al. 2010), Online-Debatte (Cabrio/Villata

2012), Produktbewertung (Garcia-Villalba/Saint-Dizier 2012; Wyner et al. 2012), Zeitungsartikel und Mitschrift von Gerichtsverfahren (Feng/Hirst 2011), wissenschaftlicher Beitrag und Abstract (u.a. Liakata et al. 2012; Teufel 2010; Mizuta et al. 2005). Bislang gibt es nur wenige aufbereitete, d.h. annotierte Ressourcen, etwa Webkorpora oder heterogene Korpora (bestehend aus on- und offline verfügbaren Diskursfragmenten) (Reed et al. 2008).

Die (semi-)automatische Identifikation von Argumenten in Texten erfolgt musterbasiert, d.h. über die Ermittlung von Argumentmustern. *Argumentmuster* beschreiben Kombinationen häufig gemeinsam auftretender Mittel, die repräsentativ sind für das zu identifizierende Argument. Die Identifikation von Mustern erfolgt auf zwei Weisen: mit Machine Learning-Algorithmen oder mit Verfahren der Pattern Recognition. Eine häufig genutzte Methode ist das Training von *Machine Learning-Algorithmen* anhand von Merkmalen wie Signalwörtern (z.B. *weil*), Satzposition oder Mehrworteinheiten (z.B. *ich komme zum Schluss, dass*). Mochales-Palau und Moens (2009, S. 103) analysieren mit dieser Methode Argumente in juristischen Texten mit einer Genauigkeit von bis zu 80%. Die Argument-Identifizierung mit *Verfahren der Pattern Recognition* (Mustererkennung) basiert meist auf grammatik- und regelbasierten (z.B. in der Programmiersprache Prolog) oder hybriden Verfahren. Mochales-Palau und Moens (2009) beispielsweise kombinieren den Machine Learning-Ansatz mit einer kontextfreien Grammatik, um nicht nur die Position von Argumenten, sondern auch ihre Relationen zueinander zu analysieren. Sie erreichen dabei eine Genauigkeit von etwa 60%. Kang und Saint-Dizier (2014) entwickeln eine Prolog-basierte Sprache (*DISLOG*), die speziell der Analyse von Diskursstrukturen (hier: in Texten) dient.

Im deutschsprachigen Raum werden Verfahren der computergestützten Argumentanalyse erst seit kurzem entwickelt und dafür Ressourcen (Korpora, Lexika) aufgebaut. Ein umfangreiches annotiertes Korpus ist z.B. das *Potsdam Commentary Corpus* (Stede/Neumann 2014). Das Korpus ist auf unterschiedlichen linguistischen Ebenen annotiert und dient insbesondere der Erprobung bestehender Annotations- bzw. Analyseschemata und dem Training von Machine Learning-Algorithmen. Dumm und Lemke (2013, S. 3) erarbeiten ein Lexikon mit harten und weichen Argumentmarkern (»Signalwörter«), das für Zwecke der computergestützten Argumentanalyse genutzt werden kann. Harte Argumentmarker (bestimmte Konjunktionen, Präpositionen und Adverbien) ermöglichen es, in einer Vielzahl der Fälle argumentative Zusammenhänge zu erkennen (Grund – Folge). Weiche Argumentmarker sind dagegen Floskeln oder Mehrworteinheiten (z.B. *wie jeder weiß, Tatsache ist*).

7 Verschränkte Methodenentwicklung

Die in diesem Beitrag beschriebene Methodik kombiniert den Ansatz von Niehr (2004) mit Methoden des Linguistischen Text Mining für Zwecke der computergestützten Argumentanalyse. Die Methodenentwicklung wird im Folgenden beschrieben bezogen auf Schritte der Datenerhebung und -aufbereitung sowie der Datenanalyse.

7.1 Datenerhebung und -aufbereitung

Die Methodik wurde an einem themenzentrierten Korpus entwickelt und erprobt (Texte zu Infrastrukturentscheidungen). Als Fallbeispiel diente die öffentliche Kontroverse um die Einführung einer Straßenbahn (»Campusbahn«) in Aachen. In das Korpus gingen Artikel lokaler Printmedien, Online-Beiträge in Foren und sozialen Medien sowie mündliche und schriftliche Diskursbeiträge politischer Parteien, Experten und Bürgerinitiativen ein, in denen für bzw. gegen die Einführung der Campusbahn argumentiert wird. Die Texte wurden schlagwortbasiert erhoben (z.B. *Campusbahn*, *Elektrobahn*, *Straßenbahn*). Die Vorgehensweise kombinierte traditionelle und computergestützte Verfahren bei der Erhebung schriftlicher und mündlicher on- und offline zugänglicher Daten.

Die *offline zugänglichen Daten* umfassen schriftliche und mündliche Daten, die als Print vorliegen und für Zwecke des Projekts eingescannt wurden, archivierte digitalisierte Textdokumente sowie Audio-Mitschnitte (z.B. von Podiumsdiskussionen), die uns zur Verfügung gestellt wurden. Die Dateien wurden zum Teil aufbereitet: Die als pdf-Dateien vorliegenden Dokumente wurden für das Einlesen in MaxQDA und EXMARaLDA in txt-Dateien umgewandelt und manuell um Fehler bereinigt; die Audio-Dateien wurden partiell als Leseversion transkribiert.

Die *online zugänglichen Daten* umfassen schriftliche und mündliche Äußerungen im Internet. Sie wurden computergestützt recherchiert und extrahiert. Herausforderungen bei der Extraktion betrafen u.a. den unterschiedlichen Aufbau von Websites (z.B. Abfolge Newsartikel und -kommentar) und damit verbundene methodische Anpassungen. Parallel wurden online produzierte oder publizierte schriftliche Diskursbeiträge mit der Screencapturing Software *FireShot* aufgezeichnet, um sie dauerhaft verfügbar zu machen.

Die erhobenen Daten entstanden im Zeitraum September 2010 bis August 2013; das Korpus umfasst mehr als 4.000 Diskursbeiträge, eine Gesamtübersicht bietet Tabelle 1. Die Speicherung der Daten erfolgte auf einem Server. Die Daten wurden manuell mit Metadaten (Quelle, Textsorte, Veröffentlichungsdatum, Dateiformat) ausgezeichnet und anhand dieser geordnet.

Für die Methodenentwicklung wurde aus dem Gesamtkorpus ein Trainingskorpus extrahiert. Es besteht aus 19 Webartikeln der Online-Ausgaben zweier lokaler Tageszeitungen in Aachen (Aachener Zeitung, AZ und Aachener Nachrichten, AN) sowie 333 Webkommentaren. Die Webkommentare beziehen sich auf die Webartikel und wurden – meist unter Verwendung eines Pseudonyms – von Autoren verfasst, die sich als Nutzer auf der Webseite der jeweiligen Lokalzeitung registrieren mussten.

Das Trainingskorpus wurde für die Analyse in EXMARaLDA (vgl. Kapitel 7.3) mit Methoden des *Natural Language Processing* aufbereitet:

1. Die Daten wurden automatisch tokenisiert (vgl. Abbildung 4), d.h. die Texte in durch Leerzeichen getrennte Einheiten bzw. Zeichenketten segmentiert.
2. Die Token wurden automatisch mit morphosyntaktischen Kategorien versehen (Part-of-Speech-Tagging mittels WebTagger, Genauigkeit: 94,8%; Neunerdt/Reyer/Mathar 2014) und lemmatisiert, d.h. flektierte Begriffe (z.B. *geht*) auf ihre lexikalische Grundform zurückgeführt (z.B. *gehen*). Der WebTagger – eine Weiterentwicklung des Stan-

	Online zugänglich		Offline zugänglich		Σ
	schriftlich	mündlich	schriftlich	mündlich	
Anzeige			X		6
Blogeintrag	X				15
Flyer	X		X		6
Forumsbeitrag	X				380
Interview		X			4
Leserbrief			X		524
Newsgroup- eintrag	X				1
Plakat	X				8
Podiumsdiskus- sion				X	1
Positionspapier	X		X		30
Sitzungsprotokoll	X				4
Webartikel	X				99
Webkommentar	X				2913
Zitat			X		130
Zeitungsartikel			X		323
				Σ	4444

Tab. 1: Zusammensetzung des Gesamtkorpus

dard-Taggers *TreeTagger* (Schmid 1995) für das Tagging von Webtexten – taggt die tokenisierten Primärdaten (Texte) nach dem *Stuttgart-Tübingen-TagSet* (STTS) (Schiller/Teufel/Stöckert 1999). Das Tagset bzw. Kategoriensystem umfasst 54 Kategorien: 48 Tags für die Hauptwortarten (Nomen, Verb, Artikel, Adjektiv, Pronomen, Kardinalzahl, Adverb, Konjunktion, Adposition, Interjektion, Partikel) und ihre Subklassen (z.B. finites Verb, adverbiales Adjektiv) sowie sechs Tags zur Auszeichnung von Nichtwörtern, fremdsprachlichem Material und Satzzeichen.

- Die tokenisierten, getaggtten und lemmatisierten Daten wurden manuell korrigiert. Die Korrektur betrifft falsch vergebene Tags (z.B. finites Vollverb/VVFIN statt normales Nomen/NN) und die Ergänzung fehlender Lemmata, die in den Daten als »unknown« klassifiziert wurden. Häufig handelt es sich bei diesen Lemmata um themenspezifische Begriffe, die in den Tagger-eigenen, themenunspezifischen Lexika nicht enthalten und damit unbekannt sind (z.B. *Campusbahn*).

Das oben beschriebene Verfahren der Datenaufbereitung beschreibt ein Standardverfahren der computergestützten Textanalyse und gilt als Vorbedingung für weitergehende Analysen wie die linguistische Mehrebenen-Annotation (Trevisan/Neunerdt/Jakobs 2012, S. 182).

7.2 Das Kategoriensystem

Für die Argumentanalyse des Trainingskorpus wurde das diskurslinguistische Analyseverfahren nach Niehr (2004) mit dem in Trevisan (2014) entwickelten linguistischen Ansatz des Text Minings zusammengeführt. Der Ansatz basiert auf dem Kategoriensystem von Niehr (2004), das durch die linguistischen Ebenen des Annotationsansatzes von Trevisan (2014) erweitert wurde. Das Ergebnis wurde durch die Kategorie *Argumentträger* ergänzt (vgl. Abbildung 2); sie ermöglicht die Zuordnung der im Korpus genannten Argumente zu ihren jeweiligen TrägerInnen.

Das Grundgerüst des Kategoriensystems bilden drei Kategorien: Argumentträger, Verwendungsweise und linguistische Ebene. Jede Kategorie umfasst Unterkategorien ersten und zweiten Grades, anhand derer das im Text identifizierte Argument näher beschrieben wird. Die Ausprägung von Kategorien variiert textsortenspezifisch (Beispiel graphematische Ebene: die Verwendung von Emoticons ist typisch für Blogkommentare, nicht jedoch für Zeitungsartikel).

Die Kategorie *Argumentträger* dient der Identifizierung der am Diskurs beteiligten SprecherInnen. Es werden zwei Typen unterschieden: Argumentträger, die im Diskurs ein Argument vorbringen (Subj. = Subjekt) versus Argumentträger, denen im Diskurs ein Argument zugeschrieben wird (Obj. = Objekt). Für jeden identifizierten Argumentträger bzw. jede identifizierte Argumentträgerin werden textbasiert Argumentträgereigenschaften ermittelt, z.B. anhand der Nennung ihres Geschlechts oder Alters in dem jeweils untersuchten Textexemplar. Von besonderem Interesse ist im Fallbeispiel die Bestimmung seiner bzw. ihrer gesellschaftlichen Rolle (z.B. PolitikerIn, UmweltaktivistIn). Auf diese Weise lassen sich rollen- bzw. akteurspezifische Argumentationsweisen identifizieren und vergleichen.

Die Kategorie *Verwendungsweise* beschreibt nach Niehr (2004) die Art und Weise, in der ein Argument vorgebracht wird (vgl. Kapitel 5): argumentativ (das Argument wird vom Argumentträger produziert) oder zitierend (ein bereits in den Diskurs eingebrachtes Argument wird von einem Sprecher bzw. einer Sprecherin reproduziert). Anhand der Art der zitierenden Reproduktion (positiv, neutral und negativ) können Bewertungen des Arguments durch den Sprecher bzw. die Sprecherin rekonstruiert werden.

Die Kategorie *linguistische Ebene* erlaubt die Erfassung und Beschreibung der sprachlichen Mittel, mit denen ein Argument realisiert wird. Aus Trevisan (2014) wurden die graphematische und die lexikalisch-semantische Ebene übernommen. Einige Ebenen ihres ursprünglichen Mehrebenen-Annotationssystems wurden für Zwecke des Fallbeispiels weiterentwickelt bzw. präzisiert und umbenannt: die Analyseebenen Sprechakt (*bisher*: pragmatische Ebene), Position (*bisher*: syntaktische Ebene) und Bewertungsrich-

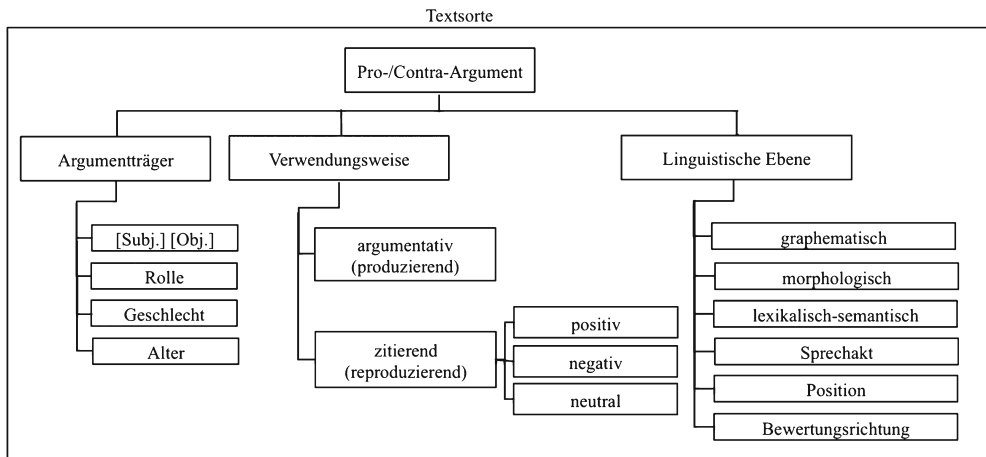


Abb. 2: Integriertes Kategoriensystem

tung (*bisher*: Polarität). Die morphologische Ebene wurde durch folgende Unterkategorien ergänzt: Argumentmarker nach Dumm und Lemke (2013) sowie Kommunikationsverben nach Harras (2007). Die Idee, auf Harras' Aufstellung von Kommunikationsverben zurückzugreifen, gründete auf dem Problem, Indikatoren für die Identifizierung von Argument-Verwendungsweisen zu finden, die sich für eine computergestützte Analyse eignen. Kommunikationsverben wie *sagen*, *erläutern* und *nennen* leiten häufig die Wiedergabe von Argumenten in Texten ein und eignen sich daher für die computergestützte Bestimmung analyserelevanter Textpassagen. Kommunikationsverben können darüber hinaus die Art der Verwendungsweise eines Arguments durch den Sprecher bzw. die Sprecherin indizieren (z.B. positiv: *zustimmen*, negativ: *bestreiten* oder *anzweifeln*).

Wichtig für den hier beschriebenen Ansatz ist die Berücksichtigung der Textsortenspezifisch erhobener Textdaten. Die sprachliche Realisierung eines Arguments kann textsortenabhängig (z.B. Zeitungskommentar vs. News-Kommentar) variieren.

7.3 Integrative Analysemethodik

Die Methodenentwicklung richtet sich auf das Ziel, sprachliche Muster zu identifizieren, die bestimmte Verwendungsweisen von Argumenten indizieren. Die dafür entwickelte Analysemethodik kombiniert vier Schritte: (1) getrennte Datenanalyse (diskurslinguistische und computergestützte Argumentanalyse), (2) Aggregation, (3) Metaanalyse (Korpus-Statistiken und Mustererkennung) und (4) Musterdefinition. Die Methodik integriert manuelle, automatische und semi-automatische Methoden.

(1) *Datenanalyse*: Die Datenanalyse erfolgt parallel mit zwei Methoden: manuell-qualitativ durch eine diskurslinguistische Argumentanalyse, semi-automatisch-quantitativ durch eine computergestützte Argumentanalyse.

Diskurslinguistische Argumentanalyse: Die manuelle diskurslinguistische Argumentanalyse folgt dem in Niehr (2004) entwickelten Verfahren. Die Auszeichnung der Argumente erfolgte in MaxQDA. In der Analyse wurden diskursrelevante Argumente zum Thema »Für und wider der Einführung einer Straßenbahn« identifiziert, basierend auf der Annotation Argumentklassen gebildet und die Verwendungsweise der Argumente bestimmt. Die Codierung erfolgte durch zwei unabhängige CodiererInnen; für die finale Codierung wurden die Ergebnisse verglichen (*Intercoder-Agreement*).

Computergestützte Argumentanalyse: Parallel zur qualitativen Argumentanalyse wurden die Texte des Trainingskorpus mit computergestützten Methoden semi-automatisch analysiert. Die Analyse fokussiert die in Kapitel 7.2 beschriebenen linguistischen Ebenen. Sie erfolgte in EXMARaLDA, da das Tool eine Daten-Annotation über mehrere Ebenen erlaubt (*Mehrebenen-Annotation*).

Für die Mehrebenen-Annotation wurden die aufbereiteten Textdaten in EXMARaLDA importiert (Importformat: .txt). Die Annotation der graphematischen, morphologischen und lexikalisch-semantischen Ebene sowie der Analyseebenen Position und Bewertungsrichtung erfolgte automatisch mittels AutoAnnotator (Trevisan et al. 2014b, Trevisan/Neunerdt 2015/in Vorbereitung, Genauigkeit: 95,1%); die Annotationsebenen wurden in EXMARaLDA ebenfalls automatisch durch den AutoAnnotator angelegt. In einem nachfolgenden Schritt wurden Annotationsfehler manuell identifiziert und korrigiert. Die Ebene Sprechakt wurden ausschließlich manuell annotiert, da sie interpretativ ist und mit computergestützten Verfahren nur eingeschränkt annotiert werden kann. Der Ansatz erlaubt die Annotation und Betrachtung sprachlicher argument-indizierender Mittel. Durch die Mehrebenen-Annotation wird der Tatsache Rechnung getragen, dass jedes Token bzw. jede Texteinheit spezifische Funktionen erfüllt, die auch für die Konstitution evaluativer Aussagen und Argumente relevant sind (z.B. *nur* als abschwächendes Element evaluativer Aussagen, *aber* als Argumentmarker).

(2) *Aggregation:* Die Ergebnisse der manuellen und semi-automatischen Analysen (Argumente und Argument-Verwendungsweisen, Argumentklassen, Mehrebenen-Annotation) wurden in EXMARaLDA zusammengeführt (aggregiert). Dies erforderte u.a., die Annotationsergebnisse der manuellen diskurslinguistischen Argumentanalyse manuell zu übertragen. Für die Übertragung wurden die Analyseebenen Verwendungsweise sowie Pro-/Contra-Argument manuell angelegt. Abbildung 3 zeigt die aus dem Kategoriensystem (Abbildung 2) übernommenen Ebenen (graphematische Ebene, lexikalisch-semantische Ebene, Sprechakt, Bewertungsrichtung) sowie Unterebenen (Partikel, Kommunikationsverben, Argumentmarker, Position_Satz), die nicht im Kategoriensystem dargestellt werden (vgl. Abbildung 3). EXMARaLDA bietet für die Anlage von Kategorien und Unterkategorien nur eine Spalte, sie erscheinen daher zusammen »gelistet«.

(3) *Metaanalyse:* Die Analyseergebnisse des ersten Schritts – Argumente, Verwendungsweisen und linguistische Annotation – bilden die Ausgangsdaten für den zweiten Schritt, die Metaanalyse, in der eine Korpus-Statistik für Zwecke der Mustererkennung erstellt und genutzt wird.

Korpus-Statistik: Das Mehrebenen-annotierte Trainingskorpus wurde quantitativ untersucht (relatives versus absolutes Vorkommen eines Mittels). Ermittelt wurden häufig

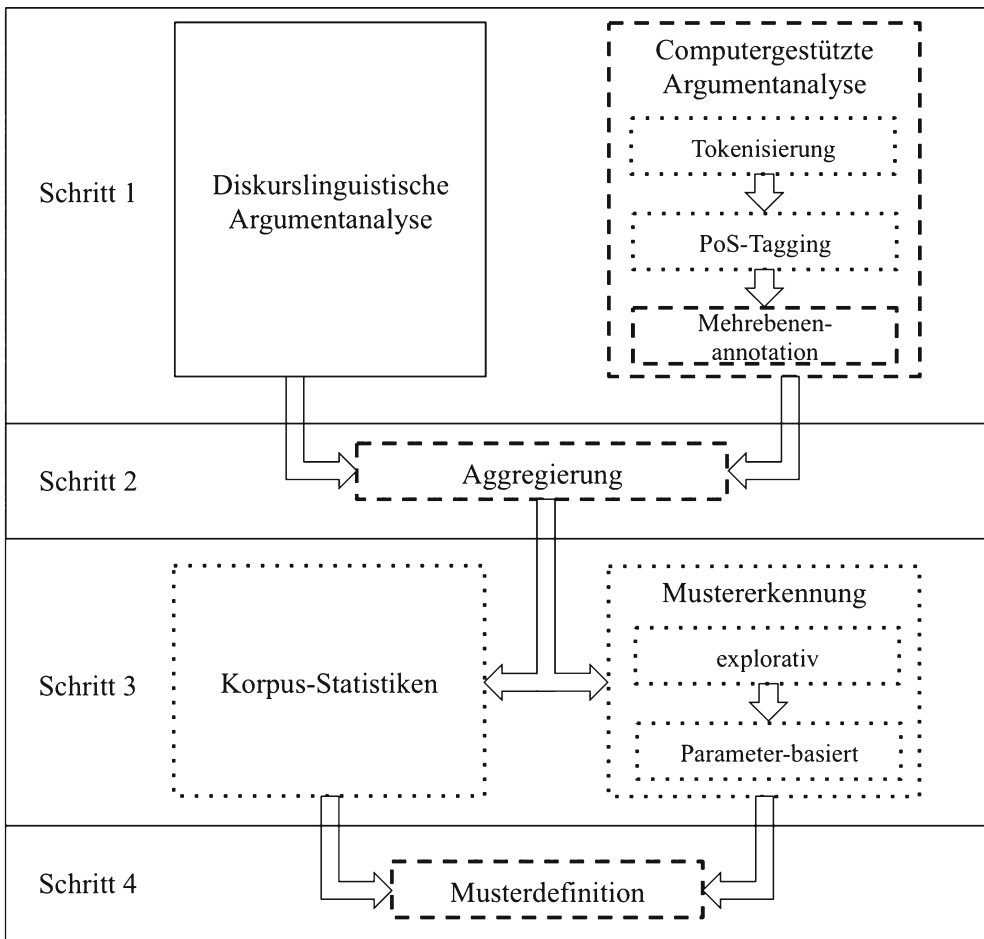


Abb. 4: Integrative Analysemethodik.

Legende: manuelle Methoden: durchgezogene Linie; automatische Methoden: gepunktete Linie; semi-automatische Methoden: gestrichelte Linie.

auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede untersucht und solcherart die »Basiskomponenten« von Mustern einer Verwendungsweise ermittelt.

(4) *Musterdefinition*: Die Basiskomponenten wurden hinsichtlich ihrer »Repräsentativität« für Verwendungsweisen geprüft. Prüfkriterium war die Auftretenshäufigkeit in der Korpus-Statistik. Die identifizierten Muster wurden auf relevante Muster beschränkt und nur diese definiert. Das Ergebnis ist die Festlegung relevanter, argument-indizierender Tagkombinationen. Abbildung 4 zeigt die integrative Methodik im Überblick.

7.4 Ergebnisse

Die oben beschriebene Methodik wurde auf das Trainingskorpus angewandt mit dem Ziel, Muster zu identifizieren, die bestimmte Verwendungsweisen von Argumenten indizieren. Die statistische Auswertung liefert Aussagen zu folgenden Punkten: Auftretenshäufigkeit von Tags und Argumenten (Korpus-Statistiken, Abbildung 5), Anzahl von Mustern je Argument-Verwendungsweise (Tabelle 2), häufig auftretende Tagkombinationen bzw. Muster je Verwendungsweise (Tabelle 3). Die Ergebnisse der statistischen Auswertung werden im Folgenden vorgestellt.

Befunde zur Auftretenshäufigkeit von Tags und Argumenten

Die Auftretenshäufigkeit liefert Hinweise darauf, welche Kategorien bei der automatischen Mustererkennung relevant sein könnten. Die Darstellung der Korpus-Statistik in Abbildung 5 zeigt die absolute Auftretenshäufigkeit von Tags per aggregierter Annotationsebene. Mit Ausnahme der Statistik Pro-/Contra-Argumente wurden für alle anderen Ebenen die fünf am häufigsten auftretenden Tags ermittelt (Top 5). Im Falle der lexikalisch-semantischen Ebene war dies nicht möglich – die Auswertung ergab lediglich zwei häufig auftretende Tags.

Die Verteilung von Tags variiert je nach Annotationsebene. Einige Ebenen zeigen tendenziell eine ähnliche Verteilung häufig auftretender Tags, z.B. bei Pro-/Contra-Argumenten und Argumentmarkern. Die Verteilung auf anderen Ebenen indiziert dagegen starke Abweichungen, z.B. im Falle der Pos-Ebene oder der Unterebene musterindizierender Kommunikationsverben.

Anzahl von Mustern je Argument-Verwendungsweise

Tabelle 2 bietet einen Überblick, in wie vielen Mustern eine bestimmte Argument-Verwendungsweise im Trainingskorpus realisiert wird.

Verwendungsweise	n
argumentativ (ARG)	512
negativ zitierend (NEGZ)	478
neutral zitierend (NEUZ)	354
positiv zitierend (POSZ)	95

Tab. 2: Anzahl identifizierter Muster je Verwendungsweise

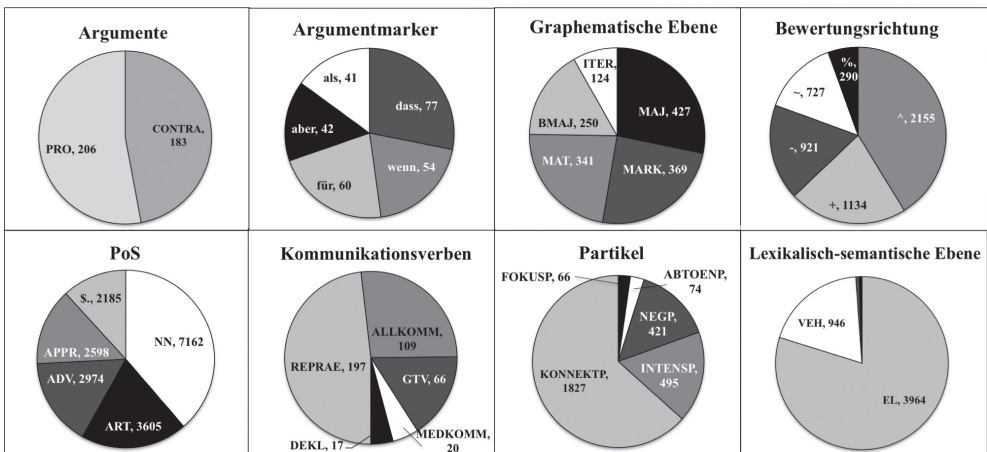


Abb. 5: Korpus-Statistiken.

Legende der Abkürzungen geordnet nach Ebenen: Argument-Ebene – PRO: Pro-Argument, CONTRA: Contra-Argument; graphematische Ebene – ITER: Iteration, MAJ: Majuskelschreibung, MARK: Markierung, MAT: mathematisches Zeichen, BMAJ: Binnenmajuskel; Ebene der Bewertungsrichtung – ^: Intensivierer, +: positiv bewertendes Token, -: negativ bewertendes Token, : Umkehrer, %: Verminderer; PoS-Ebene – NN: normales Nomen, ART: Artikel, ADV: Adverb, APPR: Präposition, \$: satzbeendende Interpunktion; Ebene der Kommunikationsverben – ALLKOMM: allgemeine Kommunikationsverben, GTV: Gesprächs- und themenstrukturierende Verben, MEDKOMM: mediale Kommunikationsverben, DEKL: Deklarative, REPRAE: Repräsentative; Partikel-Ebene – ABTOENP: Abtönungspartikel, INTENSP: Intensivierungspartikel, KONNEKTP: Konnektivpartikel, FOKUSP: Fokuspartikel, NEGP: Negationspartikel; lexikalisch-semantische Ebene – VEH: Transportmittel, EL: themenspezifisches Einzellexem.

Die meisten Muster sind Repräsentationsformen argumentativer Verwendungsweisen (n=512). An zweiter Stelle folgen Muster für negativ zitierende (n=478), an dritter Stelle neutral zitierende Verwendungsweisen (n=354). Am geringsten ist der Anteil von Mustern für positiv zitierende Verwendungsweisen (n=95).

Die identifizierten Muster sind mehr oder weniger komplex; sie umfassen partiell mehr als zehn Beschreibungskategorien bzw. Tags. Je komplexer ein Muster ist, desto seltener tritt es auf. Die Komplexität des Musters scheint damit ein Indikator für die Repräsentativität eines Musters. Für die Charakterisierung von Korpora interessieren insbesondere relevante, d.h. repräsentative Muster und ihre Beschaffenheit.

Häufig auftretende Tagkombinationen bzw. Muster je Verwendungsweise

Es konnten acht Muster ermittelt werden, die in unterschiedlichem Maße (mehr oder weniger typisch) Argument-Verwendungsweisen des Trainingskorpus charakterisieren (Tabelle 3).

Muster	Verwendungsweise			
	ARG	NEGZ	POSZ	NEUZ
[+, ^, ~] [EL, VEH]	20	11	8	0
[+, ^, ~]	71	136	20	0
[EL, VEH]	133	116	23	74
[+, ^] [EL, VEH]	32	13	8	12
[+] [EL, VEH]	42	18	8	23
[LOC, VEH]	95	47	23	6
[ITER, MARK]	21	10	0	0
[ADJA, NN]	282	239	26	179

Tab. 3: Häufig auftretende Muster je Verwendungsweise

Die Ergebnisse zeigen, dass die Anzahl von Mustervorkommen je Verwendungsweise stark variiert. Das Muster $[+, ^, \sim]$ (+: positiv bewertendes Token, ^: Intensivierer, ~: Umkehrer; vgl. Beispiel 10) tritt beispielsweise häufig bei negativen zitierenden Verwendungsweisen auf (n=136), wo hingegen das Muster $[EL, VEH]$ (EL: themenspezifisches Einzellexem, VEH: Transportmittel; vgl. Beispiel 11) insbesondere im Zusammenhang mit argumentativer Verwendungsweise zu finden ist (n=133).

(10) »Sie hält Elektrobusse für wesentlich_[^] flexibler_[+], auch glaubt sie nicht_[~], dass jede_[^] Straße für eine Bahntrasse geeignet_[+] sei.« (Webkommentar, Aachener Nachrichten, 04.03.2013)

(11) »Die Fahrzeiten_[EL] belegen, dass die Fahrzeit_[EL] aus dem Südraum durch die Campusbahn_[VEH] schneller werden - trotz umsteigen - und die Fahrt_[EL] komfortabler.« (Webkommentar, Aachener Zeitung, 14.01.2013)

Fünf der acht ermittelten Muster treten bei allen Argument-Verwendungsweisen auf; die restlichen drei Muster werden dagegen nur für bestimmte Verwendungsweisen genutzt – sie können im Umkehrschluss bezogen auf das Trainingskorpus als Ausschlusskriterien für spezifische Argument-Verwendungsweisen interpretiert werden.

8 Fazit und Ausblick

Die oben dargestellte integrative Methodik hat erhebliches Potential für die Analyse großer Korpora. Sie erlaubt in der Verbindung manueller und computergestützter Verfahren die Identifizierung von Argumenten und Verwendungsweisen von Argumenten, die Analyse und statistische Auswertung von Mitteln für die Realisierung von Argumenten sowie die Ermittlung mehr oder weniger typischer Argumentmuster. Die Leistungsfähigkeit bzw. Performanz der Methodik ist an weiteren Korpora zu testen. Die definierten Muster sind anhand von Validierungskorpora auf ihre Gültigkeit zu überprüfen. Es gibt eine ganze Reihe bisher unbeantworteter Fragen, die erheblichen Forschungsbedarf andeuten, wie zum Beispiel die Fragen, welche Parameter sich – über die bisher genannten hinaus – auf die Nutzung argument-indizierender Mittel auswirken oder wie groß die Varianz von Argumentmustern ist. Insgesamt ist der Ansatz in vielfältiger Weise ausbaubar. Was bislang u. a. fehlt, sind Verfahren für die Zuordnung von Argumenten zu Argumentträgern als Voraussetzung für die computergestützte Ermittlung akteurspezifischer Argumentationsweisen. Der Ansatz stößt u. a. dann an Grenzen, wenn es um die Ermittlung impliziter Argumente geht. Er macht aber auch deutlich, dass die Beschränkung auf entweder qualitative oder aber quantitative Methoden nicht zielführend ist. Im Gegenteil: Ihre Verbindung und partiell gegenseitige Modifikation ermöglicht vielfältige Ansatzpunkte für eine veränderte Qualität diskurslinguistischer Studien und neue Fragestellungen.

Literatur

- Apel, K.-O. (1999): Transformation der Philosophie. Band 2: Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ashley, K. D./Walker, V. R. (2013): Toward Constructing Evidence-based Legal Arguments Using Legal Decision Documents and Machine Learning. In: Proceedings of the Fourteenth International Conference on Artificial Intelligence and Law (ICAIL '13, ACM), S. 176–180.
- Bach, N. X./Le Minh, N./Oanh, T. T./Shimazu, A. (2013): A Two-Phase Framework for Learning Logical Structures of Paragraphs in Legal Articles. In: ACM Transactions on Asian Language Information Processing (TALIP) 1 (12), S. 1–32.
- Bubenhof, N. (2008): Diskurse berechnen? Wege zu einer korpuslinguistischen Diskursanalyse. In: Warnke, I./Spitzmüller, J. (Hrsg.): Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene. Berlin und New York: de Gruyter, S. 407–434.
- Bubenhof, N. (2013): Quantitativ informierte qualitative Diskursanalyse. Korpuslinguistische Zugänge zu Einzeltexten und Serien. In: Roth, K. S./Spiegel, C. (Hrsg.): Angewandte Diskurslinguistik. Felder, Probleme, Perspektiven. Berlin: Akademie-Verlag, S. 109–134.
- Bubenhof, N./Scharloth, J. (2013): Korpuslinguistische Diskursanalyse. Der Nutzen empirisch-quantitativer Verfahren. In: Meinhof, U./Reisigl, M./Warnke, I. H. (Hrsg.): Diskurslinguistik im Spannungsfeld von Deskription und Kritik. Berlin: Akademie Verlag, S. 147–169.
- Cabrio, E./Villata, S. (2012): Natural Language Arguments: A Combined Approach. In: De Raedt, L./Bessiere, C./Dubois, D./Doherty, P./Frasconi, P./Heintz, F./Lucas, P. J. F. (Hrsg.): ECAI, Frontiers in Artificial Intelligence and Applications 242. IOS Press, S. 205–210.

- Dumm, S./Lemke, M. (2013): Argumentmarker. Definition, Generierung und Anwendung im Rahmen eines semi-automatischen Dokument-Retrieval-Verfahrens. Schriftenreihe des Verbundprojektes »Postdemokratie und Neoliberalismus«, Diskussion-Paper 3
- Feldman, R./Dagan, I. (1995): Knowledge Discovery in Textual Databases (KDT). In: Proceedings of the First International Conference on Knowledge Discovery and Data Mining (KDD-95), S. 112–117.
- Feng, V. W./Hirst, G. (2011): Classifying Arguments by Scheme. In: Proceedings of the 49th Annual Meeting of the Association for Computational Linguistics: Human Language Technologies 1 (HLT ,11, ACL), S. 987–996.
- García-Villalba, M. P./Saint-Dizier, P. (2012): A Framework to Extract Arguments in Opinion Texts. In: International Journal of Cognitive Informatics and Natural Intelligence 3 (6), S. 62–87.
- Habermas, J. (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kang, J./Saint-Dizier, P. (2014): Argument Mining in TextCoop. In: Workshop on Argument Mining, Dundee.
- Kienpointner, M. (1992): Alltagslogik. Struktur und Funktion von Argumentationsmustern. Stuttgart-Bad Cannstatt: Frommann-Holzboog.
- Klein, W. (1980): Argumentation und Argument. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik (38-39), S. 9–57.
- Kopperschmidt, J. (1989): Methodik der Argumentationsanalyse. Stuttgart-Bad Cannstatt: Frommann-Holzboog.
- Kopperschmidt, J. (2005): Argumentationstheorie zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Liakata, M./Saha, S./Dobnik, S./Batchelor, C. R./Rebholz-Schuhmann, D. (2012): Automatic Recognition of Conceptualization Zones in Scientific Articles and TwoLife Science Applications. In: Bioinformatics 7 (28), S. 991–1000.
- Mehler, A./Wolff, C. (2005): Einleitung: Perspektiven und Positionen des Text Mining. In: Zeitschrift für Computerlinguistik und Sprachtechnologie: Themenschwerpunkt Text Mining 1 (20), S. 1–18.
- Mizuta, Y./Collier, N. (2005): Zone Analysis in Biology Articles as a Basis for Information Extraction. In: Proceedings of the International Joint Workshop on Natural Language Processing in Biomedicine and its Applications (JNLPBA ,04, ACL), S. 29–35.
- Mochales Palau, R./Moens, M.-F. (2009): Argumentation Mining: The Detection, Classification and Structure of Arguments in Text. In: Twelfth International Conference on Artificial Intelligence and Law (ICAIL '09, ACM), S. 98–109.
- Neunerdt, M./Reyer, M./Mathar, R. (2014): Efficient Training Data Enrichment and Unknown Token Handling for POS Tagging of Non-standardized Texts. In: Proceedings of the Twelfth Conference on Natural Language Processing (KONVENS), 08.-10.10.2014, Hildesheim (D).
- Niehr, Th. (2004): Der Streit um Migration in der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Österreich. Eine vergleichende diskursgeschichtliche Untersuchung. Heidelberg: Winter.
- Niehr, Th. (2014): Einführung in die linguistische Diskursanalyse. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Niehr, Th. (2015): Die Universität im öffentlichen Sprachgebrauch. Ein Plädoyer für das Zusammenwirken von quantitativen und qualitativen Methoden der Diskursforschung. In: Roth, K. S./Spitzmüller, J./Arendt, B./Kiesendahl, J. (Hrsg.): Sprache, Universität, Öffentlichkeit. Bremen: Hempen, S. 134–146.
- Niehr, Th. (i.Vb.): Argumentation in Texten. Erscheint in: Roth, K. S./Wengeler, M./Ziem, A. (Hrsg.): Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft. Berlin und Boston: de Gruyter.
- Quine, W. V. O. (1974): Grundzüge der Logik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reed, C./Mochales Palau, R./Rowe, G./Moens, M.-F. (2008): Language Resources for Studying Argument. In: Proceedings of the 6th Conference on Language Resources and Evaluation (LREC '08), S. 91–100.
- Sandig, B. (1979): Ausdrucksmöglichkeiten des Bewertens. Ein Beschreibungsrahmen im Zusammenhang eines fiktionalen Textes. In: Deutsche Sprache 7, S. 137–159.

- Sandig, B. (1991): Formeln des Bewertens. In: Palm, C. (Hrsg.): »EUROPHRAS 90«. Akten der internationalen Tagung zur germanistischen Phraseologieforschung. Aske, Schweden 12.-15. Juni 1990. Stockholm: Almqvist & Wiksell international, S. 227–252.
- Scharloth, J./Eugster, D./Bubenhofer, N. (2013): Das Wuchern der Rhizome. Linguistische Diskursanalyse und Data-driven Turn. In: Busse, D./Teubert, W. (Hrsg.): Linguistische Diskursanalyse: neue Perspektiven. Wiesbaden: VS, S. 345–381.
- Schiller, A./Teufel, S./Stöckert, C. (1999): Guidelines für das Tagging deutscher Textkorpora mit STTS. Technischer Bericht. Institut für Maschinelle Sprachverarbeitung, Universität Stuttgart und Seminar für Sprachwissenschaft, Universität Tübingen.
- Schmid, H. (1995): Improvements in Part-of-Speech Tagging with an Application to German. In: Proceedings of the EACL SIGDAT Workshop, Dublin (IRL).
- Stede, M./Neumann, A. (2014): Potsdam Commentary Corpus 2.0: Annotation for Discourse Research. In: Proceedings of the Language Resources and Evaluation Conference (LREC), Reykjavik.
- Teufel, S. (2010): Recognising Structure in Scientific Discourse: Applications to Summarization and Citation Indexing. CSLI Publications.
- Toulmin, St. (1996/1958): Der Gebrauch von Argumenten. Weinheim.
- Trevisan, B. (2014): Bewerten in Blogkommentaren. Mehrebenenannotation sprachlichen Bewertens. Dissertation. RWTH Aachen University.
- Trevisan, B./Neunerdt, M./Jakobs, E.-M. (2012): A Multi-level Annotation Model for Fine-grained Opinion Detection in German Blog Comments. In: Proceedings of KONVENS 2012, Wien, S. 179–188.
- Trevisan, B./Dickmeis, E./Hemig, T./Jakobs, E.-M./Niehr, Th. (2014a): Indicators of Argument-conclusion Relationships. An Approach for Argumentation Mining in German Discourses. In: Proceedings of the First Workshop on Argumentation Mining (ACL), 26.06.2014. Baltimore, S. 104–105.
- Trevisan, B./Neunerdt, M./Hemig, T./Jakobs, E.-M./Mathar, R. (2014b): Detecting Ironic Speech Acts in Multilevel Annotated German Web Comments. In: Proceedings of KONVENS, Workshop »NLP 4 CMC: Natural Language Processing for Computer-Mediated Communication / Social Media«.
- Trevisan, B./Jakobs, E.-M. (2015): Linguistisches Text Mining. In: Keller, B./Klein, H.-W./Tuschl, S. (Hrsg.): Zukunft der Marktforschung. Heidelberg: Springer Gabler, S. 167–185.
- Trevisan, B./Neunerdt, M. (2015/in Vorbereitung): IRONISIEREN: Verarbeitung und Annotation internetbasierter Kommunikation. Am Beispiel von Webkommentaren. In: Imo, W./Spieß, C. (Hrsg.): Empirische Erforschung internetbasierter Kommunikation. Berlin: Akademie-Verlag.
- Wengeler, M. (2003): Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960–1985). Tübingen: Niemeyer.
- Wyner, A./Mochales-Palau, R./Moens, M.-F./Milward, D. (2010): Approaches to Text Mining Arguments from Legal Cases. In: Francesconi, E./Montemagni, S./Peters, W./Tiscornia, D./Wyner, A./Mochales-Palau, R./Moens, M.-F./Milward, D. (Hrsg.): Semantic Processing of Legal Texts. Berlin/Heidelberg: Springer [LNCS; 6036], S. 60–79.
- Wyner, A./Schneider, J./Atkinson, K./Bench-Capon, T. (2012): Semi-automated Argumentative Analysis of Online Product Reviews. In: Fourth International Conference on Computational Models of Argument (COMMA '12).

Anschriften:

Prof. Dr. Thomas Niehr
RWTH Aachen University
Institut für Sprach- und Kommunikationswissenschaft
Lehr- und Forschungsgebiet Germanistische Sprachwissenschaft
Eilfschornsteinstr. 15
52062 Aachen
t.niehr@isk.rwth-aachen.de

Eva Dickmeis, M.A.
RWTH Aachen University
Institut für Sprach- und Kommunikationswissenschaft
Lehr- und Forschungsgebiet Germanistische Sprachwissenschaft
Eilfschornsteinstr. 15
52062 Aachen
e.dickmeis@isk.rwth-aachen.de

Dr. Bianka Trevisan
RWTH Aachen University
Institut für Sprach- und Kommunikationswissenschaft / HCI-Center
Textlinguistik und Technikkommunikation
Campus-Boulevard 57
52074 Aachen
b.trevisan@tk.rwth-aachen.de

Prof. Dr. Eva-Maria Jakobs
RWTH Aachen University
Institut für Sprach- und Kommunikationswissenschaft / HCI-Center
Textlinguistik und Technikkommunikation
Campus-Boulevard 57
52074 Aachen
e.m.jakobs@tk.rwth-aachen.de

Marlon Barbehön

Städtische Europadiskurse und die Konstitution lokalpolitischer Möglichkeitsräume

Das Beispiel Feinstaubpolitik in Frankfurt am Main

Zusammenfassung: Die lokalpolitischen Rahmenbedingungen von Städten und Gemeinden sind in vielfältiger Weise vom Regieren im Mehrebenensystem der EU beeinflusst. Wir wissen jedoch wenig darüber, wie die europäische Integration in einer Stadt diskursiv konstruiert wird und welche Implikationen für den Umgang mit europapolitischen Anforderungen damit einhergehen. Der Beitrag rekonstruiert am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main die kollektiven Deutungsmuster, die die sinnhafte Aneignung Europas im sozialräumlichen Kontext dieser Stadt organisieren. Zudem wird analysiert, wie das europapolitische Wissen der Stadt einen lokalpolitischen Möglichkeitsraum aufspannt, der die Umsetzung der EU-Feinstaubrichtlinie strukturiert.

Schlagwörter: europäische Integration, Lokalpolitik, diskursanalytische Stadtforschung, Frankfurt, Feinstaubpolitik

Summary: Political processes within the multi-level system of the EU impact on the political environment of cities in many different ways. However, we know little about how European integration is discursively constructed in a city and how these practices take effect on the local implementation of European policies. Using the example of Frankfurt am Main, the paper reconstructs the collectively available frames which organize the processes of ascribing meaning to the EU within the socio-spatial context of this particular city. Moreover, it is analysed how the discursively constructed knowledge about Europe constitutes a locally specific space of possibility for implementing the EU directive on ambient air quality.

Keywords: European integration, local politics, discourse-analytical urban research, Frankfurt, policies on particulate matter

Einleitung¹

Nachdem der Prozess der europäischen Integration über Jahrzehnte hinweg als eine soziale, wirtschaftliche sowie politische Dynamik zwischen und oberhalb von Nationalstaaten betrachtet wurde, ist mittlerweile weithin anerkannt, dass sich die Europäische Union (EU) zu einem Mehrebenensystem entwickelt hat, das bis auf die unterste Ebene mitgliedstaatlicher Systeme – im Falle der Bundesrepublik auf die lokalen Gebietskörper-

1 Ich danke Michael Haus für seine wertvollen Anmerkungen zu einer früheren Fassung dieses Beitrags.

schaften der kommunalen Ebene – ausstrahlt. Die lokalpolitischen Auswirkungen des Binnenmarkts, die Interaktionsbeziehungen und Finanzmittel im Kontext der europäischen Struktur- und Raumordnungspolitik sowie die Einbindung von Städten und Gemeinden in europäischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen sind nur einige Stichworte, die die Auswirkungen des Integrationsprozesses auf die lokale Ebene andeuten (Münch 2006; Knodt 2010). In der wissenschaftlichen und politischen Debatte kommt man gegenwärtig kaum mehr um die Erzählung umhin, dass etwa zwei Drittel aller kommunalrelevanten Vorschriften ihren Ursprung auf europäischer Ebene finden (vgl. Vetter/Soós 2008, S. 579; Sturm/Pehle 2012, S. 118). In der bundesdeutschen, lokalen Politikforschung verbindet sich diese Diagnose nicht selten mit einem sorgenvollen Blick auf die Zukunft der traditionsreichen kommunalen Selbstverwaltung (Wollmann 2002, 2012). Kennzeichnend für diese Analysen ist eine Gegenüberstellung der Einschränkungen lokaler Handlungsspielräume, die vor allem im Bereich der von binnenmarktrelevanten EU-Richtlinien betroffenen kommunalen Daseinsvorsorge ausgemacht werden, mit den neuartigen Handlungsoptionen innerhalb des Mehrebenensystems, wie sie die Forschung in der europäischen Strukturpolitik und transnationalen Städtenetzwerken identifiziert (Schultze 2003; Münch 2006).

Zugleich wurde in empirischen Studien wiederholt herausgearbeitet, dass Städte und Gemeinden in je eigener Weise auf die Herausforderungen und Chancen des Regierens im Mehrebenensystem reagieren und trotz vermeintlich ›gleicher‹ supranationaler Einflüsse im Hinblick auf ihre lokalpolitischen Prozesse und Inhalte nicht zu konvergieren scheinen (u.a. Hamedinger/Wolffhardt 2010; Reiter 2011). Zur Einordnung und Erklärung dieser variablen Reaktionsmuster wird in der Literatur vornehmlich auf institutionalistische und akteurszentrierte Ansätze zurückgegriffen (Dossi 2012). Dahinter steht die ontologisch-realistische Prämisse, dass sich das supranationale Institutionensystem als selbstevidente und lokalen Deutungsprozessen enthobene Realität darstellt, die allenfalls durch lokale Kontextfaktoren in unterschiedlicher Weise vermittelt wird. Die Einsichten der sozialkonstruktivistischen bzw. diskursanalytischen Europaforschung, wonach sich die Bedeutung ›der EU‹ erst in räumlich und zeitlich spezifischen Praktiken der Bedeutungszuschreibung ergibt (vgl. Wæver 2009), werden damit ausgeblendet. Geht man indes davon aus, dass auch ›überlokale‹ Phänomene wie europäische Politik immer nur in lokaler Gestalt verfügbar sind (Löw 2010), bedarf es einer Perspektive, die sich den Praktiken der Erzeugung und Prozessierung von (hier: europapolitischer) Wirklichkeit in einzelnen Städten zuwendet und die Ortsgebundenheit von kollektiven Wissensbeständen analytisch ernst nimmt.

Der vorliegende Beitrag möchte diesen Versuch unternehmen. Es wird erstens argumentiert, dass die Frage nach den lokalpolitischen Auswirkungen der Vergemeinschaftung ihren Ausgangspunkt nicht in der Annahme objektiver europapolitischer Einflüsse finden sollte, sondern in einer interpretativen Analyse der diskursiven Konstruktion dieser Phänomene im sozialräumlichen Kontext *dieser* Stadt. Die lokalpolitisch relevanten Aspekte der europäischen Integration existieren nicht in Naturalform, sondern allein als Produkt kollektiver Deutungs- und Aneignungsprozesse, jeweils an einem und in Bezug auf einen bestimmten Ort. Zweitens wird angenommen, dass ein so verstandener städti-

scher Europadiskurs einen spezifischen Möglichkeitsraum erzeugt, der das hier und jetzt politisch Machbare und Wünschenswerte reguliert: Was in einer Stadt als sachlich und normativ ›angemessene‹ Antwort auf europapolitische ›Erfordernisse‹ und ›Möglichkeiten‹ wahrgenommen wird, ist hiernach erst vor dem Hintergrund des ortsgebundenen Wissens über das Verhältnis von Stadt und Europa zu verstehen. Die empirische Plausibilisierung dieser Annahmen soll im vorliegenden Beitrag am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main und deren Umgang mit der europäischen Luftqualitätsrichtlinie (der sogenannten Feinstaubrichtlinie) geleistet werden. Im Zentrum steht somit der Versuch, eine neuartige Perspektive auf den Zusammenhang von Städten und Europa zu entfalten, sowie den Mehrwert einer solchen, im Hinblick auf das Verständnis lokalpolitischer Reaktionsweisen im Mehrebenensystem zu verdeutlichen.

Der Beitrag ist in fünf Abschnitte gegliedert. Zunächst erfolgt eine theoretische Bestimmung und Relationierung von Diskurs, Stadt(-politik) und Europa, um das grundlegende Argument detailliert darzulegen. In einem weiteren Schritt werden die methodologische Anlage der Untersuchung und die Materialbasis skizziert. Darauf folgen in zwei empirischen Abschnitten die Rekonstruktion des Frankfurter Europadiskurses sowie die Analyse der lokalpolitischen Aneignung, Aushandlung und Umsetzung der Feinstaubrichtlinie im Lichte der zuvor skizzierten Strukturierung des europapolitischen Wissens der Stadt. In einem Schlussabschnitt werden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst, um den Ertrag einer analytischen Verknüpfung von Diskursformationen und lokalpolitischen Prozessen herauszustreichen.

Diskurs, Stadt(-politik) und Europa

Der Konzeptbegriff des *Diskurses* ist ein schillernder und vieldeutiger, der in der sozialwissenschaftlichen Forschung in unterschiedlichem Gewand Einzug gehalten hat (Keller 2011, Kapitel 2). Dies gilt auch für die Politikwissenschaft, wo sich im Kern die normative Diskursethik nach Jürgen Habermas, akteurszentrierte Verständnisse etwa in Form des diskursiven Institutionalismus (Schmidt 2008), sowie poststrukturalistische Konzeptualisierungen im Anschluss an Foucault gegenüberstehen (vgl. Kerchner 2006; Nullmeier 2011). Innerhalb dieses Feldes steht der vorliegende Beitrag in der zuletzt genannten Tradition, wonach Diskurse (und die hiermit korrespondierenden Wissensbestände) auf der systemischen Ebene verortet und als »dauerhafte und regelhafte Systeme der (kollektiven) Bedeutungszuschreibung« (Blatter/Janning/Wagemann 2007, S. 96) verstanden werden. Dabei ist der Begriff des Systems nicht in einem essentialistischen Sinne zu verstehen, wonach Aussagepraktiken regulierende Formationsregeln auf substanzielle oder ahistorische Begebenheiten zurückzuführen wären, die einem Diskurs äußerlich sind. Die Existenzbedingungen von Aussagen sind vielmehr als ein »Bündel an Beziehungen« zu verstehen, »die der Diskurs bewirken muß, um von diesen und jenen Gegenständen reden, sie behandeln, sie benennen, sie analysieren, sie klassifizieren, sie erklären zu können« (Foucault 2013, S. 70). Diskurse erscheinen als »strukturierte und strukturierende Praxis« (Diaz-Bone 2006, S. 72), so dass sie sich einerseits als organisierte Gefüge (›struk-

tiert«) und andererseits als Existenzbedingung für alle folgenden Aussagen (›strukturierend«) beschreiben lassen.

Im Hinblick auf die *Analyse von Politik* fragt eine so verstandene Diskursforschung »nach den historisch überkommenen Aussageordnungen, die unsere Wahrnehmung von der Wirklichkeit, die aktuelle Definition politischer Probleme und damit insgesamt die politische Ordnung der Gegenwart bestimmen« (Kerchner/Schneider 2006, S. 10). Der Verweis auf den Aspekt der politischen Ordnung macht dabei deutlich, dass es nicht allein um eine Denaturalisierung von ›Problemen‹ geht, die als solche in einer politischen Gemeinschaft diskursiv erzeugt werden, sondern auch und insbesondere um ein tieferes Verständnis von allgemeinverbindlichen Entscheidungen und institutionellen Arrangements. Diese werden nun nicht als gleichsam neutrale Instrumente und Ordnungen zur Regelung kollektiver Belange verstanden, sondern selbst als kontingente und stets in Bewegung befindliche Produkte diskursiver Formationen (Gottweis 2003). Aus politischen Entscheidungen hervorgegangene Instrumente, Programme und Institutionen lassen sich mit Maarten Hajer (2008, S. 217) als institutionalisierte Diskurse begreifen, als Verdichtungen, die kollektive Wissensbestände in Form allgemeinverbindlicher Handlungsanweisungen zumindest für eine gewisse Zeit verstetigen. Damit soll kein einseitiges Ableitungsverhältnis impliziert werden, wonach eine bestimmte Strukturierung eines diskursiven Feldes eine korrespondierende politische Entscheidung determiniert. Vielmehr ist ein Diskurs als Praxis zu verstehen, die – analog zur Verknappung von Möglichkeiten des Sagbaren – eine Verknappung von *Möglichkeiten des Machbaren* bedingt (Landwehr 2006, S. 108). Kollektive Wissensbestände lassen sich mithin in ihrer politischen Handlungswirksamkeit untersuchen, d.h. hinsichtlich ihrer systematischen Ermöglichung und Beschränkung von hier und jetzt ›angemessenen‹ und ›sinnvollen‹ politischen Reaktionen auf ›unsere Probleme‹. An dieser Stelle kommen auch *Akteure* ins Spiel, die einerseits als Träger diskursiv erzeugter Sprecherpositionen anzusehen, zugleich jedoch mehr sind als »unbedeutende Materialisierungsmaschinen strukturell prädestinierter Aussagen« (Schünemann 2013, S. 74), da ihnen innerhalb kollektiv wirksamer Korridore stets Entscheidungsspielräume und Potenziale für kreatives Handeln zur Verfügung stehen (vgl. Keller 2012).

Während diese Perspektive in der postpositivistischen bzw. interpretativen Policy-Forschung als weitestgehend etabliert gelten kann (vgl. Braun 2014; Münch 2015), ist der hier gewählte Fokus auf *Städte und Stadtpolitik* in besonderer Weise begründungsbedürftig. Insofern die Foucaultsche Diskursanalyse nach den historisch überkommenen Voraussetzungen der politischen Ordnung der Gegenwart fragt, impliziert dies eine Betrachtung großer Zeiträume und umfassender räumlicher Ausdehnungen, was in der diskursanalytischen bzw. wissenszentrierten Politikwissenschaft typischerweise einen Vergleich von Nationalstaaten bedingt (Maier 2003, S. 61). Die politische Wirklichkeit in Städten wäre hiernach als Ableitung überspannender Dynamiken zu verstehen, so dass nach dem Sichtbarwerden der politischen Gesellschaft in *den* Städten zu fragen wäre (vgl. Hastings 1999; Rosol 2013). Demgegenüber wird hier für einen Begriff von Stadt plädiert, der diese nicht als räumliche Container begreift, in dem sich überlokal ausgemachte Phänomene in urbaner Gestalt lediglich ›niederlegen‹, sondern sie als spezifische Diskurs- und

Wissensformationen in den Blick nimmt. Zentral für eine solche Perspektive ist der Ansatz der »Eigenlogik der Städte« (Berkling/Löw 2008; Frank et al. 2014), der seine theoretischen Wurzeln in einem relationalen Raumverständnis einerseits, sowie einer wissens- und kultursoziologischen Tradition andererseits findet (Frank et al. 2013, S. 203 ff.). Aus dieser Perspektive erscheinen die alltagsweltlichen Operationen, Städten (anthropomorphisierende) Eigenschaften zuzurechnen, sie als ›dynamisch‹ oder ›gemächlich‹, ›modern‹ oder ›traditionell‹, ›offen‹ oder ›verschlossen‹ zu imaginieren, als wirklichkeitskonstitutive Praktiken, die ein kollektives Wissen über die Eigenarten *dieser* Stadt erzeugen. In einer diskurstheoretischen Wendung lässt sich das Plädoyer des Eigenlogik-Ansatzes, eine so verstandene städtische Wirklichkeit »hinsichtlich ihres sinnhaften Aufbaus ernst zu nehmen« (Frank et al. 2013, S. 204), in eine Analytik übersetzen, die städtische Diskurse als ortsgebundene und mithin lokalspezifische Symbolsysteme begreift (Gehring/Großmann 2014). Im Hinblick auf die Analyse von Lokalpolitik impliziert ein solches Verständnis von »Stadt als Diskursraum« (Warnke 2011, S. 359), lokalpolitische Entscheidungen und institutionelle Strukturen als temporäre Verdichtungen genuin lokaler Sinnsysteme zu betrachten.

Die Annahme einer stadtspezifischen Strukturiertheit von Wirklichkeit gilt schließlich auch für das Interesse an den *lokalen Implikationen der europäischen Integration*. Betrachtet man das supranationale Institutionensystem nicht als selbstevidente Realität, sondern als in räumlicher und zeitlicher Hinsicht kontingente Wissensformation, so handelt es sich um ein Gefüge, das sich nicht nur relational zum Nationalstaat verhält (hierzu Schünemann 2013; Hawkins 2015), sondern sich auch »aus der eigenlogisch wirkenden Vergesellschaftungsqualität städtischer Kulturen bildet« (Löw 2010, S. 147). Die zentrale Einsicht der diskursanalytischen EU-Forschung – »there is not one Europe but many« (Wæver 2009, S. 168) – macht somit auch vor städtischen Räumen nicht halt. Das, was in einer Stadt als ›EU‹ erscheint, ist als fortlaufend reproduziertes Wissensverhältnis zu begreifen, das sich aus städtischen Praktiken der diskursiven Wirklichkeitskonstruktion ergibt. Zugleich geht mit der kollektiven Imagination Europas die Konstruktion eines lokalpolitischen Möglichkeitsraums einher, der darüber (mit-)entscheidet, welche politischen Entscheidungen und Institutionalisierungsformen als sachlich und normativ angemessene Reaktionen auf die (als solche konstruierten) Anforderungen des Regierens im Mehrebenensystem anschlussfähig sind. Städtische Europadiskurse einerseits und lokalpolitische Umgangsweisen mit supranationaler Politik andererseits müssen mithin in ihrem gegenseitigen Bedingungsverhältnis analysiert werden, um zu einem Verständnis der lokalpolitischen Implikationen der Vergemeinschaftung in *dieser* Stadt gelangen zu können.

Vom Europadiskurs zur Feinstaubpolitik (und zurück): Methodische Vorbemerkungen

Wie eingangs bemerkt, wird im vorliegenden Beitrag der Zusammenhang von Diskurs, Stadt(-politik) und Europa anhand der diskursiven Konstruktion der EU und der lokal-

politischen Umsetzung der europäischen Luftqualitätsrichtlinie (der sogenannten Feinstaubrichtlinie) in der Stadt Frankfurt am Main untersucht.² Dazu wird auf einen umfangreichen Materialbestand zurückgegriffen, der durch zwei separate Erhebungsschritte gewonnen wurde. Im Hinblick auf den *städtischen Europadiskurs* entstammt das Material den Lokalteilen dreier Tageszeitungen³ sowie den Protokollen der Stadtverordnetenversammlung (Stvv). Es wurden alle Artikel bzw. Plenardebatten aus den Jahren 2005, 2007, 2009 und 2011⁴ in den Materialbestand überführt, in denen ein expliziter Bezug zur EU (oder einer ihrer Institutionen, Richtlinien, Förderprogramme etc.)⁵ im Zusammenhang mit der Stadt artikuliert wurde. Somit sind nicht allein argumentative Auseinandersetzungen mit der europäischen Integration bspw. in Form journalistischer Kommentare repräsentiert, sondern auch das gleichsam alltägliche Reden über Stadt und Europa (wie etwa die Randnotiz, dass ein städtisches Bauprojekt ›EU-weit‹ ausgeschrieben worden sei). Das Material ist nicht auf vorab definierte Themenfelder oder sprachliche Formkategorien beschränkt, sondern im Sinne Foucaults als Analyse faktisch ergangener Aussageereignisse angelegt. Das so generierte Korpus umfasst insgesamt 1135 Zeitungsartikel, die sich weitestgehend gleich auf die drei Zeitungen verteilen, sowie 36 Plenarprotokolle.

Die Materialauswertung erfolgte mit dem Ziel, aus der Gesamtheit des Redens über Stadt und Europa die stadtsspezifischen⁶ Strukturmuster zu identifizieren, die die Konstruktion europäischer Wirklichkeit im Hier und Jetzt einer Stadt organisieren. Dazu wird auf das Konzept des Deutungsmusters zurückgegriffen, das Schetsche und Schmied-Knittel (2013) jüngst als zentrale analytische Kategorie einer sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse ausgemacht haben. Während in der Heuristik der wissenssoziologischen Diskursanalyse Deutungsmuster als eine Kategorie neben Phänomenstrukturen und narrativen Mustern in den Blick geraten (vgl. Keller 2011, S. 101 ff.), werden sie im vorliegenden Beitrag als hintergründige Schemata verstanden, die die Art und Weise der symbolischen Erzeugung eines Phänomens sowie der Einbindung dieses

- 2 Die exemplarische Analyse entstammt einem Dissertationsprojekt, in dem der Zusammenhang zwischen städtischen Europadiskursen und der Umsetzung der europäischen Luftqualitätsrichtlinie durch einen systematischen Vergleich der Städte Frankfurt und Dortmund erörtert wurde (vgl. dazu ausführlich Barbehön i.Vb.).
- 3 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Frankfurter Rundschau (FR) und Frankfurter Neue Presse (FNP).
- 4 Die Materialerhebung wurde auf mehrere Jahre gestreut, um nicht temporären Konjunkturen in der Thematisierung Europas aufzusitzen. Eine Berücksichtigung weiter zurückliegender Jahrgänge war indes aufgrund der Materialmenge forschungspraktisch nicht möglich.
- 5 Angesichts der Beschränkung der Materialerhebung auf die Thematisierung des europäischen Mehrebenensystems (und mithin der Ausklammerung von Bezugnahmen auf einen territorial definierten europäischen Kontinent o.ä.) wäre die Bezeichnung ›EU-Diskurs‹ eigentlich treffender. In diesem Beitrag soll indes der Begriff des ›Europadiskurses‹ verwendet werden, um zu markieren, dass das Material nicht allein Rekurse auf das supranationale Institutionensystem, sondern auch Thematisierungen eines grenzüberschreitenden Handlungsraums (bspw. eine ›EU-weite‹ Ausschreibung eines öffentlichen Auftrags) umfasst.
- 6 Die Identifikation von *stadtspezifischen* diskursiven Mustern war zuallererst durch den systematischen Vergleich des Frankfurter Europadiskurses mit dem analog gewonnenen Material aus Dortmund möglich.

Phänomens in narrative Strukturen regulieren: Es handelt sich um »quasi vor-gedeutete Sinnzusammenhänge«, die die Wahrnehmung, Interpretation und Einordnung von Phänomenen strukturieren (Schetsche/Schmied-Knittel 2013, S. 25). Deutungsmuster sind als Interpretationsrepertoires zu begreifen, mit deren Hilfe eine amorphe Situation in ihrer Komplexität und Unübersichtlichkeit reduziert wird (Rein/Schön 1993, S. 146). Diese Operation kann als Grundvoraussetzung angesehen werden, um soziale Orientierung und mithin soziales Handeln möglich zu machen. Dabei sind Deutungsmuster nicht als individualistisch-kognitive Bestände von Akteuren zu verstehen, sondern als von Diskursen erzeugte und prozessierte Interpretationsrepertoires, die in einer Gemeinschaft zur Orientierung und Verständigung kollektiv zur Verfügung stehen.

Die Konzeption von Deutungsmustern als der Konstruktion von Phänomenen und Narrativen vorgelagerte Schemata macht zugleich deutlich, dass sich diese nicht als solche auf der Textoberfläche unmittelbar zu erkennen geben. Die Rekonstruktion der kollektiven Deutungsmuster ist daher als ein interpretatives Verfahren zu verstehen, mithilfe dessen von den auf der Textoberfläche manifesten Äußerungen sukzessive auf ein latentes Repertoire an Deutungsroutinen rückgeschlossen wird.⁷ Der abduktiven Logik interpretativer Forschung entsprechend (vgl. Schwartz-Shea/Yanow 2012, S. 26 ff.) wurde das Material mehrmals und somit im Lichte sich verdichtender Einsichten zur Strukturierung der diskursiven Praktiken gelesen, so dass eine reflexive Einschätzung der Trag- und Reichweite einzelner Interpretationen möglich wurde. Bei der Benennung und Zuweisung von Kodes wurde zunächst nah am Material gearbeitet, um das Abstraktionsniveau gegenüber den Texten nicht vorschnell zu groß werden zu lassen. Ergänzend wurden Memos angelegt, um die interpretativen Zwischenschritte festhalten und in das Kodesystem einfließen lassen zu können.

Wie oben dargelegt, zielt die interpretative Rekonstruktion des städtischen Europadiskurses jedoch nicht »nur« darauf ab, die lokale Strukturiertheit europäischer Wirklichkeit aufzuzeigen. Vielmehr geht es auch und insbesondere darum, die politische Handlungswirksamkeit dieses Diskurses zu erfassen. Dazu wurde die lokalpolitische Aneignung und Umsetzung der *europäischen Feinstaubrichtlinie* (96/62/EG und 2008/50/EG) analysiert, die seit Inkrafttreten im Januar 2005 europaweite Grenzwerte unter anderem für Kleinstpartikel (den sogenannten Feinstaub) in der Umgebungsluft definiert. Kommt es zu einer zu häufigen Überschreitung des Tageshöchstwertes innerhalb eines Jahres bzw. zur Überschreitung des Jahresmittelwertes, was in Frankfurt seit 2005 regelmäßig der Fall war, besteht seitens der betroffenen Kommune die Pflicht in Zusammenarbeit

7 Um ein Beispiel zu nennen: Das (auf der sprachlichen Oberfläche manifeste) Narrativ, die Städte und Gemeinden seien unter den Bedingungen der europäischen Integration in ihren Handlungsspielräumen weitgehend determiniert, da ihnen nur die Aufgabe der formalen Umsetzung supranationaler Beschlüsse zufalle, ließe sich auf ein (als solches nicht unmittelbar artikuliertes) Deutungsmuster zurückführen, wonach die Beziehung zwischen Stadt und EU als »Hierarchie« imaginiert wird. Im Bereich der interpretativen Stadtforschung findet sich ein ähnliches Verständnis bei Christmann (2006, S. 600), die das Konzept des Topos verwendet, um jene »Deutungsmodelle« zu ermitteln, die den Mitgliedern einer (städtischen) Gemeinschaft »zur gesellschaftlichen Orientierung dienen«.

mit der zuständigen Landesregierung, Luftreinhalte- und Aktionspläne zu erstellen, die Daten zur Belastungssituation, zu den Quellen der Schadstoffe sowie kurz- und mittelfristige Gegenmaßnahmen enthalten sollen (Haus/Zimmermann 2007). Für das hier verfolgte analytische Unternehmen eignet sich die Feinstaubrichtlinie in besonderer Weise, da sie einerseits in den betroffenen Städten einen gerichtlich einklagbaren Handlungsbedarf erzeugt und andererseits weitreichende Spielräume hinsichtlich der lokalpolitischen Reaktionsweisen eröffnet. Zudem ist ›der Feinstaub‹ auf das engste mit europäischer Politik verknüpft, was sich daran zeigt, dass der Begriff vor Inkrafttreten der Richtlinie in den Zeitungsartikeln und Plenardebatten Frankfurts (und vermutlich auch anderer Städte) nahezu vollständig abwesend ist. Die Richtlinie erzeugt somit einen neuen Problem- und Handlungsbereich, der jedoch nicht in einer selbstevidenten Naturalform existiert, sondern sinnhaft in das städtische Geschehen eingepasst werden muss – ein Prozess, der (so die Annahme) maßgeblich durch das stadtspezifische Wissen über Europa strukturiert wird (und welches selbst wiederum reproduziert wird durch die Thematisierung der Feinstaubrichtlinie). Es wird somit davon ausgegangen, dass die lokalpolitische Aneignung des Feinstaub in Deutungsmuster eingebunden ist, die auch die sinnhafte Konstruktion der EU in der jeweiligen Stadt reguliert, womit sich der Zusammenhang als gegenseitiges Bedingungsverhältnis beschreiben lässt (was freilich nicht bedeutet, dass ›der Feinstaub‹ nicht auch andere städtische Diskurse bspw. im Bereich der Umweltpolitik kreuzt).

Zur Rekonstruktion der lokalpolitischen Umsetzung der Feinstaubrichtlinie wurde eine zweite Materialerhebung durchgeführt, die wiederum auf den Lokalteilen der drei genannten Tageszeitungen, den Protokollen der Stadtverordnetenversammlung und zentralen Policy-Dokumenten der lokalen Umwelt- und Verkehrspolitik basierte. Es wurden alle Texte aus den Jahren 2004 bis 2011⁸ aufgenommen, die den Begriff ›Feinstaub‹ oder entsprechende Komposita enthalten, was ein Korpus aus 421 Zeitungsartikeln, 45 Plenarprotokollen und zehn Policy-Dokumenten entstehen ließ. Die Rekonstruktion der politischen Aushandlungsprozesse erfolgte in Form einer interpretativen Prozessanalyse (vgl. Nullmeier 2013, S. 35 ff.), in deren Zuge die in der lokalen Debatte hervorgebrachten Erzählungen hinsichtlich der Problemdefinitionen, Ursache-Wirkungs-Beziehungen und umwelt- bzw. verkehrspolitischen Maßnahmen systematisiert wurden. Dabei wurden die im Einzelnen artikulierten Argumente, wie mit dem Problem des Feinstaubs umzugehen sei, dezidiert im Lichte der zuvor herausgearbeiteten Deutungsmuster des städtischen Europadiskurses gelesen: Die Leitfrage lautete, ob und inwiefern das europapolitische Wissen Frankfurts erklären hilft, weshalb sich bei der Richtlinienumsetzung bestimmte Argumente und Vorschläge als ›angemessen‹ und ›zielführend‹ gegen andere Optionen durchzusetzen vermochten. In den folgenden beiden Abschnitten werden die empirischen Teilanalysen präsentiert und systematisch aufeinander bezogen.

- 8 Der Beginn des Untersuchungszeitraums gründet auf dem Befund, dass im Jahre 2004 (angesichts des bevorstehenden Inkrafttretens der verbindlichen Grenzwerte) ›der Feinstaub‹ bzw. ›die Feinstaubrichtlinie‹ erstmals systematisch in den Debatten Frankfurts aufgegriffen wurde. Das Ende des Zeitraums fällt auf ein Jahr, in dem die Bearbeitung der Richtlinie in Form zentraler verkehrs- und umweltpolitischer Maßnahmen als weitestgehend konsolidiert gelten kann.

Frankfurts Europa

Im Zuge der Analyse des Frankfurter Europadiskurses konnten verschiedene Deutungsmuster rekonstruiert werden, die als »grundlegende und großflächige Sinneinheiten« (Nullmeier 2011, S. 330) das Reden über Stadt und Europa regulieren. Zur Systematisierung dieser Strukturmuster wurden fünf Gruppen gebildet, die sich im Laufe der Analyse als distinkte Sinnbereiche abgezeichnet haben: *Selbst- und Fremdbezüge* im Sinne verdichtender Charakterisierungen der EU oder der eigenen Stadt im Kontext Europas, *die Stadt im Konzert der europäischen Städte* im Sinne einer Verortung der Stadt innerhalb der lokalen Ebene, *die Relationierung von Interessen* im Sinne eines Inbeziehungsetzens von lokalen und supranationalen Anliegen, *die Konstruktion von Handlungskapazitäten* im Sinne der Konturierung von städtischen Spielräumen und Determinierungen innerhalb des Mehrebenensystems sowie *die europäische Integration als Wandlungsprozess* im Sinne einer Einpassung der Vergemeinschaftung in städtische Vergangenheits- und Zukunftsbezüge. Diese Gruppen wurden aus dem Material heraus gebildet und sind somit nicht als deduktiv definierte Analysekatoren zu verstehen. Wie für die interpretative Forschung insgesamt gilt somit auch für den vorliegenden Beitrag, dass die vorgeschlagene Systematisierung keine allumfassende oder »objektive« Ordnung des Materials darstellen kann und soll. In den folgenden Ausführungen werden die empirischen Einsichten anhand direkter Zitate aus dem Material skizziert. Um die Reichweite der Deutungsmuster zu belegen, wird auf exemplarische Belegstellen aus möglichst unterschiedlichen thematischen Zusammenhängen zurückgegriffen. Dabei liegt der Fokus auf den als dominant identifizierten Deutungsmustern, weshalb der Frankfurter Europadiskurs bisweilen homogener erscheinen mag, als er »tatsächlich« ist. Da es im vorliegenden Beitrag jedoch in erster Linie um die Erzeugung eines lokalpolitischen Möglichkeitsraums und damit letztlich um die Machtwirkungen diskursiver Ordnungen geht, erscheint die Fokussierung auf die zentralen Deutungsmuster nicht als analytische Engführung, sondern im Gegenteil als Schlüssel zur Ermittlung der Wirkmächtigkeit kollektiver Wissensformationen.

Im Hinblick auf die *Selbst- und Fremdbezüge* finden sich im Europadiskurs Frankfurts zahlreiche Passagen, in denen europäische Elemente zu konstitutiven Bestandteilen des städtischen Selbstverständnisses erhoben werden. Am deutlichsten tritt dies bei der Thematisierung der Europäischen Zentralbank (EZB) hervor, die nicht nur das »Standing [Frankfurts] als Finanzplatz« untermauere (Stadtkämmerer Uwe Becker, Stvv, 15.11.2007), sondern vor allem auch garantiere, dass »Frankfurt seinen Rang als Metropole [...] selbstbewusst behaupten« könne (FAZ, 6.6.2009). Die Stadt beherberge eines der »sichtbarsten europäischen Symbol[e]« (FAZ, 20.6.2009), das als »Alleinstellungsmerkmal« (FR, 25.11.2011) die Stadt aus der anonymen Masse der europäischen (Finanz-)Zentren emporhebe. Noch gesteigert findet sich dieses Deutungsmuster im Kontext des Neubaus der EZB im Frankfurter Ostend: »Was der Eiffelturm für Paris, wird von 2014 an das EZB-Hochhaus für Frankfurt sein« (FAZ, 19.12.2009). Die Reklamation einer geradezu symbiotischen Beziehung zwischen Stadt und Europa ist indes nicht auf die EZB beschränkt. Ebenso zeigt man sich stolz auf den »Frankfurter EU-Politiker Daniel Cohn-Bendit« (FR,

4.10.2007), der innerhalb der Stadt noch immer als »außerordentlich populäre[r]« Politiker bekannt sei (FAZ, 23.8.2005), oder auf Walter Hallstein, der im Zuge der Thematisierung des jährlich vergebenen Walter-Hallstein-Preises wiederholt in seiner Doppelfunktion als Gründungsrektor der Goethe-Universität und als erster Präsident der Europäischen Kommission genannt wird (u.a. FNP, 29.10.2005; FAZ, 27.3.2007; FR, 25.1.2007). Jenseits institutioneller und personeller Verflechtungen werden schließlich die gemeinsamen Werte der Vielfalt und Integration herausgestrichen, die als konstitutiv sowohl für Frankfurt als auch für den europäischen Integrationsgedanken dargestellt werden. So wird etwa der EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien im Januar 2007 aus der Sicht von »über 2700 Bulgaren und Rumänen« geschildert, »denen Frankfurt zur Heimat wurde« (FR, 3.1.2007). Daneben seien auch ungarische Bürger »unter uns«, und zwar nicht erst »seit anderthalb Jahren unter uns EU-Europäern [d.h. seit dem EU-Beitritt Ungarns im Jahre 2004, Anm. d. A.], sondern seit Jahrzehnten unter uns Frankfurtern« (FAZ, 4.11.2005). Der Beitritt neuer Länder zur EU erscheint hier als gleichsam nachholender Schritt, der die lebensweltliche Realität der immer schon internationalen Stadt lediglich nachvollzieht. Staatsbürger eines anderen Landes und gleichzeitig »Frankfurter« sein – »solche Kombinationen sind eigentlich typisch für diese Stadt« (FR, 24.1.2007). All dies kulminiert in dem Selbstanspruch, mindestens »Europastadt« (FNP, 30.8.2007; FAZ, 20.3.2009; FR, 24.7.2009) in der »Mitte Europas« (FR, 2.7.2009) und »im Herzen von Europa« (FNP, 15.5.2009) zu sein, wenn nicht gar »Hauptstadt Europas« (FAZ, 12.9.2007). Kurzum: Frankfurt sei die Stadt, »die wie kaum eine andere in Deutschland für ein vereintes Europa und europäische Errungenschaften steht« (FAZ, 9.6.2009).

Mit dem Rekurs auf Alleinstellungsmerkmale, die die Stadt gegenüber anderen auszeichneten, wird bereits ersichtlich, dass der Europadiskurs Frankfurt tendenziell als ein Individuum konstruiert, das sich aus dem *Konzert der europäischen Städte* emporhebt. Neben der EZB, die als »weit sichtbares Markzeichen der Stadt« (Klaus Oesterling, SPD, Stvv, 27.1.2005) »in der ganzen Welt Aufmerksamkeit erregen« würde (FAZ, 18.12.2009), wird eine überlokale Beachtung der Stadt auch in anderen Feldern beansprucht. So habe man sich ein ökologisches Image erarbeitet, das »europaweit sicherlich Champions League« sei (FAZ, 6.6.2009) und dazu führe, dass »Europa von seinen verschiedenen Ecken aus künftig auf Frankfurt blickt und allen einfällt: Das haben die am Main gut hingekriegt« (FR, 31.7.2009). Gleiches gelte für den öffentlichen Personennahverkehr, dessen »Entwicklung hier [in Frankfurt] in ganz Deutschland mit Spannung verfolgt« werde (FAZ, 23.8.2005), so dass sich die Möglichkeit eröffne, ein »Frankfurter Modell« (FR, 25.4.2007) der Ausschreibungspraxis unter den Bedingungen des europäischen Binnenmarkts zu etablieren.⁹ Mit der Reklamation einer herausgehobenen Stellung geht zu-

9 Der Zusammenhang zwischen europäischem Vergaberecht und der Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs ist ein typisches Beispiel, um die negativen Auswirkungen der europäischen Integration bzw. der Schaffung eines Binnenmarkts auf die Gestaltungsspielräume lokaler Gebietskörperschaften zu illustrieren (vgl. Münch 2006, S. 134 ff.; Sturm/Pehle 2012, S. 118 ff.). Im Europadiskurs Frankfurts wird dieser Zusammenhang indes kaum als Einschränkung thematisiert, sondern vielmehr als (willkommene) Möglichkeit, die Anpassungs- und Zukunftsfähigkeit der Stadt und städtischer Betriebe herauszustreichen.

gleich das Argument einer besonderen Verantwortung einher. Im Bereich der Klimapolitik etwa könne Frankfurt nicht nur als »Vorbild« für andere Städte dienen (FAZ, 5.6.2009), sondern durch das Aufzeigen von Regelungslücken auch »das europäische Denken beschleunigen« (FNP, 21.10.2005). Sei es angesichts der Vorreiterrolle und der Vorbildfunktion Frankfurts, so die rhetorische Frage eines Stadtverordneten, »nicht auch unsere Aufgabe, alle anderen, die nicht so hohe Ziele haben, mit in die Verantwortung zu nehmen?« (Yanki Pürsün, FDP, Stvv, 29.3.2007) All das gründe, so formuliert es die Umweltdezernentin im Kontext der Bewerbung um den Titel der Grünen Hauptstadt Europas, auf der »unglaubliche[n] Ausstrahlungswirkung« der Stadt, die sich am Beispiel der Passivhaustechnik zeige: »Wenn wir nachweisen, dass es technisch geht, wird es nachgeahmt« (FNP, 23.11.2009).¹⁰ Im Bereich des klimabewussten Städtebaus könnten mithin »Lösungen entwickelt werden, die andere Städte übernehmen« könnten (FR, 11.2.2011). Daraus folge, dass Frankfurt »eine Verantwortung« nicht nur für die eigenen Belange, sondern auch »als Vorbild« innerhalb Europas habe (FNP, 23.11.2009). Eine politische Entwicklung in der Stadt (in diesem Falle die anstehende Oberbürgermeisterwahl) erscheint somit nicht allein als »irgendeine kommunalpolitische Entscheidung«, sondern immer auch als Konstituante der Zukunft Europas, da Frankfurt mit der künftigen Gestalt des Kontinents »eng verwoben [ist], mit der Europäischen Zentralbank, mit dem großen Anteil an Banken, den wir hier haben« (Lothar Reininger, Linke, Stvv, 10.11.2011).

Vor dem Hintergrund dieses Verhältnisses von Stadt und Europa wird verständlich, dass im Diskurs Frankfurts bei der *Relationierung von Interessen* auffallend selten auf manifeste Konflikte zwischen den Maßstabsebenen verwiesen wird. Vielmehr dient die supranationale Agenda als Orientierungsrahmen für städtische Belange – wie etwa im Falle der Integrationspolitik, wo »Impulse« und »Wegmarkierungen der EU« bestünden, »an denen sich Frankfurt orientieren, gleichzeitig aber darüber hinausgreifen will« (FR, 2.10.2009). Europarechtliche Einflüsse werden zudem in den Bereichen der Flächennutzung und des Städtebaus identifiziert. Im Rahmen der Planung einer neuen Landebahn am Frankfurter Flughafen hätten die involvierten Akteure das »Versprechen [...] an die EU-Kommission« gegeben, die »Seveso-II-Richtlinie bei der Frage zu bedenken« (FAZ, 27.5.2005) – eine bemerkenswerte Formulierung angesichts der Rechtsverbindlichkeit der Richtlinie, die einen Mindestabstand zwischen Wohngebieten und Gewerbeflächen fest schreibt. In einem anderen Fall habe die Richtlinie dazu geführt, dass ein Wohnbauprojekt in der Nähe des Industrieparks Höchst nicht realisiert werden könne, was jedoch nicht in ein akutes Problem lokaler Planungspolitik mündet, sondern als »Rückbesinnung auf den rechtsgültigen Bebauungsplan« gerahmt wird (FNP, 24.3.2011). Europarechtliche Anforderungen, die einen verbindlichen Rechtsrahmen für lokale Politik setzen, erscheinen im Frankfurter Diskurs nicht als fremde Zwänge, sondern als Orien-

10 Dieser Befund deckt sich mit einer Studie zur Frankfurter Klimapolitik, in der herausgearbeitet wurde, dass die Kommunikation von lokalen Maßnahmen vielfach in Form von Vorzeigeprojekten, an denen sich andere Städte orientieren könnten, erfolgt (Heinelt/Lamping 2015, S. 123 ff.). Eine besondere Rolle spielt dabei die Passivhausbauweise, die der Stadt als »Ausweis eigener Modernität und Zukunftsfähigkeit« diene (Heinelt/Lamping 2015, S. 254).

tierungsmarken, die eine grobe Richtung vorgeben, aber letztlich erst durch die Aktualisierung vor Ort eine Relevanz für die Stadt erhalten.

Die Thematisierung der europapolitischen Agenda als lokal auszuweitender Orientierungsrahmen legt es (aus diskursinterner Sicht) wiederum nahe, bei der *Konstruktion von Handlungskapazitäten* die Stadt als eine grundsätzlich selbstbestimmte Einheit zu imaginieren. Im Bereich des Städtebaus etwa sieht sich die wachsende Stadt auf der einen Seite von den EU-Bestimmungen zur Katastrophenabwehr »besonders heraus[ge]fordert« (FAZ, 6.10.2011), auf der anderen Seite jedoch mündet dies nicht in ein akutes Problem lokaler Planungspolitik, sondern in den Bedeutungsgewinn von »Nischenlösungen« (FNP, 18.3.2011), die durch ein kreatives Nutzen des »vorhandenen Ermessensspielraum[s]« (FAZ, 3.2.2005) verstärkt entwickelt werden müssten. Überhaupt werden im Frankfurter Diskurs europapolitische Programme und Bestimmungen mehrfach als Anlass genommen, um im städtischen Raum ein »Pilotprojekt« (FAZ, 4.6.2009, 11.9.2009; FNP, 26.3.2011) oder »Modellprojekt« (FAZ, 24.8.2005; FR, 25.8.2011, 31.8.2011) zu initiieren. Der sinnstiftende Fluchtpunkt ist dabei stets die Freiheit des eigenen Handelns, wie auch im Falle der bereits angesprochenen Organisation des Personennahverkehrs unter den Bedingungen eines europarechtlich liberalisierten Vergaberechts: Hieraus resultiere zwar ein »Anpassungsdruck« für die Stadt, doch könne man diesem angesichts der »guten Voraussetzungen, die Frankfurt hat«, optimistisch entgegenblicken und den damit verbundenen »Gefahren [...] auf Dauer widerstehen« (Oberbürgermeisterin Petra Roth, Stvv, 5.7.2007). In Anbetracht der Tatsache, »dass die EU den privaten Betrieb des Schienenverkehrs grundsätzlich erlaubt«, sei nunmehr »überfällig, dass die Politiker im Rathaus grundsätzlich festlegen, welche Bereiche der Daseinsfürsorge künftig noch Sache der Stadt sein sollen« (FR, 25.4.2007). Für die Frankfurter Kommunalpolitik stelle sich die Aufgabe, einen »Kern öffentlicher Dienstleistung mit guten Arbeitsbedingungen zu definieren – und zu verteidigen« (FR, 25.4.2007). Die EU bzw. die europäischen Marktliberalisierungen lösen somit auch in Frankfurt Reaktionsbedarfe aus, denen man jedoch dem Selbstverständnis nach nicht hilflos ausgesetzt ist – vielmehr zeigt man sich überzeugt, die Implikationen »kontrollieren«, unerwünschten Maßnahmen »widerstehen« und Bewährtes »verteidigen« zu können. Manifeste Probleme stellen sich allenfalls temporär ein, etwa wenn sich die Stadt bei öffentlichen Aufträgen mit »vergaberechtliche[n] Verzögerungen« (FAZ, 24.3.2009) und »Bremseffekte[n]« (FR, 30.4.2009) konfrontiert sieht. Alle kommunalrelevanten »EU-Beschlüsse in die Tat umzusetzen«, mache bisweilen »Mühe« (FAZ, 3.6.2009). Im Frankfurter Diskurs taugt dieser Umstand jedoch nicht als Anlass für eine grundsätzliche Kritik an der europäischen Integration oder eine Anklage überlokaler Determinierung. »Mit der Gründung der Europäischen Union«, so formuliert es die Oberbürgermeisterin, »war allen Kommunen klar, dass die Politik nicht einfacher wird« (Petra Roth, Stvv, 29.1.2009). Somit gilt es aus Frankfurter Sicht, die lokale Selbstbestimmung eben unter sich verändernden Rahmenbedingungen aufrechtzuerhalten.

Mit der Problematisierung der europarechtlichen Bremseffekte ist schließlich eine letzte Gruppe an diskursiven Deutungsmustern angesprochen, die sich auf die Thematisierung der *europäischen Integration als eines Wandlungsprozesses* bezieht. In Frankfurt

erscheinen die europapolitisch induzierten – genauer: die europapolitisch umrahmten – Veränderungen lokaler Begebenheiten weniger als oktroyierter Zwang denn als Ausdruck lokaler Dynamik und Modernität.¹¹ Da sich die EU die Zukunft des Kontinents »als Ensemble von Metropolregionen über nationale Grenzen hinweg« vorstelle (FR, 9.10.2009), habe sich Frankfurt durch eine Kooperationsvereinbarung mit den Kommunen des Rhein-Main-Gebiets in einer Region formiert, »die sich aufmacht in die Zukunft« (FR, 22.7.2009) und sich der gemeinsamen »Zukunftsaufgabe[n]« annehme (Stadtkämmerer Uwe Becker, Stvv, 8.10.2009). »Sehr früh auf die neuen Zeiten eingestellt« (FAZ, 23.8.2005) habe man sich zudem durch die Gründung einer Nahverkehrsgesellschaft, die im Jahre 2001 »bereits mit Blick auf die Brüsseler Debatte«, in der sich eine entsprechende EU-Regelung abzeichnete, erfolgt sei (FR, 25.4.2007). Rückblickend wird diese »Innovationsfreude« Frankfurts als »mutige[r] Schritt« charakterisiert, für den die Stadt »belohnt worden [ist] – und zwar mehr, als die Entscheidungsträger seinerzeit erwartet haben« (FR, 31.8.2011). Das Motiv, schnell und Vorreiter in einer sich wandelnden Welt zu sein, markiert dabei ein grundlegendes diskursives Motiv: Frankfurt sei »als eine der ersten Städte« dem von der Europäischen Kommission gegründeten Konvent der Bürgermeister beigetreten (Umweltdezernentin Manuela Rottmann, Stvv, 29.1.2009), »Frankfurt war eine der ersten Unterzeichnerinnen« einer Klimaschutzvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und mehreren hundert Städten (FAZ, 3.6.2009), und ein Frankfurter Speditionsunternehmen habe eine neue Betriebsstätte inklusive eines neuen Tiefkühlagers eröffnet – »dem ersten nach neuer EU-Norm, das es in Europa überhaupt gibt« (FR, 3.9.2005). An diesen Stellen spielt die Frage nach den inhaltlichen Implikationen des schnellen Agierens eine nachgeordnete Rolle – wichtiger scheint zu sein, dass Frankfurt schneller als andere Städte ist. Damit ist das städtische Handeln tendenziell nach außen gerichtet und zielt mithin auf Reputationsgewinne jenseits lokaler Grenzen, was im Einklang steht mit dem oben skizzierten Selbstverständnis Frankfurts als einer individuell herausragenden und stilbildenden Stadt.

Frankfurts Feinstaub

Die im vorausgegangenen Abschnitt rekonstruierten kollektiven Deutungsmuster lassen sich als diskursiv erzeugte und prozessierte Wissensbestände begreifen, die einerseits das Reden über Stadt und Europa im sozialräumlichen Zusammenhang Frankfurts regulieren sowie zugleich einen spezifischen lokalpolitischen Möglichkeitsraum konstituieren, der die Maßstäbe für einen sachlich und normativ angemessenen Umgang mit europapolitischen Anforderungen bereithält. Exemplarisch lässt sich dies anhand der Umsetzung der EU-Feinstaubrichtlinie skizzieren, die ab Frühjahr 2004 angesichts der regelmäßigen

11 Die Imagination Frankfurts als eine stetig im Wandel befindliche, fortschrittliche und zukunfts-fähige Stadt scheint kein Spezifikum des lokalen Europadiskurses zu sein, vielmehr findet sich dieses Deutungsmuster auch in anderen Bereichen der städtischen Lebenswirklichkeit (vgl. Barbehön et al. 2015, S. 83 ff.; Heinelt/Lamping 2015, S. 128 ff.).

Grenzwertüberschreitungen eine zentrale Stellung innerhalb der lokalpolitischen Debatte Frankfurts einnimmt. Grundsätzlich fällt dabei auf, dass im Falle der Feinstaubdebatte Dissonanzen und widerstreitende Erzählungen im Vergleich zum städtischen Europadiskurs sehr viel deutlicher hervortreten, so dass der Feinstaubdiskurs als weniger homogenes Ensemble gelten muss. Zugleich ist jedoch bemerkenswert, dass auch die gegenüber einer umfassenden lokalen Feinstaubpolitik kritisch eingestellten Stimmen die EU-Richtlinie nicht als Gelegenheit nutzen, um die lokalpolitischen Implikationen europäischer Politik zu problematisieren und ein negatives Bild der EU zu zeichnen – was als weiteres Indiz für die Wirkmächtigkeit der oben dargestellten Strukturierung des städtischen Wissens über Europa gelten kann.

Die Frühphase der Frankfurter Debatte ist durch eine zweifache Bewegung gekennzeichnet, die einerseits einen europarechtlichen Handlungsdruck ausmacht, andererseits jedoch das Phänomen des Feinstaubes von seinem supranationalen Ursprung entkoppelt: »Die Stadt steht unter Handlungsdruck, denn es geht um Immissionen, die krebserregend sind«, sagt Ulrich Schöttler, Leiter der Straßenverkehrsbehörde, und drückt aufs Tempo« (FR, 2.3.2004). Innerhalb der Stadt sei es »unstrittig«, dass »trotz der erheblichen technischen Verbesserungen beim Verbrauch und Schadstoffausstoß der Fahrzeuge die Luftqualität in und um Frankfurt nach wie vor unbefriedigend ist« (FNP, 6.12.2004). Gemäß dieser Deutung wird durch die EU-Richtlinie kein gänzlich neues Problem generiert. Vielmehr würden »die Frankfurter schon seit Anfang der 90er Jahre« das Thema Luftreinhaltung bearbeiten (FR, 4.1.2005), würden die Bürger die Verschmutzung der Luft »seit Jahren zu Recht beklagen« (FR, 13.10.2005), würde man in Frankfurt schon »seit Jahren« an einer Reduzierung des Verkehrsaufkommens arbeiten (FAZ, 13.11.2004; FR, 10.1.2005) – die Richtlinie passe sich entsprechend reibungslos in die »jahrzehntelangen Bemühungen im Bereich der Luftreinhaltung« der Stadt ein (Umweltamt Frankfurt 2011, S. 3). Die Frankfurter Reaktionen auf die EU-Richtlinie basierten in diesem Sinne auf einer »nüchterne[n] Feststellung: Hier gibt es ein Feinstaubproblem. Dieses Feinstaubproblem führt zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen, und wir müssen etwas dagegen tun« (Martin Daum, CDU, Stvv, 28.8.2008). Die für den Frankfurter Europadiskurs insgesamt prägende Figur, europapolitische Impulse als ein *genuin lokales Anliegen* anzueignen, findet sich somit auch im Falle der Feinstaubrichtlinie.

Darüber hinaus gibt sich in der Debatte die Überzeugung *weitreichender lokaler Handlungskapazitäten* zu erkennen. So schaffe die EU-Richtlinie einen »Handlungsrahmen« (Planungsdezernent Edwin Schwarz, Stvv, 25.3.2004), um eine »optimale Lösung für unsere Stadt« zu finden (Helmut Heuser, CDU, Stvv, 25.3.2004). Die Umweltdezernentin (Jutta Ebeling, Stvv, 24.2.2005) zeigt sich entsprechend zuversichtlich, »dass wir in drei Jahren sagen können, auch das Problem des Feinstaubes in der Stadt Frankfurt bewältigt zu haben«. Die Betonung inhärenter Grenzen des Handelns spielt dabei bestenfalls eine nachgeordnete Rolle und findet es entsprechend schwer, Anschlussfähigkeit im Diskurs herzustellen (siehe hierzu unten). Dies gilt bemerkenswerterweise auch angesichts der Tatsache, dass sich die lokale Feinstaubbelastung als komplexe Melange aus Rußpartikeln durch Dieselverkehr, Reifen-, Brems- und Kupplungsabriebe, Industrie- und Hausbrand, regionaler Hintergrundbelastung und Ferneträgen darstellt (vgl. Haus/Zimmer-

mann 2007, S. 249 ff.). Gleichwohl hält bereits der erste Zeitungsartikel zum Thema unmissverständlich fest: »Hauptquelle für die gesundheitsgefährdenden Mini-Teilchen sind der Ruß aus Diesel-Abgasen, aber auch Reifen-Abrieb und aufgewirbelter Schmutz« (FNP, 2.2.2004). Dabei erfolgt die Beweisführung neben Verweisen auf örtliche Messergebnisse und Berechnungsmodelle auch unter Bezugnahme auf gleichsam selbstevidente und unwiderlegbare Alltagserfahrungen: »Verkehrsprobleme liegen auf der Hand und sind für jeden deutlich sichtbar« (Umweltamt Frankfurt 2004, S. 28). Angesichts dieser eindeutigen Problemkonstellation zeigt man sich jedoch nicht nur überzeugt ob der Problemlösungsfähigkeit, sondern auch ob der *Schnelligkeit und Innovationskraft der Stadt*: Statt politischen Strategien aus der »verkehrspolitische[n] Steinzeit« (Horst Schäfer, FAG) brauche Frankfurt »neue innovative Lösungen« (Helmut Heuser, CDU), damit die Stadt »mit leuchtendem Beispiel« vorangehen könne (Umweltdezernentin Jutta Ebeling, jeweils Stvv, 25.3.2004).

Der Anfang des Jahres 2005 seitens der Landesregierung vorgelegte Luftreinhalteplan, der angesichts der Grenzwertüberschreitungen aufgestellt werden musste (vgl. Umweltministerium Hessen 2005), wird diesen Maßstäben aus städtischer Sicht indes nicht gerecht. Die im Luftreinhalteplan vorgesehene Intensivierung der Feinstaubmessungen, die zu einem vollständigeren Bild der lokalen Belastungssituation führen soll, erscheint in der Debatte Frankfurts weniger als Strategie zur Minimierung von Informationsdefiziten denn als problematisches Ausbremsen einer handlungsfähigen und -willigen Kommune. Anstatt sich »auf der Ebene der Messung aufzuhalten«, müsse man zügig »zu den eigentlichen Punkten [...] kommen« (Stefan Majer, Grüne, Stvv, 16.6.2005), denn »jeder muss an seinem Platz etwas dafür tun, dass wir eine saubere Luft bekommen« (Markus Frank, CDU, Stvv, 24.2.2005). In ähnlicher Weise wird die Absicht, den motorisierten Individualverkehr auf umweltverträgliche Transportmittel zu verlagern und den öffentlichen Nahverkehr auszubauen, als zu langfristig angelegte Strategie kritisiert: Der Maßnahmenkatalog »bringt etwas, aber nicht schnell«, heißt es seitens des Leiters der Straßenverkehrsbehörde (FAZ, 13.11.2004).

Vor diesem Hintergrund beschließt die Stadt kurz darauf, bei den Fahrzeugen städtischer Betriebe *Rußpartikelfilter* nachzurüsten bzw. bei der Neuanschaffung eine entsprechende technische Ausstattung prioritär zu berücksichtigen. Mit dieser Selbstverpflichtung sei das städtische Entsorgungsunternehmen (FES) in den Worten des umweltpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion »mal wieder ganz weit vorn« (FNP, 11.5.2005), was insofern zum Unternehmen passe, da die FES »bei der Reduzierung schädlicher Abgase stets Vorreiter gewesen« sei (FAZ, 31.1.2007). Gleiches gelte für die städtische Verkehrsgesellschaft (VGF), deren Beschluss, fortan auf schadstoffarme Fahrzeuge zu setzen, Ausdruck von »Verantwortung« und »Weitsicht« sei: »Andere reden – wir haben längst gehandelt« (FR, 15.4.2005). Die Selbstverpflichtung auf diesen »europaweit herausragende[n] Umweltstandard« (Umweltdezernentin Manuela Rottmann, Stvv, 28.8.2008), der die »Einmaligkeit« Frankfurts untermauere (FAZ, 14.11.2006), könne gar als »ein bundesweites Modell« fungieren (FR, 9.7.2005). Die Stadt, ihrem »Vorbildcharakter« gerecht werdend, gehe somit »mit gutem Vorbild voran«, heißt es aus dem Umweltdezernat (FNP, 18.1.2006).

Im Lichte des Frankfurter Europadiskurs betrachtet wird verständlich und mithin interpretativ erklärbar, wie es zur Durchsetzung dieser Maßnahme kommen konnte. Einerseits ist eine Selbstverpflichtung städtischer Betriebe sicherlich mit überschaubaren Kosten verbunden, was die Option als grundsätzlich gangbaren Weg erscheinen lässt, andererseits jedoch (und aus diskursanalytischer Sicht bedeutsamer) lässt sich die Entscheidung für eine technische Aufrüstung nahtlos in die den Frankfurter Europadiskurs insgesamt prägende Fortschrittserzählung einpassen. Eine Selbstregulierung bei der Aufrüstung bzw. Anschaffung von Fahrzeugen erscheint als gleichsam willkommene Möglichkeit, um der *Modernität, Besonderheit und dem Vorbildcharakter der Stadt* Nachdruck zu verleihen – die erwartete Auswirkung auf die Feinstaubbelastung spielt hier bezeichnenderweise keine Rolle. An dieser Stelle lässt sich somit die strukturierende Wirkung des Frankfurter Europadiskurses erkennen, der bestimmte politische Vorschläge und damit verbundene Argumentationsleistungen als plausibel erscheinen lässt und diesen eine gleichsam natürliche Überzeugungskraft verleiht. Dies lässt sich nicht zuletzt daran erkennen, dass sich in der Frankfurter Debatte im Hinblick auf die technische Aufrüstung von Fahrzeugen keinerlei skeptische oder gar kritische Stimmen finden lassen.

Eine analoge Interpretation des Geschehens lässt sich im Hinblick auf die *Umweltzone* anstellen, die als weitreichendste Maßnahme der Frankfurter Feinstaubpolitik gelten kann. Eingang in die Debatte findet der Vorschlag eines innerstädtischen Zugangsverbots für Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß durch einen Verweis auf die Pläne der Stadt Berlin, die mit der Umweltzone »für den Fall der Fälle schon einen konkreten Plan in der Schublade« habe, den man (so die Meinung eines Stadtverordneten der Grünen) »für Frankfurt ernsthaft prüfen sollte« (FNP, 12.2.2005). Daraufhin erwidert die Umweltdezernentin (Jutta Ebeling, Stvv, 24.2.2005), dass die in Berlin geplante Umweltzone – »damit wir nicht zu beschämt sind« – allein für die niedrigste Abgasnorm gelte und damit nur die »ganz alte[n] Dreckschleudern« aus dem Verkehr ziehen würde. Zudem sei in der Hauptstadt bei der schrittweisen Verschärfung der Bestimmungen »ein so langer zeitlicher Horizont gewählt worden, dass er für die Lösung unserer aktuellen Frage nicht in Betracht kommt« – stattdessen müsse Frankfurt »sehr zügig« ein eigenes Modell entwickeln (Stefan Majer, Grüne, Stvv, 16.6.2005). Die Thematisierung der Umweltzone ist somit von zwei Deutungsmustern durchzogen, die für den Frankfurter Europadiskurs insgesamt kennzeichnend sind: das Motiv des *schnellen Handelns* sowie das der besonderen *Fortschrittlichkeit* – Selbstansprüche, die aus Sicht Frankfurts »beschämenderweise« durch die Pläne der Bundeshauptstadt zumindest zeitweise herausgefordert werden. Daher scheint es angesagt, noch schneller einen noch weitreichenderen Weg einzuschlagen, schließlich habe Frankfurt »einen Ruf als wirtschaftlich prosperierende und ökologisch fortschrittliche Stadt zu verteidigen« (Umweltdezernentin Manuela Rottmann, Stvv, 28.8.2008).

Im Kontrast zur Aufrüstung von Rußpartikelfiltern sehen sich die Pläne zur Ausweisung einer Umweltzone in der Frankfurter Innenstadt jedoch auch dezidiert *kritischer Stimmen* entgegen. Aus Sicht der Industrie- und Handelskammer Frankfurt seien lokale Maßnahmen aufgrund der »hohe[n] Grundbelastung« von begrenzter Wirkung, weshalb eine »bundesweit[e]« Lösung erfolgsversprechender sei (FR, 27.10.2005). Die auch nach

den ersten verkehrspolitischen Eingriffen unverändert hohe Feinstaubbelastung mache deutlich, »dass die Städte die an sie gestellten Anforderungen nicht erfüllen können«, weshalb man zunächst abwarten solle, um »zu einer gemeinsamen Lösung mit dem Umland zu kommen« (FR, 27.10.2005). In die gleiche Kerbe schlägt die FDP, die eine »Schiikanierung der Autofahrer« ausmacht und den Vorschlag als »Aktionismus« und »Placebo« kritisiert (FNP, 9.11.2005). Vor dem Hintergrund des Frankfurter Europadiskurses findet es diese Kritik jedoch schwer, als angemessene und sinnvolle Position auf eine breite Resonanz zu stoßen, stehen die ihr zugrundeliegenden Argumente doch in einem offensichtlichen Konflikt mit den kollektiven Deutungsmustern einer handlungs- und innovationsfähigen Stadt, die sich in ihrem Umgang mit einer europäischen Richtlinie – genauer: in ihrem Umgang mit dem europapolitisch umrahmten »Frankfurter Feinstaub« – aus der anonymen Masse der Städte stilbildend emporheben muss und will. Die Abhängigkeit der lokalen Feinstaubbelastung von Witterungsverhältnissen und Ferneinträgen wird freilich auch seitens der Fürsprecher der Umweltzone nicht bestritten, als Argument gegen lokales Handeln allerdings nicht akzeptiert: »Alle reden vom Wetter – wir wollen handeln, da, wo es möglich ist«, heißt es seitens der Umweltdezernentin (FAZ, 9.2.2006). »Natürlich gibt es auch andere Feinstaubverursacher«, ergänzt ein Stadtverordneter der CDU-Fraktion in Richtung der FDP, »aber das heißt doch nicht, dass man nicht zunächst einmal da ansetzen muss, wo man ansetzen kann« (Martin Daum, CDU, Stvv, 28.8.2008). Vor diesem Hintergrund wird nachvollziehbar, weshalb sich die Umweltzone im lokalpolitischen Raum trotz verschiedener Einwände als angemessener Weg durchzusetzen vermag und Mitte des Jahres 2008 mit der Landesregierung in Form eines Aktionsplans vereinbart wird (Umweltministerium Hessen 2008, S. 35 ff.).

Ein ähnliches Debattenmuster lässt sich in der Phase nach der Entscheidung für eine Umweltzone identifizieren. Nachdem die Fahrverbote im September 2008 implementiert und im Januar 2010 auf weitere Schadstoffklassen ausgeweitet wurden, zeichnet die Entwicklung der Feinstaubwerte an den Messstationen ein bestenfalls ambivalentes Bild. Als die Kritiker der Maßnahme dies zum Anlass nehmen, um die Ineffektivität von Verkehrsbeschränkungen herauszustreichen, wird in der Zeitungsberichterstattung ein gewisses Befremden gegenüber dieser Haltung deutlich: Obgleich eine innerstädtische Messstation im Herbst 2011 erneut zahlreiche Überschreitungen der Grenzwerte aufzeige, spreche sich die FDP »dennoch dafür aus, die Umweltzone wieder abzuschaffen« (FNP, 16.11.2011). Die Umweltzone »wirkt bisher nicht in großem Stil« und sei »auch nicht das Allheilmittel. Nur gar nichts zu tun, wie die FDP letztlich empfiehlt – das kann auch keine Lösung sein«, richtet sich ein Kommentar in der FAZ (1.3.2011) explizit an die Adresse der Kritiker.

Zugleich lässt sich seitens der Fürsprecher eine Umdeutung der Maßnahme beobachten, wonach diese zunehmend in den Konturen eines *Modernisierungsimpulses* erscheint. So richte sich die Umweltzone nicht nur gegen die Feinstaubbelastung, sondern vor allem auch gegen die »nicht zukunftsfähig[en]« Fahrzeuge (Robert Lange, CDU, Stvv, 2.9.2010), um »die Luft insgesamt sauberer zu machen« (FNP, 3.2.2011). Dementsprechend sei die Effektivität der Umweltzone daran zu bemessen, ob »sich die Fahrzeugflotte schneller erneuert« als ohne eine entsprechende Regelung (FAZ, 30.12.2008). Die Maßnahme for-

ciere »die innovative, moderne und ökologische Erneuerung in der Pkw- und Lkw-Produktion« sowie die Entwicklung »moderne[r], ökologische[r] Wirtschaftsstrukturen« (Jan Klingelhöfer, SPD, Stvv, 28.8.2008), womit sich diese Deutung bisweilen direkt gegen die seitens wirtschaftsnaher Interessen geäußerten Einwände richtet. »Genau darauf«, so formuliert es die Umweltdezernentin, zielen die Umweltzone: »Der Fuhrpark soll moderner und schadstoffarmer werden«, es solle eine Entwicklung hin zu einer »andere[n] Mobilität« angestoßen werden, die als »Frankfurter Weg« die Umweltzone »effizienter und wirksamer« als andernorts mache (FR, 18.4.2008). Die mehrdeutige Entwicklung der Feinstaubwerte an den Messstationen tritt in dieser Phase der Debatte zunehmend in den Hintergrund, vielmehr wird die Sinnhaftigkeit der Maßnahme anhand der Maßstäbe der Modernität und des relativen Fortschritts gegenüber anderen Städten bemessen: »Die Stadt Frankfurt war eine der ersten Kommunen [...], die Umweltzonen eingerichtet hat«, berichtet die Oberbürgermeisterin nicht ohne Stolz (Petra Roth, Stvv, 8.10.2009). Darüber hinaus handele es sich um »eine der größten Umweltzonen in Deutschland« (Martina Feldmayer, Grüne, Stvv, 28.8.2008) bzw. »hinter Stuttgart« gar um die »zweitgrößte Zone bundesweit« (FR, 2.7.2008). Mit ihrem konsequenten Streben nach einer solchen Regelung sei es, so die sicherlich ironisch unterlegte Formulierung in einem medialen Jahresrückblick, »der gefühlten Landeshauptstadt Frankfurt« gelungen, »die Taufe eines neuen Begriffes (Feinstaubplakette)« zu vollziehen (FAZ, 31.12.2008). Vor diesem Hintergrund erscheint die Frankfurter Umweltzone trotz der mehrdeutigen Belastungssituation als lokaler Erfolg, womit sie zugleich gegenüber Einwänden auf der Basis vermeintlich objektiver Messwerte und dem Argument begrenzter Problemlösungskapazitäten immunisiert wird. Mehr noch: Die Frankfurter Umweltzone wird auch zwei Jahre nach ihrer Implementation trotz messtechnisch weiterhin nicht eindeutiger Auswirkungen als Modelllösung wahrgenommen, die »zu einer regionalen Umweltzone weiterentwickelt« werden müsse (Oberbürgermeisterin Petra Roth, Stvv, 1.7.2010) bzw. einer »Ausweitung« auf das Umland verdiene (FNP, 3.9.2010).

Bei der Einordnung dieser Umdeutungspraxis ließe sich sicherlich argumentieren, dass es sich hierbei um eine geschickte Strategie vor dem Hintergrund mehrdeutiger Entwicklungen der Feinstaubwerte seit der Einführung der Umweltzone handelt: Sprechen die Zahlen an den Messstationen keine eindeutige Sprache, so berufen sich die Befürworter der Umweltzone auf die Zulassungsstatistik, um die positive Wirkung der Maßnahme zu belegen. Auf der anderen Seite jedoch bleibt ein solch allgemeiner Verweis auf argumentative Strategien so lange ein unzureichendes analytisches Hilfskonstrukt, wie die Durchsetzungsfähigkeit dieser Argumentationsstrategien nicht vor dem Hintergrund eines spezifischen diskursiven Möglichkeitsraums in den Blick genommen wird. Hier macht die analytische Kopplung mit dem Frankfurter Europadiskurs deutlich, dass ein Argument, das die Umweltzone in die Deutungsmuster der Fortschrittlichkeit, Modernität und Einzigartigkeit der Stadt im Umgang mit ihrer eigenen Agenda einzupassen vermag, gleichsam natürlicherweise als sinnvolles und entsprechend überzeugendes Argument erscheinen muss – zumindest überzeugender als das Plädoyer, aufgrund inhärenter Grenzen lokalen Handelns nichts zu tun oder sich an den Strategien »der Städte« zu orientieren.

Schlussbemerkungen

Der Beitrag fand seinen Ausgangspunkt in der Beobachtung einer zunehmenden Verflechtung zwischen der europäischen Integration und den lokalpolitischen Rahmenbedingungen von Städten und Gemeinden. Zugleich wurde argumentiert, dass ›die EU‹ nicht in Naturalform existiert, sondern als Produkt lokaler Diskurse zu verstehen ist. Mittels einer Analyse des Frankfurter Europadiskurses wurde rekonstruiert, welche kollektiven Deutungsmuster das Reden über Stadt und Europa im sozialräumlichen Kontext dieser Stadt strukturieren. Hiervon ausgehend wurde am Beispiel der Umsetzung der Feinstaubrichtlinie gezeigt, inwiefern sich ein so verstandenes europapolitisches Wissen als Möglichkeitsraum begreifen lässt, der über die Anschluss- und Durchsetzungsfähigkeit von Problemdefinitionen, Argumentationsstrategien und politischen Vorschlägen (mit-)entscheidet. Aus dieser Perspektive wird die in Frankfurt dominante Position, den Feinstaub als etwas Eigenes anzusehen, die Richtlinie möglichst zügig umsetzen zu wollen und mit weithin sichtbaren und fortschrittlichen Maßnahmen den Weg in die Zukunft zu weisen, hinsichtlich ihrer lokalen Wirkmächtigkeit nachvollziehbar, wenn sie im Lichte der kollektiven Deutungsmuster der Nähe von Stadt und Europa, der herausragenden und stilbildenden Stellung Frankfurts, der Verschmelzung von lokalen und supranationalen Anliegen, der Handlungsfähigkeit der Stadt im Mehrebenensystem, sowie des rastlosen Voranschreitens in die Zukunft interpretiert wird. Durch eine derartige analytische Verschränkung lässt sich somit *interpretativ erklären*, wie es in einer Stadt zu einer bestimmten Richtlinienumsetzung kommen konnte, während andere denkbare oder vorgeschlagene Wege nicht verfolgt wurden. Zwar lässt sich dabei (zumindest anhand des hier vorliegenden Materials) keine Aussage darüber treffen, ob die lokalpolitischen Akteure ihre Argumente und Vorschläge in strategischer Absicht oder auf der Basis unhinterfragter Grundüberzeugungen vorgebracht haben – es wird jedoch verständlich, weshalb sich vor dem Hintergrund des kollektiven Wissens der Stadt bestimmte Positionen gegen andere durchzusetzen vermochten. Insofern transzendiert der hier präsentierte Zugriff die Frage nach der relativen Erklärungskraft von Interessen und Ideen, indem in den Blick genommen wird, wie bestimmte Positionen vor dem Hintergrund kollektiver Sinnhorizonte überhaupt erst Anerkennung finden können (vgl. Hajer 2008, S. 219).

Eine solche Erklärung stadtpolitischer Reaktionsweisen im Mehrebenensystem darf jedoch nicht als kausalistisches Modell missverstanden werden, wonach eine spezifische Strukturierung eines diskursiven Feldes ein bestimmtes politisches Ergebnis determinieren würde. Vielmehr konstituieren kollektiv wirksame Symbolsysteme Kontingenzräume, die das politisch Angemessene und Machbare definieren und dabei stets verschiedene Möglichkeiten des (kreativen) Handelns erlauben. Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Diskursen und politischen Entscheidungsprozessen ist somit in letzter Konsequenz eine empirische, die nach kontextspezifischen und interpretativ angelegten Antworten verlangt. Eine interpretative Erklärung ist dann nicht als allgemeingültige Ursache-Wirkungs-Beziehung zu verstehen, sondern als Versuch, »eine plausible Deutung des Geschehens im jeweiligen Bedeutungskontext [zu] geben« (Braun 2014, S.

83). Gegen die Annahme einer linearen Ursache-Wirkungs-Beziehung spricht zudem, dass die lokalpolitischen Prozesse der Richtlinienumsetzung nicht allein vom europapolitischen Wissen strukturiert werden, sondern – um eine Formulierung von Keller (2012, S. 70) zu adaptieren – »im Kreuzfeuer zahlreicher diskursiver Anrufungen« stehen. Zwar eignet sich die Feinstaubpolitik in besonderer Weise, um der lokalpolitischen Wirksamkeit von städtischen Europadiskursen auf den Grund zu gehen, ist der Begriff des Feinstaubes doch untrennbar mit der europäischen Luftreinhaltepolitik verknüpft – gleichwohl sind Feinstaub und Feinstaubrichtlinie (vermutlich) ebenso eingebunden in lokal-spezifische Diskurse der Verkehrs- und Umweltpolitik, der technologischen Entwicklung, der politischen Verflechtungen im deutschen Bundesstaat und dergleichen mehr.

So besehen muss die in diesem Beitrag vorgenommene Verknüpfung von Europadiskurs und Feinstaubpolitik als eine spezifische und letztlich selbst kontingente Perspektivierung verstanden werden, die keine voll umfängliche und abschließende Interpretation erlaubt, sondern ein spezifisches (obgleich methodisch gut begründbares) Licht auf komplexe städtische Deutungs- und Aushandlungsprozesse wirft. Diese Einschränkung schmälert indes nicht die grundlegende Einsicht, dass eine diskursanalytische Betrachtung des Zusammenhangs von europäischer Integration und lokalen Dynamiken ein gewinnbringendes Unterfangen darstellt, um die fortdauernde Signifikanz von Städten und Stadtpolitik in Zeiten der Entgrenzung einschätzen können.

Literatur

- Barbehön, M. (i.Vb.): Die Europäisierung von Städten als diskursiver Prozess. Kollektive Europavorstellungen und die Möglichkeitsräume lokaler Feinstaubpolitik in Frankfurt am Main und Dortmund.
- Barbehön, M./Münch, S./Haus, M./Heinelt, H. (2015): Städtische Problem diskurse. Lokalpolitische Sinnhorizonte im Vergleich. Baden-Baden: Nomos.
- Berking, H./Löw, M. (Hrsg.) (2008): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Blatter, J. K./Janning, F./Wagemann, C. (2007): Qualitative Politikanalyse. Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden. Wiesbaden: VS.
- Braun, K. (2014): Im Kampf um Bedeutung. Diskurstheorie und Diskursanalyse in der interpretativen Policy Analyse. In: Zeitschrift für Diskursforschung 2(1), S. 77–101.
- Christmann, G. B. (2006): Stadtdiskurse und städtische Identität am Beispiel von Dresden. Eine wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Rehberg, K.-S. (Hrsg.): Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004, Teilband 1. Frankfurt am Main und New York: Campus, S. 599–614.
- Diaz-Bone, R. (2006): Die interpretative Analytik als methodologische Position. In: Kerchner, B./Schneider, S. (Hrsg.): Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung. Wiesbaden: VS, S. 68–84.
- Dossi, S. (2012): How Cities Encounter Europe: Mechanisms and Modes. In: Exadaktylos, T./Radaelli, C. M. (Hrsg.): Research Design in European Studies. Establishing Causality in Europeanization. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 160–177.
- Foucault, M. (2013): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Frank, S./Gehring, P./Griem, J./Haus, M. (Hrsg.) (2014): Städte unterscheiden lernen. Zur Analyse interurbaner Kontraste. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Frank, S./Schwenk, J. /Steets, S./Weidenhaus, G. (2013): Der aktuelle Perspektivenstreit in der Stadtsoziologie. In: Leviathan 41(2), S. 197–223.

- Gehring, P./Großmann, A. (2014): Constructing Discursive Differences. Towards a »Logic« of Cities. In: *Historical Social Research* 39(2), S. 103–114.
- Gottweis, H. (2003): Post-positivistische Zugänge in der Policy-Forschung. In: Maier, M. L./Nullmeier, F./Pritzlaff, T./Wiesner, A. (Hrsg.): *Politik als Lernprozess. Wissenszentrierte Ansätze der Politikanalyse*. Opladen: Leske + Budrich, S. 122–138.
- Hajer, M. A. (2008): Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: Janning, F./Toens, K. (Hrsg.): *Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen*. Wiesbaden: VS, S. 211–222.
- Hamedinger, A./Wolffhardt, A. (Hrsg.) (2010): *The Europeanization of Cities. Policies, Urban Change & Urban Networks*. Amsterdam: Techne Press.
- Hastings, A. (1999): Discourse and Urban Change: Introduction to the Special Issue. In: *Urban Studies* 36(1), S. 7–12.
- Haus, M./Zimmermann, K. (2007): Die Feinstaubproblematik als Governance-Herausforderung für die lokale Umweltpolitik? In: Jacob, K./Biermann, F./Busch, P.-O./Feindt, P. H. (Hrsg.): *Politik und Umwelt. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 39*. Wiesbaden: VS, S. 243–261.
- Hawkins, B. (2015): Fantasies of subjugation: a discourse theoretical account of British policy on the European Union. In: *Critical Policy Studies*, 9(2), S. 139–157.
- Heinelt, H./Lamping, W. (2015): *Wissen und Entscheiden. Lokale Strategien gegen den Klimawandel in Frankfurt am Main, München und Stuttgart*. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Keller, R. (2011): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden: VS.
- Keller, R. (2012): Der menschliche Faktor. Über Akteur(inn)en, Sprecher(inn)en, Subjektpositionen, Subjektivierungsweisen in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. In: Keller, R./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): *Diskurs – Macht – Subjekt. Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung*. Wiesbaden: VS, S. 69–107.
- Kerchner, B. (2006): Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick. In: Kerchner, B./Schneider, S. (Hrsg.): *Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS, S. 33–67.
- Kerchner, B./Schneider, S. (2006): »Endlich Ordnung in der Werkzeugkiste«. Zum Potenzial der Foucaultschen Diskursanalyse für die Politikwissenschaft – Einleitung. In: Kerchner, B./Schneider, S. (Hrsg.): *Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS, S. 9–30.
- Knodt, M. (2010): Kommunales Regieren im europäischen Mehrebenensystem. In: Abels, G./Eppler, A./Knodt, M. (Hrsg.): *Die EU-Reflexionsgruppe »Horizont 2020 – 2030«. Herausforderungen und Reformoptionen für das Mehrebenensystem*. Baden-Baden: Nomos, S. 153–168.
- Landwehr, A. (2006): Diskursgeschichte als Geschichte des Politischen. In: Kerchner, B./Schneider, S. (Hrsg.): *Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS, S. 104–122.
- Löw, M. (2010): Raumdimensionen der Europaforschung. Skalierungen zwischen Welt, Staat und Stadt. In: Eig Müller, M./Mau, S. (Hrsg.): *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*. Wiesbaden: VS, S. 142–152.
- Maier, M. L. (2003): Wissens- und ideenorientierte Ansätze in der Politikwissenschaft: Versuch einer systematischen Übersicht. In: Maier, M. L./Nullmeier, F./Pritzlaff, T./Wiesner, A. (Hrsg.): *Politik als Lernprozess. Wissenszentrierte Ansätze der Politikanalyse*. Opladen: Leske + Budrich, S. 25–77.
- Münch, C. (2006): Emanzipation der lokalen Ebene? Kommunen auf dem Weg nach Europa. Wiesbaden: VS.
- Münch, S. (2015): *Lehrbuch Interpretative Policy-Analyse. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Nullmeier, F. (2011): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse? In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden*. 3., erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS, S. 309–337.
- Nullmeier, F. (2013): Wissenspolitikologie und interpretative Politikanalyse, in: Kropp, S./Kuhlmann, S. (Hrsg.): *Wissen und Expertise in Politik und Verwaltung. Der moderne Staat Sonderheft 1/2013*. Opladen und Toronto: Barbara Budrich, S. 21–43.

- Rein, M./Schön, D. (1993): Reframing Policy Discourse. In: Fischer, F./Forester, J. (Hrsg.): *The Argumentative Turn in Policy-Analysis and Planning*. Durham und London: Duke University Press, S. 145–166.
- Reiter, R. (2011): *Politiktransfer der EU. Die Europäisierung der Stadtentwicklungspolitik in Deutschland und Frankreich*. Wiesbaden: VS.
- Rosol, M. (2013): Regieren (in) der neoliberalen Stadt. Foucaults Analyse des Neoliberalismus als Beitrag zur Stadtforschung. In: *Geographische Zeitschrift* 101(3-4), S. 132–147.
- Schmidt, V. A. (2008): Discursive Institutionalism: The Explanatory Power of Ideas and Discourse. In: *Annual Review of Political Science* 11, S. 303–326.
- Schetsche, M./Schmied-Knittel, I. (2013): Deutungsmuster im Diskurs. Zur Möglichkeit der Integration der Deutungsmusteranalyse in die Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: *Zeitschrift für Diskursforschung* 1(1), S. 24–45.
- Schultze, C. J. (2003): Cities and EU Governance: Policy-takers or Policy-makers? In: *Regional and Federal Studies* 13(1), S. 121–147.
- Schünemann, W. J. (2013): Der EU-Verfassungsprozess und die ungleichzeitige Widerständigkeit gesellschaftlicher Wissensordnungen. Exemplarische Darstellung eines Ansatzes zur diskursanalytischen Referendumsforschung. In: *Zeitschrift für Diskursforschung* 1(1), S. 67–87.
- Schwartz-Shea, P./Yanow, D. (2012): *Interpretive Research Design. Concepts and Processes*. New York und London: Routledge.
- Sturm, R./Pehle, H. (2012): *Das neue deutsche Regierungssystem. Die Europäisierung von Institutionen, Entscheidungsprozessen und Politikfeldern in der Bundesrepublik Deutschland*. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS.
- Umweltamt Frankfurt (2004): *Luftqualität in Frankfurt am Main 1990-2003*. 2., aktualisierte Ausgabe (per E-Mail bereitgestellt).
- Umweltamt Frankfurt (2011): *Luftqualität in Frankfurt am Main im Jahr 2010. Trendbetrachtung Stickoxide und Feinstaub 2000-2010*, http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/luftbericht_2010_nov_bf.1902249.pdf (Abruf 17.2.2015).
- Umweltministerium Hessen (2005): *Luftreinhalteplan für den Ballungsraum Rhein-Main*, http://www.hlug.de/fileadmin/dokumente/luft/luftreinhalteplaene/LRP_RM_03-05-2005_neu.pdf (Abruf 17.2.2015).
- Umweltministerium Hessen (2008): *Aktionsplan Frankfurt am Main 2008*, https://hmuelv.hessen.de/sites/default/files/media/hmuelv/aktionsplan_frankfurt2008.pdf (Abruf 17.2.2015).
- Vetter, A./Soós, G. (2008): Kommunen in der EU. In: Gabriel, O. W./Kropp, S. (Hrsg.): *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS, S. 579–605.
- Wæver, O. (2009): Discursive Approaches. In: Wiener, A./Diez, T. (Hrsg.): *European Integration Theory*. 2. Auflage. Oxford: Oxford University Press, S. 163–180.
- Warnke, I. H. (2011): Die Stadt als Kommunikationsraum und Linguistische Landschaft. In: Hofmann, W. (Hrsg.): *Stadt als Erfahrungsraum der Politik. Beiträge zur kulturellen Konstruktion urbaner Politik*. Berlin: LIT Verlag, S. 343–363.
- Wollmann, H. (2002): Die traditionelle deutsche kommunale Selbstverwaltung – ein »Auslaufmodell«? In: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften* 41(1), S. 24–51.
- Wollmann, H. (2012): Entwicklung, Stand und Perspektive der deutschen kommunalen Selbstverwaltung im europäischen Vergleich. In: Egner, B./Haus, M./Terizakis, G. (Hrsg.): *Regieren. Festschrift für Hubert Heinelt*. Wiesbaden: VS, S. 421–441.

Anschrift:

Marlon Barbehön, M.A.
 Institut für Politische Wissenschaft
 Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
 Bergheimer Straße 58, 69115 Heidelberg
 marlon.barbehoen@ipw.uni-heidelberg.de

Simon-Philipp Pfersdorf

Die diskursive Konstruktion von Regulierungswissen am Beispiel des gesellschaftlichen Umgangs mit Nanotechnologie

Zusammenfassung: Der Artikel argumentiert für ein wissenssoziologisches Verständnis und eine entsprechende Analyse der gesellschaftlichen Regulierung von Wissenschaft und Technologie. Ausgangspunkt dafür bildet die Wissenspolitik als eine Regulierungskonzeption. Diese beschreibt eine Neukonfiguration von Wissen und Macht, welche auf einer Bedeutungstransformation der Wissenschaft in der Gesellschaft beruht, mit der Folge der Emergenz neuer Regulierungsformen von Wissenschaft. Am Beispiel des Umgangs mit Nanotechnologie zeigt der Artikel mithilfe einer Diskursanalyse auf, wie sich Sprecherrollen, Verantwortungszuschreibungen und Regelungsstrukturen phasenspezifisch verändern. Zudem wird rekonstruiert, inwiefern Dispositive einflussmächtig werden könnten. Mit dem Fokus auf die Veränderung der Macht-Wissensverhältnisse bietet der aus der Wissenspolitik abgeleitete Analyseansatz eine wissenssoziologische Alternative zu Studien, deren Fokus auf Steuerungsproblemen liegt.

Schlagwörter: Wissenssoziologische Diskursanalyse; Regulierung von Wissenschaft und Technik; Governance der Wissenschaft; Wissenspolitik; gesellschaftlicher Umgang mit Nanotechnologie

Abstract: This article takes position for a sociology of knowledge approach to the analysis of the regulation of science and technology: The concept of knowledge politics describes that the societal handling of science and technology has changed because of the semantic transformation of science in society during the last decades. On the example of the handling of nanotechnology, the article illustrates how the societal debate on this issue evolved by applying an analytical focus on discursive speakers, rules of speaking truth, constructions of responsibilities and the societal influence of dispositifs. The presented analytical approach should be understood as an alternative to studies which put their focus on problem of regulation and control only without recognizing the power of knowledge.

Keywords: Sociology of knowledge approach to discourse, Regulation of science and technology, governance of science, knowledge politics, societal handling of nanotechnology

Einleitung: Wissenspolitik als wissenssoziologische Analyse der Regulierung von Wissen und Technologie

Seit Ende des zweiten Weltkriegs kreist die Regulierung der Wissenschaft um die Frage, inwiefern sie derart beeinflusst werden könnte, dass sie dem gesellschaftlichen Wohl dient. Gemeinhin können bei der Entwicklung von Theorien zur Wissenschaftssteuerung drei Schritte unterscheiden werden: Planung, Steuerung und Governance (Schimank 2009). Bei der Planung geht es maßgeblich darum, für welche Prioritäten in der For-

sung Entscheidungen getroffen werden sollen und nach welchen Kriterien Mittel innerhalb von Forschungsorganisationen zu verteilen sind (Krauch 1970; DFG 1971). Jedoch bleibt dabei die Eigenlogik der Wissenschaft mit ihren Strukturen und Prozessen zur Selbststeuerung unberücksichtigt, sodass abgesehen von der Bereitstellung ökonomischer Ressourcen kaum weitere Eingriffsmöglichkeiten beim Planen gegeben sind.

Steuerung impliziert die Idee, dass wissenschaftliche Aktivitäten nicht nur auf interne Zwecke, sondern auch auf politische und gesellschaftliche Ziele hin ausgerichtet werden könnten. Sowohl wissenschaftsinterne als auch -externe Kriterien sollten ausschlaggebend für die Förderung der Forschung sein (Polanyi 1962; Weinberg 1964). Zum einen sollen die jeweiligen Fachgemeinschaften Forschungsanträge auf wissenschaftliche Qualität sowie erwartbare Erkenntnisfortschritte prüfen und diese zum ändern von Entscheidungsträgern im Hinblick auf ihre Übereinstimmung mit gesellschaftlichen Zielstellungen bewertet werden (Spiegel-Rösing 1973, S. 94 ff., S. 121 ff.).

Realisiert wird dies in Hybridgemeinschaften (van den Daele/Krohn/Weingart 1979), also Gremien, an denen politische, wissenschaftliche und teilweise auch wirtschaftliche oder zivilgesellschaftliche Akteure teilnehmen und wo wissenschaftliche, politische oder andere gesellschaftliche (z. B. ökonomische) Prüfverfahren koordiniert werden. In der Konsequenz bedeutet die Beteiligung gesellschaftlicher Akteure, dass unterschiedliche Kriterien zur Bewertung der Wissenschaft und ihrer Vorhaben zum Tragen kommen (bspw. die des Marktes, die der Wissenschaft oder Mechanismen zur Komplexitätsreduktion, die man typischer Weise aus Organisationen kennt). Die Regulierung der Wissenschaft wurde dadurch zu einer übergreifenden Aktivität, bei der – auch durch die gesellschaftliche Abhängigkeit von wissenschaftlichem Wissen – die Unterscheidung zwischen Regelungssubjekt und -objekt uneindeutig wird. Steuerungsintentionen und deren Folgen sind nicht mehr eindeutig Sendern oder Empfängern zuzuordnen (Mayntz 2004; Börzel 2006). Im Sprachgebrauch bildet sich für die neuen Regelungsinstitutionen sowie für die Gesamtheit der anwendbaren Ordnungsrahmen und -mechanismen ›Governance‹ als Begriff heraus.

Mit den Konzepten der Wissenspolitik plädieren deren Vertreter nun dafür, den Umgang mit Wissenschaft und Technologie im gesellschaftlichen Kontext zu betrachten, denn die Entstehung, wissenschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Durchsetzung von Wissen ist Gegenstand andauernder Debatten. Die Regulierung von Wissenschaft kommt demnach in ganz unterschiedlichen Formen der Beschäftigung mit wissenschaftlichen Wissens und dessen Handhabung zum Ausdruck (Bechmann/Stehr 2004):

»Die erste Variante [der Wissenspolitik] zielt auf die Beschleunigung des Wissenswachstums, aber auch auf die ›angemessene Balance‹ unterschiedlicher Wissensformen in Innovationsprozessen und -netzwerken (...) [– vertreten durch Werner Rammert –], die zweite auf die ›Überwachung des Wissens‹ und die gesellschaftliche Kontrolle und Steuerung seiner Anwendung (...) [– vertreten durch Nico Stehr –], die dritte auf die Reflexion und Rekonfiguration der etablierten Wissensordnung moderner Gesellschaften [– maßgeblich vertreten durch Peter Wehling und Stefan Bösch].« (Wehling 2007, S. 698)

Empirisch würde Wissenspolitik sich also durch verstreute Ansätze zur Regulierung des gesellschaftlichen Umgangs mit Wissen und Technologie in der Gesellschaft auszeichnen und damit weit über unübersehbare Regulierungsinstitutionen hinausgehen. Analytisch bietet sich damit die Wissenspolitik als ein weiter fassendes und damit tragfähigeres Konzept zur Untersuchung der gesellschaftlichen Regulierung von Wissenschaft und Technologie an als steuerungstheoretische Ansätze. Allerdings fehlen in der sozialwissenschaftlichen Debatte Studien, die die empirisch-analytische Tragfähigkeit der Wissenspolitik auf den Prüfstand stellen. Dieser Aufsatz soll einen Beitrag dazu leisten, diese Lücke zu schließen¹. Ausgehend von dem Diskurs über die Regulierung der Nanotechnologie (Abschnitt 2) argumentiert er dabei aus einer wissenssoziologischen Perspektive, indem er Wissenspolitik als die gesellschaftliche Konstruktion von Regulierungswissen begreift (Abschnitt 3). Aus dieser Blickweise folgt die analytische Entscheidung für den Forschungsansatz der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA), die es möglich macht die Veränderungen der Konfiguration von Wissen und Macht beim gesellschaftlichen Umgang mit Wissenschaft und Technologie nachzuvollziehen (Abschnitt 4). Konkret kann damit die Frage beantwortet werden, inwiefern gesellschaftliche Akteure regulierungsrelevantes Wissen über den Umgang mit wissenschaftlichem Wissen und Technologie konstruieren; darüber hinaus geht der Artikel auch darauf ein, inwiefern dieses Wissen als gesellschaftlich wirkmächtig gilt (Abschnitt 5).

2 Transformation der Wissenschaft – Das Beispiel Nanotechnologie

Die gesellschaftliche Evolution der Regulierung von Wissenschaft und Technik steht in engem Zusammenhang mit einem Bedeutungswandel wissenschaftlichen Wissens. Kennzeichen dieser Transformation sind steigende Forschungsfinanzierung, die mit einem hohen Anwendungsbezug wissenschaftlicher Ergebnisse korreliert, die Entstehung neuer Wissensformen und deren Konkurrenz um gesellschaftliche Relevanz, sowie ein beständiges Legitimationsdefizits der Wissenschaft und ihrer Erkenntnisse. Am Beispiel der gesellschaftlichen Konstruktion der Nanotechnologie können diese Aspekte illustriert werden.

So investieren Staaten seit Ende der 1980er Jahre stetig wachsende Förderbeträge in diese »Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts« (Schaper-Rinkel 2006, S. 473), mit dem Ziel der wissenschaftlichen Entwicklung von Grundlagen- und Anwendungswissen; dies hatte zur Folge, dass Publikationszahlen sich innerhalb von 3,2 Jahren in diesem Arbeitsfeld verdoppelten (Huang et al. 2004, S. 325 f.; Schummer 2004, S. 425 ff.; Li et al. 2007, S. 977 f.). Genauso stieg die Anzahl der Patentanmeldungen. Beispielsweise sind in den USA von 1991 bis 2008 19.665 Patentanträge mit Bezug auf Nanotechnologie eingegangen (Huang et al. 2005; Dang et al. 2010).

Die Vielzahl neuer Patente verdeutlicht die hohe Anwendungsorientierung der Forschung. Diese wird auch von der Forschungsförderung verlangt (Compañó/Hullmann

1 Dieser Artikel beruht auf der Dissertation des Autors (Pfersdorf 2015).

2002; Malanowski et al. 2006), bspw. indem Projektkonsortien interdisziplinär zusammenarbeiten sollen; denn Interdisziplinarität wird gemeinhin mit Innovation gleichgesetzt (Rammert 2003; Wehling 2007). Dadurch entsteht bei der Nanotechnologie innerhalb der Wissenschaft neben dem monodisziplinären Fachwissen eine weitere Wissensform, der man gesteigerte gesellschaftliche Problemlösungskompetenz zuschreibt (Porter/Youtie 2009, S. 1038 ff.; Wang/Notten/Surpatean 2013, S. 889).

Interdisziplinäres Wissen konkurriert allerdings mit anderen Wissensformen um gesellschaftliche Relevanz und Anwendungsbezug. So antizipieren aufgrund der hohen Anwendungsorientierung von Forschung viele Akteure den wissenschaftlichen Fortschritt und formen dessen gesellschaftliche Bedeutung in Debatten. Wissenschaft wird wegen ihres Potentials zur gesellschaftlichen Wirklichkeitsveränderung sowohl als Chance als auch als Bedrohung wahrgenommen. Bei Eintritt erwartbarer und unerwarteter negativer Folgen wird sie zum Gegenstand gesellschaftlicher Kritik (Wehling 2003; Stehr 2009). Entsprechend liegt der maßgebliche Fokus bei der Regulierung der Nanotechnologie auf den Nanopartikeln, denn derzeit kann wissenschaftlich nicht geklärt werden, inwiefern diese schädlich für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt sind. Daher warnten sowohl Wissenschaftler als auch zivilgesellschaftliche Organisationen, (Rück)-Versicherer und zum Teil staatliche Stellen vor einem unverantwortlichen Einsatz der Nanotechnologie.²

Zum einen zeigt dies, dass sich die Deutungen über wissenschaftliche Themen pluralisiert haben, also unterschiedliche Wissensformen (wissenschaftliches, zivilgesellschaftliches, ökonomisches etc.) um Einfluss kämpfen. Zum anderen wird auch deutlich, dass die Legitimität wissenschaftlichen Wissens gesellschaftlich hergestellt werden muss (Pfersdorf 2012). Aufgrund negativer Erfahrungen und Folgen bei der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse gelten Innovationen als besonders begründungsbedürftig und müssen einer kritischen Abwägung von Chancen und Risiken standhalten (BUND 2006; ETC-Group 2006).

Mit der Metapher des Elfenbeinturms (Verband Deutscher Studentenschaften 1960) kann die Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft heute, wie das Beispiel Nanotechnologie zeigt, nicht mehr passend charakterisiert werden, vielmehr ist die Rede von einer vergesellschafteten Wissenschaft (Weingart 2001), die in ihren Strukturen, Prozessen und ihrer inhaltlichen Entwicklung verschiedenartiger Versuche zur gesellschaftlichen Einflussnahme ausgesetzt ist. Vor diesem Hintergrund sollte die Analyse der politischen und gesellschaftlichen Regulierung der Wissenschaft nicht auf einzelne Governance-Institutionen beschränkt sein.

2 Vgl. ETC-Group (2002); Hett (2004); Lauterwasser (2005); vzbv (2009).

3 Wissenspolitik als gesellschaftliche Konstruktion von Regulierungswissen

Die Annahme, dass der gesellschaftliche Umgang mit Wissen und Technologie einer umfassenden Wissenspolitik unterworfen ist, basiert auf folgender Hypothese: Aufgrund des Bedeutungs- und Strukturwandel der Wissenschaft (Abschnitt 2) werden neue Maßnahmen zur Regulierung von Wissenschaft und Technologie notwendig, um den gesellschaftlichen Umgang mit den veränderungsbedingt entstehenden gesellschaftlichen kontingenten Handlungsräumen zu regulieren. Je nach theoretischer Fundierung bezieht sich Wissenspolitik auf unterschiedliche soziale Arenen, mit jeweils eigenen Maßnahmen, Instrumenten und typischen sozialen Interaktionsmustern. Der Inhalt der Wissenspolitik leitet sich aus der jeweiligen theoretischen Perspektive und dem argumentativen Schwerpunkt im Hinblick auf die Vergesellschaftungsdynamiken der Wissenschaft ab. Tabelle 1 sortiert die Elemente aller Varianten der Wissenspolitik und eröffnet damit eine vergleichende Perspektive auf diese.

Analytische Unterscheidungen →	Struktur- und Bedeutungs- wandel des gesellschaft- lichen Wissens	Arenen	Maßnahmen / Soziale Ausprä- gung	Inhalte
Wissenspoliti- scher Ansatz ↓				
Überwachung des Wissens	Zerbrechlichkeit gesellschaft- licher Struktu- ren ³	• Überall, wo Wissen oder Technologien verhandelt werden Staat	• Institutionali- sierung neuer Mechanismen • Gesellschaft- liche Konflikte • Protestformen • Wissen- schafts- und Technologie- politik	• Kognitiv unsi- cheres Wissen • Normativ um- strittenes Wis- sen • Legitimation von Wissen • Überwachung und Diszipli- nierung
Förderung von Innovationen	Fragmentale Differenzierung ⁴	• Netzwerke • Staat • Wissenschaft • Wirtschaft	• Moderation • Mediation • Anreize für Ko- operation und Vertrauens- bildung	• Erstellung und soziale Stabili- sierung neuen Wissens

Reflexive Umordnung gesellschaftlichen Wissens	Aufbrechen gesellschaftlicher Wissensordnungen ⁵	• Gesellschaftliche Debatte • Neue Foren • Gerichte • Staatliche Politik	• Debatte • Institutionalisierung • Form der Herstellung von Wissen	• Kognitiv unsicheres Wissen • Normativ umstrittenes Wissen • Legitimation von Wissen • Recht auf (Nicht-)Wissen
--	---	--	---	--

Tabelle 1: Analytische Sortierung gesellschaftsdiagnostischer Konzepte zur Wissenspolitik (siehe Pfersdorf 2015)

Neben der überblicksartigen Darstellung dient die Tabelle dazu, einen Zusammenhang zwischen der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und der Entstehung von Regulierungsmaßnahmen aufzuzeigen, wie er in der Wissenspolitik angelegt ist: Aufgrund widersprüchlicher gesellschaftlicher Deutungen über vorhandene oder künftige Wissensbestände (Bedeutungs- und Strukturwandel) stehen soziale Akteure an unterschiedlichen Orten (Arena) miteinander im Konflikt um den ›richtigen‹ Umgang mit Wissen. Anhand unterschiedlicher Regulierungsmaßnahmen wird dieser Umgang beobachtbar. Zugleich tragen sie inhaltlich zur Bearbeitung dieser gesellschaftlichen Konflikte bei.

- 3 »Der wachsende Stellenwert des Wissens in der modernen Gesellschaft, so lautet (...) [Stehrs] zentrale These, steht in engem Zusammenhang mit einer erhöhten Zerbrechlichkeit oder Kontingenz der Gesellschaft (...). Insofern lassen sich strategische Maßnahmen zur Kontrolle des Wissens, das als Motor der Kontingenz gelten kann, als ein Unternehmen interpretieren, das auf eine Reduktion oder Stabilisierung der Zerbrechlichkeit der Gesellschaft abzielt« (Stehr 2003, S. 123).
- 4 Statt mit einer bedrohlich konnotierten Metapher wie der Zerbrechlichkeit der Gesellschaft beschreibt Werner Rammert die strukturelle Begleiterscheinung des Bedeutungswandels wissenschaftlichen Wissens als fragmentale Differenzierung: »Fragmentierung kann als eine Art Unterteilung bestimmt werden, die heterogene Elemente miteinander verknüpft. Sie teilt mit der segmentären Differenzierung das Merkmal, unterschiedliche Arten des Wissens zu kombinieren. Sie unterscheidet sich jedoch von jener darin, dass ihre Mischung heterogenen Wissens aus Fragmenten eines schon einmal systematisierten und funktional spezialisierten Wissens besteht und nicht aus noch naturwüchsig vermischten Segmenten. Elemente aller Arten des Wissens werden neu kombiniert. Die fragmentale Differenzierung unterscheidet sich von der funktionalen unter dem Aspekt, dass die gereinigte Trennung disziplinären Wissens (...) zugunsten von Heterogenität, Kohärenz und Reflexivität aufgegeben wird« (Rammert 2003, S. 488).
- 5 Den Bedeutungswandel wissenschaftlichen Wissens in der Gesellschaft deutet Peter Wehling als das Aufbrechen gesellschaftlicher Wissensordnungen. »Eine Wissensordnung bezeichnet (...) ein komplexes Arrangement diskursiv, institutionell und kulturell stabilisierter sowie sozial anerkannter Wissenshierarchien und Grenzziehungen, z.B. zwischen Wissen und Glauben, Fakten und Werten, Experten und Laien, Wissbarem und Nicht Wissenswertem und Irrelevantem« (Wehling 2007, S. 699 f.). Es geht prinzipiell darum, wie die Gesellschaft ihr Wissen organisiert, über welche Wissensinhalte sie verfügt und über welche nicht.

Die Wissenspolitik stellt damit eine Erweiterung der Debatten um die Regulierung der Wissenschaft dar, weil sie die Möglichkeiten polyzentrischer Einflussnahmen auf die Entstehung und Anwendung von Wissen aufzeigt. Dabei legt sie den Primat ihrer Argumentation auf den Bedeutungswandel wissenschaftlichen Wissens. Indem sich die Bedeutung von Wissenschaft in der Gesellschaft wandelt, ändert sich also die Entstehung, Stabilisierung und Durchsetzung von Wissen über die Regulierung von wissenschaftlichem Wissen und Technologie. Somit wird Wissenspolitik einer empirischen Analyse zugänglich, indem sie als die Konstruktion spezifischen Regulierungswissens über Wissenschaft und Technologie verstanden wird⁶.

4 Wissenssoziologische Diskursanalyse als Forschungsansatz

Regulierungswissen entsteht und konfiguriert sich über einen langen Zeitraum. Daher bedarf es eines Forschungsansatzes, um dessen Entwicklungs- und Durchsetzungsbedingungen nachzuvollziehen. Möglich macht dies die WDA. Deren Ziel ist es, gesellschaftlich institutionalisierte Wissensbestände und ihre möglichen Konsequenzen für kollektives Handeln zu analysieren. Als Diskurs definiert Reiner Keller

»[e]ine nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbare Aussagepraxis bzw. Gesamtheit von Diskursereignissen, die im Hinblick auf institutionell stabilisierte gemeinsame Strukturmuster, Praktiken, Regeln und Ressourcen der Bedeutungszuschreibung untersucht werden.« (Keller 2008, S. 234)

Die Bestandteile, die das elementare Reservoir des diskursiven Aussagenkorpus bilden, sind die Äußerungen einzelner Sprecher. Sie stehen in einem dialektischen Verhältnis zu bestehenden und sich diskursiv entwickelnden Strukturmustern. Einerseits ermöglichen die Strukturmuster, dass Äußerungen gemacht werden. Wenn Sinngehalte der Äußerungen dann zu Aussagen werden und als sozial stabilisiertes Wissen in den objektivierten Bereich gesellschaftlicher Wissensvorräte aufgenommen werden, können sie andererseits selbst zu Strukturmustern werden oder bereits vorhandene beeinflussen (Keller 2011, S. 51 ff.).

Akteure treten im Diskurs zum einen als Sprecher in Erscheinung. Zum anderen können Akteure in ihrem Handeln durch diskursive Aussagen orientiert und angeleitet werden. Bspw. können Forscher Vorgaben für ihre alltägliche Praxis und Routinen durch Leitlinien zum verantwortungsvollen Umgang mit Nanotechnologie, die sich als Dispositiv aus dem Diskurs gebildet haben, bekommen. Abhängig von den diskursiven Machtwir-

6 Hinweise worauf bei einer solchen Analyse zu achten ist gibt Bora (2009). Er bezeichnet mit Regulierungswissen »die wissenssoziologische Dimension der ermöglichenden und vorsorgenden Innovationsregulierung«. Dabei unterscheidet er zwischen drei Typen. Prognosewissen als Wissen über künftige Innovationen; Risikoentscheidungswissen informiert über potentielle Entscheidungen im Konfliktbereich zwischen Risiko und Innovation; Regulierungstechnisches Wissen gilt als Wissen »über Funktionsweise und Wirkungen verschiedener Regulierungsinstrumente« (ebd., S. 33 f.).

kungen dieser Vorschriften könnten sich Forscher, obwohl sie als Individuen außerhalb des gesellschaftlichen Diskurses stehen, an die Vorgaben halten (Keller 2007, S. 25 ff.).

Für die empirische Analyse des Diskurses und der Dispositive bieten sich Themen als analytische Kategorie an. Sie gelten als »bezeichnete, mehr oder weniger unbestimmte und entwicklungsfähige Sinnkomplexe« (Luhmann 1970: 7) und bilden den inhaltlichen Zusammenhang des Diskurses. Sprecher nehmen darauf in ähnlicher Weise Bezug und teilen daher einen gemeinsamen Sinnzusammenhang. Durch kommunikative Weiterentwicklung des Themas entsteht über die Zeit eine mehr oder weniger abgeschlossene diskursive Formation. Insofern kann man von einem Thema auf bestimmte Typen von Sprechern schließen. Dadurch werden auch typische Charakterisierungen eines Gegenstands deutlich und damit Begründungszusammenhänge, Wertungen und Handlungsoptionen. Durch den Vergleich von Themen können gemeinsame Deutungsmuster – verstanden als Interpretationshypothesen zu thematischen Dimensionen bei differenten inhaltlichen Aspekten – rekonstruiert werden (Keller 2008, S. 240 ff.).

Konkret wurde in dem vorliegenden Fall eine Analyse des gesellschaftlichen Diskurses von Ende der 1980er Jahre bis Anfang 2012 durchgeführt. In einer Datenbank wurden 375 Dokumente als mögliche Äußerungen zusammengetragen und davon dann 60 zur Analyse ausgewählt. Diese wurden entsprechend der Grounded Theory Methodologie kodiert und nach dem Prinzip minimaler und maximaler Kontrastierung (bspw. Erscheinungsjahr, Form, Sprecher, Länge, Inhalte etc.) verglichen (Strübing 2002). Damit konnten sowohl Interpretationshypothesen über die Entstehung, den Verlauf und die inhaltliche Unterscheidungen einzelner Themen erkannt als auch diese im Detail nachvollzogen werden. Der Überprüfung einzelner Verständnisse sowie dem Zugewinn weiterer Analyseperspektiven dienten in der Studie insgesamt 22 Interviews mit Sprechern und Beobachtern des Diskurses⁷. Im Lauf der Analyse stechen drei Phasen heraus, in denen die Themen des Diskurses in einem jeweils eigenen Verhältnis zu einander standen, in denen die Sprecher variierten und Akteuren unterschiedliche Verantwortlichkeiten zum Umgang mit Nanotechnologie zugewiesen wurden. Aus der besonderen Strukturierung des Diskurses, der Entwicklung von Themen, der Relevanzwertung verschiedener Sprecher und der Zuordnung von Zuständigkeiten und Pflichten ist die Wissenspolitik der Nanotechnologie ableitbar.

5 Diskursive Konstruktion von Regulierungswissen zum Umgang mit Nanotechnologie

Abschnitt 5 fasst die Ergebnisse der wissenspolitischen Diskursanalyse zum Umgang mit Nanotechnologie zusammen und weist dabei auf maßgebliche analytische Perspektiven hin. Ausgehend von der Vorstellung der Phasen des Diskurses, in der die inhaltliche Entwicklung im Vordergrund steht, wird die Veränderung der Sprecherlandschaft charakte-

7 In diesem Artikel werden davon Interviews mit zwei Industrievertretern, einem Regierungsverwaltungsmitarbeiter und einem Toxikologen zitiert.

riert, die Regeln der Aussageproduktion beleuchtet und letztlich die Einflusskonstruktion gegenüber zwei Dispositiven genauer betrachtet.

5.1 Phasen des Diskurses und ihre inhaltliche Entwicklung

Beim Diskurs zum gesellschaftlichen Umgang mit Nanotechnologie lassen sich drei Phasen unterscheiden: Etablierung, Konsolidierung und Normung (Pfersdorf 2015). In der ersten Phase, die von Mitte der 1990er Jahre bis ca. 2003 reicht, liegen die Schwerpunkte der Äußerungen auf visionären Zukunftsanalysen des Futurologen Eric Drexlers (1986), auf naturwissenschaftlichen Veröffentlichungen, die zukünftige Anwendungsmöglichkeiten der Nanotechnologie beschreiben, sowie auf erster populärwissenschaftlicher Literatur, die sich mit diesen beiden Äußerungszusammenhängen auseinandersetzt⁸ (Bachmann 1994).

Ökonomisch orientierte Äußerungen deuteten Kontextualisierungsmöglichkeiten von wissenschaftlich entworfenen Innovationspotentialen mit in Deutschland vorhandenen industriellen Schwerpunkten an. Dementsprechend sahen politische Förderprogramme der Forschung industriell geprägte Themenfoki vor. Im Hinblick auf die ökonomischen Leistungspotentiale der Nanotechnologie verlangten Sprecher ab Mitte der 1990er Jahre, dass sich die Forschung der Entwicklung von Anwendungen verschreiben solle (Hintermann 2000). So wurde bspw. Interdisziplinarität als Arbeitsprinzip gefordert: »[E]ine interdisziplinäre und branchenübergreifende Vorgehensweise [würde] nicht nur für eine kontinuierliche Entwicklung, sondern auch für weitere High-Tech-Betriebe marktentscheidende Beiträge liefern (...)« (Bachmann 1994, S. 9 f.). Die Art und Weise der wissenschaftlichen Wissensproduktion und Auswahl von Branchenpartnern als Forschungspartner wurde damit zu einer politischen Forderung an die Forschung (Malanowski 2001).

Äußerungen, die auf potentielle Risiken der Nanotechnologie eingingen, widmeten sich dabei besonders Drexlers Überlegungen, dass auf Grundlage nanotechnologischer Erfindungen winzige selbstreplizierende Nanoroboter geschaffen werden könnten, die zwar viele gesellschaftliche Probleme lösen, jedoch auch außer Kontrolle geraten und die Menschheit unterwerfen könnten (Crandall/Lewis 1992; Münchner Rück 2002; Arnall 2003). Erst gegen Ende der Phase wurden besonders auf Betreiben der kapitalismuskritischen NGO »ETC-Group« wissenschaftlich begründete Bedenken bezüglich der Gefährlichkeit von Nanopartikeln für Mensch und Umwelt publik (ETC-Group 2002; Roco/Tomellini 2002). Die enorme Aufmerksamkeit, die dieses Risikothema aufgrund der wissenschaftlichen Fundierung erfuhr, markiert den Übergang zur zweiten Phase, die von ca. 2002 etwa bis Mitte 2006 reicht. .

8 Über die Geschichte der Nanotechnologie gibt es unterschiedliche Versionen. Die einen gehen von frühen physikalischen Visionen aus (Feynman 1960) und weisen auf die Begriffsgeschichte des Präfix »Nano« hin (Taniguchi 1974). Andere beginnen mit der Entwicklung des Raster-Tunnel-Mikroskops, mit dem Teilchen in Nanoauflösung beobachtbar, von dem ausgehend dann andere Verfahren zur Manipulation in dem Kleinstbereich entwickelt wurden (Bachmann 1998, S. 2 f.; Toumey 2010).

Mit den Risiken von Nanopartikeln stand den ökonomischen Chancen ein Problem gegenüber, das *wissenschaftlich gestützt*, den Diskurs dominierte. Zudem bot das Risikothema die Lesart, dass Nanotechnologien trotz möglicher ökonomischer Gewinne in der Zukunft bereits heute irreversible Schäden für Mensch und Umwelt bedeuten könnten. Der Hinweis auf gegenwärtige Bedrohungen schuf einen Handlungsdruck, der eine Veränderung des Diskurses auslöste.

Vergleicht man bspw. die politischen Strategiepapiere der Bundesregierung aus den Jahren 2002 und 2006, wird deutlich, dass der Fokus zunächst lediglich auf Innovationen lag, während erst später erkannt wurde, dass die Förderung der Forschung zwar Innovationen befördert, gleichzeitig jedoch auch Risiken birgt (BMBF 2002, 2006). Dieser inhaltliche Wechsel geschah auch in der thematischen Strukturierung des Diskurses: Sowohl die innovations- als auch die risikoorientierten Themen nahmen Bezug auf zwei Lösungsstrategien, wie mit dem Problem der sicheren Entwicklung von Nanotechnologie umzugehen ist: *einerseits* durch politische Auseinandersetzung damit sowie durch Entscheidungen darüber und *andererseits* durch wissenschaftliche Forschung (Royal Society 2004; Lauterwasser 2005). Entsprechend sind nun mit dem Begriff Nanotechnologie ›Risiko‹ und ›Innovation‹ eng verknüpft. So verheißt sie Vorteile in vielen Bereichen, doch diese Versprechen gelten nur dann als einlösbar, wenn der Partikeleinsatz nicht gegen gesellschaftlich bekannte Prüfkriterien verstößt (OECD 2005, S. 4 ff.).

Der Handlungsdruck, der daraus entsteht und in der dritten Phase (ab Mitte 2006) kanalisiert wurde, lag in der Anforderung, einen verantwortlichen Umgang mit Nanotechnologie zu gestalten (Anton et al. 2006; NanoKom 2008b). Dabei wurden Fragen der konkreten Innovationsförderung zur Randerscheinung, vielmehr ging es darum, wie gesellschaftlich relevante Wissensbedarfe durch Forschung oder auch durch quasi-wissenschaftliches Wissens gedeckt werden könnten oder wie die neue Regularien, die notwendig für die Regulierung der Nanotechnologie sind, trotz unsicherer Wissenslage möglich wurden.

In der dritten Phase spielten sich die maßgeblichen Normungsaktivitäten ab, die durch die inhaltlichen Entwicklungen in den ersten beiden Phasen möglich geworden sind. Dazu wurden von unterschiedlichen Sprechern der Wirtschaft, des Staates und der Zivilgesellschaft Institutionen gegründet und Dialogverfahren entwickelt, in denen das Wissen der beteiligten Sprecher zusammengetragen, unter diesen ausgetauscht und darauf aufbauend Entscheidungen zum verantwortlichen Umgang mit Nanotechnologie getroffen wurden (BUND 2006; OECD Environment Directorate 2006; NanoKom 2008b; ISO 2014). Die Kommissionen veröffentlichten selbst Ergebnis-papiere, Beschlüsse und Empfehlungen, um einen verantwortungsvollen wissenschaftlichen und technischen Umgang im Hinblick auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit zu gewährleisten⁹.

9 Nationalstaatliche Sprecher, also Regierungen, verweisen auf vorhandene Wissenslücken und den Bedarf auf internationaler Ebene eine Lösung dafür zu finden. Solange dies nicht geschehe, würde einzelstaatliche Herangehensweisen keinen Sinn ergeben – zumal die aktuellen chemierechtlichen Regelungen auf für Nanopartikel gelten. Zaghafte Versuche unternimmt die EU-Kommission bei der Regulierung von Kosmetika, die Nanopartikel enthalten, sowie bei der Regulierung von Nano-Food (dies allerdings weniger erfolgreich, weil die Regelung vom Parlament gekippt wird). Insgesamt bleiben von staatlicher Seite neue Regulierungsmaßnahmen aus.

In unterschiedlicher Detailschärfe legten sie fest, wie die Betroffenen mit Nanomaterialien umgehen sollten. Es gab die ISO-Vornorm zur Definition von Nanomaterialien, den Verhaltenskodex der EU-Kommission oder erwartete Beschlüsse der OECD. All diese Entscheidungen haben gemeinsam, dass jene, die sie beschlossen, intendierten, dass sie von den jeweils Betroffenen umgesetzt werden. Damit werden die Gremien, deren Entscheidungen nicht rechtlich legitimiert sind, zum einen zu Orten, in denen der Diskurs institutionalisiert und damit auf wenige Gesichtspunkte verengt wird, und zum anderen werden sie selbst zu Sprechern in der gesellschaftlichen Debatte (Pfersdorf 2015, S. 151 ff.).

5.2 Sprecher und Verantwortungsträger in den einzelnen Phasen

Abhängig von der jeweiligen Phase nehmen unterschiedlich viele Sprechern am Diskurs teil. Während anfangs nur einige wenige Sprecher zu allen Themen Äußerungen machen, ändert sich dies im Lauf des Diskurses, sodass in der dritten Phase alle Sprecher die meisten Themen in ähnlicher Weise mit Äußerungen bespielen.

Zu Beginn des Diskurses traten besonders Forschungsförderorganisationen, staatliche Organisationen (insbesondere Regierung und Regierungsverwaltung) sowie Innovations- und Technikfolgenforschungsinstitute als Sprecher auf (Malsch 1997; Paschen et al. 2003). Vereinzelt meldeten sich auch Greenpeace oder die ETC-Group auf internationaler Ebene zu Wort (ETC-Group 2002; Arnall 2003). Die Bekanntmachung der Risiken der Nanopartikel am Ende der ersten Phase verschaffte NGOs die Zuschreibung, ernsthafte Bedenkenträger in einer Debatte zu sein, die bis dahin auf der Risikoseite nur von futuristischen Gefahrenvorstellungen geprägt war. Demgegenüber lag auf der Innovationsseite die Ermöglichung von ökonomisch tragfähigen Anwendungen maßgeblich im Verantwortungsbereich der Wissenschaft. Diese sollte dafür Sorge tragen, dass die Forschung die ökonomisch relevanten Probleme vornimmt und dabei Kooperationsstrukturen mit der Wirtschaft ermöglichen. Der Staat sollte für diese Aktivitäten letztlich die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen (Paschen et al. 2003).

Gefahrenregulierung wurde erst in der zweiten Phase ein Thema, dem sich alle Sprecher in der Debatte widmeten. Unmittelbar nachdem erste Zweifel über die Sicherheit von Nanopartikeln publik werden, veröffentlichten Rückversicherer, wie die Swiss-Re oder die Munich-Re sowie die Allianzversicherung in Kooperation mit der OECD Berichte über die möglichen Risiken und legten nahe, dass massiv in die Forschung investiert werden müsse, sowie es einer gesamtgesellschaftlichen Bewertung der Gefährdungslage und des Regulierungsproblems bedürfe (Hett 2004; Lauterwasser 2005). Erst gegen Ende der zweiten Phase publizierten Wirtschaftsverbände und deutsche NGOs erste Stellungnahmen. Zugleich lud bereits 2005 das Bundesumweltministerium (BMU) zu einem zweitägigen Stakeholderdialog mit »[i]nsgesamt 170 Vertreter und Vertreterinnen aus Verwaltung, Wissenschaft, Industrie, Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltverbänden, Medien sowie Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der OECD« (Anton et al. 2006, S. 4). Dieser bot typischen Akteuren in Innovations- und Technikdiskursen erste Möglichkeiten, die Debatten kennenzulernen, Meinungen auszutauschen, Positio-

nen zu beziehen und als Sprecher im Diskurs aufzutreten. Mit dieser Veranstaltung gab der Staat anderen Akteuren eine Bühne, sich als Sprecher zu präsentieren, zugleich ging damit die diskursive Dominanz des Staates bei der Etablierung von Aussagen zu Ende (Löchtfeld/Claus 2005; Lahl 2006). Der Umgang mit Nano wandelte sich damit von einem politischen Problem zu einer gesellschaftlichen Herausforderung. Dementsprechend lagen neben dem Innovationsfokus neue Verantwortlichkeiten bei der Wissenschaft, nämlich die Risiken von Nanopartikeln zu explorieren und zugleich durch gesicherte Erkenntnisse Debatten zu versachlichen. Ein ähnliches innovations- und risikobasiertes Aufgabenprofil wurde in der zweiten Phase der Industrie sowie dem Staat zugeschrieben. Und auch die Zivilgesellschaft war nun gefordert, an den gesellschaftlichen Debatten teilzunehmen und zum verantwortungsvollen Umgang mit Nano beizutragen.

Im Vergleich zur ersten ebnete sich in der dritten Phase die Beteiligungsstruktur ein. Mit Berichten und Beschlüssen traten Dialoggremien, wie die NanoKommission der Bundesregierung, der VCI-Dialog oder die Dialogreihe von der Evangelischen Kirche und des BUND ebenso als Sprecher zu Innovations- und Risikothemen auf, wie auch staatliche Sprecher, die Industrie oder die Zivilgesellschaft (Lösch/Gammel/Nordmann 2008; Kearnes/Rip 2009). Ein ähnliches Bild zeigte sich auch bei den unterschiedlichen Praxisfeldern zugeschriebenen Aufgabenbereichen. Im Vergleich zu den vorhergehenden Phasen ist mit den Dialoggremien eine Praxisarena hinzugekommen, der in hohem Maße Verantwortung für die Regulierung des Umgangs mit Nanopartikeln zukommt. Auch die Zivilgesellschaft, die Industrie, die Regierung oder die Wissenschaft sind nun aufgefordert, Regulierungsmaßnahmen herbeizuführen und einen gesellschaftlich verantwortungsvollen Umgang mit Nano herzustellen.

5.3 Regelungsstrukturen der Aussageproduktion

Mit dem Übergang des Diskurses in unterschiedliche Phasen, der inhaltlichen Verknüpfung gegensätzlicher Themen, sowie der Erweiterung der Sprecherlandschaft und diskursiv konstruierter Aufgabenverantwortlichkeiten stechen auch andere Regelungsstrukturen und dahinterliegende Deutungsmuster heraus. Der Vergleich von Äußerungen offenbart die zwei dominierenden Regeln in Phase 1. Es wurde deutlich, dass alle Äußerungen, die in einem Verweisungszusammenhang mit anderen stehen, Hinweise auf ihre wissenschaftliche Fundierung geben. Forecasting- und Technikfolgenstudien legten ihre wissenschaftlichen Methoden offen, machten ihre Quellennutzung und die Arbeit mit qualifizierten Experten explizit. Auch Regierungspapiere beriefen sich auf diese Dokumente und derartiges Material. Drei Monate bevor die ETC-Group ihr Memorandum zur Gefährlichkeit von Nanopartikeln veröffentlichte, hatte sie in einem anderen Beitrag vor den Risiken von Nanorobotern gewarnt. Dieser vorhergehende Artikel bekam in den Debatten keinerlei Aufmerksamkeit, denn er basiert nicht auf wissenschaftlichen Quellen.

Ähnlich kann man dies auch bei Veröffentlichungen von Greenpeace oder der Munich-Re beobachten, deren Stellungnahmen zu Nanorobotern solange unbeachtet blie-

ben, bis die Bekanntmachungen mit wissenschaftlich begründeten Hypothesen zu Nanopartikeln untermauert wurden. Wissenschaftlichkeit in der Arbeitsweise und bei der Informationsgewinnung ließ Äußerungen also zum Teil des diskursiven Verweisungszusammenhangs werden. Weiterhin zeigt der Vergleich, dass die erstmals erfolgreich im Diskurs plazierte Äußerung die Folgeäußerungen der Sprecher wieder relevant werden ließ, da diese sich – auch aufgrund der noch geringen Anzahl an Diskursteilnehmern – durch die vorhergehende Einflusswirkung eine angesehene Sprecherposition aufgebaut haben. Daraus kann die Regel des diskursiven Relevanzgewinns durch Wiederholung geschlossen werden.

Reputation und hochwertige Arbeitsweise sind typische wissenschaftliche Regeln der Einflussnahme, die eine gewisse Stabilität von Aussagen garantieren. Dieses Deutungsmuster ›Aussagestabilität‹ verweist demnach darauf, dass diskursrelevantes Wissen ähnlich wie in der Wissenschaft entsteht. Die Notwendigkeit wissenschaftsbasierter Äußerungen prägt auch die zweite Phase: Wissenschaftliche Erkenntnisse über die Gefährlichkeit von Nanopartikeln galten als notwendig für einen verantwortungsvollen Umgang mit Nano; solange allerdings keine verlässlichen Erkenntnisse vorhanden sind, bedurfte es alternativer Wissensquellen, aus denen Handlungsanleitung gezogen werden konnte.

Daher ergab sich zumindest für das Themenspektrum unter der Klassifikation ›Risiko‹ die diskursive Dynamik der ›Entstaatlichung‹, mit dem dahinter stehenden Deutungsmuster ›Verantwortung‹. Demnach trugen alle gesellschaftlichen Sprecher die Verantwortung für das richtige Handeln. Was zu tun und was zu unterlassen ist, muss die Wissenschaft erforschen. Für den richtigen Umgang mit Risiken konstruierten die Sprecher Inhalte, was gesellschaftlich relevante Forschung sein soll. Demgegenüber wirkte auch eine Verwirtschaftlichungsdynamik, der zufolge der Umgang mit Nanotechnologie der wirtschaftlichen Entwicklung zuträglich sein soll. Auf eine analytische Ebene gehoben, beschreibt damit das Deutungsmuster ›Wissenschaft für Wirtschaft‹ das Verständnis, dass besonders die Wissenschaft im Dienst der Wirtschaft stehen soll. Die Besonderheit der Nanotechnologie liegt dabei in ihren ökonomischen Chancen begründet. Insgesamt wird also in Phase 2 deutlich, dass sich der Diskurs vergesellschaftet, wodurch Regelzusammenhänge ausgebildet werden, die die Relevanzwertung von Äußerungen ermöglichen.

Aus den Regeln der Phase 1 und den Dynamiken der Phase 2 resultiert die Wirkmächtigkeit der Mechanismen in Phase 3. In der dritten Phase stehen die Sprecher vor dem maßgeblichen Problem, dass trotz unklarer und widersprüchlicher Einschätzungen über die Gefährlichkeit von Nanopartikeln der Umgang mit diesen so reguliert werden musste, damit die ökonomische Realisierung nanotechnologischer Chancen nachhaltig vollzogen werden konnte. Der Diskurs zum Umgang mit Nanopartikeln ist vergesellschaftet, der Staat nur ein Stakeholder unter vielen und trifft selbst zur Regulierung kaum rechtsgültige Entscheidungen. Erst im Diskurs werden einzelne Äußerungen relevant und Dispositive mit diskursexternen Machtwirkungen werden beobachtbar.

Dabei dominieren vier Deutungsmuster, deren interne Wirkmächtigkeit sich bereits in den vorhergehenden Phasen bewiesen hat und die an allgemeine gesellschaftliche Erfahrungen der Einflussnahme anschließen: Bei der *Aussagestabilität* handelt es sich um

die Verlässlichkeit einer Äußerung aufgrund wissenschaftlich geprüfter Expertise. Daraus geht der Mechanismus ›Einfluss auf Wissen‹ hervor. Sofern in Phase 3 des Diskurses sicheres wissenschaftliches Wissen fehlt, erzeugen dies die Dialoggremien; es ist durch Vorläufigkeit gekennzeichnet und gilt dadurch genauso wie hypothesenbasiertes Wissen als lernbereit. Das in den Gremien, die Entscheidungen zum Umgang mit Nano zur Verfügung stellen müssen, produzierte Wissen, wird damit entsprechend der Verwissenschaftlichungsdynamik zum *funktionalen Äquivalent für (sicheres) wissenschaftliches Wissen*.¹⁰

Ein anderes Deutungsmuster bezieht sich auf die universelle Erfahrung, dass *Recht soziales Handeln ermöglicht oder unterbindet*. Auch wenn die Legislative (Parlament und vor allem Regierung¹¹) die Regulierung im Rahmen der Entstaatlichungsdynamik nicht angeht, also selbst kein neues Recht setzt oder vorhandenes rechtsgültig auf Nanopartikel anwendet, gewinnen bestehende Rechtsbestände (zusätzlich) an Bedeutung. Äußerungen, die Verknüpfungen mit rechtlichen Aussagezusammenhängen aufzeigen, weisen darauf hin, potentiell relevant für die Regulierung zu sein und damit ein Bestandteil des Normungsdiskurses in Phase 3. Gerade Gremien, die auf Rechtslücken aufmerksam machen und die Entscheidungen zum verantwortungsvollen Umgang treffen, könnten eine dispositive Außenwirkung entfalten – auch wenn sie freilich nicht staatlich legitimiert sind¹².

Wie schon in Phase 1 kommt auch das Deutungsmuster ›Relevanz durch Wiederholung‹ als soziale Autorität zum Tragen. Die soziale Erfahrung, dass jemand einflussreiche Wirkungen entfaltet, der davor schon einflussreich war, beschreibt dabei den Kern des Deutungsmusters. Das prägnanteste Beispiel dafür bildet in Phase 3 die Definition von Nanopartikeln durch die ISO Technical Commission 229 (JRC 2010): Auch wenn andere Sprecher viel Kritik daran üben, wird diese häufig in anschließenden Berichten bspw. von der OECD, der EU-Kommission, der NanoKommission oder dem VDI (u. a. als Arbeitsdefinition) genutzt und damit faktisch einflussmächtig.¹³

10 Niklas Luhmann zufolge könnte der Mechanismus »auf der Unterstellung [beruhen], daß (sic) Gründe für die Richtigkeit des beeinflussten (sic) Handelns angegeben werden können. Die sachliche Generalisierung von Einfluß (sic) ist zugleich diejenige Generalisierungsrichtung, die kognitiven Mechanismen am nächsten steht« (Luhmann 1975, S. 75). Dialogverfahren oder Stakeholder-Gremien nutzen die Varietät der Teilnehmer als *Reputation*, um mit dem vorgelegten Normwissen andere Wissensbestände zu beeinflussen (*Einfluss auf Wissen durch Wissen*). Bspw. verweist die NanoKommission auf die Teilnahme von Vertretern aus allen als relevant geltenden Gesellschaftsbereichen – oder die OECD betont die Einbeziehung von Wirtschafts- und Umweltverbänden sowie Forschern neben den regulären internationalen Behördenvertretern.

11 Durch Verordnungen oder Satzungen wirkt die Regierung erheblich bei der Rechtssetzung mit.

12 Äußerungen, die sich auf vorhandene Rechtsbestände berufen könnten also die Autorität des Rechts als *zeitliche Generalisierung* von Sinn adoptieren: »Wenn einflußnehmende (sic) Kommunikationen [bspw. ISO-Definitionen oder OECD Guidelines], aus welchen Gründen auch immer, Erfolg gehabt haben, konsolidieren sich Erwartungen, die diese Wahrscheinlichkeit verstärken, die erneute Versuche erleichtern und Ablehnungen erschweren« (Luhmann 1975, S. 75).

13 Die Gültigkeit einer Äußerung als Aussage stellt sich also ein, wenn sie wiederholt wird. Sozialtheoretisch gewendet, lässt sich dieses Phänomen als Führung bezeichnen. Das heißt: Die Beobachtung, dass ein Sprecher die ISO-Definition verwendet hat, gilt als Argument für andere, es ihm gleich zu

Typischerweise werden im Diskurs Unsicherheiten, wie mit Nanomaterialien umzugehen sei, durch organisierten Dialog bearbeitet und damit *gemeinsame Verantwortung etabliert*. Handelt es sich um die Aufarbeitung eines Skandals, die Beschreibung der Rahmenbedingungen für Innovationsprozesse oder die Findung der Maßnahmen zur Regulierung der Nanotechnologie, so geschieht dies stets ›verantwortungsvoll‹. Die Einbindung *wissenschaftlicher Sachverständiger* stellt dafür ein wichtiges Kriterium dar. Weiterhin rechnet man Sprechern aus anderen Gesellschaftsbereichen, die ein organisiertes Interesse an Nanomaterialien haben, Expertenstatus zu. Die Einbeziehung aller unter dem Label ›Verantwortung‹ entlastet jene, die für ihre Praktiken geradestehen müssen zumindest rhetorisch von ihren Verpflichtungen (etwa die Forschung und Unternehmen oder auch den Staat, der dafür die Regeln setzen müsste).¹⁴

5.4 Einflusskonstruktion für institutionelle Dispositive

Die interviewten Beobachter (Journalisten, Begleiforscher etc.) und Sprecher im Diskurs unterschieden drei Verständnisse von Regulierung: das klassische über Recht und Gesetz, das gestaltende durch Forschungs- und Innovationsförderung und das erweiterte über Beschlüsse aus Gremien, Kommissionen oder Dialogverfahren. Beispiele erweiterter Regulierung sind typischerweise »freiwillige ›Codes of Conduct‹ und ›Best Practices‹ von Industrie und Privatwirtschaft, ›objektive‹ Beobachtungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklungen durch Forschungsinstitute und -projekte und (...) Ministerien und Verbänden moderierte Verständigungen (›runde Tische‹) zwischen Stakeholdern unterschiedlicher gesellschaftlicher Zielgruppen« (Lösch/Gammel/Nordmann 2008, S. 18). Das überwiegende Fehlen neuer staatlicher Regulierungsmaßnahmen zum Umgang mit Nanopartikeln gegenüber den vermehrt von nicht-staatlichen Gremien beschlossenen Regelungen macht die erweiterte Regulierung als Forschungsgegenstand interessant. Es stellt sich die Frage, inwiefern Beschlüssen der Institutionen erweiterter Regulierung Bedeutung zugeschrieben wird und wie Einfluss wirksam werden könnte. Aus der großen Anzahl möglicher Dialogverfahren und Gremien erscheint der Vergleich der NanoKommission und der ISO-TC 229 besonders aufschlussreich, da sie zwar Gegensätze zu einander bilden (national/international, gesellschaftsweiter Fokus/ökonomisch orientiert, breiter Teilnehmerkreis/ausgewählt), aber beide als diskursiv relevant gelten.

tun. »Die einen nehmen dann den Einfluß (sic) an, weil die anderen ihn annehmen; und die anderen nehmen ihn an, weil die einen ihn annehmen« (Luhmann 1975, S. 76).

- 14 Sofern es sich bei Forschung und Anwendung um Experimente in der Gesellschaft handelt (Krohn/Weyer 1989), kann nicht nur die Wissenschaft für die wissenschaftliche und technische Entwicklung verantwortlich sein. Versteht man im Spätmittelalter unter *Verantwortung* die Selbstkontrolle der handwerklichen Technik (Bechmann 1993), so könnte sie dementsprechend heute als *Selbstkontrolle der Gesellschaft* aufgefasst werden. Die Aufforderung, durch Dialogbereitschaft Verantwortung zu übernehmen, wirkt *moralisierend* auf den Einzelnen. Wer nicht an dem Dialog teilnimmt, zeigt sich unverantwortlich und stellt damit seine diskursive Sprecherposition infrage.

5.4.1 Die NanoKommission

Am Ende der Stakeholder-Konferenz, die das BMU in Phase 2 organisierte, schlug der Referent des Ministeriums vor, eine alle Praxisfelder übergreifende Steuerungsgruppe einzurichten, um den »Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen und anderen Ministerien zu suchen« (Löchtfeld/Claus 2005, S. 6). Sie sollte mögliche Risiken von Nanopartikeln bewerten und ihre Ergebnisse an die Regierung, die EU und die OECD weiterleiten (Löchtfeld/Claus 2005, S. 4 ff, S. 50 ff.). Daraus ging schließlich 2006 die Einrichtung der NanoKommission hervor, die aus einem Vorsitzenden und 16 von der Regierung berufenen Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft besteht. Die Kommission entschied eigenmächtig über die Einrichtung dreier Arbeitsgruppen und berief deren Mitglieder (ca. 20). Der Abschlussbericht der ersten Kommission, die bis Anfang 2008 tagte, beschreibt die Ergebnisse aus allen Arbeitsgruppen und gibt Empfehlungen an die Regierung. Er spricht Unternehmen, CSOs und Wissenschaftler mit der Aufforderung an, verantwortungsvoll zu handeln. Dazu schlagen die Stakeholder eine Reihe notwendiger Kriterien und Prinzipien vor, die für Unternehmen (bspw. Öffentlichkeit über Chancen und Risiken informieren), Regierungsorganisationen (Fokus auf bestimmte Forschungsfelder) sowie bei Akteursgruppen (Kriterien zur Bewertung von Nanopartikeln und Prinzipien zum verantwortungsvollen Umgang) verpflichtend sein sollen (NanoKom 2008a; BMU 2011). Im Hinblick auf die dispositive Bedeutung der NanoKommission finden sich in den Interviews und Diskursäußerungen einschlägige Textstellen, die in folgender Tabelle zusammengefasst sind:

Formen erweiterter Regulierung Einflussmechanismen	NanoKommission	Einschlägige Zitate
Gültigkeit durch Wiederholung	Übernahme der Prinzipien zum verantwortungsvollen Umgang durch mehrere Akteure	»Im Verlauf des Dialogs der Themengruppe bekannte sich BASF [...] auf ihren Internetseiten direkt zu den Prinzipien der NanoKommission und verlinkte zum Originaldokument [...]. [Ebenfalls nahm] [d]ie Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung direkt Bezug auf die fünf Prinzipien, [genauso wie] der Verband der Lack und Druckfarbenindustrie (VdL). [...]. Gegen Ende der Arbeitsphase der NanoKommission veröffentlichte auch die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) eine Erklärung mit explizitem Bekenntnis zu den Prinzipien zum verantwortungsvollen Umgang mit Nanomaterialien und Aussagen zur Umsetzung« (BMU 2011, S. 27 ff.).

Aufmerksamkeit durch Anschluss an Recht	Entstehung und Form der Prinzipien zum verantwortungsvollen Umgang als wissenschaftlich-technisches Wissen	»Wenn jetzt irgendein Unfall passieren würde und man hätte da rechtliche Fragen zu klären, dann hätten solche Prinzipienvereinbarungen natürlich auch quasi einen legalen Charakter. [...] Sie müssen natürlich keinen primären legalen Charakter haben« (Industrievertreter II). ¹⁵
Einfluss von Wissen auf Wissen	Wissenschaftlichkeit der Besorgnis-kriterien für eine vorsorgliche Bewertung von Nanomaterialien	»eigentlich hat diese NanoKommission ein sehr hohes Gewicht [...]. Das heißt diese Kriterien, (...) die haben <yerlich Auswirkungen in einer Vielzahl von Aktivitäten weltweit. Und das finde ich auch richtig, weil das sind für uns Regularien, die wir intern seitens der Forschung anwenden können, um - ich sag mal - eine gewisse Qualität in der Forschung zu sichern.« (Toxikologe 1)
Verantwortung durch Dialog	Dialog als basale Voraussetzung	» (...) durch die NanoKommission hat es eben ein Austauschforum gegeben, wo man versucht hat die Konflikte im Vorfeld nicht in den Dialog [oder Diskurs] kommen zu lassen. Um der neuen Technologie / sie nicht zu blockieren durch - ich sag jetzt mal - ungewolltes, unbegründetes, unfundamentiertes Störfeuer.« (Regierungsverwaltungsmitarbeiter 2010)

Tabelle 2: Einflusskonstruktion für die NanoKommission und ihre Beschlüsse (Darstellung nach Pfersdorf 2015)

Die Zitate in Tabelle 2 beziehen sich auf Ereignisse anhand derer die in Phase 3 beobachtbaren Einflussmechanismen in ihrer dispositiven Wirkung nachvollzogen werden können. Sie sind Indikatoren dafür, dass die NanoKommission, obwohl sie kein Recht setzen kann, dennoch rechtsähnliche Einflusswirkung entfaltet; ebenso wird deutlich, dass die Kommission, auch wenn sie als Stakeholderdialog gilt, Erkenntnisse geschaffen hat, die zur Sicherstellung wissenschaftlicher Arbeit relevant sind – und damit ihre Ergebnisse auch als quasi-wissenschaftliches Wissen gelten kann. Insofern hier ein renommierter Wissenschaftler die Qualität des Wissens bestätigt, lässt sich annehmen, dass es auch dazu dienlich ist, zumindest temporär Regulierungsmaßnahmen anzuleiten.

15 Einer derartigen Rechtsauffassung widerspricht der Regierungsverwaltungsmitarbeiter. Es entziehe sich jeglicher juristischer Erfahrung, wenn die Beschlüsse der NanoKommission justitiabel wären. Genau dies jedoch hat Uwe Lahl im Sinn, als er die NanoKommission gründet. Der ehemalige Abteilungsleiter im BMU schreibt in einem Artikel von 2006, dass »ein Leitfaden zur guten fachlichen Praxis (...) eine staatliche Regulierung ersetzen [könnte]« (Lahl 2006, S. 50).

5.4.2 ISO-Technical Committee 229

Die TC 229 gründete im Jahr 2005 die ISO auf Initiative des British Standards Institute (BSI)¹⁶, Dem Ausschuss gehörten Vertreter von Normungs- und Standardisierungsorganisationen aus 34 Staaten an. Weitere zehn Staaten verfügen über einen Beobachtungsstatus (ISO 2014). Neben der Definition von Nanomaterialien (als die bekannteste von der TC 229 herausgegebene Norm) hat die Kommission mittlerweile (Stand: Dezember 2014) 42 Standards publiziert und arbeitet an der Entwicklung weiterer (ISO 2014). Die Standards befassen sich mit Begriffssprache, Kategorisierung von Nanoobjekten, Ansätzen zu deren Charakterisierung, toxikologischen Methoden der Risikobewertung und mit Arbeitsschutz. Wie im Fall der NanoKommission finden sich bei der ISO-Kommission in Interview- und Dokumentenpassagen Hinweise auf die Wirksamkeit der oben beschriebenen Einflussmechanismen.

Einflussmechanismen	ISO TC 229	Einschlägige Zitate
Gültigkeit durch Wiederholung	Definition von Nanomaterialien als Paradebeispiel	»Nanomaterials are understood to be either so-called nano-objects or nanostructured materials according to the draft definition of the ISO Technical Committee 229 ›Nanotechnologies‹ which was taken over as working definition by the OECD« (DECHEMA/VCI 2007, S. 44 f.).
Aufmerksamkeit durch Anschluss an Recht	ISO als bestes vorhandenes wissenschaftlich-technisches Wissen	»Und dann gibt es noch einen [...] Punkt, wo sich ISO [einbringt]: die wollen auch, [...] Tätigkeiten normen, nach dem Motto ›Wie gehe ich am Arbeitsplatz damit um und so weiter‹. Das ist aber nach unserer Auffassung nicht für Europa geeignet und sinnvoll, weil solche Sachen wie Arbeitsplatz-tätigkeit und Grenzwert am Arbeitsplatz werden hier hoheitlich festgelegt.« (Industrievertreter I)
Einfluss von Wissen auf Wissen	ISO-Standards als Vorgaben für Testlabore (Zusammenhang mit Recht)	»Also wenn ein Labor nicht nach ISO 9000 akkreditiert ist, dann darf es gar nicht für andere Unternehmen die und die Tests durchführen.« (Toxikologe 1)
Verantwortung durch Dialog	Dialog als basale Voraussetzung für die Arbeit der ISO	Beteiligt sind an den Kommissionen der ISO neben Vertretern aus den jeweiligen Normungsinstitutionen (z.B. DIN) »others with relevant knowledge, such as representatives of government agencies, testing laboratories, consumer associations and academia, and by international governmental and nongovernmental organizations«. Weiter heißt es: »ISO International Standard represents a global consensus on the state of the art in the subject of that standard« (ISO Central Secretariat 2012).

Tabelle 3: Einflusskonstruktion für die ISO TC 229 und ihre Beschlüsse (Darstellung nach Pfersdorf 2015)

16 Dabei handelt es sich um eine Organisation, die in ihrer Funktion vergleichbar ist mit dem Deutschen Institut für Normung (DIN).

Die angeführten Textstellen verdeutlichen, wie den Beschlüssen der TC 299 Einfluss zugeschrieben werden. Indem die ISO schon seit Jahrzehnten technische Normen aufstellt, die angewendet werden, kommt ihr eine bedeutende soziale Autorität zu. Auch wenn die Definition von Nanomaterialien wissenschaftlich nicht ausgereift ist, folgt man ihr dennoch, eben weil man der ISO ›schon immer‹ gefolgt ist. Zugleich zeigt sich, dass ISO mit ihren Festlegungen rechtlich relevante Äußerungen macht, die als globale Normsätze mit hoheitlichen Festlegungen um Einfluss konkurrieren könnten. Im Hinblick auf wissenschaftliche Testlabore ist offensichtlich, dass Definitionen der ISO Bindungswirkung für deren Arbeit entfalten, da diese sonst gar nicht erst beauftragt werden würden. Aufgrund der sozialen Autorität rechnen demnach Akteure im Diskurs damit, dass ISO-Standards auch die wissenschaftliche Arbeit beeinflussen müssen – obgleich es sich dabei im Grunde um die Bereitstellung von Lösungen für ökonomische Probleme handelt. Letztlich zeigt das Zitat des ISO Sekretariats auch, dass der Wirkungsanspruch der ISO auf einem globalen Konsens unterschiedlicher Akteure beruht: Wer also ISO-Normen unterläuft, besetzt weltweit eine Außenseiterposition.

6 Fazit: Diskursive und dispositive Wissenspolitik

Die vorausgehenden Darstellungen konzentrieren sich auf die Rekonstruktion der diskursiven Konstruktion von gesellschaftlichem Wissen zum Umgang mit Nanotechnologie in Forschung und Anwendung. Verschiedene Themen im Diskurs erzeugen von Beginn an Verständlichkeit über die inhaltlichen Hintergründe von Nanotechnologie oder Nanomaterialien. Sie bieten Kommunikationsanlässe für Sprecher, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeiten verschiedenen Praxisfeldern zugerechnet sind. Diese verfolgen eigene Strategien bei der Konstruktion von gesellschaftsrelevanten Problemen im Umgang mit Nano, deren Lösung sie selbst zum Teil mit einbringen. Nur aufgrund diskursiver Voraussetzungen, die hier als Phasen und Regelungsstrukturen beschrieben sind, setzen sich derartige akteursspezifische Ansätze zur gesellschaftlichen Problemkonstruktion durch, sodass Bestandteile einzelner Äußerungen zu Aussagen werden können.

Der Umgang mit Nanotechnologie konkretisiert sich im Verlauf des Diskurses, sobald in Phase 1 ein ›Grundhaushalt‹ an Problemen gebildet ist, für die in den folgenden zwei Phasen Lösungsansätze entstehen und zum Tragen kommen. Als wiederkehrende und strukturierende Voraussetzungen, die seine soziale Ordnung sicherstellen, dienen aus analytischer Sicht jene Bedingungen, die als Deutungsmuster, Klassifikationen, Regeln, Dynamiken und Mechanismen benannt sind. Sie bestimmen einerseits den Rahmen für die fortlaufende Problemkonstruktion, und andererseits ermöglichen sie die diskursive Entwicklung von Lösungen. Den inhaltlichen Bezugspunkt stellt der Umgang mit der wissenschaftlichen Produktion von Wissen über Nanotechnologie sowie deren Anwendung dar, welcher als *Wissenspolitik* der Nanotechnologie verstanden wird.

Der diskursanalytische Zuschnitt erlaubt es zu verstehen, wie Themen entstehen, dabei Probleme hervortreten und Lösungen (Regulierungsmaßnahmen) aufkommen. Zugleich ist damit nachvollziehbar, inwiefern und warum diesen Lösungen (NanoKommis-

sion oder ISO-TC 229), die hier als Dispositive beschrieben sind, Bedeutung zugerechnet wird. Zum einen macht die Diskursanalyse also deutlich, welche Regulationsstrukturen die Stabilisierung von Regulierungswissen über den Umgang mit Nanotechnologie erst ermöglichen. Zum anderen zeigt die Analyse der Dispositive deren Einflussbedingungen abseits rechtlicher und politischer Ansätze. Dementsprechend sind zwei wissenspolitische Varianten zu unterscheiden: eine *diskursive* und eine *dispositive Wissenspolitik*. Die Analyse in Abschnitt 4 verdeutlicht, dass die zweite nicht ohne Verständnis über die erste nachvollziehbar wird.

Hierin liegt ein maßgeblicher Unterschied zu steuerungstheoretische Analysen der Regulierung von Wissenschaft und Technologie. Diese setzen erst bei der dispositiven Seite des Diskurses, also bei dessen (sichtbaren) vergegenständlichten Ergebnissen, an. Dadurch verlieren derartige Forschungsansätze analytische Tiefe und können die Entstehungs- und Durchsetzungsbedingungen von Regulierungsmaßnahmen nur bedingt nachvollziehen. Anders formuliert plädiert dieser Artikel dafür, Wissensregulierung und Regulierungswissen als zwei Seiten derselben Medaille zu betrachten (Reinhardt 2010). Während Wissensregulierung die gesellschaftlichen Praktiken der Regulierung von Wissen umfasst, beschreibt Regulierungswissen Wissensformen, die zur Ermöglichung von Wissensregulierung nötig sind. Beide Perspektiven muss eine Analyse der Regulierung von Wissenschaft und Technologie beinhalten.

Literatur

- Anton, J./Bendisch, B./Bloser, B./Claus, F./Dames, S./Kühr, A.-K./Löchtefeld, S./Peters, I./Schrader, G./Voßbüßer, P./Wolff, M./Zerback, S. (2005): Stakeholder-Dialog Synthetische Nanopartikel. Dokumentation. »Dialog und Bewertung von synthetischen Nanopartikeln in Arbeits- und Umweltbereichen«. www.dialog-nanopartikel.de/Nano_Tagungsdokumentation_72dpi.pdf (Abruf: 31.12.2011).
- Arnall, A. H. (2003): Future Technologies, Today's Choices. Nanotechnology, Artificial Intelligence and Robotics. A technical, political and institutional map of emerging technologies. www.greenpeace.org.uk/MultimediaFiles/Live/FullReport/5886.pdf (Abruf: 31.12.2011).
- Bachmann, G. (1994): Nanotechnologie. Technologieanalyse. Düsseldorf: VDI.
- Bachmann, G. (1998): Innovationsschub aus dem Nanokosmos. Technologieanalyse. Düsseldorf: VDI.
- Bechmann, G. (1993): Ethische Grenzen der Technik oder technische Grenzen der Ethik? In: Geschichte und Gegenwart: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 12(4), S. 213–225.
- Bechmann, G./Stehr, N. (2004): Wissenspolitik – ein neues Forschungs- und Handlungsfeld? Eine Einführung in den Schwerpunkt. In: Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis Theorie und Praxis 13(3), S. 5–14.
- BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (2004): Strategische Neuausrichtung. Nanotechnologie in Deutschland. www.bildung-forschung.de/pub/nanotechnologie_in_deutschland-strategische_neuausrichtung.pdf (Abruf: 31.12.2011).
- BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (2006): Nano-Initiative – Aktionsplan 2010. www.bmbf.de/pub/nano_initiative_aktionsplan_2010.pdf (Abruf: 9. 11. 2014).
- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2011): Verantwortlicher Umgang mit Nanotechnologien. Bericht und Empfehlungen der NanoKommission 2011. www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/nano_schlussbericht_2011_bf.pdf (Abruf 31.12.2011).

- Bora, A. (2009): Innovationsregulierung als Wissensregulierung. In: Eifert, M./Hoffmann-Riem, W. (Hrsg.): Innovationsfördernde Regulierung. Innovation und Recht II. Berlin: Duncker und Humblot, S. 24–43.
- Börzel, T. A. (2006): Was ist Governance? Berlin.
- BUND – Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (2006): Memorandum: Nanotechnologie nachhaltig gestalten. Konzept für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Entwicklung und Anwendung von Nanomaterialien. Evangelische Akademie Iserlohn, 05.-07. Mai 2006. www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/nanotechnologie/20060507_nanotechnologie_memorandum.pdf (Abruf: 31.12.2011).
- Compañó, R./Hullmann, A. (2002): Forecasting the development of nanotechnology with the help of science and technology indicators. In: *Nanotechnology* 13(3), S. 243–247.
- Crandall, W. B. C./Lewis, J. (Hrsg.) (1992): *Nanotechnology. Research and Perspectives. Papers from the First Foresight Conference on Nanotechnology*. Cambridge and London: MIT Press.
- Van den Daele, W./Krohn, W./Weingart, P. (1979): Die politische Steuerung der wissenschaftlichen Entwicklung. In: Van den Daele, W./Krohn, W./Weingart, P. (Hrsg.): *Geplante Forschung. Vergleichende Studien über den Einfluss politischer Programme auf die Wissenschaftsentwicklung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 11–63.
- Dang, Y./Zhang, Y./Fan, L./Chen, H./Roco, M. C. (2010): Trends in worldwide nanotechnology patent applications: 1991 to 2008. In: *Journal of Nanoparticle Research* 12(3) S. 687–706.
- DECHEMA/VCI – Verband der chemischen Industrie (2007): *Environmental Aspects of Nanoparticles – with a priority list for the 7th European R&D Framework Programme and national research programmes*. www.vci.de/Downloads/122304-Environmental%20Aspects%20of%20Nanoparticles_21%20September%202007.pdf (Abruf: 31.12.2011).
- DFG - Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hrsg.) (1971): *Kolloquium über Forschungsplanung*. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag.
- Drexler, E. (1986): *Engines of Creation. The Coming Era of Nanotechnology*. New York: Anchor Books.
- ETC-Group (2002): No Small Matter: Nanotech particles penetrate living cells and accumulate in animal organs. www.etcgroup.org/upload/publication/192/01/comm_nanomat_july02.pdf (Abruf: 31.12.2011).
- ETC-Group (2006): Nanotech Product Recall Underscores Need for Nanotech Moratorium: Is the Magic Gone? www.etcgroup.org/en/node/14 (Abruf: 31.12.2011).
- Feynman, R. P. (1960): There's Plenty of Room at the Bottom. In: *Engineering and Science* 23, H. 5, S. 22–36.
- Hett, A. (2005): *Nanotechnologie. Kleine Teile – große Zukunft*. Zürich. www.nanotruck.de/fileadmin/user_upload/Berichte%20und%20Druckschriften/Literaturliste/_SwissRe_Nanorisk_2005.pdf (Abruf 31.12.2011).
- Hintermann, H. E. (2000): Einleitung. In: *Nationales Forschungsprogramm. Nanowissenschaften. Abschliessende Zusammenfassung 1996-2000*.
- Huang, Z./Chen, H./Chen, Z.-K./Roco, M. C. (2004): International nanotechnology development in 2003: Country, institution, and technology field analysis based on USPTO patent database. In: *Journal of Nanoparticle Research* 6(4), S. 325–354.
- Huang, Z./Chen, H./Yan, L./Roco, M. C. (2005): Longitudinal Nanotechnology Development (1991–2002): National Science Foundation Funding and its Impact on Patents. In: *Journal of Nanoparticle Research* 7(4-5), S. 343–376.
- ISO (2005): ISO/TC 229 – Nanotechnologies. www.iso.org/iso/home/store/catalogue_tc/catalogue_tc_browse.htm?commid=381983&development=on (Abruf: 12.1.2014).
- ISO Central Secretariat: ISO Standards: What's the bottom line? .
- Kearnes, M./Rip, A. (2009): The Emerging Governance Landscape of Nanotechnology. In: Gammel, S./Lösch, A./Nordmann, A. (Hrsg.): *Jenseits von Regulierung: zum politischen Umgang mit der Nanotechnologie*. Heidelberg: AKA, S. 97–120.

- Keller, R. (2007): Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* 8(2), S. 1–32. online: www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view-File/243/538 (Abruf 17.12.2014).
- Keller, R. (2008): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS.
- Keller, R. (2011): The Sociology of Knowledge Approach to Discourse (SKAD). In: *Human Studies* 34(1), S. 43–65.
- Krauch, H. (1970): *Prioritäten in der Forschungspolitik*. München: Carl Hanser Verlag.
- Lahl, U. (2006): Innovationsräume mit einem Risikoradar orten. Politische Regulierung I. In: Steinmüller, A./Radloff, J. (Hrsg.): *Nano-Technologie. Aufbruch ins Ungewisse*. München: Oekom, S. 50–52.
- Lauterwasser, C. (2005): Small sizes that matter: Opportunities and Risks of Nanotechnologies. Report in co-operation with the OECD International Future Programme. Allianz AG und OECD. www.oecd.org/dataoecd/32/1/44108334.pdf (Abruf: 31.12.2011).
- Li, X./Lin, Y./Chen, H./Roco, M. C. (2007): Worldwide nanotechnology development: a comparative study of USPTO, EPO, and JPO patents (1976–2004). In: *Journal of Nanoparticle Research* 9(6), S. 977–1002.
- Löchtersfeld, S./Claus, F. (2005): *Synthetische Nanopartikel Abschlussbericht. Umweltforschungsplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit*.
- Loevestam, G./Rauscher, H./Roebben, G./Sokull-Kluettgen, B./Gibson, P./Putaud, J.-P./Stamm, H. (2010): *Considerations on a Definition of Nanomaterial for Regulatory Purposes*. Luxembourg: Publications Office of the European Union. www.ec.europa.eu/dgs/jrc/downloads/jrc_reference_report_201007_nanomaterials.pdf (Abruf: 31.12.2011).
- Lösch, A./Gammel, S./Nordmann, A. (2008): *Observieren - Sondieren - Regulieren. Zur gesellschaftlichen Einbettung nanotechnologischer Entwicklungsprozesse (Bestandsaufnahme und Modellentwurf)*. Schlussbericht. Darmstadt.
- Luhmann, N. (1975): *Macht*. Stuttgart: Enke.
- Malanowski, N. (2001): *Vorstudie für eine Innovations- und Technikanalyse (ITA) zur Nanotechnologie*. www.vditz.de/fileadmin/media/publications/pdf/ITA_Vorstudie_Nano_35.pdf?PHPSESSID_netsh103504=38593192555f711f17b209d391911756 (Abruf: 31.12.2011).
- Malanowski, N./Heimer, T./Luther, W./Werner, M. (2006): *Growth market nanotechnology. An analysis of technology and innovation*. Weinheim: Wiley-VCH.
- Malsch, I. (1997): *Nanotechnology in Europe. Expert's Perceptions and Scientific Relations between Sub-areas*. European Commission - JRC Institute for Prospective Technological Studies. www.ftp.jrc.es/EURdoc/eur17710en.pdf (Abruf: 31.12.2011).
- Mayntz, R. (2005): *Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?* In: Schuppert, G. (Hrsg.): *Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien*. Baden-Baden: Nomos, S. 11–20. <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp04-1/wp04-1.html> (Abruf: 6.11.2013).
- Münchener Rück (2002): *Nanotechnologie – Was kommt auf uns zu?* www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=3&ved=0CCwQFjAC&url=http%3A%2F%2Fdsconsulting.npage.de%2Fget_file.php%3Fid%3D24888112%26vnr%3D993871&ei=KHfFVOO_GcfDOaWpGEA&usg=AFQjCNGwMR5kQ-1bd1szEyma0cDUASm2AA&bvm=bv.79189006,d.ZWU&cad=rja (Abruf: 9.11.2014).
- NanoKom – NanoKommission der deutschen Bundesregierung (2008a): *Abschlussbericht der AG 1 Nanomaterialien - Chancen für Umwelt und Gesundheit. NanoDialog 2006 - 2008*. www.bmubund.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/nanodialog08_ergebnisse_ag1.pdf (Abruf: 7.12.2014).

- NanoKom – NanoKommission der deutschen Bundesregierung (2008b): Verantwortlicher Umgang mit Nanotechnologien. Bericht und Empfehlungen der NanoKommission der deutschen Bundesregierung 2008. www.bmub.bund.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/nano-komm_abschlussbericht_2008.pdf (Abruf: 31.12.2011).
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (2005): Report of the special session of the joint meeting: potential implications of manufactured nanomaterials for the human health and environmental safety. Paris. www.oecd.org/dataoecd/60/5/35406182.pdf (Abruf: 31.12.2011).
- OECD Environment Directorate. Joint meeting of the chemicals committee and the working party on chemicals, pesticides and biotechnology (2006): Current Developments/ Activities on the Safety of Manufactured Nanomaterials. Tour de Table at the 1st Meeting of the Working Party on Manufactured Nanomaterials, ENV/JM/MONO(2006)35.
- Paschen, H./Coenen, C./Fleischer, T./Grünwald, R./Oertel, D./Revermann, C. (2003): TA-Projekt Nanotechnologie. Endbericht. In: Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB), H. 92.
- Pfersdorf, S. (2012): Governing nanotechnology through stakeholder dialogues: The example of the German NanoKommission. In: *International Journal of Emerging Technologies & Society* 10(1), S. 46–60.
- Pfersdorf, S. (2015): Regulierung von Wissenschaft und Technologie als Wissenspolitik? Die diskursive Konstruktion von Regulierungswissen zum Umgang mit Nanotechnologie in Forschung und Anwendung. Dissertationsschrift. Unveröffentlichtes Manuskript. Augsburg.
- Polanyi, M. (1962): The Republic of Science. Its Political and Economic Theory. In: *Minerva* 1(1), S. 54–73.
- Porter, A. L./Youtie, J. (2009): How interdisciplinary is nanotechnology? In: *Journal of Nanoparticle Research* 11(5), S. 1023–1041.
- Rammert, W. (2003): Zwei Paradoxien einer innovationsorientierten Wissenspolitik: Die Verknüpfung heterogenen und die Verwertung impliziten Wissens. In: *Soziale Welt* 54, S. 483–508.
- Reinhardt, C. (2010): Regulierungswissen und Regulierungskonzepte. In: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 33(4), S. 351–364.
- Roco, M. C./Bainbridge, W. S. (2003): Converging Technologies for Improving Human Performance. NSF/DOC-sponsored report. www.wtec.org/ConvergingTechnologies/Report/NBIC_report.pdf (Abruf: 9.11.2014).
- Roco, M. C./Tomellini, R. (2002): 3rd Joint EC-NSF Workshop on Nanotechnology. Nanotechnology Revolutionary Opportunities and Societal Implications. Luxembourg. www.nsf.gov/mps/dmr/lecce_workshop.pdf. (Abruf: 9.11.2014).
- Royal Society (2004): Nanoscience and nanotechnologies: opportunities and uncertainties. www.nano-tec.org.uk/report/Nano%20report%202004%20fin.pdf (Abruf: 31.12.2011).
- Schaper-Rinkel, P. (2006): Governance von Zukunftsversprechen : zur politischen Ökonomie der Nanotechnologie. In: *Prokla: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 36, 145(4), S. 473–496.
- Schimank, U. (2009): Planung - Steuerung - Governance. In: *Die Deutsche Schule* 101, S. 231–239.
- Schummer, J. (2004): Multidisciplinarity, interdisciplinarity, and patterns of research collaboration in nanoscience and nanotechnology. In: *Scientometrics* 59(3), S. 425–465.
- Spiegel-Rösing, I.-S. (1973): Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftssteuerung. Einführung und Material zur Wissenschaftsforschung. Frankfurt am Main: Athenäum-Verlag.
- Stehr, N. (2003): Wissenspolitik. Die Überwachung des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Stehr, N. (2009): The Social and Political Surveillance of Knowledge in Modern Societies. In: Bechmann, G./Gorokhov, V./Stehr, N. (Hrsg.) : *The social integration of science. Institutional and epistemological aspects of the transformation of knowledge in modern society*. Berlin: Edition Sigma, S. 123–145.

- Strübing, J. (2002): Just do it? Zum Konzept der Herstellung und Sicherung von Qualität in grounded theory-basierten Forschungsarbeiten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54(2), S. 318–342.
- Taniguchi, N. (1974): On the Basic Concept of 'Nano-Technology. In: Bulletin of the Japan Society of Precision Engineering, S. 18–23.
- Toumey, C. (2010): Training and disputing the story of nanotechnology. In: Hodge, G. A./Bowman, D./Maynard, A. D. (Hrsg.): International handbook on regulating nanotechnologies. Cheltenham, Northampton: Edward Elgar Publishing, S. 46–59.
- Verband Deutscher Studentenschaften (1960): Abschied vom Elfenbeinturm. Eine vorbereitende Schrift für den VI. Deutschen Studententag, Berlin 4. – 8. April 1960. Bonn.
- Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (2009): Nanotechnologien - neue Herausforderungen für den Verbraucherschutz Positionspapier der Verbraucherzentralen und des Verbraucherzentrale Bundesverbandes. www.vzbv.de/cps/rde/xbcr/vzbv/positionspapier_nanotechnologien_oktober_2009.pdf (Abruf 31.12.2011).
- Wang, L./Notten, A./Surpatean, A. (2013): Interdisciplinarity of nano research fields: a keyword mining approach. In: Scientometrics 94(3), S. 877–892.
- Wehling, P. (2003): Reflexive Wissenspolitik: das Aufbrechen tradierter Wissensordnungen der Moderne. Anmerkungen zu Werner Rammert »Zwei Paradoxien einer innovationsorientierten Wissenspolitik«. In: Soziale Welt 54, S. 509–518.
- Wehling, P. (2007): Wissenspolitik. In: Schützeichel, R. (Hrsg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz: UVK, S. 694–703.
- Weinberg, A. (1964): Criteria for Scientific Choice II: The Two Cultures. In: Minerva 3(1), S. 3–14.
- Weingart, P. (2001): Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

Anschrift:

Dipl.-Pol. Simon-Philipp Pfersdorf
 Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS)
 Postfach 3640
 76021 Karlsruhe
simon.pfersdorf@kit.edu

Reiner Keller / Achim Landwehr / Wolf-Andreas Liebert / Werner Schneider / Jürgen Spitzmüller / Willy Viehöver

Diskurse untersuchen – ein Gespräch zwischen den Disziplinen

Zweiter Teil: Disziplinäre Zugänge

Werner Schneider

Ich habe da noch eine Nachfrage zu dem Gesagten an die Kollegen aus der Linguistik. Wenn ich euch richtig verstanden habe, haben einige von euch folgendes Problem in den Raum gestellt: Der Diskursbegriff sei mittlerweile durchaus etabliert, er wird häufig verwendet. Mitunter sind aber Nutzungen feststellbar, wo von Diskursen oder Diskursanalysen die Rede ist, bei denen man aber nicht unbedingt so glücklich über die Verwendung ist, da es zu einer Entgrenzung des Begriffs kommt. Anschließend habt ihr festgehalten, dass man genauer hinschauen müsste, ob da, wo das Label erscheint, auch tatsächlich Diskursanalyse ›drin ist‹, und das könnte man an der Frage der Methoden festmachen. Das ist mir deshalb aufgefallen, weil ich das in der Soziologie immer andersherum gedacht habe. Wenn ich – zum Beispiel beim Berliner Methodentreffen, wo es um Diskursanalyse geht – wenn ich also die soziologische Diskussion über die Verwendung von »Diskurs« verfolge, dann habe ich das hier noch nie an Methoden(!) festgemacht, sondern immer primär an den theoretischen Bezügen – d.h. an der Präzisierung der Forschungsfragen, an deren begrifflich-konzeptionelle, also diskurstheoretische Begründung und Unterfütterung etc. Insofern war mir jetzt nicht klar, ob ich das hier nur falsch verstanden habe oder ob es tatsächlich eine interessante disziplinäre Differenz wäre. Ist es also eher der Konsens über theoretische Fundamente des Diskursbegriffs oder die Frage der angemessenen Methoden, welche ausschlaggebend ist? Für mich ist es eher eine Frage der theoretischen Verortung, die entscheidet, ob »Diskurs« bloß ein modisches Label ist, das man sich aufklebt, oder ob tatsächlich eine ausgewiesene Diskursperspektive zum Tragen kommt – erst dann, also an zweiter Stelle, geht es für mich um die methodischen Umsetzungsfragen der jeweiligen Forschungsunternehmung. Für die Soziologie würde ich jetzt etwas überspitzt sagen, dass es im Grunde egal ist, welche Methoden zum Einsatz kommen, solange diese für die Diskursanalyse adaptiert werden (was je nach zur Fragestellung passender Methodik dann mehr oder wenig ausführlich, mehr oder weniger bruchlos oder gar ›missbräuchlich‹ zu leisten wäre). Ansonsten gibt es da erstmal keinen Ausschluss.

Jürgen Spitzmüller

Da habe ich mich vielleicht etwas missverständlich ausgedrückt. Was ich sagen wollte, ist Folgendes. In der Linguistik haben wir lange Zeit, über die ersten zehn Jahre, eine intensive Diskussion über Konzepte und Termini geführt. Das hat auch damit zu tun, dass *Diskurs* am Anfang durch die Tradition der *discourse analysis* im Sinne von »Gesprächsanalyse« sehr stark besetzt war (vgl. Ehlich 1994; Brünner/Fiehler/Kindt 1999). Zudem wurde auch Habermas' Diskursbegriff in einzelnen Fachbereichen stark rezipiert. Der Foucault'sche Diskursbegriff kam gewissermaßen als terminologischer Neuling in die Linguistik, in der von Diskurs (in einem anderen Sinn) schon länger die Rede war. Folglich gab es ausufernde Diskussionen zum Diskursbegriff, die auch stark Abgrenzungskämpfe waren. Auch innerhalb der dezidiert Foucault-inspirierten Diskursanalyse selbst gab es solche Kämpfe und es wurde jedenfalls intensiv diskutiert, wie man das Konzept fassen will, als »kritisches« oder als »semantisches« Konzept beispielsweise. Mein Eindruck ist, dass diese Diskussion inzwischen weit fortgeschritten ist, weil wir zahlreiche terminologische Texte haben, auf die wir verweisen können. Mittlerweile ist es für Diskurslinguisten möglich, ohne erst 40 Seiten lang Foucault vorstellen zu müssen, zu schreiben: Ich beziehe mich auf DIE Schule oder auf DIE Autoren und auf JENEN Diskursbegriff. Es ist also relativ leicht, sich theoretisch und terminologisch zu verorten. Ingo Warnke und ich haben mal konstatiert, dass der Diskursbegriff wohl einer der weitest elaborierten und am ausführlichsten diskutierten Konzepte in der Linguistik ist (vgl. Warnke/Spitzmüller 2008, S. 3). Das ist sicher etwas plakativ, aber es ist auch als Gegenposition dazu formuliert, dass sich seit einem Jahrzehnt jeder genötigt fühlt, zunächst einmal ausführlich zu erklären, was ein Diskurs denn überhaupt ist, bevor Diskursanalyse betrieben wird. Neben dieser ausführlichen konzeptionellen Diskussion wurden zwar auch viele methodische Vorschläge gemacht, dabei bleibt meines Erachtens aber vielfach unklar, inwieweit sie mit dem propagierten Diskurskonzept kompatibel sind. Deswegen erscheint mir eine diskurslinguistische Methodologie so wichtig. Diese hat danach zu fragen, ob die Methoden, die uns zur Verfügung stehen, einlösen, was wir als Erkenntnisziel vor dem Hintergrund des Diskurskonzepts formuliert haben. D.h. die Methoden müssen an die Theorie und Epistemologie angebunden sein. Mir scheint manchmal nicht in jedem Fall ersichtlich, ob, wenn z.B. einfach irgendeine textlinguistische Methode im Rahmen von Diskursanalysen gewählt wird, diese dann tatsächlich dazu geeignet ist, kollektives Wissen zu ermitteln. Ob man mit dieser textlinguistischen Methode also auf die Stufe kommen kann, auf die man mit dem Diskursbegriff hin will. Daher muss man darüber diskutieren, was die Zugänge und die Methoden erreichen können und welche Parzellen des Felds, das wir »Diskurs« nennen, sie abdecken. Wir folgen in der Linguistik ja gerne einer azendenten Aufteilung von Einheiten, vom Morphem bis zum Text und darüber hinaus. Wenn wir das auch als Diskurslinguisten tun (ob das sinnvoll ist, ist eine andere Frage), wären die einzelnen Methoden immer vor allem auf bestimmten Ebenen fokussiert, und es ist zu fragen, ob die anderen Ebenen ausreichend berücksichtigt sind. Würde ich beispielsweise nur eine Schlüsselwortanalyse durchführen, müsste ich mich fragen, ob dies ausreicht, um Diskurse zu analysieren, die ja über die lexematische Ebene weit hinausgehen. In diese Richtung gehen meine Überlegungen. Da-

her sage ich: Wir haben ein recht fundiertes theoretisches Konzept, aber wir haben bislang keine richtige methodologische Diskussion gehabt.

Wolf Andreas Liebert

Das würde ich ein wenig anders sehen. Es ist richtig, dass es diese Debatten gab, vor allem Debatten in der Auseinandersetzung mit der kritischen Diskursanalyse. Diese waren teilweise relativ heftig. Aber was noch immer aussteht, ist im Grunde eine Auseinandersetzung mit dem Foucaultschen Diskursbegriff. Ich habe vorhin kurz geschildert, dass sich dieser linguistische Diskursbegriff, der textübergreifend ist, aus der Korpuslinguistik heraus entwickelte. Also wenn du von Busse/Teubert (1994) ausgehst, dann gab es diese lexikographischen Projekte, in denen versucht wurde, das in Bücher zu packen, im Prinzip im Anschluss an Reinhart Koselleck (Brunner/Conze/Koselleck 2004). Darin wurden auch entsprechende Verbindungen gezogen. Darüber hinaus gab es typologische Projekte usw., das ganze Arsenal eben, das dabei entstanden ist. Aber bei den vielen Analysen, die vorgelegt wurden, fanden meiner Ansicht nach – außer bei Dietrich Busse – kaum Auseinandersetzungen mit dem theoretischen Konzept des Foucaultschen Diskursbegriffs statt. Also ich denke, dass der Diskursbegriff, den Foucault in »Die Ordnung des Diskurses« anlegt, nicht auf inhaltliche Diskussionen abzielt. Wenn du aber schaust, was in der Linguistik gemacht wird – und da schließe ich mich selbst ein –, dann sieht das so aus: Erst wird ein inhaltliches Feld abgesteckt, – die Sprache, die deutsche Sprache, Anglizismen, Ozonloch (was ich selber gemacht habe, Liebert 2002). Thematisch wird da also was abgedeckt, dann ein Korpus zusammengestellt, entsprechend diskutiert, welche Methoden diskursgeeignet sind, und anschließend folgt die Analyse, um diesen Diskurs zu beschreiben. Meiner Ansicht nach zielt dieser bei Foucault angelegte Diskursbegriff nicht auf diese inhaltlichen Felder ab – er liegt auf einer anderen Ebene. Hinzu kommt, dass diese Debatten in der Linguistik noch nicht richtig angekommen sind. Es gibt schon wichtige theoretische Fundamente, die es wert wären, sie zu diskutieren, die aber verdeckt werden, da es sehr viele inhaltliche Diskursanalysen gibt. Enorm umfangreiche Bücher, die man in ihrer Vielfalt rezipieren kann. Aber wenn diese genau betrachtet werden, hat jeder Autor einen eigenen Begriff von Diskurs und eine eigene Methodik. Daher bezieht sich meine Kritik nicht darauf, dass man keine einheitliche Methodik findet, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Vielmehr besteht das eigentliche Problem in der mangelnden Auseinandersetzung mit dem Foucaultschen Begriff.

Jürgen Spitzmüller

Ich würde gerne direkt darauf Bezug nehmen. Ich glaube nicht, dass wir Methodenhomogenität brauchen, sondern eine fortlaufende Methodenreflexion. Einiges von dem, was du gesagt hast, ist tatsächlich ein Methodenproblem: Die Tatsache, dass wir thematische Korpora bilden, hat zum Beispiel sehr viel mit den geringen methodischen Ausarbeitungen zu tun. Wir müssen uns klar machen, dass dies eben gerade deshalb so ist, weil diese Methoden auf diese themenfixierten Korpora ausgelegt sind. Dies betrifft teilweise auch die Akteure – ein Aspekt, der von der Diskurssemantik und weniger von der Diskursanalyse übersehen worden ist. Auch müsste man zunächst diskutieren, welche Me-

thoden wir haben, um eine Akteursanalyse linguistisch zu betreiben. Ich glaube, dass das immer zusammenhängt. Daher bin ich überzeugt, dass der Theoriediskurs fortschreiten muss, aber dies in einer Art Wechselwirkung mit einem methodologischen Diskurs. Die Mittel, die wir zur Untersuchung von Diskursen einsetzen, sind sehr oft tradierte linguistische Methoden, vor allem aus der Textlinguistik, Semantik und Pragmatik. Hier bewegen wir uns auf den alten Pfaden fort und das führt eben zu diesem thematisch abgegrenzten Diskurs.

Wolf Andreas Liebert

Ich würde darauf antworten, dass, wenn du sagst, es gehe nicht nur um Methoden, vielmehr auch um ein bestimmtes Forschungsprogramm, also nicht um ein bestimmtes Arsenal von Methoden, sondern um einen methodischen Ansatz, dann würde ich dir recht geben, denn es gibt in der Linguistik zwei Traditionen. Du hast die Gesprächs- bzw. Konversationsanalyse, die sehr ähnlich zu dem ist, was in einigen Teilen der qualitativen oder interpretativen Sozialforschung gemacht wird. Im Prinzip kann man z.B. mit dem *grounded-theory-Ansatz* hervorragende Gesprächsanalysen machen. Man kann auch sehr gute Textanalysen vornehmen. Das ist das, was in der Linguistik unter dem Stichwort der linguistischen Hermeneutik (Biere 1989, Hermanns/Holly 2007, Liebert i.Dr.) diskutiert wird. Nur ist das noch nicht auf den Diskursbereich angewendet worden. Wenn man *das* als Forschungsprogramm versteht, ist dies sicher eine Einheit. Man kann keine Methoden von einem bestimmten Ansatz ablösen, nach dem Motto: Ich hab eine riesige Werkzeugkiste, wie im Baumarkt, und da kann ich mir alles zusammenstellen, auch wenn Foucault diese Metaphorik der Werkzeugkiste selbst benutzt. Es geht um das Gesamtkonzept. Und da gebe ich dir recht, denn oft werden diese textanalytischen oder lexikologischen Denkweisen, Schlüsselwörteranalyse oder ähnliches durchgeführt, was auch alles seine Berechtigung hat, aber eben nicht unbedingt Diskurslinguistik oder Diskurssemantik wäre. Hier entsteht die Frage, in der wir mit der Soziologie zusammenarbeiten könnten. Ich denke schon, dass die *Grounded Theory* als Hermeneutik in dieser Verbindung genau der entscheidende Ansatz wäre, bei dem es nicht um die Methoden im Einzelnen, sondern um ein Forschungsprogramm geht, das dazu diskutiert werden sollte.

Jürgen Spitzmüller

Ja, genau das wollte ich sagen.

Achim Landwehr

Ich möchte jetzt zurück zur Ausgangsfrage der Perspektivierung oder Methode. Ich würde euch unbedingt Recht geben. Es geht um eine Perspektive, die aufgrund bestimmter theoretischer Vorüberlegungen eröffnet wird. Es sind *per se* nicht bestimmte Sets an methodischen Werkzeugen gemeint. Es geht methodisch sicherlich nicht alles, und deshalb finde ich diese Kopplung auch zentral. Man kann nicht sagen, dass in dem Moment, in dem ich die richtige Frage stelle, das methodische Vorgehen egal ist. Ich denke schon, man muss den Zusammenhang thematisieren. Im Vorhinein würde ich dennoch sagen, dass die Perspektivierung dessen, was man mit dem Diskursbegriff erreichen will, zentral

ist. Doch da tauchen für mich häufig Probleme auf insofern, dass sich manche Verwendungen von »Diskursforschung« oder »Diskurstheorie« nicht in diese Perspektivierung einfügen lassen, sondern tatsächlich zu einem modischen »Wortgeklingel« werden, und genau dies halte ich für eher gefährlich. Gerade im Zusammenhang unseres Anliegens hier wäre es deswegen wohl auch für uns an der Zeit, zu bestimmen, was Diskurs ist. Denn wir reden bisher nur um das Thema herum, ohne auf den Punkt zu kommen.

Reiner Keller

Das unterstütze ich natürlich. Ich will aber zunächst noch zwei bis drei Bemerkungen zu dem vorher Gesagten machen. Wir sind uns in Vielem sicherlich einig. Aber wir merken auch hier schon, dass das in anderen Disziplinarkontexten schnell anders gesehen wird. Vielleicht habe ich vorhin auf die Verbindung von Discourse Analysis und Grounded Theory deswegen etwas kopfschüttelnd reagiert, weil das in der Soziologie schon wieder eine andere Konnotation hat. Z.B. würde ich die Discourse Analysis im vorhin erwähnten Sinn in der Soziologie auch als ein Forschungsprogramm begreifen, ebenso wie die Wissenssoziologische Diskursanalyse, aber als ein davon deutlich unterschiedenes Programm, das zumindest in den klassischen Varianten andere Erkenntnisziele verfolgt, auch wenn mittlerweile Adele Clarke (2012) von dort aus eine entschiedene Verknüpfung mit Diskursansätzen vorschlägt und einfordert. Umgekehrt habe ich, von der Diskursforschung her kommend, dafür plädiert, Analysestrategien der Grounded Theory (wie das »theoretical sampling«, die minimale bzw. maximale Kontrastierung, die sequenzanalytisch und abduktiv angelegten Prozesse der Kodierung, die sich von denjenigen der qualitativen Inhaltsanalyse deutlich unterscheiden, oder das zumindest sollten; vgl. Strauss 2007, Keller 2010, Keller 2012a, Keller/Truschkat 2014). Das bedeutet aber nicht, das gesamte Programm »einzukaufen«, das sich ja auf die Untersuchung von Interaktionsprozessen richtete und in jüngerer Zeit mitunter in quantifizierte Kodierungen als Selbstzweck zu münden scheint. In den Vorgehensweisen von Strauss bestehen nach meiner Einschätzung noch hohe Affinitäten zu sequenzanalytisch-hermeneutischen Traditionen der interpretativen Sozialforschung im deutschsprachigen Raum. Das ist mir bei den neueren Arbeiten, die vor allem auf Computersoftware setzen (Corbin/Strauss 2015), nicht mehr so klar.

Aber ich sehe ebenfalls, wie vorhin schon von Euch angedeutet wurde, ein Problem darin, dass im Grunde zu häufig das Label »Diskurs« verwendet wird. In der Soziologie gibt es insgesamt wenige ausgewiesene Positionen für die jeweilige Art der Diskursforschung. Dazu gehören ein paar Varianten von an Foucaults Arbeiten anschließenden Positionen (etwa die Beiträge in Bührmann u.a. 2007), dazu würde ich unter anderem die Wissenssoziologische Diskursanalyse zählen, aber auch die eher inhaltsanalytischen Framingansätze aus der US-Bewegungsforschung (Gerhards 2011), und an den Rändern der Disziplin gibt es ein paar Berührungen mit Sprachwissenschaften (vgl. dazu Diaz-Bone 2010). Doch vieles, was in den 1980er und 1990er Jahren ausprobiert wurde, ist nicht zu eigenständigen Ansätzen ausgearbeitet worden, sicher aus ganz unterschiedlichen Gründen. Aber es gibt beliebige und vor allem viele Medienanalysen aller Art. Zum Beispiel wird die Auswertung diverser Zeitungsberichterstattungen – etwa: drei Zeitungen von

dann bis dann, zur Bundestagswahl – als »analysierter Mediendiskurs« aufgefasst und vorgestellt. Es hängt sicherlich damit zusammen, dass sich oft Magisterarbeiten oder jetzt Masterarbeiten so gut machen lassen und man an das Material leicht herankommt, zumal wenn Geld und Zeit knapp sind. Bei Forschungen in Promotionen wird das etwas ausführlicher, man steigt tiefer ein. Und was hier zum Teil Unmut in der breiteren Disziplin schafft, ist: überall wird von Diskurs geredet, aber es sind oft nur kleine Mikroanalysen von einigen wenigen Aspekten. Und da kommen trotzdem häufig 40 Seiten Theorievorlauf – mit Foucault und allen anderen Bezügen. Einen mir wichtigen Punkt will ich noch festhalten: Es gibt bei Foucault zwei Seiten: Strukturen und Inhalte, und die würde ich gar nicht gegeneinander ausspielen. Aber da kommen wir ja vielleicht noch drauf.

Werner Schneider

Ich stimme dem auch zu, sich nun in einem nächsten Schritt über die *discourse essentials*, also den Begriff zu verständigen. Ich muss dennoch etwas über die Methoden sagen. In der Soziologie, oder vielmehr für mich, ist es zunächst schwierig, bestimmte methodische Praktiken von vornherein als »diskursinkompatibel« auszuschließen, also sowohl in Bezug auf quantitativen Analysen und all das, was im Bereich der qualitativen Methodiken möglich ist. Es ist sicherlich richtig, dass ich nicht einfach ein Methodenlehrbuch zur Hand nehmen kann, mir dann irgendwas daraus aussuche und lediglich eine diskurstheoretische informierte Fragestellung voranstelle, diese Methode dann dazu 1:1 anwende; das ist klar, dass wäre ja auch aberwitzig, da einzelne Methoden bekanntlich immer mit erkenntnistheoretischen Prämissen, wissenschaftstheoretischen Fundierungen und methodologischen Prinzipien verbunden sind. Aber ich habe den Eindruck, dass nach meinem Methodenverständnis keine konkrete methodische Operation *per se* und prinzipiell nicht anwendbar wäre. Genau vor dem Hintergrund, den du, Reiner, aufgemacht hast. In einem ausgewiesenen diskurstheoretischen Zusammenhang mit methodologischen Reflexionen über das Erkenntnisziel und dessen Reichweite, kann dann diese methodische Operation so angepasst oder umgebaut werden, dass man sie ggf. tatsächlich verwenden kann. Ich glaube, dass man an den Methoden nur mehr oder weniger arbeiten muss, um sie für sich fruchtbar zu machen. *Per se* tue ich mich schwer, hinten bei den Methoden in irgendeiner Form die entscheidenden Weichen zu stellen – ich glaube, die werden immer vorne gestellt. Und hinten muss nachjustiert werden. Bei der einen Methodik manchmal mehr, bei der anderen manchmal weniger. *Grounded theory* als Schlagwort ist für mich mittlerweile so eine Katastrophe, weil es dem Begriff noch viel schlimmer ergangen ist als es dem Diskursbegriff jemals ergehen wird, da er für alles und zugleich nichts verwendet wird. Also fast könnte man polemisch sagen, dass immer, wenn man irgendwie glaubt, etwas empirisch zu machen, und nicht sagen will, was man macht, schreibt man *grounded theory* drüber. Also, von daher denke ich tatsächlich: Vorne liegt die entscheidende Baustelle, nämlich die theoretisch-begriffliche Fundierung, und die methodologische Reflexion dazu und alles andere, was als methodische Umsetzungen folgt, sind dann notwendige Passungen.

Jürgen Spitzmüller

Ich denke, dass das alles sehr verzahnt ist. Ich wollte noch etwas zu den von Andreas erwähnten interpretativen Methoden ergänzen, die noch nicht in der Diskurslinguistik verortet sind. Das ist auch ein Resultat der anfänglichen Abgrenzungsprozesse, die wir bereits besprochen haben. Dass viele gesagt haben: Wir machen gerade nicht die Diskursanalyse, die ihr – z.B. die Konversationsanalytiker – macht, das war am Anfang vielleicht nötig, um das neue Forschungsfeld zu profilieren. Aber damit wurde auch einiges verschenkt, weil die Ansätze sich doch auch in mancher Beziehung ähnlich sind. Wenn die Diskurslinguisten die Methoden jener Formen der »Diskursanalyse«, von der sie sich abgrenzen wollten, – etwa interpretative und interaktionale Methoden – und deren Objektbereich – etwa Alltagsinteraktion – auch berücksichtigt hätten, hätte sich die Disziplin vielleicht nicht so entwickelt, dass es irgendwann geheißen hat und bis heute immer noch heißt, Diskursanalyse könne nur geschriebene Texten untersuchen. Da sieht man auch sehr schön, wie verwickelt das alles ist, da fällt sozusagen ein Teil des Gegenstands, aber auch sofort ein Teil von Zugängen weg, mit denen man vielleicht bestimmte Fragestellungen oder bestimmte Praktiken gesehen hätte, mit denen man vermutlich auch die Bedeutung der Akteure viel früher erkannt hätte, als das der Fall ist. Nochmals: Ich glaube, dass die Fachentwicklung immer von einer Wechselwirkung zwischen Theoriediskussion, Wissenschaftspolitik, »claim-staking«, Datenselektion und Agendasetting (Auswahl und Priorisierung der Fragestellungen) ist. Diese Aspekte und Wechselwirkungen muss daher jedes Fach auch fortwährend reflektieren.

Willy Viehöver

Ich habe an der Stelle jetzt nur, weil du, Jürgen, das auch erwähnt hast, eine Frage: Häufiger habe ich über Sprachwissenschaft und insbesondere über linguistische Ansätze gelesen, sie würden so etwas wie das *Akteurskonzept* nicht brauchen – kennen schon, aber nicht benötigen. Du sagst jetzt aber schon mehrfach, dass es gebraucht wird. Meine Frage wäre nun, ob und warum man es in der Diskurslinguistik braucht. Und wenn ja, was wird dann darunter genauer verstanden?

Jürgen Spitzmüller

Ich persönlich denke, man braucht es deswegen, weil es in Diskursen immer ganz fundamental darum geht, dass irgendwelche Positionen, Autoritäten, soziale Hierarchien sowie soziale Positionierungen ausgehandelt werden. Das ist für mein Diskursverständnis ein zentraler Aspekt, genauso wie der damit verbundene Aspekt der Macht, die man unverständlicherweise häufig gerade nicht in den Blick zu nehmen versucht. Wenn man mit dem Machtbegriff nicht glücklich ist, kann man das meinetwegen auch anders nennen, aber der Aspekt der sozialen Stratifizierung ist für Diskurse konstitutiv, das lässt sich einfach nicht ausblenden. Unter Akteuren verstehe ich grundsätzlich diskursiv ausgehandelte Rollen. Wenn ich über Akteursanalyse spreche, werde ich bisweilen gefragt: Müssen wir denn herausfinden, wer die Menschen, die die Texte geschrieben haben, sind und wie diese leben? Um derart überkommene Autorkonzepte geht es natürlich gerade nicht. Wenn unter einem Leserbrief zur *Anglizismendiskussion* jedoch »Prof. Dr. Wolf Andreas

Liebert, Germanistisches Institut« steht, dann positioniert sich ein Akteur mit seinem Namen diskursiv, und das ist diskursanalytisch relevant. Mein Akteursbegriff lässt sich sozialwissenschaftlich vielleicht am ehesten in der Nähe von Interaktionismus und Goffman verorten. Und damit wird natürlich auch die Konversationsanalyse für mich wichtig, weil dort soziale Positionierung und die Aushandlungen von sozialen Rollen sehr ausgiebig diskutiert wurden. Man muss noch sehen, wie man das auf Diskurse applizieren kann, aber in die Richtung geht das. Man hat ja immer mit dem Argument, Foucault selbst habe den »Tod des Subjekts« konstatiert, versucht, Akteure aus der Analyse auszuklammern – eine Fehlinterpretation Foucaults, wie wir wissen. Wolfgang Teubert betont zum Beispiel sehr nachdrücklich, dass nicht von Interesse sei, welche Akteure am Diskurs beteiligt sind (vgl. etwa Teubert 2013). Aber dass im Diskurs Akteure und soziale Positionen konstituiert werden, ist doch evident und nicht zu übersehen.

Wolf-Andreas Liebert

Vielleicht nochmal eine Anmerkung zur Frage, inwiefern in der Linguistik ein Akteurkonzept benötigt wird. In der Linguistik ging man von ursprünglich von einzelnen Sprechern, also von Einzelpersonen aus. Diese standen sozusagen im »luftleeren Raum«, sie hatten ihre konkreten empirischen Situationen und im allgemeineren Gespräch gab es etwa das strukturell abgrenzbare Mikrogespräch usw., z.B. etwa die in einer längeren Situation sprachlicher Interaktion isolierbare Sequenz, wenn ein Chef seine Untergebenen zusammengestaucht hat, und ähnliches. Die darin eingelassen Hierarchie der unterschiedlichen Sprecherpositionierungen war nur dann relevant, wenn sie im Gespräch thematisiert wurde. Ob da eine vorgängige Struktur da war, oder ob Entlassungen drohten, ist nur relevant, wenn es im Gespräch thematisiert wird, ansonsten eben nicht. Das reicht aber nicht, notwendig ist vielmehr, sich auch von der Person zu entfernen hin zu Organisationen und Institutionen, die auftreten können und zwar wiederum repräsentiert durch Rollen und Personen. Das ist im Akteurkonzept schon auch angelegt, denke ich. Das heißt, dass man auch in der Linguistik vom isolierten Sprecherkonzept im erläuterten Sinne weggehen kann und auch so etwas wie Institutionen und Organisationen in die Analyse mit einbeziehen sollte. Ein Umweltbundesamt hat zum Beispiel Schriften, die imitiert werden, Gespräche, Diskussionen, die damit eingeleitet werden, mit Personen in Rollen, die diese repräsentieren. Das ist ein wichtiger Punkt, denke ich, an dem man in der Linguistik vom einfachen Sprecherkonzept weg und zu abstrakteren Konzepten hin kommt.

Willy Viehöver

Ist damit dann ein intentionaler Sprecher gemeint, oder spielt dies keine Rolle?

Wolf-Andreas Liebert

Also die Intentionalität ist ein vertrackter Begriff. Im Sprecherkonzept ist die Intentionalität natürlich angelegt, wenn man von der Sprechakttheorie ausgeht. Dennoch ist dieser Intentionalitätsbegriff schwierig, da ich, wenn ich annehme, dass die Sprecher auch diskursiv konstituiert sind, das Intentionalitätskonzept ebenfalls stark zu hinterfragen habe.

Also zu fragen, ob es denn überhaupt so etwas wie eine ganz persönliche Intentionalität gibt, wenn die Sprecher diskursiv so stark geprägt sind. Aber wie groß da der Spielraum für den Einzelnen ist und wie weit die Autonomie reicht, das, denke ich, ist in der Diskussion. Mein persönlicher Ansatz wäre, dass es so etwas wie Spontaneität gibt, die als kontingentes Element immer wieder in den Diskurs mit eingespeist wird.

Achim Landwehr

Ich finde die von euch angesprochene Diskussion deswegen sehr spannend, weil sich die Situation in den Geschichtswissenschaften praktisch diametral umgekehrt verhält. Da wird das Problem immer gesehen: Erstens wird seltener von Akteuren, meistens von Subjekten gesprochen, und da wird eher problematisiert, dass diese historischen Subjekte hinter den Texten, die diskursiv so wichtig werden, verschwinden. Die Parallelisierung aus unterschiedlichen disziplinären Zugängen wäre daher meines Erachtens nochmal hochinteressant. Aber gerade deswegen halte ich es im Sinne der Nachvollziehbarkeit für wichtig, dass wir erst einmal die Diskursverständnisse klären und zunächst die disziplinären Situationen in den Fächern ausloten, bevor wir auf die schon recht spezifischen methodischen Diskussionen kommen. Da sollte man nochmal einsteigen, weil das, so denke ich, ganz zentral ist und es dann auch wirklich ans Eingemachte geht. Und auch mit der Frage »Wohin soll es weitergehen?«, vor allem auch im Gespräch zwischen den Disziplinen.

Werner Schneider

Ja, aber ich glaube, da sind wir gleich wieder an dem Punkt, wo wir jetzt schon stehen. Ich möchte jetzt nicht vorgreifen und Reiner und Willy können für die Soziologie sofort ergänzen, aber mein Diskursbegriff ist recht schnell definiert: Diskurs ist eine geregelte Aussagepraxis, die, auf die Herstellung, Sicherung oder Veränderung von Wahrheit im Sinne von Geltung beanspruchenden Wissens zielt und somit immer Wissenspolitiken im Sinn von Wahrheitspolitiken betreibt. An diesem Punkt bin ich dann schon wieder beim Akteursbegriff mit all seinen Fragezeichen und bei dem bekannten Foucaultzitat: »Die Wahrheit ist von dieser Welt; in dieser wird sie aufgrund vielfältiger Zwänge produziert, verfügt sie über geregelte Machtwirkungen. Jede Gesellschaft hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit, ihre ›allgemeine Politik‹ der Wahrheit (...) es gibt Mechanismen und Instanzen, die eine Unterscheidung von wahren und falschen Aussagen ermöglichen und den Modus festlegen, in dem die einen oder anderen sanktioniert werden; es gibt einen Status für jene, die darüber zu befinden haben, was wahr ist und was nicht« (Foucault 1978, S. 51). Die damit angelegte analytische Blickrichtung würde ich ganz dick unterstreichen, denn das ist auch für mich immer die Nagelprobe: Die Frage bei den von Reiner erwähnten Abschlussarbeiten, die mit dem Label Diskursanalyse daher kommen und dazu schreiben, »Ich mach mal ein paar Medientexte«, lautet genau deswegen: Von welchem Diskursverständnis wird hier ausgegangen? Und wenn dieses Diskursverständnis nicht in irgendeiner Form einen Aspekt wie Macht oder Herrschaft – z.B. mit Blick auf »Macht/Wissen« – adressiert, dann würde ich sagen: »Mach eine normale Inhaltsanalyse, mach irgendwas zur Mediendiskussion.« Da gibt es jede Menge Möglichkeiten und es

muss eben nicht immer Diskursanalyse sein. Und insofern würde ich auch den vorhin dazu gemachten Punkt bezüglich der Klärung des Diskursverständnisses ausdrücklich betonen, und dann kämen natürlich vor dem Hintergrund dieser recht einfachen Diskurs-Definition mit der geregelten Aussagepraxis die aus meiner Sicht eigentlich spannenden soziologischen Folgefragen. Und da würde ich, um das nur an einem Beispiel deutlich zu machen, den Akteursbegriff, den Subjektbegriff und mindestens noch den Begriff des Individuums als Analysekonzepte in eine Reihe stellen und wenn man so will, auch den Begriff der Person. Dann müsste ich noch sagen, dass man den Akteursbegriff gleichsetzen kann (aber nicht muss) mit dem Begriff des Handelnden. Wenn man aber den Handelnden hat, muss man in der Soziologie sofort ein mehr oder weniger umfangreiches Grundeinmaleins einbeziehen, also sofort so ein Konzept wie hier »der Handelnde«, dort »der Erleidende« anbauen (oder z.B. gleich bis zur Akteur-Netzwerk-Theorie gehen), wenn man es denn so ausdrücken möchte. Also kurzum, das wäre für mich ein Begriffsspektrum, das man erst einmal ausbuchstabieren müsste. Beim Thema Macht und Herrschaft käme zum Beispiel hinzu, dass man diese Ebene in der Diskursanalyse in irgendeiner Form adressiert, die Du (Jürgen Spitzmüller) vorhin mit »soziale Stratifizierungen« benannt hast. Damit ist dann die analytische Aufgabe verbunden, den Diskurs zu befragen, inwieweit er Auskunft über die sozialen Verhältnisse, über die sozialen In-Bezug-Setzungen von Akteuren, Handelnden, Erleidenden, Subjekten, Individuen, von kollektiven Akteuren gibt. Und das ist für mich jetzt im Grunde auf der Basis des recht simplen Diskursverständnisses eine Frage von Struktur und Inhalt, da gebe ich Reiner völlig Recht. Aber dann braucht es für mich als Soziologen den Ausweis bzw. eine Klärung all dieser soziologischen Folgefragen. Ich muss in einer Diskursanalyse nicht alles Mögliche adressieren oder ansteuern, aber ich muss zumindest angeben, in welche Richtung ich analytisch gehen möchte. Im Grundsatz und auf der Basis der Blickrichtung des oben benannten Diskursbegriffs ist es für mich dann unerheblich, ob jemand auf eine Strukturebene oder Subjektebene geht, im Inhaltlichen verbleibt und eher den Deutungen hinterher spürt oder eben versucht, Praktiken zu identifizieren.

Willy Viehöver

Machst du einen Unterschied zwischen geregelter Aussagenpraxis und dem Begriff der Äußerungen?

Werner Schneider:

Ja, ohne jetzt auszuholen und auf die Schnelle gesagt: Äußerungen sind Bestandteile von geregelten Aussagepraktiken.

Wolf-Andreas Liebert

Also ich würde da vielleicht noch zwei Aspekte ergänzen. Insgesamt würde ich das auch so sehen. Es gibt den Regelbegriff und den könnte man jetzt noch einmal diskutieren. Aber vielleicht ist noch ein anderer Aspekt wichtig: Für mich ist ein Diskurs auch eine kohärenzbildende Struktur, die eben so etwas wie Normalität, Natürlichkeit erst herstellt. Dies halte ich für wichtig zu beachten, gerade im Hinblick auf die Untersuchung von All-

tagshandlungen oder allgemein der Alltagswelt. Ein zweiter Punkt wäre, dass der Diskurs auch eine dynamische Komponente hat, und zwar in vielerlei Hinsicht. Dies ist ein bedeutsamer Aspekt, ebenso wie wir eventuell noch das bereits angesprochene Verhältnis zwischen Akteur und Struktur vertiefen könnten. Das ist in der Soziologie ein altes, bekanntes Motiv und ich finde es wichtig, diese Verbindung in der interdisziplinäre Diskursforschung noch einmal zu diskutieren.

Reiner Keller

Ich habe jetzt das Problem, sehr weit ausholen zu müssen, aber das würde den Rahmen hier sprengen – ich probiere es kurz: In der »Wissenssoziologischen Diskursanalyse« (Keller 2011) habe ich versucht, eine ganze Reihe von Begriffen zu definieren oder in Relationen zu setzen. Da kommen neben Akteuren noch Äußerungen, Aussagen, diskursives Ereignis, öffentliche Diskurse, Spezialdiskurse, diskursive Praktiken, Dispositive, Koalitionen, Arenen, in jüngerer Zeit auch Modellsubjekte oder Modellpraktiken usw. hinzu, das kann ich hier nicht alles ausführen. Hinsichtlich des Diskurskonzepts schließe ich mich dir (Werner Schneider) an. Aber ein wichtiger Aspekt war tatsächlich folgender: Ich habe das ja »ein Forschungsprogramm« zur Analyse von Wissensverhältnissen und Wissenspolitiken genannt, das im Übrigen je nach Erkenntnisinteressen und Erkenntnisgegenständen sehr unterschiedlicher Umsetzungen bedarf und keineswegs ein »Modell für alles« propagiert. Was war dafür der Hintergrund? Zum einen: Wenn damals etwas *präsent* war, dann war es eine Foucaultsche Argumentationstradition, die sagte: Subjekte, Akteure...NEIN! Ein Subjekt wird konstituiert, basta. Eine Formulierung, die in meinen Augen immer recht platt war und zwar in der Hinsicht, dass davon ausgegangen wurde, dass das Subjekt diskursiv konstituiert sei und es deswegen keine Handelnden oder keine Akteure gäbe, die etwas tun, sondern: »Foucault hätte dies ja gezeigt«, »deutlich gemacht« usw., daher mache man das nicht so (z.B. Gehring 2012). Ich habe dagegen immer versucht, Foucault soziologisch zu lesen und zu sagen »Na gut, er macht eigentlich nichts anderes wie Emile Durkheim schon 1912 und redet auch wie der von »Denksystemen« (Durkheim 1981), in gewisser Weise«. Also es geht um kollektive Wissensbestände, die sich im Zusammenspiel unterschiedlichster Akteure erzeugen. Und findet man nicht bei Foucault genug Hinweise, dass diese Akteure also existieren? Aber das war in der Soziologie Ende der 1990er Jahre oder in dem geringen Teil, was davon in der Diskursforschung rezipiert wurde, überhaupt nicht präsent. Also von Akteuren zu reden, das war eine ähnliche Situation wie in der Linguistik und bei Jürgen Link (2005) ist das bis heute so: »Diskurse werden nicht ausgehandelt von Akteuren, die setzen sich nicht zusammen«. So ist es ja auch nicht gedacht, aber das ist die Vorstellung, gegen die dann immer argumentiert wird. Und deswegen möchte ich gerne noch etwas ergänzen: vorhin ist Berger/Luckmann (1980) mehrmals erwähnt worden, und für mich ist es nach wie vor wichtig zu betonen, dass es im Grunde ein basales wissenssoziologisches Theorieangebot gibt, das sehr viele Komponenten hat. Es hat die Fragen »Wie wird Sinn im Bewusstsein konstituiert?«, »Wie arbeiten wir sinnhaft als *Bewusstseine*?«, »Wie ist das ganze gedacht als ein soziales Wissen?«, also nicht als ein Subjekt, das außerhalb von Wissensordnungen steht. Das ist überhaupt die Grundlage dafür, Diskurse zu analysieren und zu sagen, ich kann

von Diskursen als Prozessierungen von Wissen, Konfiguration, Formatierung nur sprechen, wenn ich - das ist sozusagen ein Anthropologiegrundanteil - eine bestimmte Vorstellung davon habe, wie menschliches Bewusstsein funktioniert. Und diese Theorie gibt es nicht in der Foucault-Tradition, dazu hat er nichts geschrieben. Das war der eine Grund, auch zu sagen: das ist primär, ohne das gibt es keine Diskurse. Ein zweiter Aspekt, den ich betonen möchte, ist, dass diese Tradition der Wissenssoziologie leider nicht die großformatigeren Fragen nach Diskurs, Macht, Herrschaft usw. aufgegriffen hat. Vielmehr ist diese Tradition eher einseitig in eine Richtung gelaufen, nämlich auf die Alltags- und Mikroebene, oder auch die Ebene des professionellen Handelns und der kleinen Lebenswelten, der konkreten Interaktionen, Sinngebungen und kommunikativen Gattungen. Zweifellos sind das alles interessante Fragen. Die jeweiligen Kontexte und gesellschaftlich ja bedeutsamen Meso- und Makroebenen der Wirklichkeitskonstruktionen durch Organisationen, kollektive Akteure, in spezifischen und öffentlichen Arenen werden dabei jedoch ausgeblendet. Das ist für mich mit dem Begriff der Wissenssoziologischen Diskursanalyse verbunden gewesen: zu sagen, dass wir eine eigene Ausarbeitung benötigen, die die Foucaultschen Ideen mit einbezieht, aber auch diese etwas anders gelagerten Traditionen des Interpretativen Paradigmas einzubinden – neben der Wissenssoziologie insbesondere diejenige des Symbolischen Interaktionismus, die sich mit öffentlichen Debatten und Auseinandersetzungen beschäftigt, die Foucault nicht im Blick hatte. Und das nenne ich in der Zusammenführung Wissenssoziologische Diskursanalyse und verknüpfe damit gleichzeitig bestimmte methodologische und methodische Reflexionen. Zu sagen: es ist Interpretation, davon würde ich nicht abgehen. Und natürlich wird da häufig dagegen gehalten, Foucault sei »jenseits« der Interpretation oder Hermeneutik bzw. lehne diese ab (Keller 2012b). Betrachtet man jedoch genauer, welches Verständnis von Hermeneutik oder Interpretation dabei gemeint ist, muss man das relativieren.

Dann kommt ein nächster Punkt: Beispielsweise sind Äußerungen für mich das, was konkret passiert. Das konkrete materiale diskursive Ereignis ist demnach die Äußerung. Die Regeln beziehen sich auf ein Art Generierungsprinzip. Das ist in diesem Diskurs verankert. Das ist Teil dieser umfassenderen Struktur oder Strukturierungsform. Die Aussage ist dagegen der typisierbare Gehalt der einzelnen, verstreuten Äußerungen – so habe ich versucht, das zu bestimmen. Ich würde auch bei Praktiken unterscheiden zwischen diskursiven und nicht diskursiven Praktiken. Für soziologische Fragestellungen, denke ich, braucht man natürlich auch dieses ganze Arsenal von Akteuren und von Ressourcen bzw. Kapitalien, die sie möglicherweise haben. Das heißt also, wie du (Jürgen Spitzmüller) vorhin sagtest, es ist ein Unterschied, ob da Prof. Dr. Liebert unter dem Leserbrief steht, das ist ein symbolisches Kapital. Damit verbunden brauche ich die Akteurkategorie und weitere Kategorien, sonst kann ich nur beispielsweise eine Abfolge von Semantiken oder Strukturierungen von Semantiken beschreiben und mich dann fragen, wie es dazu kommt. Und das funktioniert historisch großformatig vielleicht. Bei Luhmanns funktionalen Differenzierungen z.B. entwickelt sich eine ökonomische Semantik stärker, aber das scheint mir wenig überraschend: die Ausdifferenzierung eines Vokabulars und einer Praxis gehen Hand in Hand (vgl. dazu die entsprechenden Arbeiten, z.B. Luhmann 2010). Zwar sind das durchaus ja konkrete Akteure (Philosophen, Juristen, Händler, Unterneh-

mer, Politiker), sicher auch Akteurinnen, aber wenn es nur um ›the long run‹ geht, ist das aus der zeitlichen Distanz für bestimmte Frageinteressen vielleicht vernachlässigbar. In der Korpuslinguistik liegt das ja etwas anders, weil doch kürzere Zeiträume anvisiert werden. Zwar betont bspw. Wolfgang Teubert (vgl. etwa seine Beiträge in Busse/Teubert 2013), man solle (und er würde) die Akteure ausblenden, alles sei eine Frage der Deskription der Korpus-Entwicklung – aber dann gibt es etwa in seiner Analyse des Europadiskurses (Teubert 2010) am Schluss einen Abschnitt, in dem beschrieben wird, wie es dazu kam, und auf einmal wird auf Akteure (Zeitungsbesitzer, Politikerinnen usw.), auch andere Studien und Disziplinen rekurriert, die besagen: die Briten waren gegen den Beitritt, weil das ihre Interessen berührt und deswegen taucht das Thema so auf, usw. D.h. zunächst sind die Akteure nicht in der Analyse, aber sie kommen dann wie nebenbei im Nachklapp hinein, wenn es um die Interpretation der Ergebnisse geht.

Das Interesse für eine soziologische Diskursanalyse ist – da gibt es auch andere Positionen, aber ich will daran festhalten – zu sagen, dass wir das ganze Arsenal brauchen, was die Soziologie hat. Auch Rollen, Institutionen, Organisationen. Denn, warum sollte man das über Bord werfen und jetzt sagen, Foucault hat das alles überwunden?! So wird das manchmal immer noch präsentiert und das halte ich für Nonsens.

Willy Viehöver

Eine Reaktion wäre jetzt zu sagen, ich unterschreibe im Wesentlichen Werner Schneiders und Reiner Kellers Ausführungen. So habe ich es meistens auch belassen. Hier will ich aber nun auf einige allgemeinere Probleme hinweisen. Ich habe aber vorhin schon angedeutet, dass mich insbesondere diese Sollbruchstelle semantischer bzw. pragmatischer Zugang vermehrt umtreibt. Paul Ricoeur hat beim Versuch, den Diskursbegriff zu präzisieren, unter anderem in Bezug auf Benveniste gesagt, ein Diskurs sei, wenn jemand zu jemandem etwas über etwas in der Welt sagt. Diese »pragmatistische« Position kann bis zu einem bestimmten Punkt kompatibel mit dem sein, was bisher gesagt wurde. Ricoeur betont zudem immer wieder, dass es hier, bezogen auf den Diskurs, immer auch Menschen gibt. Menschen, die einen Körper haben und die etwas in der Welt zur Sprache bringen wollen. Da sehe ich Ansatzpunkte für eine Unterscheidung, die mir wichtig ist. Ricoeur hat durch seine Beschäftigung mit Erzählungen die Definition von narrativen Diskursen aber auch so revidiert, und ich wiederhole das nochmal: Jemand erzählt jemanden etwas über etwas in der Welt. Er hält sich dabei offen, dass es Arten von empirischen Referenten gibt, Erzähler/Autor, Hörer/Leser/Publikum und eben auch Sachverhalte, Vorkommnisse in der Welt. Ich würde versuchen, in genau diese Richtung zu gehen, Welt und Akteure dabei eben nicht aussparend. Und dann interessiert mich mit Blickrichtung auf das, was Hayden White mal die *Bedeutung der Form* genannt hat, inwiefern es narrative Generierungsprinzipien von Diskursen gibt. Und die sind mir insbesondere wichtig, und ich möchte die auch nicht kleingeschrumpft wissen, wie das beispielsweise bei Hubert Knoblauch erkennbar ist – Narration ist da nur irgendeine Gattung unter anderen. Ich sehe das Konzept Erzählung schon sehr viel genereller, nämlich so, dass Narrationen ein Prinzip der Erzeugung von Sinn und Bedeutung überhaupt ist. In anderen Worten, Erzählen ist ein ›way of world making‹, um einen Terminus von Nel-

son Goodman zu beleihen. Ich würde also dann auch in vielerlei Hinsicht in die Richtung gehen, die Reiner Keller eben beschrieben hat.

Aber ein Punkt ist mir jetzt insbesondere bei Achim Landwehr aufgefallen und ich will das nochmal ansprechen, ohne aber den Anspruch auf Klärung zu erheben. Natürlich sind Narrationen selbst auch eine Institution. Man kommt eben sehr schnell auf eine Organisationsebene, institutionelle oder allgemein kulturelle Ebene, wobei es dann z.B. institutionell etablierte Erzählungen gibt (Gründungsmythen etwa der EU der Klimakonvention).

Was mich in letzter Zeit aber auch zunehmend beschäftigt und was Andreas eben auch angesprochen hat, ist das Problem mit den Sprechern. Ricoeur (2005) spricht von dieser ternären Struktur, dass er im Grunde immer auch den Anderen mitdenkt hat, der jemanden anredet oder den er anredet. Man hat dann den Sprecher, der, wenn er etwas sagt oder erzählt, eine bestimmte Intention verfolgt, also bspw. ich, als ein verkörpertes Individuum, das euch meine eigene Position zum Diskursbegriff erklären will. Natürlich passiert dann dabei genau das, was A. Giddens beschreibt, dass ich dabei immer auch Beiträge zur Reproduktion der Sprache usw. leiste oder bestimmte symbolische Codes ›wiederhole‹, ohne dass ich dies bewusst merke oder beabsichtige. Das treibt natürlich auch den Akt des Erzählens immer über eine Mitteilung von Ego an ein mehr oder weniger offenes Publikum hinaus. Wir gehen, wenn wir Diskursanalyse betreiben, sehr oft und sehr stark und natürlich auch vernünftigerweise auf diese institutionelle Ebene ein. Was passiert aber beispielsweise, wenn wir uns mit Körperpolitiken und entsprechenden Wissensordnungen beschäftigen – ich finde bei Foucault den Begriff des Inskribierens, des ›sich Einschreibens‹ sehr unglücklich oder gar unpassend. Weil da ja tatsächlich viel mehr gemacht wird, z. B. in der plastischen Chirurgie, was klar über sprachlich und visuell verfasste Diskurse hinausgeht. Aber natürlich wird das, was gemacht wird wiederum zur Sprache gebracht. Ich sehe es diesbezüglich immer noch so: Wenn ich diese Figur des verkörperten Sprechers aufgreifen darf, also wenn dann jemand zu jemandem irgendetwas über etwas in der Welt und sei es seinen Körper sagt, dass er sich dann schon in den Diskursen selbst als jemand bezeichnet, jemand der auch fähig dazu ist, dies oder jenes zu tun, was über das Sprechen hinausgeht. Also ich würde gerne nochmal drüber diskutieren, ob man diesen Begriff der Intention und der Handlung usw. aufgeben kann oder im Begriff der Praktiken verschwinden lassen kann, wie Herr Reckwitz in der Tendenz, oder aber vielmehr präzisieren muss, was damit wann gemeint ist.

Mir ist darüber hinaus auch noch nicht klar, wie wir uns zu solchen Begriffen wie »Textualismus« und »Mentalismus« usw. verhalten wollen. So wie wir das jetzt gemacht haben, sind die meisten von uns eher im Dunstkreis der Textualisten zu verorten. Ich sehe das jetzt allerdings gar nicht so negativ, wie sollte man da auch vernünftigerweise herauskommen? Wir arbeiten nun mal häufig mit Textmaterialien, wenn auch nicht ausschließlich. Dann lese ich aber doch sehr oft, dass die Texte entweder gesprochene Sprache sind. Oder, wie bei Ricoeur, der zeigt, dass, sobald jemand über etwas geschrieben hat, dieser Text eine Eigendynamik entfaltet, sozusagen ein Eigenleben bekommt. Er wird zu einer Ebene *sui generis*, die vom Autor entkoppelt wird. Dieser oder diese Texte,

die jemand einmal verfasste, werden dann aber wieder von jemand anderem gelesen, angeeignet und möglicherweise weiterinterpretiert.

Bei der im Hier und Jetzt gesprochenen Sprache, im Sprechakt, so wie bei unserer Diskussion jetzt, da kann man immer nachhaken: Erklär mir das mal genauer, was du da gesagt hast, das hab ich dich jetzt nicht genau verstanden. Dann kann man als Sprecher, auf eine Nachfrage hin, viel stärker korrigieren. Diese Möglichkeit habe ich als Autor eines Textes nicht (mehr). Doch die Probleme gehen noch weiter: Wenn ich jetzt über Diskurse rede und mich so einer textualistischen Richtung zurechne, wo höre ich dann auf mit dem Textbegriff zu arbeiten? Ich finde, das kann man jetzt nicht wirklich einfach festlegen. Nehmen wir z.B. die Bilder in Ratgebern zur Schönheitschirurgie, etwa die ›Vorher der Operation/Nach der Operation‹-Bilder, die ihr wahrscheinlich alle kennt. Würdet ihr sie den Texten zurechnen? Liegt nicht auch in solchen Bildern, selbst ohne Subscriptio, ein implizites Versprechen an ein Publikum, welches irgendjemand jemandem macht und das man entschlüsseln kann. Wie kriege ich das dann aber diskursanalytisch in den Begriff? Man muss wohl über das Konzept des geschriebenen Textes hinausgehen. Ich weiß aber selbst noch nicht, wie man das dann methodisch angemessen in Griff kriegen könnte. Da würden doch auch die Sprachwissenschaftler nochmals herausgefordert sein, da einen Beitrag zu leisten.

Jürgen Spitzmüller

Daran wird gearbeitet. Der Textbegriff ist in der Linguistik letztlich ein vager Begriff, aber auch sehr weit gefasst. Er umfasst sprachliche Handlungen, mehr oder weniger sprachlich abgeschlossene Entitäten, Text-Bild-Einheiten und Multimodalität, auch formale Gestaltung. Das Schlagwort ist vor allem Multimodalität. Es ist demnach so, dass nicht nur Schrift eine Rolle spielt, sondern auch alles, was sonst in Texten vorkommt.

Wolf-Andreas Liebert

In der Linguistik verlässt man gerade die enge Ebene des »Textes als Struktur« und betrachtet zunehmend die äußere Form als wichtiges Element für die Analyse. Das kann die Typographie sein, das kann das Bild sein, die konkrete Äußerung einer Person, wie sie sich momentan eben präsentiert. Und das ist zunächst ›ausgebettet‹ worden, weil man gesagt hat: »Ok, mich interessiert jetzt eben semiotisch nur der Inhalt. Ob das jetzt in ›Times Roman‹ oder in ›Gothic‹ geschrieben ist, ist mir eigentlich egal. Ich analysiere die Texte so, wie sie im Korpus sind.« Inzwischen würde man bspw. in einer Bildhermeneutik ergänzen: In welchen Kontext ist dieses Bild, was du da vorher gezeigt hast, überhaupt erschienen und in welcher Materialität? Das wäre ganz wichtig, also ich würde gar nicht mehr nur unter inhaltlichen Aspekten betrachten, sondern das würde eben auch die weitere Materialität und Kontextualität des Bildes einbeziehen: Hängt das jetzt als *Ding* im Rahmen? Wo im Zimmer ist es platziert? Usw. Das wird alles eine Rolle spielen, das heißt, die ganz individuelle, raumzeitlich-materielle Manifestierung von Gegenständen, aber auch von Personen und allgemein auch von Kommunikationsereignissen spielt plötzlich eine wichtige Rolle und das wurde früher ausgeblendet, weil man alles in ein Korpus eingliedert und dann Analysen ›darüber gejagt‹ hat (Liebert/Metten 2007).

Reiner Keller

In der Soziologie findet das ähnlich statt. Also dieser Medienhype, da läuft auch die Frage: wie kann man Bilder analysieren, interpretativ erschließen, wie verhält sich das zum Text, wie ist es eingebunden, welche Wirkung? Vor Jahren auch schon: welche Inszenierung. Symbolpolitik, Politikerkörper – ja solche Themen sind da eigentlich schon verhandelt und werden verhandelt. Also wenn ich deine Frage etwas anders interpretiere, sehe ich eigentlich noch zwei Sachen darin. Das eine ist die Frage, was nach wie vor tatsächlich kaum berücksichtigt wird, bezogen auf die alte Foucaultsche Formulierung: »Diskurs ist eine Praxis«. Also Vorwürfe wie »Mentalismus« und so weiter gibt es ja, man »beschäftigt sich nur mit Texten«. Aber dass das eine Praxis der Welterzeugung, der Stabilisierung oder Strukturierung ist, die man als Praxis untersucht und nicht im Grunde nur als Inhalt oder als Text, das wird vielfach nicht gesehen und wird in den Diskursarbeiten oft nicht deutlich genug hervorgehoben. Zumindest ist das mein Eindruck. Nun hat man das Problem, dass man nicht eine Arbeit über journalistisches Arbeiten machen will. Wenn man eine soziologische Medienanalyse als Diskursanalyse macht, dann interessieren mich nicht die Nachrichtenwerte oder die journalistische Praxis als solche, auch wenn ich wissen sollte, wie das funktioniert. Aber das ist ein relativ schwieriger Punkt: zu denken und zu vermitteln, dass Diskurse Praktiken oder Praxen sind, die man analysiert, und wie man das macht.

Der zweite Punkt, den ich aufgreifen will, ist, bezogen auf Paul Ricœur, die Sache mit dem Adressaten. Es ist immer schwierig, genau nachzuvollziehen, was der Diskursbegriff im Französischen meint, der schillert ja je nach Gebrauch eben zwischen ganz verschiedenen Dingen. Da kann Diskurs neben dem wissenschaftlichen Begriffsgebrauch als Bezeichnung von Debatten, Positionen oder schriftlichen Abhandlungen und ebenso auch für jede Form von öffentlicher mündlicher Rede, also für Tischansprachen, einen Vortrag usw. verwendet werden, was wir vielleicht nicht alle so tun. Also der angesprochene Adressatenbezug ist mir deswegen in seiner Bedeutung jetzt gar nicht so klar geworden. Ein dritter Punkt betrifft die von Willy aufgeworfene Frage nach den Körpern. Gerade die Frage nach Machteffekten oder der Wirkung von Diskursen ist auch für mich eines der Grundprobleme der Diskursforschung. Ich kann mich natürlich, wenn ich einen Diskurs sozialwissenschaftlich analysiere, auf den Diskurs beziehen, auf die Wissensproduktion, auf verschiedene Mechanismen. Ich kann das auf unterschiedlichen Ebenen machen. Und dann kommt oft der Vorwurf: »Ja, aber du beschreibst ja nur, wie die Reden, aber gar nicht was sie wirklich tun«. Wir alle wissen ja um die häufige Differenz zwischen Reden und Tun, und das verstärkt sich in der Frage, welche Effekte das alles hat. Und kann oder muss in diesen und anderen Fällen die Diskursforschung auf diese Effekte, auf diese Folgen hinweisen? Ich glaube, sie muss gerade diese Schnittstellen mitnehmen und sie zum Thema machen, sonst besteht immer die Gefahr zu sagen: Ja, ihr habt jetzt da untersucht, wie die da fünf Monate reden und wir untersuchen, was tatsächlich die Sache ist. Es sollte wohl darum gehen, diesen Gegensatz aufzubrechen, und das versuche ich mit einem Dispositivbegriff, der in meiner Lesart enger an Foucault anschließt, zumindest anders ansetzt als derjenige von Werner. Das betrifft bspw. eben genau die Frage: »Was ist mit Körpern?« Also mit denen die sich angespro-

chen fühlen, die sich umschneiden lassen – wie kann man das als einen Diskurseffekt rekonstruieren?

Jürgen Spitzmüller

Das ist halt ein notorisches Problem: Wie bekommt man Wirkung zu fassen? Die Sprechakttheorie hat das nicht hingekriegt und die Rezeptionsforschung bislang ebenso wenig.

Wolf Andreas Liebert

Aber in der Soziologie habt ihr doch die Konzepte von Chris Argyris, der hat das ja genau ausgearbeitet: »theory espoused« and »theory in use«. Das meint, dass es eine Sache ist, was Leute sagen, wenn du sie fragst, wonach sie leben, nach welchen Prinzipien, also die theory espoused. Doch es ist eine ganz andere Sache, wonach sie tatsächlich leben, wenn man sie in ihrem Tun beobachtet, was also ihre »theory in use« darstellt. Da gibt es schon eine recht ausgefeilte Tradition. Reinhold Schmitt (2011) hat das in Bezug auf die Schulforschung die »De-facto-Didaktik« genannt.

Reiner Keller

Ja, es gibt da schon eine starke Diskussion. Zum Teil sogar verfeindete Lager. Oder sagen wir mal: kontrastierende Lager. Wo die einen argumentieren: schaut euch ethnomethodologisch genau an, was die Leute machen, beobachtet »natürliche Daten«, dann habt ihr die Realität. Das andere, also die Interviewauskunft, interessiert eigentlich gar nicht. Man fragt nicht: »Warum hast du die und die Person geheiratet?«, oder: »Erzähl mir mal dein Leben«. Entweder man kann es beobachten oder nicht. Das wäre sozusagen diese Ebene von »theory in use«, der praktische Vollzug und dessen genaue Beschreibung. Die enthält sich aber häufig aller Aussagen darüber, wie der Vollzug zustande kommt, welche Rolle Kontexte spielen usw., so wie es vorhin schon erwähnt wurde. Die Frage: »Warum reden die an der Uni so?« wird weggelassen: Man analysiert, wie sie reden, und fertig.

Jürgen Spitzmüller

Ich würde gerne zur Frage unseres jeweiligen Diskursverständnisses zurückkommen. Ich bin sicher auch stark wissenssoziologisch geprägt, aber es kommt auch das dazu, was Reiner gerade gesagt hat. Ich würde Diskurs verstehen als kontingenzreduzierendes, sozial sinnstiftendes und handlungsleitendes Wissen, aber als solches, das sich in Handlung und Praktiken manifestiert. Als Linguist interessiere ich mich dabei vor allem für kommunikative Handlungen oder Sprachhandlungen. Da kommt die Semantik mit hinein, also die Verhandlung sozialer Bedeutungen. Deswegen verstehe ich Diskurs als Prozess, als fortschreitendes Verhandeln sozialer Bedeutung, das wäre der semantische Zugang. Dabei ist die Frage wichtiger, wie die Leute sich darstellen, als die, was sie »wirklich« sind. Warum stellen sie sich in einer bestimmten Art und Weise dar? Weil mit bestimmten sozialen Bedeutungen bestimmte Handlungsformen assoziiert werden. Wichtig ist außerdem die Annahme, dass es Routinen gibt, die sozial-historisch verortet und in Form von musterhaften, routinehaften, sprachlichen bzw. kommunikativen Handlungen erkennbar sind. Nur darum ist es ja überhaupt sinnvoll, vom Einzeltext weg auf größere Text-

mengen zu gehen, eben damit man solche Muster erkennen kann, aus denen wir Handlungsrouninen ableiten können. Ich glaube auch, dass man durch Mikroanalysen, über ethnomethodologische und ethnographische Verfahren ein Korrektiv schaffen kann im Hinblick auf das, was nicht über quantifizierbare Musteranalysen erschließbar ist. Trotzdem sind die Musteranalysen sehr wichtig; sie sind für uns Linguisten der sicherste Weg, um Rückschlüsse auf das zu ziehen, was wir sozial relevantes Handeln nennen können. Aber es geht meines Erachtens nicht um Muster oder Struktur versus Handlung. Ich halte es nicht für sinnvoll, zu sagen, »der Diskurs liegt hinter dem Sprechen«. Ich würde sagen, der Diskurs ist im Sprechen, in der Performanz, als handlungsleitendes Element.

Willy Viehöver

Das wäre jetzt genau das, was ich eben gefragt habe. Geht es um die Öffnung für eine pragmatische Perspektive, wenn hier der Begriff der Performanz fällt?

Jürgen Spitzmüller

Performanz ist für Linguisten ein (weiterer) schwieriger Begriff, weil daran ganze Forschungstraditionen hängen – etwa Chomsky, Hymes und aktuell die ganze neuere Performativitätsdiskussion. Dieses Fass will ich jetzt nicht auch noch aufmachen. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass es wichtig ist, Handlungen stärker in den Blick zu nehmen, als das in der Diskurslinguistik lange der Fall war. Auf die Frage des Textualismus zurückkommend würde ich sagen, dass die Diskurslinguistik zunächst für *sprachliche* Handlungen kompetent ist. Inzwischen hat die Diskurslinguistik ihren Fokus erweitert und berücksichtigt ja auch zunehmend kommunikatives interaktives Handeln im weiteren Sinn. Sobald aber der tradierte Kompetenzbereich des sprachlichen Handelns verlassen wird, wird es für die Linguisten aber immer schwieriger, fundiert und sauber zu arbeiten. Ähnlich ist es bei Bildern. Das Zusammenwirken von Schrift und Bildern in Texten ist zweifellos ein sehr wichtiges Thema, aber die linguistische Diskussion steht in diesem Bereich noch in den Anfängen; wir sind im Umgang mit Text-Bildern daher noch nicht so sicher wie wir es zu sein glauben, wenn wir es mit sprachlichem Handeln im engeren Sinn, oder mit reinen Schrifttexten, zu tun haben. Trotzdem oder gerade deswegen ist es wichtig, sich damit zu befassen, weil Kommunikation nicht nur in einen Kanal nutzt, sondern mehrere, die daher auch alle zu berücksichtigen sind.

Wolf-Andreas Liebert

Gerade die Frage nach dem Bild ist ein ganz gutes Beispiel. Es gibt es eine jahrhundertelange Tradition von Kunstgeschichtlern, die eine Hermeneutik der Bildinterpretation entwickelt haben, aber die nimmt in der Linguistik momentan noch niemand zur Kenntnis. Man versucht immer neu anzufangen. Das ist auch der Punkt, dieser seltsame Mechanismus, den ihre alle schon beschrieben habt, dass es eine Selbstabschottung gibt. Man erfindet das für sich selbst noch mal neu, obwohl da eine jahrhundertalte Praxis vorhanden ist. Das ist schon ein Phänomen.

Willy Viehöver

Uns ist es ja auch so ergangen, als wir mit dem Arbeitskreis angefangen haben. Reiner hatte das schon erwähnt, in Deutschland wurde damals wenig darüber diskutiert, aber in Frankreich ist über Foucault schon 20 bis 25 Jahre vorher diskutiert worden. Es ist die Ungleichzeitigkeit, die die Forschung in Nationen oder Disziplinen charakterisiert. Man arbeitet an Problemen, aber viele andere Dinge bleiben halt liegen oder unberücksichtigt. Ich sehe jetzt doch, dass fast alle mal nachgefragt haben und in gleiche oder ähnliche Randbereiche vorstoßen. Man müsste aber ehrlich einräumen, dass die in anderen Bereichen arbeitenden dann mitunter schon viel weiter sind. Man denkt vielleicht persönlich, man hätte eine Forschungslücke gefunden, in Wirklichkeit aber tendiert man zur Neuerung.

Wolf-Andreas Liebert

Das ist beim Diskurs bei manchen Arbeiten auch der Fall - da fängt jemand wieder von vorne an als wenn es noch nie eine Diskussion vorher gegeben hätte.

Jürgen Spitzmüller

Und das ist ja auch wieder eine methodologische Frage. Ich will da nicht ständig drauf zurückkommen, aber sich zu überlegen, etwa bezüglich der Bildinterpretation: Gibt es da nicht einen Ansatz irgendwo, der mir hilft, das in den Griff zu bekommen? Ich kann es ja dann trotzdem anders machen, wenn ich sage, OK, ich kenne die Ikonographie, und ich finde, das ist eben nicht brauchbar für mich, aber soweit muss man erst mal kommen. Wenn man aber, wie das Andreas beschrieben hat, statt dessen gleich loslegt und das Rad neu erfindet, bringt das der Disziplin nicht zu Unrecht den Vorwurf des Dilettantismus ein: »So wie ihr das macht, kann ich das auch – dazu muss man kein Linguist sein«. Ich finde es wichtig, dass wir uns da so festigen, dass wir dann auch sagen können, nein, das kannst du eben nicht! Jedenfalls nicht ohne weiteres.

Wolf-Andreas Liebert

Eine ketzerische Frage wäre dann: Was bringen eigentlich Diskursanalysen? Auch dafür müssen wir eine Antwort haben.

Willy Viehöver

Du kannst die Frage ja gerne festhalten. Noch einen Punkt, den ich gerade bemerkt habe. Du hast von Praktiken geredet. Das ist schön und gut, es fällt aber auf, dass fast alle in dieser Runde aber mindestens einmal das Wort »Handlung« benutzt haben. Wir scheinen also auch nicht komplett ohne den Begriff der »Handlung« auszukommen, insbesondere dann, wenn wir auch noch die Begriffe »Akteur« und »kollektives Handeln« im Munde führen. Aber ungeklärt ist, wie das Verhältnis zwischen Praxis und Handlung genauer aussieht und was Handlung ist.

Werner Schneider

Ich würde mindestens vier Begriffe nehmen: Handlung und Interaktion, das ist für uns in der Soziologie ein eingeführtes Begriffspaar. Und dann würde ich auf jeden Fall nochmal unterscheiden zwischen Praktiken und Praxis. Ich mache das selbst auch nicht immer, aber ich versuche, mich da zu disziplinieren. Ich versuche mir immer deutlich zu machen, dass beide Begriffe nicht synonym verwendet werden sollten. Praktiken und Praxis müsste man theoretisch nochmal unterscheiden.

Darf ich hier noch kurz anschließen. Ich nehme einen Konsens oder Pseudokonsens wahr, dass es ein Spezifikum von Diskursanalyse sein sollte, die Analyse selbst auf eine Praxisebene zu beziehen. Sprachlich, kommunikativ, wir würden sagen, es muss auch mehr sein, auch andere Praktiken, nicht-sprachlich, nicht-kommunikativ usw. Immer der Bezug auf Praxis. Wir sollten über den Punkt nochmal reden, der bei euch vorhin angeführt wurde: Theorie über etwas, und Theorie in situ, oder wie man sich das auch vorstellen mag. Mir ist jetzt auch noch mal eingefallen, vor dem Hintergrund dieser Debatte, wie du, Jürgen, drauf hingedeutet hast, was ich überzeugend finde, es ist nicht ein Diskurs der hinter der Praxis steht, sondern »der Diskurs« prozessiert sich im Tun. Das hast du auch formuliert mit dem Begriff des »Darstellens«. Es gibt diese Differenz gar nicht zwischen einem Sich-Darstellen und dem, was man wirklich ist. Das kann man bei Goffman ja sehr schön nachlesen. Man würde diskurstheoretisch reformulieren müssen, was die diskursiven Praktiken und Regeln sind, die zum Beispiel einer angebbaren Gruppe gegenüber etwas so präsentieren, dass diese Gruppe glaubt, sich wirklich darstellen zu müssen bzw. die Gruppenmitglieder dazu aufruft sich als »bestimmte Selbste« zu präsentieren.

Jürgen Spitzmüller

Also ich habe gerade erst ein schönes Buch gelesen. Da schreibt der Soziolinguist Nikolas Coupland sehr treffend, dass Authentizität kein Zustand ist, sondern soziale Bedeutung (vgl. Coupland 2007, S. 26).

Werner Schneider

Genau! Dieser Authentizitätsbegriff, wie er heutzutage als Gegenbegriff zum Sozialen verwendet wird, ist eigentlich schon selbst ein Phänomen, und diskurstheoretisch betrachtet kann man das auch nur so formulieren. Deswegen glaube ich auch, dass man die Frage nach dem Subjektbegriff in der Diskursanalyse nochmals stellen muss. Denn ich glaube, dass so wie du es vorhin dargestellt hast, man hier nochmals nachfragen müsste, weil ich es nicht derart formulieren würde. Ich würde sagen, dass diese Subjektproblematik aus meiner Sicht immer dann eine Problematik im Kontext von Diskurs ist, wenn ich tatsächlich – gleichsam »vordiskursiv-phänomenologisch« ein Subjekt auf den Tisch stelle. Wenn ich Berger und Luckmann nehme, und nur das was da drin steht, radikal auf den Punkt bringe, dann meine ich – du, Reiner, hast eben darauf hingewiesen, dass immer so platt formuliert wird, dass das Subjekt nur ein Effekt von Diskursen sei – man kann es gar nicht anders formulieren, als dass das Subjekt nichts anderes sein kann als der Effekt von Diskursen (z.B. auch und gerade in seinen Widerständigkeit etc.)! Was genau nicht(!) heißt, dass ich damit »das Subjekt« als Analysekategorie verschwinden lasse.

Reiner Keller

Ja, eben darum ging es mir!

Werner Schneider

Und ich glaube, das Grundproblem ist tatsächlich, ob ich etwas für das Verständnis der gesellschaftlich konstruierten Wirklichkeit brauche, was ich im Subjekt verorte und als dem Sozialen vorgängig denke. Und wenn ich das so sehe, dann kann ich keinen Diskursbegriff mehr in Anschlag bringen, der Subjekte so fasst wie oben benannt: Subjekte als diskursiv hergestellt. Aber darüber können wir vielleicht nachher nochmal reden. Das führt dann wohl zu all diesen oben schon angesprochenen Folgefragen und Folgeproblemen, wenn man die Begriffe – verstanden als Analysewerkzeuge – in einer bestimmten Art und Weise denkt, die eben mehr oder weniger kompatibel zu den jeweiligen diskurstheoretischen Basisannahmen sind.

Achim Landwehr

Bevor ich mein Diskurscredo loslasse, möchte ich auch nochmal an die Frage nach Authentizität und Subjekt anschließen. Ich finde es ja gerade auch für diskurstheoretisches Arbeiten sehr hilfreich, manche belletristische Autoren zu lesen. Bei Peter Bichsel gibt es so eine nette Kolumne, die fängt damit an: Wenn ich nicht Familienvater bin, wenn ich nicht der Handwerksmeister bin im Betrieb und wenn ich nicht Vereinsmitglied bin und wenn ich nicht der Verwandte und der Bruder und sonst was bin, wer bin ich denn dann, wenn ich das alles abgezogen habe? Und das lässt er dann so stehen, mit Fragezeichen. Er hat das natürlich wesentlich schöner formuliert, aber das sind ganz treffende Formulierungen im Hinblick auf diese Authentizitätsfragen.

Reiner Keller

Das steht fast wörtlich so bei Peter Berger in seiner Einladung zur Soziologie von 1963 (Berger 2011).

Achim Landwehr

Zurück zum Diskurs. Ich glaube, die wichtigsten Aspekte in Bezug auf den Diskursbegriff sind tatsächlich schon gefallen. Trotzdem finde ich es wichtig, noch einmal Verständnis darüber herzustellen, weil es ja ein relativ großes Spektrum an Diskurskonzeptionen gibt. Ich möchte das aus meiner Perspektive nochmal anders formulieren wollen, nämlich mit Blick auf die Frage, die sich damit verbindet: Was will ich eigentlich wissen oder was interessiert mich, wenn ich mich mit Diskurs beschäftige? Welches Problem treibt mich um? Und da sind wir dann – oder ich bin das zumindest – schlicht und ergreifend doch wieder bei Berger-Luckmannschen Wurzeln, wo es dann wieder darum geht, wie Wirklichkeit überhaupt möglich ist. Wie funktioniert das und wieso ist diese *eine* spezifische sozio-kulturelle Wirklichkeit, mit der wir uns hier gerade beschäftigen oder mit der wir uns auseinandersetzen müssen, wieso ist die möglich? Und weitergehend die Frage: Wie kommt sie überhaupt zustande bzw. wieso haben wir es dann ggf. überhaupt mit einer Pluralität von Wirklichkeiten zu tun? Wenn man das als zentrales

Interesse festlegt und Diskurstheorie sowie methodische Ansätze der Diskursforschung nimmt, um diesem Problem nahe zu kommen, dann glaube ich, dass es auch einige Aspekte gibt, die sich gar nicht ausblenden lassen oder einige Aspekte, die für mich zumindest im Rahmen der Diskursforschung nicht mehr verhandelbar sind. »Macht« ist jetzt schon mehrfach gefallen. In der Tat geht es natürlich nicht ohne das grundsätzliche Anerkennen, dass man es im Rahmen solcher diskursiver Prozesse mit sozialen Asymmetrien zu tun hat. Das lässt sich schlicht und ergreifend nicht ausblenden, und das wäre auch für mich ein Punkt, an dem ich sagen würde: Wenn das nicht geht, dann haben wir es auch tatsächlich nicht mehr mit Diskursforschung, Diskursanalyse und so weiter zu tun.

In historischer Perspektive interessiert natürlich dann darüber hinaus auch das, was Foucault interessiert hat: die Diskontinuität von Diskursen. Also wie, wann, warum und durch wen kommt es zu bestimmten Brüchen innerhalb solcher diskursiven Formationen? Wieso ausgerechnet da und an keiner anderen Stelle? Wieso ausgerechnet in der Form – denn auch das ist sicherlich kein Zufall. Genau da gibt es spätestens die Probleme mit Luhmann etc., so interessant solche Makrodiagnosen auch sein können. Da steht dann so groß »Modernisierungstheorie« drauf, dass es schon fast unheimlich wirkt. Also da kann ich auch nicht wirklich mitgehen, weil da der Telos im Prinzip schon alles erklärt. Und genau hier denke ich, dass man das alles erst historisch erklären müsste, diese Veränderungen und Verschiebungen. Diskursforschung ist ohne den Einbezug von Macht, von Akteuren und ohne den Praxisbegriff nicht möglich. Sicher, das wird immer wieder kontrovers diskutiert, diskursive Praxis und nicht-diskursive Praktiken, und wir müssen darauf später zurückkommen. Aber für mich lässt sich das jedenfalls nicht auseinander dividieren. Allein deshalb, weil diese Wirklichkeiten, mit denen wir es da zu tun haben, sozio-kulturell produziert sind, nichts anderes, und nicht natürlich gegeben sind. Wie das auch schon in der Debatte hier ähnlich formuliert wurde: Kohärenzsysteme werden eben hergestellt und sie sind alles andere als selbstverständlich. Diese Kohärenzsysteme und diese Wirklichkeiten sind tatsächlich das, was mich am meisten interessiert und das ist auch schon mal eine wichtige erste Leistung, wenn wir danach fragen: Was bringt Diskursforschung? Diese Perspektive überhaupt erst zu öffnen bzw. allein dafür aufmerksam zu werden, darauf aufmerksam zu machen. Wenn mir das bei Studierenden gelingt, ist schon viel gewonnen! Wenn es bei denen zu einer Denk-Biegung kommt, hat Diskursforschung schon Wichtiges geleistet! Also dafür zu sensibilisieren, die Selbstverständlichkeiten nicht mehr als selbstverständlich hinzunehmen, Kohärenzsysteme als solche wahrzunehmen, und nicht mehr davon auszugehen: Der Mensch ist halt der Mensch, das war schon immer so, das ist eine anthropologische Konstante, natürlich sind wir alle Subjekte, was gibt es daran zu zweifeln? Natürlich bin ich ich etc., also all die Themen, die uns umtreiben, ob Sexualität, Geschlechterunterschiede usw. Also mit den Arbeiten von Thomas Laqueur kann man ja immer schöne Erfolge erzielen, wenn man die frühneuzeitlichen Geschlechtermodelle erläutert, ein, zwei, drei Geschlechter – was, daran haben die wirklich geglaubt?

Jürgen Spitzmüller

Ich schmeiße dann immer eines meiner Lieblingszitate von Foucault an die Wand: Sexualität und Wahrheit 2: »Es gibt im Leben Augenblicke, da die Frage, ob man anders denken kann, als man denkt, und anders wahrnehmen kann, als man sieht, zum Weiterschauen oder Weiterdenken unentbehrlich ist (Foucault [1984] 1995: 15)«. Da geht im Seminarraum immer die Sonne auf.

Literatur

- Argyris, C. (1997): Wissen in Aktion. Eine Fallstudie zur lernenden Organisation. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Berger, P. (2011 [1963]): Einladung zur Soziologie. Konstanz: UVK.
- Berger, P./Luckmann, T. (1980 [1966]): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt am Main: Fischer.
- Brünner, G./Fiehler, R./Kindt, W. (Hrsg.) (1999): Angewandte Diskursforschung. 2 Bde. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Brunner, O./ Conze, W./ Koselleck, R. (Hrsg.) (2004): Geschichtliche Grundbegriffe Bände 1 – 8, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Bühmann, A./Diaz-Bone, R./Gutiérrez-Rodríguez, E./Schneider, W./Kendall, G./Tirado, F. (Hrsg.) (2007): Entwicklungen im Feld der Foucaultschen Diskursanalyse. Forum qualitative Sozialforschung Vol. 8, Nr. 2.
- Busse, D./Teubert, W. (2013): Linguistische Diskursanalyse: Neue Perspektiven. Wiesbaden: VS.
- Clarke, A. (2012): Situationsanalyse. Wiesbaden: VS.
- Corbin, J./Strauss, A. (2015): Basics of Qualitative Research. Techniques and Procedures for Developing Grounded Theory. London: Sage.
- Coupland, N. (2007): Style: Language Variation and Identity. Cambridge: Cambridge University Press.
- Diaz-Bone, R. (2010): Was ist der Beitrag der Diskurslinguistik für die Foucaultsche Diskursanalyse? In: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research [Online Journal], 11 (2), Art. 19. Verfügbar über: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1454/2955>
- Durkheim, E. (1981 [1912]): Die elementaren Formen des religiösen Lebens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ehlich, K. (Hrsg.) (1994): Diskursanalyse in Europa. Frankfurt am Main: Lang.
- Foucault, M. (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve.
- Foucault, M. (1995): Sexualität und Wahrheit, Bd. 2: Der Gebrauch der Lüste. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gehring, P. (2012): Abseits des Akteurs-Subjekts. Selbsttechniken, Ethik als politische Haltung und der Fall der freimütigen Rede. In: Keller, R./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): Diskurs – Macht – Subjekt. Theorie und Empirie der Subjektivierung in der Diskursforschung. Wiesbaden: VS, S. 21–34.
- Gerhards, J. (1992): Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse. In: Journal für Sozialforschung 3/4, 307–318.
- Gerhards, J. (2011): Diskursanalyse als systematische Inhaltsanalyse. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.) (2011): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse Bd. 2: Forschungspraxis. Wiesbaden: VS, S. 333–358.
- Keller, R. (2010): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden: VS
- Keller, R. (2011): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden: VS.
- Keller, R. (2012a): Zur Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse . In: Keller, R./Truschkat, I. (Hrsg.): Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: VS, S. 27–68.

- Keller, R. (2012b): Diskursanalyse vs. (Hermeneutische) Wissenssoziologie? In: Zeitschrift für Theoretische Soziologie, 1. Jg. H.1, S. 95–108.
- Keller, R./Truschkat, I. (2014): Angelus Novus: Über alte und neue Wirklichkeiten der deutschen Universitäten. Sequenzanalyse und Deutungsmusterrekonstruktion in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. In: Angermüller, J./Nonhoff, M./Herschinger, E./Macgilchrist, F./Reisigl, M./Wedl, J./Wrana, D./Ziem, A. (Hrsg.): Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Bd. 2. Bielefeld: transcript, S. 294–328.
- Laqueur, T. (1992): Auf den Leib geschrieben. Die Inszenierung der Geschlechter von der Antike bis Freud. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Liebert, W.-A. (2002): Wissenstransformationen. Handlungssemantische Analysen von Wissenschafts- und Vermittlungstexten. (Studia Linguistica Germanica; 63). Berlin und New York: de Gruyter.
- Liebert, W.-A. (i.Dr.): Kulturbedeutung, Differenz, Katharsis. Kulturwissenschaftliches Forschen und Schreiben als zyklischer Prozess. In: Luth, J./Ptashnyk, S./Vogel, F. (Hrsg.): Linguistische Zugänge zu Konflikten in europäischen Sprachräumen. Korpus – Pragmatik – kontrovers. Heidelberg: Winter.
- Liebert, W.-A./Metten, T. (Hrsg.) (2007): Mit Bildern lügen. Köln: Halem.
- Link, J. (2005): Warum Diskurse nicht von personalen Subjekten ›ausgehandelt‹ werden. Von der Diskurs- zur Interdiskurstheorie. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung. Konstanz: UVK, S. 77–100.
- Luhmann, N. (2010): Gesellschaftsstruktur und Semantik, Band 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schmitt, R. (Hrsg.) (2011): Unterricht ist Interaktion! Analysen zur De-facto-Didaktik. Mannheim: Institut für Deutsche Sprache – amades. (=Arbeitspapiere und Materialien zur deutschen Sprache; 41)
- Strauss, A. (2007): Grundlagen qualitativer Sozialforschung. München: Fink.
- Teubert, W. (2010): ›Provinz eines föderalen Superstaates - regiert von einer nicht gewählten Bürokratie? Schlüsselbegriffe des europakritischen Diskurses in Großbritannien‹. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. Wiesbaden: VS, S. 387–422.
- Teubert, W. (2013): Die Wirklichkeit des Diskurses. In: Busse, D./Teubert, W. (Hrsg.): Linguistische Diskursanalyse: neue Perspektiven. Wiesbaden: VS, S. 55–146.
- Warnke, I./Spitzmüller, J. (2008): Methoden und Methodologie der Diskurslinguistik – Grundlagen und Verfahren einer Sprachwissenschaft jenseits textueller Grenzen. In: Dies. (Hrsg.): Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene. Berlin und New York: de Gruyter, S. 3–54.

Angaben zu den Teilnehmern der Diskussion

- Reiner Keller studierte Soziologie an den Universitäten Saarbrücken, Rennes (F) und Bamberg. 1997 wurde er an der TU München promoviert; 2004 an der Universität Augsburg mit der Arbeit zur Wissenssoziologischen Diskursanalyse habilitiert. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie an der Universität Augsburg.
- Achim Landwehr studierte von 1990 bis 1995 Geschichte, Germanistik und Rechtsgeschichte an den Universitäten in Augsburg, Freiburg, Basel und Dublin. 1999 wurde er an der Universität Freiburg im Fach Geschichte promoviert. Seit April 2008 ist er Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- Wolf-Andreas Liebert, von 1981 bis 1988 Studium der Germanistischen Linguistik und der Politischen Wissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. 1991 wurde er an der Universität Heidelberg im Bereich Germanistischer Linguistik mit zweitem Hauptfach Politische Wissenschaft promoviert. Seit 2002 Universitätsprofessor an der Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz.

Werner Schneider studierte Soziologie und Pädagogik an der Ludwig-Maximilians-Universität München. 1993 wurde er am dortigen Institut für Soziologie promoviert; seit 2003/04 Professor für Soziologie unter Berücksichtigung der Sozialkunde an der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg

Jürgen Spitzmüller studierte von 1994 bis 2000 Germanistik und Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. 2004 wurde er an der dortigen philologischen Fakultät promoviert. Von 2003 bis 2007 Assistent am Deutschen Seminar der Universität Zürich. Seit März 2015 Universitätsprofessor für Angewandte Sprachwissenschaft am Institut für Sprachwissenschaft der Universität Wien.

Willy Viehöver ist Dr. (Ph.D.) der Politik- und Gesellschaftswissenschaften; er studierte Soziologie, Psychologie und Pädagogik an der Heinrich-Heine-Universität zu Düsseldorf, promovierte am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz über Klimadiskurse und ist seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Augsburg.

Review

Bildinterpretation als sinfonischer Diskurs

Rezension zu Michael Kauppert/
Irene Leser (Hrsg.): *Hillarys Hand*.
Zur politischen Ikonographie der
Gegenwart. transcript, 2014.

In den Sozialwissenschaften haben visuelle Analysen, die sich in eine fast unüberschaubare Anzahl methodischer Ansätze aufsplitten, derzeit hohe Konjunktur (vgl. Margolis/Pauwels 2011; Rose 2012). Innerhalb der deutschsprachigen Wissenssoziologie wurden mit der Methode und Methodologie der »wissenssoziologischen Bildhermeneutik« (Raab 2008) Grundlagen der Analyse von bewegten wie unbewegten Bildern begründet. Sich davon absetzend, aber ebenfalls in der Tradition der Wissenssoziologie, möchte neuerdings eine »Soziologie des visuellen Wissens« über die Bildanalyse hinaus die »Konstruktions- und Wirkungsprozesse visueller Phänomene, die sich als Soziale Prozesse äußern« (Tuma/Schmidt 2013, S. 12), verstärkt bearbeiten. Das Verhältnis von Diskursen, Diskursanalysen und dem Visuellen ist dann wiederum ein separates Feld, das in der anglo-amerikanischen Forschung im Kontext der »Visual Methodologies« behandelt wird (vgl. Rose 2012, Kap. 8 und 9). Im deutschsprachigen Raum finden sich in diesem Kontext nur wenige Arbeiten (z.B. Maasen/Mayerhauer/Renggli 2006; Christmann 2008; Meier 2011; Traue 2013), die eher als Entwürfe denn als ausgearbeitete Methoden zu sehen sind. Nicht zuletzt finden sich in der Literatur Beiträge, in denen diskutiert wird, inwieweit sich Diskurse als Ergebnis der Forschung visualisieren lassen (z.B. Nainggolan 2007; Clarke 2005) oder Beiträge, die allgemein die zunehmende Bedeutung grafischer Darstellungen von Forschungsergebnissen herausstellen (Knorr-Cetina 2001). Insgesamt lässt sich eine theoretische wie methodologische Zurückhaltung gegenüber visuellen Diskursen beobachten, die angesichts der Allgegenwärtigkeit von bewegten wie unbewegten Bildern erstaunlich ist. Es mag sein, dass vielfach schon der Ausdruck »visuelles Wissen«

verdächtig erscheint, als eine Art *contradictio in adiecto* (Mersch 2014). Auch stehen solche Analysen konträr zu einem allgemeinen Verständnis von Diskursanalysen, die sich ausgehend vom Werk Michel Foucaults etabliert haben und die allesamt sprachgebunden sind (Mills 2007; Keller 2011). Erst in letzter Zeit wird die Debatte geführt, ob und inwieweit Bilder nicht doch auch Teil bzw. selbst Träger von Diskursen sind und damit diskursanalytisch zugänglich sind. Sophia Prinz hat dazu mit ihrem Buch »Die Praxis des Sehens« (Prinz 2014) viel zur Aufhellung beigetragen. Ganz im Gegensatz zur in den »Visual Methodologies« herrschenden Lesart von Diskursen als linguistische Phänomene zeigt sie u.a. an den Bildanalysen, die Foucault selbst vorgenommen hat, dass in seinem Werk ein »visualitätstheoretischer Ansatz« (Prinz 2014, S. 330) angelegt ist.¹

Zum Band

Der zu besprechende Band »Hillarys Hand. Zur politischen Ikonographie der Gegenwart«, herausgegeben von Michael Kauppert und Irene Leser, schließt nahtlos an diese Debatte um die Bedeutung visueller Phänomene an. Er ist aus einem Workshop zur Bildanalyse an der Universität Hildesheim hervorgegangen² und enthält fünf soziologische sowie fünf kunst- und kultur-

1 Bspw. untersucht Foucault *Las Meninas* von Diego Velazquez' als Diskurs, als eines Art materielles Monument und nicht als Repräsentation. Dieses Bild analysiert er im Hinblick auf die formalen Eigenschaften, wie Bildaufteilung, Bildachsen, da diese eine spezifische Beobachterposition vorstrukturierten. Bilder können dann demnach als »wissens- und blickkonstitutive Praktiken verstanden werden, die systematisch die Gegenstände, Formen oder Sichtbarkeiten bilden, die sie repräsentieren« (Prinz 2014, S. 58).

2 Aus dem genannten Workshop ist ein weiterer Sammelband entstanden, der vier Beiträge versammelt, die die Analyse des Bildes stärker aus einer kulturpsychologischen Diskussion weiterführen (Przyborski/Haller 2014). Methodisch bietet der Band für die Soziologie keine grundlegend neuen Perspektiven, so dass von einer vergleichenden Rezension hier abgesehen wird. Eine Rezension beider Bände bietet Dietrich (2015). Für eine Analyse nur dieses Bandes vgl. Kanter (2015).



President Barack Obama and Vice President Joe Biden, along with members of the national security team, receive an update on the mission against Osama Bin Laden in the Situation Room of the White House. May 1, 2011. Official White House Photo by Pete Souza (Creative Commons)

wissenschaftliche Einzelbeiträge, die von einer Einleitung zum »realen und imaginären Kontext« (Kauppert, i.B.³) des Fotos, sowie einer zusammenfassend-vergleichend methodischen Reflexion von Irene Leser gerahmt werden. Das analytische Vorgehen in den einzelnen Beiträgen lässt sich mit Irene Leser, die sie in einem Schlusskapitel zusammenfasst, weiter entlang der Bauform einer viersätzigen klassischen Sinfonie entsprechend aufteilen. In verschiedenen Beiträgen identifiziert sie drei Sätze, die sich in Form eines transdisziplinären Finales (4. Satz) zusammenführen lassen, um damit »das mehrperspektivische Seh-, Ausdrucks- und Wirkpotenzial des Fotos nachzuzeichnen« (Leser 2014, S. 249). Im *ersten Satz* wird das Foto als eigenlogischer Gegenstand interpretiert, ohne dass Kontextwissen einbezogen wird. In einem *zweiten Satz* wird dieses dann einbezogen. Dazu gehört Wissen darüber, von wem und warum das Bild gemacht wurde, wie und in *welchen* sozialen, kulturellen und kommunikativen Kontexten das Bild verwendet und darauf Bezug genommen wird. Der *dritte Satz* beschäftigt sich mit der Rezeption und Transformation des Bildes über *meme*, *mnemopsyne* und *mashups*, d.h. der Transformation, Verfremdung von Bildinhalten oder/und Verknüpfung mit bekannten Figuren u.ä., sowie im Vergleich mit der ikonografischen Tradition, in der das Bild steht. Im vierten Satz, dem Finale bzw. hier Schlusskapitel, bindet Irene Leser die

von ihr herausgearbeiteten Sätze in einem Plädoyer für die Interpretation als kommunikatives Unterfangen mehrerer Personen mit sehr unterschiedlichen Blickwinkeln bzw. Expertisen für die einzelnen Sätze zusammen. Davon abgesehen bieten die einzelnen Beiträge eine Art praktische Anschauung des »state of the art« qualitativ-interpretativer Zugänge von Bildanalysen in Soziologie sowie Kunst- und Kulturwissenschaften. Durch den durchgängig gleichen Analysegegenstand, nämlich das Foto P050111PS-0210 vom 1. Mai 2011, das unter dem Titel »President Obama and Vice President Joe Biden, along with members of the national security, receive an update on the mission against Osama bin Laden in the Situation Room of the White House« auf dem Flickr-Fotostream des Weißen Hauses hochgeladen wurde, lassen sich die unterschiedlichen Vorgehensweisen gut vergleichen. Die eben genannten einzelnen Sätze oder Analyseperspektiven werden von den AutorInnen unterschiedlich angewandt, sowohl was die durch die Sinfonie-Analogie implizierte analytische Abfolge anbelangt als auch im Hinblick auf den analytischen Schwerpunkt. So fokussieren die einzelnen Beiträge mehr oder weniger stark auf die Eigenlogik, die Einbeziehung von Kontextwissen bzw. die Rezeptions- und Transformationshistorie.

Zu den Beiträgen

Mit »Briefing P050111PS-0210. Zum realen und imaginären Kontext des Situation-Room-Fotos vom 1. Mai 2011« rekonstruiert Michael Kauppert im Einleitungskapitel aus einer journalistischen Perspektive das Setting des Fotos, den möglichen Ablauf des Ereignisses, auf das sich das Foto bezieht und an dem (möglicherweise) die auf dem Foto zu sehenden Personen über die Direktübertragung über Video beteiligt werden. Ein Blick auf die mediale Umgebung, die Einbettung in den Flickr-Fotostream des Weißen Hauses sowie die Weiterverbreitung und Kommentierung in US-amerikanischen und deutschen Medien rundet den Beitrag ab.

Der erste Teil des Bandes unter der Überschrift »Soziologische Perspektiven« beginnt mit einem Beitrag von Ulrich Oevermann. Dieser wählt mit der von ihm entwickelten Methode der Objektiven Hermeneutik den unter den Beiträgen am stärksten auf die Eigenlogik des Bildes zielen-

3 im Band »Hillarys Hand«.

den Analysezugang. Ausgehend von einer Zurrücknahme jeglichen Vor- und Kontextwissens über das Bild wird dessen narrativer Bildinhalt aufgerollt und schließlich externes Wissen Schritt für Schritt in die Analyse einbezogen. Oevermann interessiert sich insbesondere dafür, warum ein so »vergleichsweise banales Dokument« (Oevermann i.B., S. 52) so viel Aufmerksamkeit erhält. Die Antwort liegt auf der Hand: Mit der Tötung Bin Ladens wird eine Geschichte abgeschlossen, die am 11. September 2001 ihren Anfang nahm. Nach Oevermann drückt das Foto eine »archaische Rachelogik« aus, die sich in die allgemeine, politische Handlungslogik im Umgang mit Terroristen der US-Regierung einfügt. Aus der zu Beginn völlig kontextfreien Bildanalyse heraus kritisiert Oevermann schließlich über den Verweis auf den Film *Zero Dark Thirty* die US-amerikanische Politik des »war on terror« als eine aus humanistischer Perspektive nicht zu rechtfertigende Politik der Rache.

Auch Ruth Ayaß setzte sich zunächst vorwiegend mit der Eigenlogik des Bildes auseinander. Ihr Analysefokus ist die Frage »was die Fotografie zeigt – und was sie nicht zeigt« (Ayaß i.B., S. 60). Das Bild typologisiert sie gleich zu Beginn als »Bild der Abwesenheit« – und weiter als eine Art Familienfoto oder auch »Gruppenbild mit Dame(n)«. Ayaß versetzt sich in ihrer Analyse in die Perspektive des Rezipienten hinein, der eine konzentrierte Gruppe von eng sitzenden Personen sieht, deren Blicke sich auf etwas richten, das nicht auf der Fotografie zu sehen ist. Gemäß ihrer Annahme, dass sich die Fotografie nicht ohne Kontextinformationen verstehen lässt, »enttarnt« sie rasch die »Familienmitglieder«, um dann die »Rezeptionskarriere« des Bildes in der *Süddeutschen Zeitung*, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *New York Times* sowie die Verfremdung des Bildes in der jiddischen Wochenzeitung *Di Tzeitung* nachzuvollziehen. Letztere entfernte die beiden Frauen aus religiösen Gründen, was nach Ayaß Auslöser für eine Reihe von ironischen Verfremdungen im Netz war. Ayaß geht über die ersten beiden sinfonischen Sätze hinaus und wählt als Motiv des dritten Satzes einen Vergleich mit Foto des US-Präsidenten George W. Bush vom 1. Mai 2003, auf welchem er auf dem Flugzeugträger *USS Abraham Lincoln* stehend »mission accomplished« verkündigt. Vor diesem Kontrastbild, das ganz in der (Diskurs-)Tradition

politischer Ikonografie steht, kann Ayaß herausarbeiten, wie das Situation Room-Foto aus der üblichen politischen Darstellung von Herrschaft herausfällt. Das Bild von Bush ist ein Foto der Sichtbarkeit einer politischen Symbolik von Herrschaft und Sieg, angefangen von der Pose des Triumphs, dem jubelnden Publikum bis hin zu Emblemen, wie dem des Präsidentenwappen. Ganz im Gegensatz dazu ist (fast) nichts davon auf dem Situation Room-Foto zu sehen. Diese Fotografie ist hingegen charakterisiert durch »ihre Affektarmut, ihre Beredsamkeit, ihre Bewegungslosigkeit und ihre Schweigsamkeit« (Ayaß i.B., S. 71). Nach Ayaß ist dieses Bild ein »Portrait der Abwesenheit, des Todes ohne die Toten« (Ayaß i.B., S. 75).

Roswitha Breckners Interesse gilt der Frage, warum das vorliegende Bild in kürzester Zeit zu einer »Ikone in einem politisch-medialen Feld« (Breckner i.B., S. 79) werden konnte. Mit der von ihr entwickelten »Segmentanalyse« diskutiert sie vier mögliche Antworten. Zunächst konzentriert auch sie sich auf die Eigenlogik des Bildes; von ihrer eigenen Blickführung ausgehend deutet sie den formalen Aufbau des Bildes, die Fluchtpunkte und Feldlinien, um darauf die szenische Choreographie zu beschreiben. Durch die der Segmentanalyse typische Seizierung der Personen, d.h. der allmählichen Rücknahme des Bildinhaltes und der Fokussierung des analytischen Blickes zunächst auf Oberkörper und Gesicht und dann Mimik und Gestik, kann sie zeigen, dass die vermeintlich geschlossene Gesellschaft, die »Familie« bei Ayaß, nicht so geschlossen ist, wie sie scheint. Im Gegensatz zu anderen Beiträgen im Band wird bei Breckner deutlich, dass nicht nur Hillary Clinton, sondern auch Barack Obama exponiert ist: Durch den Fokus auf das Analysesegment von Clintons Hand, die groß und zupackend wirkt, wird der in den Medien kursierende Verweis auf eine typisch weibliche Geste des Erschreckens relativiert. Obama wird durch Unschärfe zurückgesetzt und zeigt im Segmentvergleich die größte emotionale Anspannung. Breckner bezieht sich weiter auf den zweiten und dritten Satz der Sinfonie, um die Bedeutung des Bildes diskutieren zu können. Unter Einbeziehung weiterer Fotos aus dem Flickr-Fotostream des Weißen Hauses vom gleichen Tag und der Analyse von Fotos, die das Original verändern (sog. mashups bzw. memes), stützt sie das schon nach der eigenlogischen Analyse gemachte Argument der grundsätzlichen

Mehrdeutigkeit des Situation Room-Fotos. Es lädt die Öffentlichkeit zu (Um-)Deutungen, für spezifische Gemeinschaften typische Interpretationen und damit zur Interaktion ein. Diese Offenheit ist dann mit Breckner die Voraussetzung für die Bekanntheit des Fotos und seine Zuschreibung als Ikone.

Auch *Jürgen Raab* interessiert sich zunächst für die Eigenlogik des Bildes, dabei ebenfalls sowohl Form als auch Inhalt des Bildes einbeziehend. Seiner Bildanalyse vorangestellt ist eine kurze Einführung in methodologische Hintergründe sowie die Methode der von ihm entwickelten Konstellationsanalyse. Ähnlich wie Breckner geht es ihm um das Zusammenspiel von Form und Inhalt. Im Gegensatz zu dieser nimmt er sich aber die objektive Form zuerst vor, um sich dem Bild zunächst aus einer gewissen Distanz nähern zu können. Die so gewonnene Strukturhypothese wird dann auf die Bildinhalte bezogen, mit dem Ziel, unter Einbeziehung von näheren und weiteren Bildkontexten verallgemeinernde Aussagen über die Bedeutung gegenwärtiger politischer Ikonographie zu gewinnen. Deutlicher als alle anderen Beiträge kann Raab die Frage nach der *politischen* Symbolkraft herausarbeiten, indem er die dem Bild immanente »Sichtbarkeitsordnung« (Raab i.B., S. 114) als Sprungbrett nutzt, um die Sinnordnungen dessen, was im Bild repräsentiert wird, und die Gründe, warum dieses eine derart starke öffentlichen Resonanz erfahren hat, hervorzuholen. Raab deutet die widersprüchliche Gestik von Hillary Clinton (die eine Hand erschrocken-gespannt am Mund, die andere entspannt-passiv auf dem Notizheft ruhend) als Symbolfigur im Symbolbild, die Symbolik des verdeckten Siegel der USA aufnehmend, das »e pluribus unum« auf eben diese Widersprüchlichkeit verweist. Damit ist diese Fotografie ein Bild der Spannungen, verdichtet in und gleichzeitig wegführend von der Person Hillary Clintons, die auf einzigartige Weise die traditionelle politische Symbolpolitik fortführt und gleichzeitig die Herausforderungen moderner Kommunikationsmittel bzw. der heutigen Form der Herstellung politischer Öffentlichkeit aufnimmt.

Der letzte unter den soziologischen Perspektiven gelistete Beitrag von *Boris Traue* setzt durch seinen diskursanalytischen Ansatz einen methodischen Kontrapunkt. Er bezeichnet sein analytisches Vorgehen als visuelle Diskursanalyse und

verortet das Foto, noch deutlicher als Raab, als Mittel strategischer politischer Kommunikation: das Bild als Propagandainstrument, das politische Herrschaft abstützen soll. Seine Ausgangsthese ist, dass durch solche in den (neuen) Medien zirkulierenden Propagandabilder die BürgerInnen zur Partizipation eingeladen werden, um Herrschaft mitzugestalten. Im Gegensatz zu den anderen Beiträgen misstraut Traue zunächst der Relevanz des Bildes. Diese könne nur durch die analytische Rekonstruktion gesellschaftlichen Sinnzuschreibungen erhoben werden, wie sie in kommunikativen Praktiken sichtbar werden. Startpunkt seiner Analyse ist erstens eine Schilderung der Fotografie durch zufällig ausgewählte BetrachterInnen und zweitens die Kontextualisierung des Bildes in den Kommunikationsprozessen im virtuellen Raum, den er als »netzvermitteltes Partizipationsdispositiv« (Traue i.B., S. 139) charakterisiert. Traue springt dann in den dritten Satz und vergleicht das Foto aus dem Situation Room mit »Lagebesprechungsfotografien« aus unterschiedlichen Kontexten und Zeiten: ein Briefing mit Mitarbeitern des National Security Councils aus der Ära Reagan, ein Foto einer Bürobesprechung im 21. Jahrhundert und Rembrandts Ölgemälde *De Staalmeesters*, auf dem die Aufmerksamkeit der Tuchmacher sich ebenfalls auf etwas »Abwesendes« richtet. Zu einem weiteren Vergleich werden filmische Dokumentationen über die Ereignisse um die Tötung Bin Lads sowie der Film *Zero Dark Thirty* und die Serie *Homeland* herangezogen. Traue hebt dabei insbesondere die Korrelation der Filme mit den beiden weiblichen Zentralfiguren, Clinton und Tomason, der an der Tür stehenden Direktorin der Nationalen Anti-Terror-Zentrale, im Hinblick auf ein *gendering* hervor: In den Filmen ist es jeweils die Frau, die das »Projekt Bin Laden« vorantreibt, allen Zweifeln des männlichen Personals zum Trotz. Die Diskursanalyse wird weiter dann weiter mit Bezug auf den dritten Satz geführt, indem Gegenbilder, *memes*, herangezogen werden. Abschließend wird die Eingangsthese der Einladung zur Partizipation wieder aufgegriffen. Als ikonische und nicht symbolische Politik, die zur Partizipation einlädt, möchte Traue das Bild verstanden wissen, da es vom »psychoästhetischen Moment« zehrt und »die Gefahren der Verwechslung von Bild und Realität in sich birgt« (ebd., S. 148). Damit lässt sich das Bild als Ausdruck einer

Machtpolitik deuten, die vermeintlich den BürgerInnen Teilhabe ermöglicht, letztlich aber Partizipation verhindert. Durch eine solche Herrschaftstechnik, die als »medientechnische und -ästhetische Perfektionierung« (ebd., S. 152) erscheint, wird Herrschaft nicht nur legitimiert, sondern auch unantastbar.

Der zweite Teil des Bandes eröffnet die Analyse hin zu kultur- und kunstwissenschaftlichen Perspektiven mit einem Beitrag des Kunsthistorikers *Horst Bredekamp*. Er ordnet das Bild als Historienfoto ein, das allerdings gleichzeitig aus dieser Tradition hinausfällt, da es sich nicht um ein Portrait der höchsten Entscheidungsträger der USA handelt, sondern vielmehr um eine Situation der Spannung bzw. Reaktion der Personen auf ein nicht im Bild gezeigtes Ereignis. Für Bredekamp ist das Foto weniger ein Bild der Abwesenheit, denn eines der Vermeidung und der Entlastung: Vermeidung der Sichtbarkeit des Antlitzes von Bin Laden, Vermeidung der Überhöhung der Situation und der Hierarchisierung zwischen den Personen im Bild und Entlastung der kritischen rechtlichen Situation der Tötung durch die Einbettung des Fotos in eine Serie auf Flickr. Der durch die Ereignisse vom 11. September 2001 verletzte Staatskörper kann geheilt werden.

Für *Michael Diers* ersetzt, indirekt anschließend an Bredekamp, die Fotografie ein Bild, das es nicht gibt, nämlich ein offiziell in der Öffentlichkeit präsentiertes Historienbild. Diers beschreibt zunächst das, was auf dem Situation Room-Foto zu sehen ist und bezieht dann rasch Vergleichsbilder aus Kunst und Pressfotografie ein, die die Begutachtung von Leichnamen zeigen. Durch das Aufzeigen der Verwandtschaft mit Rembrandts *Anatomie des Dr. Tulp*, dem Pressefoto des toten Che Guevaras und dem der toten Söhne Saddam Husseins sowie der künstlerischen Arbeiten von Aby Warburg und Thomas Hirschhorn, wird die historische Traditionslinie über die öffentlichen Leichenschau zum Zwecke anatomischer Studien und ihre Vermischung mit der Totenklage gezogen, an die das Situation Room-Foto anknüpft. Ergänzt wird diese Bildtradition des »Public Viewing«, wie es Diers bezeichnet, im Falle des Situation Room-Fotos durch den Film *Zero Dark Thirty* als quasi-Dokumentation. Auch der Film lädt die Öffentlichkeit zur »Schau« ein, gleichzeitig freilich eine genaue Beschau verbergend.

Die Spannung zwischen dem, was im Bild sichtbar wird, und dem, was verborgen bleibt, beschäftigt auch *Katja Müller-Helle*. Diese beginnt mit dem dritten Satz, ohne sich mit der Eigenlogik des Bildes oder Kontexten bzw. direkten Vergleichen zu beschäftigen. Analysebezug sind zunächst die *Osama Papers* des niederländischen Künstlers Willem Popelier. Seine Arbeit zeigt eine Zusammenstellung von Zeitungsseiten aus aller Welt, die bezugnehmend auf die Ereignisse um das Foto aus dem Situation Room der Öffentlichkeit das zeigen, was auf dem Situation Room-Foto nicht zu sehen ist und vielleicht auch nie zu sehen war. Unter Bezug auf weitere Arbeiten Popeliers arbeitet Müller-Heller die Symbolkraft des Nicht-Gezeigten bzw. Abwesenden heraus. Die durch traditionelle Medien, die das allseits bekannte Portrait Bin Ladens abdruckten, vermittelte Wirklichkeit, was denn die Personen im Situation Room sehen, ist deswegen so erfolgreich, weil durch das Nicht-Sehen-Können in Verbindung mit dem Zeigen eines Portraits von Bin Laden die Möglichkeit zu einer geteilten Imagination geschaffen wird, die fortan als »for granted« genommen wird.

Susann Neuenfeldt nimmt das Bild aus einer kulturwissenschaftlich-geschlechterkritischen Perspektive in den Blick, besonders interessiert sie sich für das Verhältnis von »Clintons Betrachterfigur weißer affektiver Weiblichkeit und das verworfene Totenportrait von Bin Laden« (Neuenfeldt i.B., S. 205). Ihr geht es in erster Linie darum, den Zusammenhang zwischen der Gestik des Erschreckens, die als weiß, weiblich und einfühlsam zu beschreiben ist und US-amerikanischen Mythen bzw. Traumata aufzuzeigen. Auch aus dieser Sicht ist das Bild außergewöhnlich: Hillary Clinton bietet sich dem/der BetrachterIn als Feldherrin dar, die mitleidet, ganz im Gegensatz zu den affektlosen männlichen Personen. Mit ihrer empathischen Weiblichkeit verkörpert sie die Gegenspielerin zum männlichen, islamischen Feind und zugleich repräsentiert sie die moralische Überlegenheit und Entschlossenheit der US-amerikanischen Demokratie. Neuenfeldt zeigt damit einen neuen Aspekt der Spannung im Bild, die in der Figur Clintons repräsentiert wird. Diese Kontextualisierung führt sie durch die Einbeziehung nationaler Mythenbildung und der Heldenfigur der amerikanischen Ureinwohner, *Geronimo*, der Widerstand gegen die Landnahme der

Weissen leistete, weiter. Übersetzt bedeutet Geronimo »der Gährende« und wurde als Codename für die Operation vom 1. Mai benutzt. Nach Neuenfeldt eignet sich Clinton durch ihre im Nachgang zur Rezeption des Bildes gemachte Aussage, sie hätte gähnen müssen, eine Geste indigener widerständiger Männlichkeit an. Anknüpfend an Susan Sonntags Essays zur Fotografie und der Betrachtung von Leid bezieht Neuenfeldt im Weiteren sog. mashups in die Diskussion ein sowie ein Foto aus der Flickr-Serie, das Obama mit einer ähnlichen Geste (er nimmt die Hand an den Mund) zeigt. Somit findet eine Allianz zwischen weißer Weiblichkeit und schwarzer Männlichkeit statt, die das kulturell Imaginäre der USA mit den klassischen Machtverhältnis weiße Männlichkeit/Weiblichkeit vs. schwarze Männlichkeit/Weiblichkeit durchkreuzt. Es lässt sich bislang nur spekulieren, ob der *war on terror* zu einer Verschiebung der Machtlinien in den »Traumanarrativen« (Neuenfeldt i.B., S. 216), also dem kollektiven Imaginären der amerikanischen Nation führt.

Die Analyse bekommt beim letzten Beitrag nochmals eine gänzlich andere Wendung. Von einer semiotischen über eine phänomenologische Perspektive nimmt der Medientheoretiker *Gerhard Schweppenhäuser* das Foto aus dem Situation Room aus der Haltung kritischer Theorie in den Blick. Durch dieses Vorgehen erhofft sich der Autor, der »quasi-transzendentalen« Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit für die verschiedenen Zuschreibungen« (Schweppenhäuser i.B., S. 221) näherzukommen. Schweppenhäusers Beitrag erklärt die einzelnen unterschiedlichen Perspektiven, die im Kanon des Bandes noch neue Wege aufzeigen wollen ausführlich, die tatsächliche Analyse fällt dagegen eher kurz aus. Neben dem Rekurs auf den ersten Satz, der Eigenlogik des Bildes, bezieht Schweppenhäuser eine *Spiegel Online* Fotostrecke bzw. deren Bildunterschriften mit ein. Schwerpunkt der semiotischen Analyse sind dann vor allem Mimik und Gestik der Personen auf dem Situation Room-Foto. Der phänomenologische Blick auf das Bildwahrnehmen bringt eine überraschende Einsicht: Nicht Hillarys Hand, sondern der leicht geöffnete Mund des neben ihr sitzenden Mannes, Denis McDonough, wirkt bestürzt und erschreckt. Aus der Sicht der kritischen Theorie interessiert die Frage nach dem Ideologhaften des Bildes. Nach Schweppenhäuser dient das Bild als eine Art Kultbild, das

hilft »im inneren Erleben die Grenzen des Selbst zu überschreiten« (ebd., S. 234). Der Schock dessen, um das es nach Schweppenhäuser dafürhalten »eigentlich« geht, kann so kollektiv bewältigt werden. Die Analyseansätze zusammennehmend charakterisiert der Autor das Bild als »negatives Totenbild« (ebd., S. 239), dass das Abwesende, das verboten ist, zu zeigen, gleichzeitig (kognitiv) präsent macht. Die ideologische Botschaft des Bildes ist dann schließlich die Legitimation des Tötungsaktes. Nicht zuletzt plädiert Schweppenhäuser für eine Verbindung semiotischer, phänomenologischer und ideologiekritischer Ansätze, um Bilder verstehen zu können.

Der sinfonische Diskurs

Nicht zuletzt in der Gesamtschau der einzelnen Beiträge wird deutlich, dass Foto P050111PS-0210 ein Meisterstück strategischer politisch-symbolischer Kommunikation ist, das wohl ins Bilder Gedächtnis der westlichen Welt eingehen wird. Unabhängig von der Frage, ob und inwieweit das Foto inszeniert ist, zeigen die Beiträge in der Summe, dass es als Foto der Abwesenheit etwas verschleiert und zugleich deutlich auf die Handlungsmacht der USA verweist. Über die Beiträge hinweg gelesen liegt die Symbolkraft des Fotos in dem spezifischen formalen Setting im Verbund mit den Blicken und der Gestik der Personen, die auf etwas Unbekanntes schauen, das in der öffentlichen Rezeption als ein Bildschirm imaginiert wird, auf dem das anwesende politische Personal die Tötung des obersten Feindes der USA live mitverfolgt. Der Akt der Rache oder der Vergeltung wird im Wortsinne über eine Leerstelle repräsentiert: Etwas, was weder als Objekt noch als Sprachdiskurs anwesend ist, vermeintlich der Leichnam Bin Ladens, wird über die im Bild herrschenden Konstellationen präsent gemacht. Zugleich kumuliert und zentriert sich in der Person Hillary Clinton die Widersprüchlichkeit und Gebrochenheit des Bildes, v.a. durch die Bildposition und die Gestik der Hände.

Ebenfalls im Zusammenspiel der Artikel kann erklärt werden, warum das Foto eine so breite Rezeption in der medialen Öffentlichkeit erfahren hat. Diese wird durch den Rückgriff auf die Bildersprache der tradierten politischen Ikonografie des amerikanisch-europäischen Kulturraumes begründet, die zugleich modernisiert

wird. Der Mythos der US-amerikanischen Nation wird weitererzählt und umgeformt. Zudem wird, verstärkt durch das im Bild nur unvollständig zu sehende, jedoch sofort appräsentierbare Siegel, die Geschlossenheit der Nation anrufen. Im Angesicht des Feindes lösen sich verkörpert in der Allianz weißer Weiblichkeit und schwarzer Männlichkeit alte Bruchlinien auf. Nicht zuletzt zeigt sich die Wirkkraft in der Kommentierung und Verwandlung des Fotos in neuen wie klassischen Massenmedien sowie in der Aneignung in der Kunst. Es gelingt der US-Regierung mit dem Foto in sehr unterschiedlichen öffentlichen Diskursräumen auf Resonanz zu stoßen. Die im Band komponierte Sinfonie der Einzel-Deutungen belegt auf eindrucksvolle Weise die kommunikative Macht, die einzelne visuelle Darstellungen auf (narrative) Diskurse haben können. In diesem Fall nimmt die Erzählung über den 11. September 2001 mit der Vernichtung des Feindes, repräsentiert im Symbolbild, sein »gutes Ende«.

Die dialogische Zusammenführung der Beiträge zu einem (sinfonischen) Diskurs verweist zugleich auch auf einige Leerstellen. Deutlich wird die Einbettung des Bildes in das sozial Imaginäre und damit an die Symbolsprache eines Kulturraumes (Castoriadis 1990). Was der Band aber nicht zeigen kann ist die Resonanz des Bildes außerhalb einzelner US-amerikanischer und deutscher Medien. Für eine Diskursanalyse, die die Frage nach kulturübergreifenden Deutungsmustern stellen müsste, die dieses Bild als Teil der strategischen Kommunikation der USA hat, stellt dies eine Beschränkung dar. Eine solche Vorgehensweise könnte die Wirkungsweise der symbolischen Macht, die dieses Bild ausstrahlt, dann über Diskurse in anderen kulturellen Räumen noch viel deutlicher herausarbeiten. So bleibt die Frage nach dem Politischen, mit Ausnahme der Beiträge von Jürgen Raab und Boris Traue, auch die große Leerstelle im Band. Das ist schade angesichts des Anspruchs, den sich der Band selbst im Untertitel als einer »politischen Ikonografie der Gegenwart« gibt. Die Debatte um die Frage der Herstellung und Darstellung des politischen Symbolbildes (und der darin enthaltenden Symbole) in der Öffentlichkeit über eine ins Netz gestellte Fotografie bleibt (weitgehend) offen: Was bedeutet das Foto im Kontext globaler Diskurse?

Dieser Befund ist wohl aber auch den verwendeten Methoden geschuldet. ForscherInnen

aus den Sozial- und Kulturwissenschaften, die sich mit dem Politischen befassen, misstrauen ebenso der kommunikativen Macht der symbolisch-visuellen Repräsentation wie DiskursanalytikerInnen (Knaut 2011). Ausnahmen, wie etwa die Arbeiten von Marion G. Müller (2003), zeigen jedoch die Bedeutung von Bildern als strategisch eingesetzte Mittel politischer Kommunikation. Die im Band eingesetzten Methoden, die allesamt aus einer hermeneutischen Tradition kommen, machen dann auch, meist lediglich implizit, die Bedeutung des Visuellen für die Kommunikation von Staaten mit der Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert klar, haben aber (noch) kaum das Vokabular für die Analyse des Politischen entwickelt. Hinzu kommt, dass alle Ansätze für bestimmte Bildtypen sowie spezifische Forschungsinteressen konzipiert sind, etwa Portraitfotos bei Roswitha Breckner oder Kunstwerke, wie etwa bei Michael Diers. Die im Band vorgenommene Unterscheidung zwischen soziologischen bzw. kunst- und kulturwissenschaftlichen Analysen wird eher an einzelnen (Teil-)analysen deutlich, als das es ein die Disziplinen trennendes Raster darstellen würde. Einzelne Schwerpunktsetzungen, wie Boris Traues Diskursanalyse, Susann Neuenfeldts künstlerisch inspirierte Analyse sowie Gerhard Schweppenhäusers Nähe zur kritischen Theorie fallen über die Disziplinen hinweg als Kontrapunkte zu den anderen Analysen auf. Ansonsten wird eher die gegenseitige Beeinflussung über die vorgenommenen fachlichen Unterscheidungen hinweg deutlich bzw. der Rekurs der visuellen Soziologie auf die Kunstwissenschaft als logische Folge ihres disziplinären Gegenstandes, dem Bild.

Nicht nur aus Sicht der Diskursforschung, sondern allgemein für die Zukunft der visuellen Soziologie, wäre ein breiterer Dialog zwischen den sozial- und kulturwissenschaftlichen Methodologien und Methoden sowie deren Weiterentwicklung wünschenswert. Denn um die Wirkmacht der Bilder nicht nur auf einer Mikroebene sondern auch auf der Metaebene des Kulturellen, Sozialen, aber auch Politischen verstehen zu können, bedarf es Instrumente, die in der Lage sind, zum einen die historisch-ikonographische Tradition, in der ein Bild steht, zu lesen, als auch das Wechselspiel zwischen objektiver Form und Inhalt zu bestimmen, um schließlich die Einbettung des Bildes sowohl in spezifische als auch transkulturelle Diskursräume in den Blick zu nehmen.

Literatur:

- Castoriadis, C. (1990): Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Christmann, G. B. (2008): The Power of Photographs of Buildings in the Dresden Urban Discourse. Towards a Visual Discourse Analysis [29 paragraphs]. In: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research, 9(3), Art. 11, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0803115>. [Abruf: 2.4.2015]
- Clarke, A. E. (2005): Situationsanalyse. Grounded Theory nach dem Postmodern Turn. Wiesbaden: VS.
- Dietrich, M. (2015): Review Essay: Das politische Bild im Fokus der sozial- und kulturwissenschaftlichen Methodendiskussion [19 Absätze]. In: Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 16(1), Art. 5, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs150159>. [Abruf: 2.4.2015:]
- Kanter, H. (2015). Das politische Bild. Situation Room: ein Foto – vier Analysen [15 Absätze] Rezension: In: Przyborski A. & Haller G. (Hrsg.) (2014). Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research, 16(1), Art. 10, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1501102>. [Abruf: 2.4.2015]
- Keller, R. (2011): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. 4. Auflage. Wiesbaden: VS.
- Knaut, A. (2011): Abgeordnete als Politikvermittler. Zum Wandel von Repräsentation in modernen Demokratien. Baden-Baden: Nomos.
- Knorr-Cetina, K. (2001): »Viskurse« der Physik. Konsensbildung und visuelle Darstellung. In: Heintz, B./Huber, J. (Hrsg.): Mit dem Auge denken: Strategien der Sichtbarmachung in wissenschaftlichen und virtuellen Welten. Zürich: Edition Voldemeer, S. 304–320.
- Maasen, S./Mayerhauser, T./Renggli, C. (Hrsg.) (2006): Bilder als Diskurse. Bilddiskurse. Weilerswist: Velbrück.
- Margolis, E./Pauwels, L. (Hrsg.) (2011): The SAGE Handbook of Visual Research Methods. London and Thousand Oaks: Sage.
- Meier, S. (2011): Multimodalität im Diskurs. Konzept und Methode einer multimodalen Diskursanalyse. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden. 3. Auflage. Wiesbaden: VS, S. 499–532.
- Mersch, D. (2014): Aspekte visueller Epistemologie. Zur »Logik« des Ikonischen. In: Stoellger, P./Gutjahr, M. (Hrsg.): Visuelles Wissen. Ikonische Präsenz und Deutungsmacht. Würzburg: Königshausen und Neumann, S. 43–66.
- Mills, S. (2007): Der Diskurs. Begriff, Theorie, Praxis. Tübingen und Basel: UTB.
- Müller, M. G. (2003): Grundlagen der visuellen Kommunikation. Theorieansätze und Analysemethoden. Konstanz: UVK.
- Nainggolan, D. (2007): Visual Discourse Analysis for Exploring Socio-Ecological System Management Dynamics. Papier für die The 2007 Amsterdam Conference on the Human Dimensions of Global Environmental Change, http://www.2007amsterdamconference.org/Downloads/AC2007_Nainggolan.pdf (Abruf 30.03.2015)
- Prinz, S. (2014): Die Praxis des Sehens. Bielefeld: transcript.
- Przyborski, A./Haller, G. (Hrsg.) (2014): Das politische Bild. Situation Room: Ein Foto – vier Analysen. Opladen und Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Raab, J. (2008): Visuelle Wissenssoziologie. Theoretische Konzeptionen und materiale Analysen. Konstanz: UVK.
- Rose, G. (2012): Visual Methodologies. An Introduction to Researching with Visual Methods. 3. Auflage. London and Thousand Oaks: Sage.
- Traue, B. (2013): Visuelle Diskursanalyse. Ein programmatischer Vorschlag zur Untersuchung von Sicht- und Sagbarkeiten im Medienwandel. In: Zeitschrift für Diskursforschung. 1(2), S. 117–136.
- Tuma, R./Schmidt, L. (2013): Soziologie des visuellen Wissens – Vorläufer, Relevanz und Perspektiven. In: Lucht, P./Schmidt, L./Tuma, R. (Hrsg.): Visuelles Wissen und Bilder des Sozialen. Aktuelle Entwicklungen in der Soziologie des Visuellen. Wiesbaden: VS, S. 11–20.

Anschrift:

Dr. Annette Knaut
 Universität Augsburg
 Lehrstuhl für Soziologie (Prof. Dr. Reiner Keller)
 Universitätsstr. 10
 86159 Augsburg
annette.knaut@phil.uni-augsburg.de

Tagungsbericht¹

Maya Halatcheva-Trapp /
Wolf J. Schünemann

Die Diskursive Konstruktion
von Wirklichkeit II –
Interdisziplinäre Perspektiven
einer wissenssoziologischen
Diskursforschung am 26./27. März
2015 in Augsburg

Am 26. und 27. März 2015 fand an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg die Tagung »Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit II« statt. Zum zweiten Mal eröffneten die Organisatoren Prof. Dr. Reiner Keller und Dr. Saša Bosančić ein interdisziplinäres Forum zur Diskussion von Theorien, Methodologien und Anwendungen im bewegten Feld der Diskursforschung. Insgesamt 27 Beiträge befassten sich mit konzeptionellen und methodisch-methodologischen Fragen, mit dem Thema der Subjektivierung, mit Diskursen um Bildungspolitiken, Umwelt und Nachhaltigkeit, Gesundheit und Krankheit. Die mit 100 Teilnehmenden gut besuchte Tagung wurde durch die Sektion Wissenssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie unterstützt und in Zusammenarbeit mit dem Augsburger Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Diskursforschung veranstaltet.

Wie erlangt man im Diskurs Kommunikationsmacht? (Keynote Jo Reichertz)
Der Eröffnungsvortrag von Jo Reichertz (Universität Duisburg-Essen) entwickelte einen Vorschlag zur diskursanalytischen Erschließung von Kommunikationsmacht. Der Soziologe betonte die Notwendigkeit einer Prozessorientierung von Diskursanalysen und einer Erforschung der fortwährenden »Versteinerung« von Aussagen: In welchen Fällen und weshalb werden bestimmte Sprechweisen institutionalisiert, werden zu typischen Argumenten und daraufhin zu Symbolisie-

rungen und materialisieren sich in täglichen Praktiken oder in Gesetzen? Erst ein so formuliertes Erkenntnisinteresse würde die Kommunikationsmacht in Diskursen erfassen und methodisch den Einbezug der Grounded Theory legitimieren. Denn dieses Vorgehen »würde den Diskurs schnell mit Akteuren und Sinn bevölkern«, so Reichertz. Er sprach sich für einen schärferen Forschungsfokus auf die Praktiken aus, mit denen Akteure kommunikative Macht im Diskurs aufbauen und einsetzen. Als mögliche Untersuchungsgegenstände nannte Reichertz etwa die Einführung von Innovationen in Medizin oder Wirtschaft, neue Trends oder neue politische Einschätzungen.

Methodologie & Methoden der Diskursforschung I (Stream 1)

Experteninterviews als Datenmaterial stehen im Zentrum der vergleichenden Diskursanalyse in lokalen bildungspolitischen Räumen, vorgestellt von Steffen Hamborg (Freie Universität Berlin). Der Bildungswissenschaftler erläuterte Bedeutung und forschungspraktische Konsequenzen der Analyse von Experteninterviews für die wissenssoziologische Diskursforschung und konkretisierte dies mit empirischen Beispielen.

Der Vortrag von Sonja Ammann (Humboldt-Universität Berlin) und Ina Alber (Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung Marburg), gehalten in der Form eines Dialogs, schlug methodologische Brücken zwischen Soziologie und Bibelwissenschaften. Am Beispiel der Götterpolemik in antiken jüdischen Texten wurden forschungspraktische Adaptionen einer Wissenssoziologischen Diskursanalyse aufgezeigt.

Olaf Kranz (Universität Regensburg) greift den Diskurs um Mitarbeiterkapitalbeteiligung auf, um exemplarisch Akteurskonstruktionen in der Wirtschaft zu erforschen. Mit Fokus auf »Zwecken« und »semantischen Leitdifferenzen« diskutierte er Potentiale und Grenzen der Verbindung diskursanalytischer und funktional-differenzierungstheoretischer Begrifflichkeiten.

Mit methodischen und methodologischen Aspekten der visuellen Diskursanalyse befassten sich Sylka Scholz und David Stiller (Universität Jena). Unter Rückgriff auf die Wissenssoziologische Diskursanalyse, die Grounded Theory-Methodologie sowie Verfahren der Bild- und Vi-

1 Eine leicht abweichende Fassung des Berichts ist auf dem Portal »Soziopolis - Gesellschaft beobachten« unter www.sozopolis.de erschienen.

deinterpretation arbeiteten sie diskursive Deutungsangebote von Heimatfilmen heraus und visierten thematisch Liebe, Lebensform und Geschlecht an. Als empirisches Beispiel zur Vorführung des entwickelten Analysemodells diente der Film »Barbara« (2012, Regie C. Petzold).

Subjektivierung – Identitäten – Akteure (Stream 2)

»Anhand welcher Wahrheitsspiele gibt sich der Mensch sein eigenes Sein zu denken [...]?« Ausgehend von dieser Frage aus Foucaults Schrift »Gebrauch der Lüste. Sexualität und Wahrheit«, präsentierten *Sasa Bosancic*, *Lisa-Marian Schmidt* (beide Universität Augsburg) und *Lisa Pfahl* (Humboldt-Universität Berlin) ein eigenes Subjektivierungskonzept. Sie illustrierten es mit Beispielen aus unterschiedlichen Forschungsprojekten, etwa aus interviewbasierten Studien mit angelernten Arbeitern sowie Schülern/-innen.

Mit der diskursiven Konstruktion von Hartz IV-Empfängern in deutschen Medien beschäftigte sich *Andreas Hirsland* (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg). Im Vortrag führte er mithilfe von empirischen Beispielen vor, wie im Zuge der »neoliberalen Transformation des Wohlfahrtsstaates« im Hinblick auf Langzeitarbeitslose, die sog. »Hartzler«, eine Umdeutung von »bedrohten Individuen« zu »bedrohlichen Individuen« stattgefunden hat.

Interviews sind auch ein wesentlicher Teil des kombinierten diskursanalytischen Forschungsdesigns von *Anja Schmidt-Kleinert* (Universität Bielefeld). In ihrer Studie über junge Israelis mit russischsprachigem Familienhintergrund in der Beitenu-Partei von Avigdor Lieberman analysiert sie zudem Medientexte. Im Vortrag konnte sie beispielhaft zeigen, wie sich die Befragten auf den öffentlichen Diskurs beziehen.

Alex Knoll (Pädagogische Hochschule Thurgau) stellte eine empirische Studie zur Konstruktion nationaler Identität im Schweizerischen Bildungswesen vor. Am Beispiel der Debatten darüber, ob im Kindergarten lokaler Dialekt oder Hochdeutsch gesprochen werden soll, rekonstruierte der Beitrag ein diskursives Grundmuster, welches die Existenz einer homogenen Sprachgemeinschaft fraglos voraussetzt.

Sichtbarkeit und Sagbarkeit.

Perspektiven einer visuelle(re)n

Diskursanalyse (Keynote Boris Traue)

Über Möglichkeiten der Integration von Audiovisualität in die Wissenssoziologische Diskursanalyse sprach *Boris Traue* (Universität Lüneburg). Er plädierte dafür, die Vermischung von Bildern und Texten nicht als Problem, sondern als methodologische Ressource und Audiovisualität als zentralen Teil der Phänomenstruktur zu begreifen. Wie sich dies forschungspraktisch umsetzen lässt, zeigte der Vortrag entlang von vier Spezifika des Visuellen: a) dem Unterschied zwischen Praktiken des Sichtbarmachens (Visualität) und Sichtbarkeit (Visibilität) als Ergebnis ebendieser Praktiken; b) der Visualität und dem Imaginären; c) dem Dingcharakter der Bilder und d) der Sicht- und Hörbarkeit als Formen basaler Anerkennung und Überwachung. Am Beispiel medialer Inszenierungen der fat-acceptance-Bewegung erläuterte Traue interpretative Analytiken der Phänomenkonstitution im Sinne feldspezifischer »fokussierter Hermeneutiken«, wie etwa Komposition, Ikonographie, Atmosphäre, Stil, szenische Darstellung, Gestik/Mimik und Serialität.

»Eine Sage ist keine Tue« –

Anmerkungen zur Theorie

und methodischen Praxis der

Dispositivforschung (Keynote Werner Schneider)

Mit dem im Augsburger Arbeitskreis und darüber hinaus seit langem diskutierten Unterschied zwischen Diskurs und Dispositiv sowie der Vereinbarkeit von Diskurs- und Dispositivforschung befasste sich der Soziologe *Werner Schneider* (Universität Augsburg). »Eine Sage ist keine Tue« – mit diesem Tucholsky-Zitat war der Vortrag betitelt und mit dieser Referenz leitete Schneider ein. Die beiden schillernden Begriffe aus der Foucaultschen Theorie, von denen der Diskursbegriff aufgrund des inflationären Gebrauchs der unklarere sei, haben den theoretischen Ausgangspunkt in der diskursiven Konstruktion der Wirklichkeit gemein, sie zeigten eine ähnliche Herangehensweise und Denkstil an. Und doch stellten sich darauf aufbauend methodische und empirische Fragen, die eine Scheidung von Un-

tersuchungsinteressen und Forschungspraxis notwendig machten. Das Dispositiv, so Schneider, entstehe zwar aus dem Diskurs, aber es lässt sich mit den Mitteln der Diskursforschung nicht untersuchen. Als Beispiel zog Schneider vor allem die Dispositive der Hirntoddiagnostik sowie von Pflege und Sterbebegleitung heran.

Bildungspolitische Diskurse (Stream 3)

In Stream 3 zu bildungspolitischen Diskursen ging es im Anschluss an Schneiders Vortrag weiter mit der Dispositivforschung, wenngleich *Ludwig Gasteiger* (Universität Augsburg) in seinem Vortrag eine makrosoziologische Perspektive für sich reklamierte und sich anders als Schneider durchaus auf die infrastrukturelle Dimension des Dispositivbegriffs festlegte. Gasteigers um einen an Scharf orientierten Verflechtungsbegriff erweiterter Ansatz der Dispositivforschung mündete in eine kritische Betrachtung der Strukturen und Akteure der Wissens- oder Evidenzproduktion in der bayrischen Bildungspolitik.

Mit Bildungsdiskursen in der Schweiz befasste sich der Vortrag von *Christoph Maeder* und *Michaela Heid* (Pädagogische Hochschule Zürich). Ausgehend von einer Rechtsreform, die die interkantonale Harmonisierung der Volksschulen vorsieht, wurden mittels der Wissenssoziologischen Diskursanalyse diskursive Formationen in schulbezogenen Reformen untersucht. Im Ergebnis zeigte sich eine Semantisierung von Machtverhältnissen, ablesbar an der Dualität der Dispositive »Bildungsraum Schweiz« versus »Kantonale Bildungssysteme«.

Über die Wirkung und Wirkungslogik von »Bildungsforschung im öffentlichen Diskurs« referierten *Markus Riefling* und *Frederick De Moll* (Research Safari). Präsentiert wurden die Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus zwei Forschungsprojekten (RisE 1 und 1plus), die sich insbesondere mit der medialen Verarbeitung und Verbreitung zweier aufsehenerregender Bildungsstudien und der dahinter stehenden Forscherfiguren im nationalen sowie internationalen Kontext befassten. »Wie werden Erkenntnisse der Bildungsforschung öffentlich distribuiert und (re-)produziert?«, so formulieren die beiden Erziehungswissenschaftler die Leitfrage ihrer Einzelstudien. Für die beiden betrachteten Bildungsstudien stellten die Referenten eine konservative

Tendenz fest und brachten diese in einen positiven Zusammenhang zur Rezeption.

Diskurse und Dispositive von Gesundheit und Krankheit (Stream 4)

Der Vortrag von *Marie-Kristin Döbler* (Universität Erlangen-Nürnberg) und *Annina Zogg* (Ludwig-Maximilians-Universität München) präsentierte Ergebnisse einer Wissenssoziologischen Diskursanalyse der Debatten über Masern und Masernimpfung in Deutschland. Rekonstruiert wurde ein staatliches Impfdispositiv, das sich als Regierungstechnologie betrachten lässt: Dem Nicht-Impfen als Risiko wird das Impfen als Lösung gegenübergestellt.

Simon Ledder (Universität Tübingen) untersucht das Phänomen des digitalen Spielens aus der Perspektive einer Kritischen Diskursanalyse. Der Vortrag erörterte mediale Spezifika und Diskursivität digitaler Spiele, um sich anschließend der Feinanalyse des Spiels »Deus Ex: Human Revolution« zu widmen. Mit Fokus auf Repräsentationen von »Behinderung« stellte Ledder einen normalistischen Interdiskurs fest, der Subjekte als kontrollierbar und den Verlust ihrer Autonomie als Gefahr entwirft.

Über die »Regierung von Demenz« sprach der Pflegewissenschaftler *Matthias Brünnett* (Philosophisch-Theologische Hochschule Vallendar). Die Zertifizierung demenzfreundlicher Kommunen in England betrachtet er als Dispositiv, um vor diesem Hintergrund Fragen der Subjektivierung von Menschen mit Demenz und der strategischen Implikationen dieser Deutungen zu erforschen. Abschließend zog Brünnett einen Vergleich zur Situation in Deutschland.

Umwelt-, Sozialraum- und Nachhaltigkeitsdiskurse (Stream 5)

Nach der Fracking-Kontroverse als Wissenschaftspolitik fragte *Matthias Klaes* (Universität Augsburg). Er zeichnete die spezifischen Ambivalenzen politischer und wissenschaftlicher Debatten um Fracking nach und präsentierte ein Forschungskonzept, welches neben der Wissenssoziologischen Diskursanalyse auch eine Soziologie der Rechtfertigung einschließt. Methodisch wird die Studie als Diskursethnographie realisiert.

Sina Leopold (Albert-Ludwigs-Universität

Freiburg) analysierte die Bedeutung diskursiver Handlungsmacht (discursive agency) in der globalen Politik gegen illegalen Holzeinschlag und -handel. In einem Vergleich zwischen Europa, USA und Australien wurden zentrale story lines, Agenten und strategische Praktiken im Kontext der Politikfindung und Implementierung von Gesetzen herausgearbeitet. Im Ergebnis ist ein globales Legalitätsregime deutlich geworden, bestimmt durch Re-Interpretationen eines Nationalisierungsdiskurses.

Im Vortrag von *Ina Soetebeer* (Universität Freiburg) unter dem Titel »Beyond Growth« ging es um die Deutungskämpfe um die sog. nachhaltige Wirtschaft in Deutschland. Konkret präsentierte Soetebeer eine Fallstudie über die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags zu »Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität« (2011-2013). Als Datenmaterial für ihre Wissenssoziologische Diskursanalyse dienten Interviews mit Kommissionsmitgliedern sowie der abschließende Enquête-Bericht. Im Hinblick auf die interpretative Analytik setzte Soetebeer den Fokus auf die wesentlichen Narrative. Auf diese Weise wurden hinsichtlich der Deutung nachhaltiger Wirtschaft vier Diskurse identifiziert und auf Ähnlichkeiten, Unterschiede sowie Unvereinbarkeiten überprüft.

Eine seltene, nämlich auf lokaler Ebene ansetzende Perspektive auf europapolitische Diskurse nahm *Marlon Barbehön* (Universität Heidelberg) ein. Der Politikwissenschaftler präsentierte ein Forschungsprojekt zu lokalspezifischen Rationalitäten der Feinstaubpolitik in den deutschen Großstädten Frankfurt und Dortmund. Die vergleichende Analyse von Zeitungsartikeln, Ratsprotokollen und Policy-Dokumenten zur europäisch verordneten Feinstaubreduktion förderte interessante Unterschiede zwischen den städtischen Debatten zutage, mit denen »die EU als stadtspezifisches diskursives Konstrukt« illustriert werden konnte.

Auch im Vortrag von *Simone Tappert* und *Tanja Klöti* (Fachhochschule Nordwestschweiz) ging es um lokale Diskurse und den urbanen Raum, allerdings um Kleingärten und Freiräume in der Stadt. Im Rahmen eines EU-geförderten Verbundprojekts beschäftigen sich die Wissenschaftlerinnen mit der diskursiven Konstitution und den sozialen Praktiken in und um Kleiner oder Familiengärten in den Schweizer Metropo-

len Basel, Bern, Genf und Zürich. Auf Basis einer theoretisch-methodischen Verknüpfung der Wissenssoziologischen Diskursanalyse mit der sozialwissenschaftlichen Raumtheorie werden Schlüsseldokumente auf Deutungsmuster, Narrative und Problemstrukturen hin untersucht.

Online- & Social Media-Diskurse (Stream 6a)

Maximilian Conrad (University of Iceland) widmet sich in seiner Forschung dem neuen Beteiligungsinstrument der Europäischen Bürgerinitiativen (EBI) und damit verbunden der diskursiven Konstruktion transnationaler Wirklichkeit in den sozialen Medien. Die Fallauswahl für den Vortrag umfasste die Facebook-Kommunikation zu sechs EBIs der vergangenen Jahre. Auf Basis der präsentierten Analyseergebnisse zog Conrad das Fazit, dass sich in der Facebook-Kommunikation zu den EBIs die Verwendung des Englischen als *lingua franca* einer weniger lebhaften Konstruktion von Wirklichkeit erkennen lasse.

Der Folgevortrag von *Alexander Fehr* und *Bernd Hirschberger* (Universität der Bundeswehr München) zur »Analyse von Zeitungsdiskursen im Internet« bot einen schwerpunktmäßigen Einblick in die »Erfahrungen, Probleme und Lösungsansätze« für eine diskursanalytische Bearbeitung von Online-Inhalten. Verschiedene Studien, die die beiden Vortragenden zu unterschiedlichen Themen mit differentiellen Herangehensweisen (induktiv vs. deduktiv) durchgeführt haben, dienten dabei vornehmlich als Anschauungsmaterial für die gelegentlich sehr allgemein und grundständig besprochenen An- und Herausforderungen einer Diskursforschung, die sich auf Online-Inhalte richtet.

Diskursethnographie (Stream 6b)

Rixta Wundrak (Georg-August-Universität Göttingen) fragte nach der Verzahnung von Diskursen und Praktiken: Wie hängen situative Sprechakte mit diskursiven Handlungsmustern und Erzählpraktiken zusammen? Auf Basis narrativer und ethnographischer Gespräche, geführt in der chinesischen Community in Bukarest, eröffnete der Vortrag diskursethnographische Perspektiven auf Interviews und diskutierte Machtwirkungen dieser kommunikativen Gattung.

Eine Diskursethnographie von Konflikt- und Kollaborationsbeziehungen zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft stellte *Tobias Schmidt* (Deutsches Jugendinstitut e.V. München) vor. Am Beispiel eines stadtsoziologischen Forschungsprojekts erläuterte er individuelle und kollektive Handlungs- und Deutungsmuster im »Kampf um Deutungsmacht«. Der analytische Blick auf soziale Akteure als Disponierte und zugleich Disponierende bringt laut Schmidt das methodologische Potential einer ethnographisch fundierten Wissenssoziologischen Diskursanalyse ans Licht.

Komplexe Diskursivität (Keynote Reiner Keller)

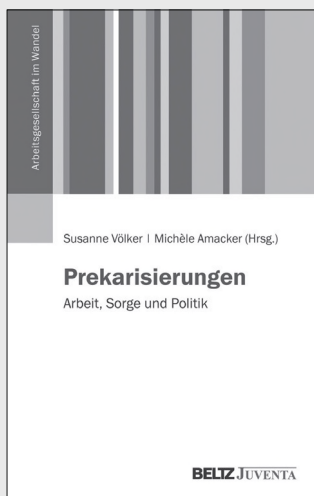
Reiner Keller (Universität Augsburg) verwies im abschließenden Vortrag zunächst auf die Vielfalt von Disziplinen, Themen und Zugängen im Programmheft, um seine Titelmahl »Komplexe Diskursivität« zu begründen. Tatsächlich befasste er sich im Folgenden dann mit drei Querschnittsaspekten, die teils in Form von Klarstellungen und Abgrenzungen, teils in Form von Ausblicken und Plädoyers für die Ausrichtung künftiger Forschung erschienen. In einem ersten Teil ging es um Zugänge zu Visualisierungen in Diskursen. Keller strich die Qualität des Bildes als Diskurselement heraus, das im diskursiven Kontext und als Aussageträger wahrzunehmen und sequenzanalytisch zu untersuchen sei, anstatt es immer und ausschließlich einer isolierenden Sonderform der Analyse (z.B. Einzelbildanalyse) zuzuführen. Eine weitere Station in Kellers Vortrag bildete die Frage der Materialitäten. Diese seien entgegen einiger »Überwindungsbemühungen« in Foucaults Diskursbegriff bereits enthalten. Diskurs- und Dispositivforschung müssten sich notwendig den Materialitäten zuwenden. Mit seinem dritten Querschnittsaspekt, genannt »Ordnungen, Unordnungen, Umordnungen des Diskurses« wandte sich Keller einem aus seiner Sicht vernachlässigten Aspekt der Diskursforschung zu, nämlich dem Verhältnis von Diskursen und ihren Materialisierungsformen. Gerade heute müssten Diskursforscher/-innen sich fragen, welche Auswirkungen der Wandel der Medienwelt und offensichtliche Einschränkungen von Presse- und Meinungsfreiheit hätten. Welche Wirkungen haben Gewalt und Gewaltandrohungen auf die Diskursproduktion? Diese und ähnliche Fragen

könnten Leitthemen für die nächste Diskurstagung in Augsburg sein, die Diskursive Konstruktion von Wirklichkeit III, die für März 2017 geplant ist.

Anschriften:

Dipl. Soz. Maya Halatcheva-Trapp
Hochschule München
Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften
Am Stadtpark 20
81243 München
maya.halatcheva-trapp@hm.edu

Dr. Wolf J. Schünemann
Institut für Politische Wissenschaft
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Bergheimer Straße 58
69115 Heidelberg
wolf.schuenemann@ipw.uni-heidelberg.de



Susanne Völker /
Michèle Amacker (Hrsg.)

Prekarisierungen

Arbeit, Sorge und Politik

Reihe: Arbeitsgesellschaft im Wandel,
hrsg. von B. Aulenbacher
und B. Riegraf
2015, 272 Seiten
broschiert, € 34,95
ISBN 978-3-7799-3045-7

Auch als **E-Book** erhältlich

Mit dem Konzept der Prekarisierung werden über Gegenwartsbeschreibungen hinaus epistemologische Fragen – beispielsweise an das »Soziale« und Möglichkeiten des Handelns – und empirische Phänomene neu verhandelt. In vier Themenschwerpunkten wird der Vielfältigkeit prekärer/prekarisierender Dynamiken aus unterschiedlichen Theorieperspektiven nachgegangen: Wie verflechten sich Prekarisierungspolitiken mit weiteren Konstellationen sozialer Rasterungen? Welche Effekte hat die Krise aktueller Sorgeverhältnisse für die Prekarisierung von Lebensbedingungen? Welche neuen sozialen Einbindungen werden geschaffen? Wie ist das Verhältnis von Gesellschaft, Gemeinschaft und Politischem unter den Bedingungen der Prekarisierung zu verstehen?

Aus dem Inhalt:

Prekarisierung der sozialen Reproduktion:
Sorgeverhältnisse in der Krise
Politiken prekärer Positionierungen:
Interdependenzen und Anfechtungen
Prekarisierte Leben: Praktiken sozialer
Einbindung
Prekär Werden: Gesellschaft, Gemeinschaft
und das Politische



Die Zeitschrift für Diskursforschung ist die erste Fachzeitschrift, die der anhaltenden Konjunktur von sozialwissenschaftlicher Diskursforschung im deutschsprachigen Raum Rechnung trägt. Als interdisziplinäres Forum für discourse studies wird sie theoretische, methodologisch-methodische und empirische Beiträge aus den Sozialwissenschaften und angrenzenden Disziplinen veröffentlichen.

Herausgeber: Reiner Keller, Werner Schneider, Willy Viehöver

Beirat: Johannes Angermüller, Andrea D. Bührmann, Rainer Diaz-Bone, Adele Clarke, Franz X. Eder, Ekkehard Felder, Herbert Gottweis (†), Fabian Kessl, Peter A. Kraus, Achim Landwehr, Thomas Lemke, Frank Nullmeier, Rolf Parr, Inga Truschkat, Ingo H. Warnke, Martin Wengeler, Ruth Wodak

Redaktion: Dr. Saša Bosančić, Matthias Sebastian Klaes, M.A., Universität Augsburg, Lehrstuhl für Soziologie (Prof. Keller), Universitätsstraße 10, 86159 Augsburg, E-Mail: zfd@phil.uni-augsburg.de, Tel. 0821/598-4071, www.uni-augsburg.de/zfd

ZfD – Regeln für die Einreichung der Manuskripte: Die ZfD unterliegt einem doppelten anonymen peer-review-Verfahren. Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden und sollten einen Gesamtumfang von 60000 Zeichen inklusive Leerzeichen nicht überschreiten. Jedem Artikel ist ein Abstract sowohl in deutscher und englischer Sprache (inklusive der Übersetzung des Titels) im Umfang von 600-800 Zeichen beizufügen sowie 6-8 Keywords in beiden Sprachen. Das Manuskript ist anonymisiert und entsprechend der formal-stilistischen Hinweise der ZfD einzureichen. Alle Regeln zur Einreichung der Manuskripte finden Sie auf der Homepage www.uni-augsburg.de/zfd

Verlag: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstr. 10, 69469 Weinheim

Anzeigen: Claudia Klinger, Julius Beltz GmbH & Co. KG, Postfach 100154, 69441 Weinheim, Tel.: 0 62 01/60 07-386, Fax: 0 62 01/60 07-93 31, E-Mail: anzeigen@beltz.de

Fragen zum Abonnement: Beltz Medien-Service, Postfach 100565, D-69445 Weinheim, Tel.: 0 62 01/60 07-330, Fax: 0 62 01/60 07-93 31, E-Mail: medienservice@beltz.de

Einzelheftbestellungen: Beltz Medien-Service bei Rhenus, D-86895 Landsberg, Tel.: 0 81 91/9 70 00-622, Fax: 0 81 91/9 70 00-405, E-Mail: bestellung@beltz.de

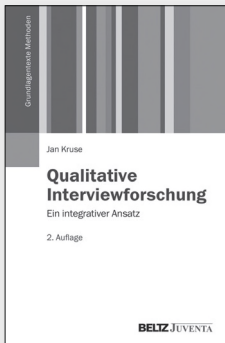
Bezugsbedingungen: Jahresabonnement Euro 49,00, Studierende mit Studiennachweis Euro 35,00, Einzelheft Euro 29,95, jeweils zzgl. Versand. Der Gesamtbezugspreis (Abonnement zzgl. Versandkosten) ist preisgebunden. Jahresabonnement (3 Hefte).

Das Kennenlernabo umfasst 2 Hefte zum Preis von Euro 29,95 inkl. Versand.

Abbestellungen spätestens 6 Wochen vor Jahresabonnementsende.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Jahresregister 2014 der Zeitschrift für Diskursforschung finden Sie als kostenlosen Download unter <http://www.beltz.de/de/beltz-juventa/zeitschriften.html>



Jan Kruse

Qualitative Interviewforschung

Ein integrativer Ansatz

Grundlagentexte Methoden, 2., überarbeitete und ergänzte Auflage 2015, 708 Seiten, broschiert, € 39,95 (44-3230)

Auch als **E-Book** erhältlich

In dem Methodenbuch wird forschungsphasenorientiert sowohl methodologisch umfassend als auch praxisnah in die zentralen Aspekte qualitativer Interviewforschung eingeführt und dabei ein integrativer Ansatz verfolgt.



Hans-Peter Müller / Tilman Reitz (Hrsg.)

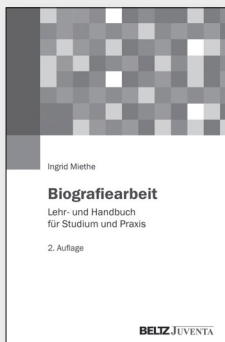
Bildung und Klassenbildung

Kritische Perspektiven auf eine Leitinstitution der Gegenwart

2015, 308 Seiten, broschiert, € 24,95 (44-2997)

Auch als **E-Book** erhältlich

Der Band soll die Theoriediskussion in der deutschen Bildungssoziologie beleben. Er fragt, wie Bildung heute Lebensentwürfe und Machtverhältnisse strukturiert. Die Gesellschaft der Bildung wird dabei unterschiedlich begriffen: als Klassengesellschaft, als funktional differenziert, rationalisiert oder ökonomisiert.



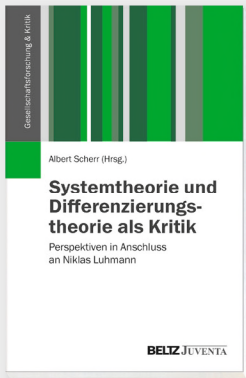
Ingrid Miethe

Biografiearbeit

Lehr- und Handbuch für Studium und Praxis

Grundlagentexte Methoden, 2., durchgesehene Auflage 2014 176 Seiten, broschiert, € 16,95 (44-2990)

Das Buch bietet in einfacher und verständlicher Weise einen Gesamtüberblick über das Feld der Biografiearbeit. Zur Illustration werden Beispiele aus der Praxis der Biografiearbeit und der Biografieforschung aufgenommen, die den Nachvollzug erleichtern sollen. In einem weiteren Teil werden die wichtigsten Einsatzfelder der Biografiearbeit dargestellt.



Albert Scherr

Systemtheorie und Differenzierungstheorie als Kritik

Perspektiven in Anschluss an Niklas Luhmann

Gesellschaftsforschung & Kritik

2015, 288 Seiten, broschiert, € 24,95 (44-2970)

Vielfach wird soziologische System- und Differenzierungstheorie als Verabschiedung vom Projekt einer kritischen Gesellschaftstheorie missverstanden. Die Beiträge stellen diese Einordnung in Frage. Aufgezeigt wird, wie in der Struktur der modernen, funktional differenzierten Gesellschaft enthaltene Problemlagen kritisch analysiert werden können.



Nicole Burzan / Silke Kohrs / Ivonne Küsters

Die Mitte der Gesellschaft: Sicherer als erwartet?

2014, 204 Seiten, broschiert, € 24,95 (44-2954)

Auch als **E-Book** erhältlich

Die Studie zeigt mit quantitativen und qualitativen Methoden, dass die Krisendiagnose einer unsicheren Mittelschicht zu differenzieren ist: Qualifizierte Erwerbstätige sind nicht per se zunehmend verunsichert, und sie reagieren mit verschiedenen – typisierbaren – Handlungsmustern auf die Situation. qualitativer Sozial-/Interviewforschung.



Agnes Dietzen / Justin J. W. Powell / Anke Bahl / Lorenz Lassnigg

Soziale Inwertsetzung von Wissen, Erfahrung und Kompetenz in der Berufsbildung

2015, 428 Seiten € 39,95 (44-1591)

Auch als **E-Book** erhältlich

Dieser Band diskutiert den Wandel der Wertigkeit bestimmter Wissensformen infolge gesellschaftlicher und ökonomischer Herausforderungen. Die Beiträge beleuchten bislang wenig beachtete Effekte der »Wissensgesellschaft« und fordern dazu auf, unser Verständnis von Wissen, Können und Problemlösungen neu zu hinterfragen.